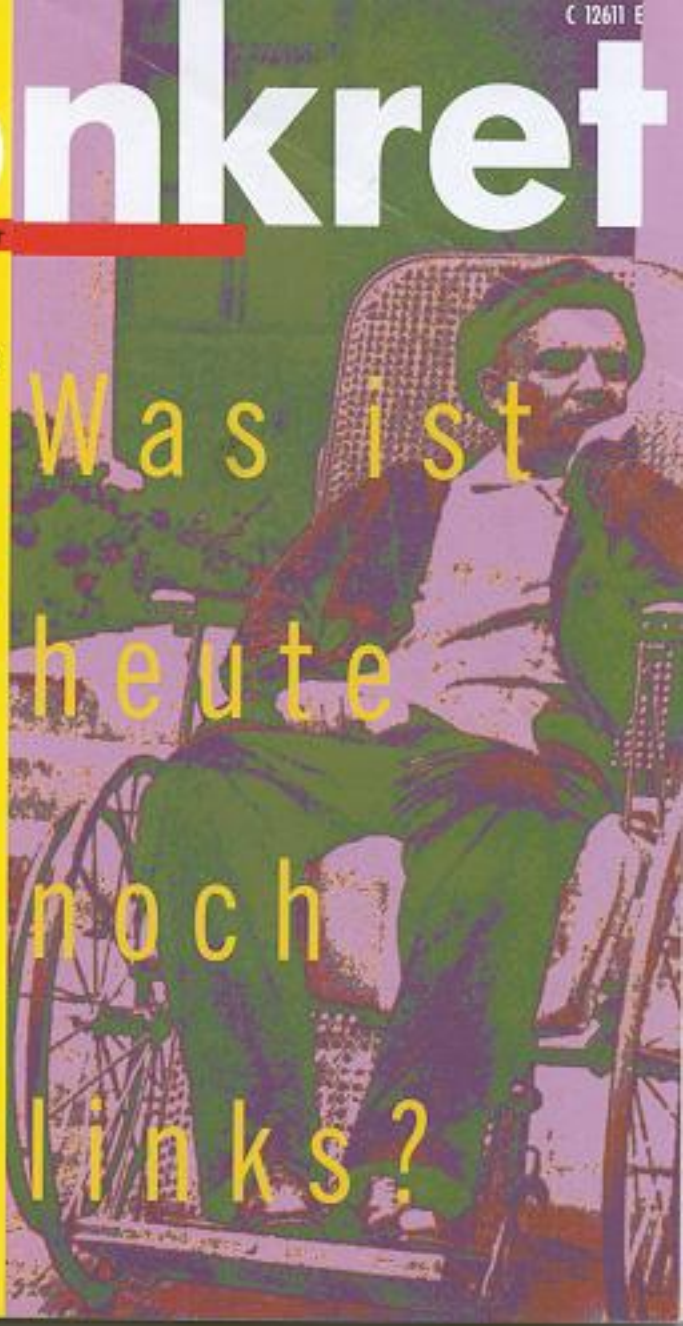
C 12611 E

konkret

Konkret: Politik und Kultur

Joachim Bischoff
Peter O. Chotjewitz
F. J. Degenhardt
Jutta Ditfurth
Georg Fülberth
Gregor Gysi
Karl-Heinz Hansen
Wolfgang F. Haug
Hermann Kant
Robert Kurz
Oskar Negt
Hermann P. Piwitt
Bernd Rabehl
Stefan Ripplinger
Karl Heinz Roth
Michael Scharang
Klaus Theweleit
Horst Tomayer
Jürgen Trittin
S. Wagenknecht
Markus Wolf



Was ist heute noch links?

in konkret Oktober 1997

hier Konkret

Interview mit dem neuen Polizeipräsidenten von Münster, Hubert Wimber (Bündnis 90/Die Grünen)

von Konkret

an Konkret

Schichtwechsel im Überbau von Hermann L. Gremliza

Herrschaftszeiten

Was ist heute noch links?

KONKRET-UmfrageKONKRET wird in diesem Herbst 40 Jahre alt. Aus diesem Anlaß fragt die Redaktion Autoren/Autorinnen, Politiker/Politikerinnen, Künstler/Künstlerinnen, die in diesen Jahrzehnten als Exponenten der politischen Linken aufgetreten sind: Was ist heute noch links?

Was ist heute noch links? von Klaus Theweleit

KONKRET-UmfrageKONKRET wird in diesem Herbst 40 Jahre alt. Aus diesem Anlaß fragt die Redaktion Autoren/Autorinnen, Politiker/Politikerinnen, Künstler/Künstlerinnen, die in diesen Jahrzehnten als Exponenten der politischen Linken aufgetreten sind: Was ist heute noch links?

Was ist heute noch links? von Sahra Niemeyer

KONKRET-UmfrageKONKRET wird in diesem Herbst 40 Jahre alt. Aus diesem Anlaß fragt die Redaktion Autoren/Autorinnen, Politiker/Politikerinnen, Künstler/Künstlerinnen, die in diesen Jahrzehnten als Exponenten der politischen Linken aufgetreten sind: Was ist heute noch links?

Was ist heute noch links? von Gregor Gysi

KONKRET-UmfrageKONKRET wird in diesem Herbst 40 Jahre alt. Aus diesem Anlaß fragt die Redaktion Autoren/Autorinnen, Politiker/Politikerinnen, Künstler/Künstlerinnen, die in diesen Jahrzehnten als Exponenten der politischen Linken aufgetreten sind: Was ist heute noch links?

Was ist heute noch links? von Oskar Negt

KONKRET-UmfrageKONKRET wird in diesem Herbst 40 Jahre alt. Aus diesem Anlaß fragt die Redaktion Autoren/Autorinnen, Politiker/Politikerinnen, Künstler/Künstlerinnen, die in diesen Jahrzehnten als Exponenten der politischen Linken aufgetreten sind: Was ist heute noch links?

Was ist haute noch links? von Stefan Ripplinger

KONKRET-UmfrageKONKRET wird in diesem Herbst 40 Jahre alt. Aus diesem Anlaß fragt die Redaktion Autoren/Autorinnen, Politiker/Politikerinnen, Künstler/Künstlerinnen, die in diesen Jahrzehnten als Exponenten der politischen Linken aufgetreten sind: Was ist heute noch links?

Was ist heute noch links? von Michael Scharang

KONKRET-UmfrageKONKRET wird in diesem Herbst 40 Jahre alt. Aus diesem Anlaß fragt die Redaktion Autoren/Autorinnen, Politiker/Politikerinnen, Künstler/Künstlerinnen, die in diesen Jahrzehnten als Exponenten der politischen Linken aufgetreten sind: Was ist heute noch links?

Was ist heute noch links? von Franz Josef Degenhardt

KONKRET-UmfrageKONKRET wird in diesem Herbst 40 Jahre alt. Aus diesem Anlaß fragt die Redaktion Autoren/Autorinnen, Politiker/Politikerinnen, Künstler/Künstlerinnen, die in diesen Jahrzehnten als Exponenten der politischen Linken aufgetreten sind: Was ist heute noch links?

Was ist heute noch links? von Oskar Lafontaine

KONKRET-UmfrageKONKRET wird in diesem Herbst 40 Jahre alt. Aus diesem Anlaß fragt die Redaktion Autoren/Autorinnen, Politiker/Politikerinnen, Künstler/Künstlerinnen, die in diesen Jahrzehnten als Exponenten der politischen Linken aufgetreten sind: Was ist heute noch links?

Was ist heute noch links? von Bernd Rabehl

KONKRET-UmfrageKONKRET wird in diesem Herbst 40 Jahre alt. Aus diesem Anlaß fragt die Redaktion Autoren/Autorinnen, Politiker/Politikerinnen, Künstler/Künstlerinnen, die in diesen Jahrzehnten als Exponenten der politischen Linken aufgetreten sind: Was ist heute noch links?

Was ist heute noch links? von Karl Heinz Roth

KONKRET-UmfrageKONKRET wird in diesem Herbst 40 Jahre alt. Aus diesem Anlaß fragt die Redaktion Autoren/Autorinnen, Politiker/Politikerinnen, Künstler/Künstlerinnen, die in diesen Jahrzehnten als Exponenten der politischen Linken aufgetreten sind: Was ist heute noch links?

Was ist heute noch links? von Jutta Ditfurth

KONKRET-UmfrageKONKRET wird in diesem Herbst 40 Jahre alt. Aus diesem Anlaß fragt die Redaktion Autoren/Autorinnen, Politiker/Politikerinnen, Künstler/Künstlerinnen, die in diesen Jahrzehnten als Exponenten der politischen Linken aufgetreten sind: Was ist heute noch links?

Was ist heute noch links? von Georg Fülberth

KONKRET-UmfrageKONKRET wird in diesem Herbst 40 Jahre alt. Aus diesem Anlaß fragt die Redaktion Autoren/Autorinnen, Politiker/Politikerinnen, Künstler/Künstlerinnen, die in diesen Jahrzehnten als Exponenten der politischen Linken aufgetreten sind: Was ist heute noch links?

Was ist heute noch links? von Hermann Kant

KONKRET-UmfrageKONKRET wird in diesem Herbst 40 Jahre alt. Aus diesem Anlaß fragt die Redaktion Autoren/Autorinnen, Politiker/Politikerinnen, Künstler/Künstlerinnen, die in diesen Jahrzehnten als Exponenten der politischen Linken aufgetreten sind: Was ist heute noch links?

Was ist heute noch links? von Horst Tomayer

KONKRET-UmfrageKONKRET wird in diesem Herbst 40 Jahre alt. Aus diesem Anlaß fragt die Redaktion Autoren/Autorinnen, Politiker/Politikerinnen, Künstler/Künstlerinnen, die in diesen Jahrzehnten als Exponenten der politischen Linken aufgetreten sind: Was ist heute noch links?

Was ist heute noch links? von Karl-Heinz Hansen

KONKRET-UmfrageKONKRET wird in diesem Herbst 40 Jahre alt. Aus diesem Anlaß fragt die Redaktion Autoren/Autorinnen, Politiker/Politikerinnen, Künstler/Künstlerinnen, die in diesen Jahrzehnten als Exponenten der politischen Linken aufgetreten sind: Was ist heute noch links?

Was ist heute noch links? von Hermann Peter Piwitt

KONKRET-UmfrageKONKRET wird in diesem Herbst 40 Jahre alt. Aus diesem Anlaß fragt die Redaktion Autoren/Autorinnen, Politiker/Politikerinnen, Künstler/Künstlerinnen, die in diesen Jahrzehnten als Exponenten der politischen Linken aufgetreten sind: Was ist heute noch links?

Was ist heute noch links? von Wolfgang Fritz Haug

KONKRET-UmfrageKONKRET wird in diesem Herbst 40 Jahre alt. Aus diesem Anlaß fragt die Redaktion Autoren/Autorinnen, Politiker/Politikerinnen, Künstler/Künstlerinnen, die in diesen Jahrzehnten als Exponenten der politischen Linken aufgetreten sind: Was ist heute noch links?

Was ist heute noch links? von Jürgen Trittin

KONKRET-UmfrageKONKRET wird in diesem Herbst 40 Jahre alt. Aus diesem Anlaß fragt die Redaktion Autoren/Autorinnen, Politiker/Politikerinnen, Künstler/Künstlerinnen, die in diesen Jahrzehnten als Exponenten der politischen Linken aufgetreten sind: Was ist heute noch links?

Was ist heute noch links? von Joachim Bischoff

KONKRET-UmfrageKONKRET wird in diesem Herbst 40 Jahre alt. Aus diesem Anlaß fragt die Redaktion Autoren/Autorinnen, Politiker/Politikerinnen, Künstler/Künstlerinnen, die in diesen Jahrzehnten als Exponenten der politischen Linken aufgetreten sind: Was ist heute noch links?

Was ist heute noch links? von Peter O. Chotjewitz

KONKRET-UmfrageKONKRET wird in diesem Herbst 40 Jahre alt. Aus diesem Anlaß fragt die Redaktion Autoren/Autorinnen, Politiker/Politikerinnen, Künstler/Künstlerinnen, die in diesen Jahrzehnten als Exponenten der politischen Linken aufgetreten sind: Was ist heute noch links?

Was ist heute noch links? von Robert Kurz

KONKRET-UmfrageKONKRET wird in diesem Herbst 40 Jahre alt. Aus diesem Anlaß fragt die Redaktion Autoren/Autorinnen, Politiker/Politikerinnen, Künstler/Künstlerinnen, die in diesen Jahrzehnten als Exponenten der politischen Linken aufgetreten sind: Was ist heute noch links?

Was ist heute noch links? von Christoph Schlingensief

KONKRET-UmfrageKONKRET wird in diesem Herbst 40 Jahre alt. Aus diesem Anlaß fragt die Redaktion Autoren/Autorinnen, Politiker/Politikerinnen, Künstler/Künstlerinnen, die in diesen Jahrzehnten als Exponenten der politischen Linken aufgetreten sind: Was ist heute noch links?

Was ist heute noch links? von Markus Wolf

KONKRET-UmfrageKONKRET wird in diesem Herbst 40 Jahre alt. Aus diesem Anlaß fragt die Redaktion Autoren/Autorinnen, Politiker/Politikerinnen, Künstler/Künstlerinnen, die in diesen Jahrzehnten als Exponenten der politischen Linken aufgetreten sind: Was ist heute noch links?

Menschenrecht spezial von Otto Köhler

Um NS-Täter zu schützen, hat der Deutsche Bundestag 1952 jene Menschenrechtsklausel abgelehnt, auf die sich nun die Aburteilung der ehemaligen Mitglieder des DDR-Politbüros stützt

Zu Protokoll

Über die Verurteilung der ehemaligen DDR-Politbüro-Mitglieder Krenz, Schabowski und Kleiber durch das Berliner Landgericht diskutierten um 25. August 97 im dritten Programm des Hessischen Fernsehens der Berliner Generalstaatsanwalt Christoph Schaefgen, zuständig für die Verfolgung der Regierungskriminalität, der Schabowski-Verteidiger Ferdinand von Schirach, der Berliner Jura-Professor Uwe Wesel, Michael Schumann, Mitglied des Bundesvorstandes der PDS und ihr innen- und rechtspolitischer Sprecher, Gundu Röstel, Sprecherin im Bundesvorstand von Bündnis 90/Die Grünen, Richard Schröder, Professor an der Humboldt-Universität und in der letzten DDR-Volkskammer SPD-Fraktionschef, die Bürgerrechtlerin Marianne Birthler (Bündnis 90/Die Grünen) und Stefan Hilsberg, SPD-Bundestagsabgeordneter und Mitbegründer der Sozialdemokraten in der DDR. Es moderierten Luc Jochimsen und Jürgen Engert. KONKRET dokumentiert Auszüge

aus der Diskussion

Jenseits von Wesel von Georg Fülberth
Die Empörung über die »Siegerjustiz« im Krenz-Prozeß ist Ausdruck einer bedauernswerten politischen Naivität

Deutsche DebattenStrohmänner von Jürgen Matthäus
Endlich hat der »Spiegel« einen jüdischen Historiker gefunden, der dem jüdischen Soziologen Goldhagen ein »wissenschaftliches Betrugsmanöver« unterstellt. Jürgen Matthäus beschreibt, in welcher Tradition solche redaktionellen Manöver stehen. Daß die vehementesten Kritiker von »Hitlers willige Vollstrecker« aus der Linken kommen, behauptet Detlef zum Winkel. Ihm entgegnet Hermann L. Gremliza

Deutsche DebattenDie zweite Verleugnung von Detlef zum Winkel
Endlich hat der »Spiegel« einen jüdischen Historiker gefunden, der dem jüdischen Soziologen Goldhagen ein »wissenschaftliches Betrugsmanöver« unterstellt. Jürgen Matthäus beschreibt, in welcher Tradition solche redaktionellen Manöver stehen. Daß die vehementesten Kritiker von »Hitlers willige Vollstrecker« aus der Linken kommen, behauptet Detlef zum Winkel. Ihm entgegnet Hermann L. Gremliza

Deutsche DebattenFußnote zu Zuwi von Hermann L. Gremliza
Endlich hat der »Spiegel« einen jüdischen Historiker gefunden, der dem jüdischen Soziologen Goldhagen ein »wissenschaftliches Betrugsmanöver« unterstellt. Jürgen Matthäus beschreibt, in welcher Tradition solche redaktionellen Manöver stehen. Daß die vehementesten Kritiker von »Hitlers willige Vollstrecker« aus der Linken kommen, behauptet Detlef zum Winkel. Ihm entgegnet Hermann L. Gremliza

Aufklärung für Glaubensgenossen von Stefan Ripplinger
In der Tageszeitung »junge Welt« ist der virulente Antizionismus einiger Redakteure umgeschlagen in offenen Antisemitismus. Der Feind heißt Ignatz Bubis, der Kronzeuge Jörg Haider der

Eugenik noch EU-Norm von Alexander Bogner
Presseberichte über die »rassenhygienisch« motivierte Sterilisationspraxis in Schweden erklären die neue deutsche Sterilisationsgesetzgebung zum Vorbild für den Rest der Welt

Who the fuck is Plavsic? von Jürgen Elsässer
Verwirrungen und Verwicklungen in der Republik Srpska: Die Spaltung der bosnischen Serben könnte das Ende des Dayton-Friedens bedeuten

Das Mißverständnis von Klaus Gietinger
Über den Volkstümler Marx, die Liebe der Bolschewiki zum Land und die ursprüngliche sozialistische Akkumulation. Ein Beitrag zu einem linken Problem namens Josef

In diesem Sinne - Sockel des Daseins von Samuel Salzborn

In diesem Sinne - Die Nato hat immer recht von Michael Schilling

In diesem Sinne - Moderne Zweiten von Oliver Schmitt

Kunst & Gewerbe von Jürgen Roth

Royals also die von Rayk Wieland

Sprache als Durchfall von Joachim Rohloff
Vor 50 Jahren konstituierte sich die »Gruppe 47«. Ihre Mitglieder sind - sofern nicht in Ehren gestorben - heute die Grandseigneurs des nationalen Literaturbetriebes

Buch & Deckel von Armin Schreiber

Wirkliche VerbrecherDer gute Nazi von Otto Köhler

Aufklärung oder Affirmation: Auch die Beschäftigung mit exemplarischen Nazi-Karrieren ist durch unterschiedliche Interessen geprägt. Otto Köhler stellt neue Biographien über Albert Speer und Wernher von Braun vor, Kurt Pätzold setzt sich mit einer Arbeit Über Rudolf Heß auseinander

Wirkliche VerbrecherSchlechte Nachricht aus Würzburg von Kurt Pätzold

Aufklärung oder Affirmation: Auch die Beschäftigung mit exemplarischen Nazi-Karrieren ist durch unterschiedliche Interessen geprägt. Otto Köhler stellt neue Biographien über Albert Speer und Wernher von Braun vor, Kurt Pätzold setzt sich mit einer Arbeit Über Rudolf Heß auseinander

Melodie & Rhythmus von Klaus Smit

Tomayers ehrliches Tagebuch von Horst Tomayer

Film & Theater von Dietrich Kuhlbrodt

Gremlizas express von Hermann L. Gremliza

Konkret 10/97, S. 3

hier Konkret

Interview mit dem neuen Polizeipräsidenten von Münster, Hubert Wimber (Bündnis 90/Die Grünen)

konkret: Herr Wimber, die Grünen wurden Anfang der Achtziger als eine »Anti-Partei-Partei« gegründet, die sich vor allein durch drei Eigenschaften von den damals etablierten Parteien abheben wollte: Ökologisch, gewaltfrei, basisdemokratisch sollte sie sein. Nun hat der Innenminister von Nordrhein-Westfalen, Franz Josef Kniola von der SPD, Sie zum ersten grünen Polizeipräsidenten ernannt und damit mindestens zwei von drei Versprechen der Grünen endgültig dementiert: Gewaltfreiheit .und Basisdemokratie sind der krasseste Widerspruch zur Leitung einer Behörde, die das Gewaltmonopol der staatlichen Obrigkeit durchzusetzen hat. Oder?

Wimber: Der Innenminister hat mich nach Beteiligung verschiedener Gremien und auf Beschluß des Kabinetts zum Polizeipräsidenten von Münster ernannt. Und ich denke, er konnte es guten Gewissens tun. Mit meiner Ernennung wurde kein bündnisgrüner Politiker mit einem Amt versorgt, sondern hat sich ein Verwaltungsbeamter qualifiziert, der kein Geheimnis aus seiner politischen Heimat macht. Beamter in einer Eingriffsverwaltung zu sein und sich gleichzeitig bei den Bündnisgrünen wohl zu fühlen, schließt sich meines Erachtens überhaupt nicht aus.

konkret: Auch das dritte Versprechen der Grünen werden Sie nicht halten können. Zu Ihrem Amtsgebiet gehört das Städtchen Ahaus, wo die süddeutschen Atomkraftwerke in den nächsten Monaten ihren Abfall abladen wollen. Als Polizeipräsident müssen Sie diese Atommülldeponie, Zwischenlager genannt, auch noch gegen Proteste der Bürger schützen. Ökologie ade.

Wimber: Wenn meiner Behörde die Verantwortung für den anlaßbezogenen Einsatz übertragen wird, werden alle Beamten nach Recht und Gesetz handeln. Egal in welcher Partei sie ihre politische Heimat gefunden haben, egal wie sie zur Nutzung der Atomenergie stehen, werden sie dafür sorgen, daß die Bürger ihre Meinung zeigen, also demonstrieren können, so wie es das Gesetz vorsieht, friedlich und ohne Waffen. Ich werde dabei keine Ausnahme sein.

konkret: In Ihrer Antrittsrede haben Sie gesagt, Sie wollten die Castor-Transporte selbstverständlich »kompetent und verantwortungsbewußt« schützen. Und dann fügten Sie wörtlich hinzu: »Gleichwertig ist für mich aber auch das Ziel, daß der dann notwendige polizeiliche Einsatz sensibel, angemessen und kreativ mit dem friedlichen Widerstand gegen bundespolitisch verordneten Umgang mit radioaktivem Müll umgeht.« Warum macht friedlicher Widerstand überhaupt polizeilichen Einsatz nötig? Und wie dürfen wir uns den sensiblen und kreativen Umgang vorstellen? Soll die Polizei zur Beruhigung der Demonstranten deren Protestlieder auf der Dienstgitarre begleiten? Soll sie mit der chemischen Keule Lach- statt Reizgas versprühen? Oder statt mit dem Schlagstock mit dem Massagestab anrücken?

Wimber: Die Polizei hat den gesetzlichen Auftrag, Versammlungen unter freiem Himmel zu schützen. Dieser Schutz gilt für diejenigen, die ihren Protest friedlich und ohne Waffen demonstrieren. Sie muß deutlich differenzieren zwischen demjenigen, der in diesem Rahmen sein Grundrecht ausübt, und demjenigen, der diese Veranstaltung als Forum für Straftaten nutzt. Kein Polizist wird eine Straftat tolerieren, nur weil sein Präsident Mitglied beim Bündnis 90/Die Grünen ist.

konkret: Wenn ein friedlicher Demonstrant zum nächsten Atommüll-Transport ins Münsterland kommt, woran wird er merken, daß er nicht in Niedersachsen oder Bayern ist?

Wimber: Zunächst einmal überwiegend an den Ortsschildern. Ein friedlicher Demonstrant wird in der Bundesrepublik &grundsätzlich überall gleich behandelt. Die Äußerungen einiger Politiker werden je nach Demonstrationsanlaß unterschiedlich sein, aber für die Vollzugsdienstkräfte der Polizei gelten im wesentlichen die gleichen Gesetze.

konkret: Nehmen wir einmal an, der Demonstrant ist kein Wähler der Grünen und deshalb nicht ganz so gewaltfrei - ,wird auch er am Verhalten der Polizei erkennen können, daß hier der erste grüne, also auf Ökologie, Gewaltfreiheit und Basisdemokratie eingeschworene Polizeipräsident der Bundesrepublik das Kommando hat?

Wimber: Der Verwaltungsbeamte Hubert Wimber hat sich auf die freiheitlich demokratische Grundordnung vereidigen lassen. Als politischer Beamter hat er der Landesregierung zudem loyale Amtsausübung zugesichert. Als Präsident werde ich weder einen Einsatz anläßlich eines möglichen Castor-Transports; noch andere Polizeieinsätze »kommandieren«. Das werden die dafür ausgebildeten Vollzugsbeamten machen. Ich will die Bediensteten darin unterstützen, sich so zu qualifizieren, daß sie auch zukünftig den sich stets verändernden Herausforderungen kompetent begegnen können.

Konkret 10/97, S. 4

von Konkret

Was einem nach Jahrzehnten kommunistischer Kampfschreiberei in der bürgerlichen Gesellschaft doch noch passieren kann: Da bittet der WDR, der eine Talkrunde mit dem Wander-Blattmacher Manfred (»IVW«) Bissinger veranstalten will, den KONKRET-Herausgeber, dort als »Überraschungsgast« aufzutreten. Und in derselben Woche lädt das »Süddeutsche Zeitung Magazin« ein:

Sehr geehrter Herr Gremliza,

ich möchte Sie zu einer kleinen Spielerei einladen. Zum Jahrestag der Oktoberrevolution planen wir einen großen Artikel. Um diesem schweren Thema ein leichteres im gleichen Heft entgegenzusetzen, hat sich die Redaktion überlegt: Was passiert, wenn sich vier bekennende Kommunisten an einen Tisch setzen und zusammen Monopoly spielen? Worüber unterhalten sie sich? Es ist kein Interview, das wir planen, das heißt, wir würden dabei keine Fragen stellen, sondern lediglich das Treffen protokollieren. In welcher Richtung sich das Gespräch bewegt, liegt allein bei den Teilnehmern. Die gesamte Redaktion würde sich außerordentlich freuen, wenn Sie daran teilnehmen würden. Neben Ihnen werden wir noch einladen: Sarah (!) Wagenknecht, Eduard von Schnitzler, Bernd Lunkewilz, Herbert Mies und Heinz Stehr Ich hoffe, daß ich Ihr Interesse wecken konnte..

Zu beiden Terminen war der bekennende Überraschungskommunist leider nicht abkömmlich. Am ersten mußte er einen Blattmacher wg. fortgesetzter Unzucht mit Rufzeichen (»So nicht, Kanzler!«) ins Gefängnis schicken - und zwar directly, do not pass goal, do not collect 200 Dollars, am zweiten ein Hotel in der Parkstraße in die Luft jagen.

Letzten Monat mußten die KONKRET-Leserinnen und -Leser lange auf ihr Heft warten. Schuld war nicht die linke und also unzuverlässige Redaktion, sondern die stinknormal bürgerliche Druckerei. Dort ging erst eine Druck- und dann die Etikettiermaschine zu Bruch. KONKRET kam um Tage verspätet an die Kioske und in die Briefkästen. Der Verlag bittet um Nachsicht.

Die Abonnenten jedenfalls dürfen sich in diesem Monat ein wenig entschädigt fühlen. Ihrem Heft ist LITERATUR KONKRET 97 beigeheftet, das unter dem Titel »Schreiben nach Auschwitz« ein Resümee deutscher Gegenwartsliteratur seit 1945 zieht - mit Beiträgen über Grass und Walser (Hermann Kant), Arno Schmidt (Georg Seeßlen), Peter Weiss und Heiner Müller (Gerhard Scheit), Paul Celan (Stefan Ripplinger), Bertolt Brecht (Jan Knopf), Gottfried Benn (Robert Gernhardt), Johannes R. Becher (Georg Fülberth), die Neue Frankfurter Schule (Jürgen Roth und Kay Sokolowsky), Peter Rühmkorf (Frank Schäfer), Hans Magnus Enzensberger (Jens Hoffmann), Heinrich Böll (Willi Winkler), Franz Fühmann (Rayk Wieland), Wolfgang Neuss (Horst Tomayer). Außerdem: ein Gedicht von Peter Hacks, ein Gedicht von Michael Scharang und Rezensionen.

Wer KONKRET nicht abonniert hat, kann LITERATUR KONKRET 97 ab 26.9.97 für 7,80 Mark am Kiosk erwerben oder direkt beim Verlag KVV »konkret« GmbH & Co. KG, Ruhrstraße 111, 22761 Hamburg gegen Vorkasse (Postwertzeichen/Scheck/Bargeld) bestellen.

KONKRET und der Konkret Literatur Verlag sind auf der Frankfurter Buchmesse vom 15. bis 20. Oktober am Stand 144/146 in Halle 6.0 E zu finden. Abwechselnd präsent sind dort Hermann L. Gremliza, Wolfgang Schneider (Redaktion), Thomas Schulz (Anzeigen), Marit Hofmann (Verlag) und Dorothee Gremliza und Christiane Auf (Konkret Literatur Verlag).

Autoren am Buchmesse-Stand:

· Am 16. Oktober: Otto Köhler *(Hitler ging - sie blieben)* von 13 bis 15 Uhr; Jutta Ditfurth *(Feuer in die Herzen)* von 14 bis 16 Uhr.

· Am 17. Oktober Oliver Tolmein *(RAF - das war für uns Befreiung)* von 12 bis 14 Uhr; Sahra Niemeyer, geh. Wagenknecht *(Vorwärts und vergessen?)* von 14 bis 16 Uhr; Jutta Ditfurth von 14 bis 16 Uhr.

· Am 18. Oktober kommt voraussichtlich Georg Seeßlen *(Derrick und die Dorfmusikanten),* Uhrzeit steht noch nicht fest.

Am 17. Oktober um 20 Uhr veranstalten KONKRET und der Konkret Literatur Verlag zum 40. Jahrestag von KONKRET gemeinsam einen Abend im KOZ, auf dem Gelände der Frankfurter Universität, Mertonstraße 26/28. Über die Frage »Was ist heute noch links?« diskutieren Jutta Ditfurth, Georg Fülberth, Sahra Niemeyer und K.D. Wolff. Im Anschluß daran liest das sehr gemischte Doppel Tomayer/Gremliza unter dem Motto: Ich Dichtung, du Prawda.

Wiederum als gemischtes Doppel lesen Tomayer und Gremliza aus Dichtung und Prawda beim Göttinger Literaturherbst 1997 am 24. Oktober ab 21 Uhr im Alten Rathaus, Göttingen.

Konkret 10/97, S. 6

an Konkret

Rücksichtsvoll

KONKRET 9/97: »Wenig Licht« von Jürgen Roth

Als angekündigt wurde, nach Jürgen Kuczynskis Tod werde eine Besprechung seiner Kolumnen von Jürgen Roth erscheinen, machte ich mich auf jene Sorte Feuilleton gefaßt welche keinen Gegenstand benötigt um darüber zu schreiben. So war es dann auch. Mildernd wirkte, daß Kuczynski mit zahlreichen Zitaten selbst zu Wort kommt. Ich kannte diese schon aus den Kolumnen in der »jungen Welt«, doch freute ich mich, als ich seine Bemerkungen über die Hirnrissigkeit aller Versuche, heute noch Konjunkturprognosen zu machen, wieder las. Schade, daß in der Sammlung eine andere Feststellung des ganz alten Jürgen Kuczynski nicht aufgeführt wurde: daß der Begriff des Bruttosozialprodukts ein Unsinn sei. Immerhin: Soweit O-Ton geboten wurde, war es gut.

Unverständlich waren mir hingegen die Interpretationsversuche, mit denen Roth die Zitat-Sammlung moderierte. Laut Ankündigung sollten sie »gelassen« und »ironisch« sein, doch fiel mir das nicht auf.

Mit gleicher Begriffsstutzigkeit reagierte ich auf den letzten Absatz, in dem der Autor das Steigen von Dax und Dow Jones erwähnte. Kuczynski hatte es nämlich auch gemerkt und sich Gedanken über die parallel dazu wachsende Arbeitslosigkeit gemacht. Nach der Verabschiedung hinfällig gewordener Vorstellungen von Konjunktur und Bruttosozialprodukt war seiner Meinung nach eben eine ausschließlich an ihnen orientierte Auffassung von Krise nichts mehr wert. Ob diese Ansicht richtig ist weiß ich nicht. Interessant ist sie schon.

Sehr rücksichtsvoll, daß Roths Text erst nach dem Tod des von ihm kritisierten Autors erschien. Kuczynski hat ihn nicht mehr lesen müssen. Er hat KONKRET gemocht.

Georg Fülberth

Marburg

Korrekt

KONKRET 8/97: »Wie deutsch war Wolfgang Harich?« von Georg Fülberth

Das »Wolfgang-Harich-Gedenkkolloquium« in Berlin, März 1996, anläßlich dessen ersten Todestages, wurde nicht von der Wolfgang Harich-Gesellschaft, sondern der »Alternativen Enquêtekommission Deutsche Zeitgeschichte« veranstaltet, deren erster Vorsitzender Harich bis Oktober 1994 war. Sein Nachfolger, der Berliner Historiker Prof, Dr. Siegfried Prokop, organisierte dieses, wie aus dem Titelblatt der Publikation hervorgeht. Die Harich-Gesellschaft unterstützte dieses Kolloquium lediglich.

»Im ziemlich schneidenden offiziellen Ton« der »Abkanzelung« spricht mitnichten eine »Instanz«, sondern Harich und der Aufbau-Verlag dokumentieren ad actas »korrekte Linie«; dem Adressaten Lukács wurde zu verstehen gegeben: »Das Manuskript werden wir schon in den nächsten Tagen in Satz geben. Evt. notwendige Korrekturen lassen sich in der Fahne machen. WJ.« Dieser handschriftliche Zusatz des Verlagsleiters Janka, dem Fülberth keinerlei Bedeutung beimißt, ist der springende Punkt. Lukács wird damit zu verstehen gegeben, daß er an seinem Text festhalten könne - was auch tatsächlich geschah - während sich die Berliner Herausgeber im Fall des Falles rechtfertigen konnten.

Reinhard Pitsch, wissenschaftlicher Sekretär der Wolfgang Harich Gesellschaft,

Semmering

(siehe Leserbrief von M. Harich in KONKRET 9/97)

Verdient

KONKRET 9/97: »hier KONKRET«, Interview mit Hannes Wader

Das Foto in eurer letzten Ausgabe, das mich vor dem SPD-Emblem zeigt, ist echt. Wahrscheinlich - es ist schon wieder so lange her - bin ich in dem Interview sogar wörtlich richtig zitiert. Jedenfalls klingt das nach min Ein bißchen vertrottelt aber nicht unsympathisch. Allerdings hat mich eure Mitarbeiterin befragt während ich dabei war, Autogramme zu

schreiben. Wenn ich geahnt hätte, daß daraus ein richtiges KONKRET-Interview werden sollte - ich wußte wieder mal gar nicht, was ich da tat - hätte ich auf ihre Fragen präziser geantwortet. Zum Beispiel bin ich auf eine der Fragen gar nicht eingegangen: »Früher sangen Sie für die DKP, heute für den rechten Flügel der SPD - singen Sie jetzt für jeden?«

Die Antwort lautet im Nachtrag: *Ja ich habe gesungen. Von der SPD gedungen / Von der ihr'm rechten Flügel, Dafür verdien ich Prügel / Hätt' ich für den linken gesangen, wär's grad noch angegangen / Für Voscherau und Schröder die Popolisten-Bräder / Hätt' ich nicht singen müssen. Dafür will ich auch büssen.*

Die verdienten Prügel hat mir KONKRET nun verabreicht. Damit muß es jetzt aber auch gut sein. Noch etwas-. Ich behaupte in dem Interview, daß ich mich nicht mal mehr als politischen Menschen betrachte. Das ist Unsinn. Ich bin selbstverständlich ein sehr politischer Mensch. Ich hatte sagen wollen: Ich bin kein politischer Kopf Eine Unterscheidung, die mir sehr wichtig ist. Ich blicke nämlich manchmal nicht so richtig durch. Schade, aber keine Schande. Eckhard Henscheid hat das schon richtig erkannt, als er mich, vielleicht in kränkender Absicht, aber zutreffend, den »Roger W. der Linkskurve« genannt hat.

Wir sind doch, liebes KONKRET, die letzten dreißig Jahre ohne Wader-Interview gut miteinander ausgekommen. Laßt uns das doch für die nächsten dreißig Jahre so beibehalten.

Hannes Wader

Struckum-Mühle

»Eckhard Henscheid nannte ihn (Wader; E.H.) einst den Roger Whittaker der deutschen Linkskurve.« Zwar ist schön und erhebend, wenn mit dem eigenen Namen ein KONKRET-Heft eröffnet wird; allein es nützt nichts, es handelt sich um eine Fehlerinnerung. Ich kenne beide Herren so wenig, daß ich schon deshalb für die scharfe Charakterisierung nicht in Frage komme. Wer's war, soll sich also sofort melden. Ich tippe derweil auf - Wader? Nein, besser doch Didi Thurau.

Eckhard Henscheid

Frankfurt a. M.

(Eckhard Henscheid hat recht. Das Zitat stammt zwar aus seinem Buch *Musikplaudertasche,* dieser Beitrag speziell jedoch von seinem Co-Autoren Jens Thierfelder. Die Redaktion bedauert den Fehler.)

Justitiabel

KONKRET 9/97: »Taz«-Inserat, S. 25

Zur Zeit habe ich ein Freiabo von KONKRET und sitze hier in Stuttgart-Stammheim. in der Sicherheitsabteilung wg. Fluchtgefahr in Isolationshaft (Sicherheitsmaßnahmen, was es nur gibt, bis hin zur Fesselung vor Verlassen der Zelle). Als ich heute morgen (3.9.97) nachfragte ob denn mein KONKRET-Exemplar schon eingegangen sei, erlebte ich folgendes: Von dein zuständigen Bereichsleiter 6 (ein Hauptsekretär Hohnwald) wurde ich informiert daß es dem Sicherheitsdienst und der Anstaltsleitung vorgelegt sei. Auf weitere Frage meinerseits, weshalb, teilte er mir mit, im aktuellen KONKRET-Heft sei eine Maschinenpistole zerlegt abgebildet.

Etwas erstaunt teilte ich ihm mit, daß ich das dort auf Seite 25 beworbene »Taz«Journal höchstselbst schon in der Zelle und ohne Probleme erhalten hätte. Dies erstaunte nun ihn wiederum. Tja, und um ca. 14.45 Uhr erschien ein Amtsinspektor und händigte das Exemplar von KONKRET aus, und mir wurde gesagt, daß die Seite *nicht* entfernt würde, weil ich schon das »Taz«-Journal genehmigt bekommen habe.

So viel als kurze Mitteilung über den real existierenden Gefängnisalltag oder zum Thema »Arbeitsbeschaffung für Justizvollzugsbedienstete«.

Thomas Meyer-Falk

JVA Stuttgart

Nicht justitiabel

KONKRET 8/97: »Die Larve« von Rayk Wieland

Joachim Gauck hat sich selbstverständlich zu keinem Zeitpunkt auf eine Zusammenarbeit mit dem früheren Ministerium für Staatssicherheit eingelassen. Da hilft es auch wenig, wenn Sie Ihre Leser mit Andeutungen füttern, die eine derartige Schlußfolgerung nahelegen. Sie wissen zu genau, daß eine entsprechende Behauptung Ihrerseits juristische Folgen hätte.

Andere Blätter, die versuchten, Joachim Gauck zum Stasi-Mitarbeiter zu stempeln, haben sich durch einen Gerichtsentscheid eines Besseren belehren lassen müssen. Dies war Ihnen offensichtlich bekannt. Trotzdem oder eben deswegen blieb es bei Ihren nebulösen Hinweisen. Ihr Autor mag sich solcher Formulierungskünste wegen besonders schlau vorkommen - tatsächlich aber verbreitet auch er die Unwahrheit.

Legner Pressesprecher des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR, Berlin

Exemplarisch

KONKRET 9/97: »Herrschaftszeiten«, Sixt-Europakarte

Man kann Gags auch an den Haaren herbeiziehen. Jeder weiß, daß unter den Autovermietungen ein harter Konkurrenzkampf tobt. Die im Text implizierte Aussage, die Autovermietungen verböten ihren Kunden aus einer rassistischen Einstellung heraus, mit dem gemieteten Auto nach Polen zu fahren (und verzichteten damit auf Umsatz!) ist völlig absurd. Es geht schlicht um Geld, und in den Ländern mit Einreiseverbot kamen eben bisher mehr Autos abhanden als in den übrigen. Das festzustellen hat nichts mit Rassismus zu tun, sondern mit Ökonomie.

Warum ein Leserbrief wegen einer solchen Kleinigkeit? Weil der Beitrag zwar plump geraten ist aber dennoch etwas Exemplarisches hat. Exemplarisch für viele Beiträge zur Rassismus- und Antisemitismusdiskussion in dieser Zeitschrift, die - abgelenkt von emotionalen Hindernissen - ständig an einer echten analytischen Auseinandersetzung über dieses Thema vorbeischlittert.

Manfred Sill

Königswinter

Konkret 10/97, S. 9

Hermann L. Gremliza

Schichtwechsel im Überbau

»Die Mediendemokratie sucht sich ihre Themen. Weiche Themen sie findet, das allerdings ist nicht immer beliebig oder ein Spiel des Zufalls. Manche drängen sich auf« Eckhard Fuhr (»FAZ«)

Zu ihren Themen, die sie nicht zufällig findet, sucht die Mediendemokratie sich ihre Schreiber. Welche Schreiber sie findet, das allerdings ist nicht immer beliebig oder ein Spiel des Zufalls. Manche drängen sich auf Als die Zeitung, die »der alte Notar Bolamus seit jeher las«, den neuen Leiter des Ressorts Innenpolitik suchte, fiel die Wahl nicht zufällig auf den Eckhard Fuhr. Er drängte sich auf

Das Amt dieses Vorarbeiters am Überbau hatte bis zu seiner Pensionierung der Friedrich Karl Fromme versehen, ein Mann der alten Schule, in der die Herren der gesellschaftlichen Ordnung, die das Jahr 1945 im Westen unbeschadet überlebt hatte, an die neue politische Ordnung gewöhnt wurden. Wenn in der Fabrik und auf der Bank alles blieb, wie es war, konnte der ideelle Gesamtabonnent der »Frankfurter Allgemeinen«, frisch entnazifiziert wie er war, doch genausogut Demokrat werden, Vorausgesetzt natürlich, die neuen Verwalter begegneten den Lebensläufen der alten Herren mit der nötigen Achtung. So einer war der Fromme, ein Mann der freiheitlich demokratischen Grundordnung, der sozialen Marktwirtschaft und des sozialen Rechtsstaats, der doch nie den nötigen Respekt vor den Leistungen der Wehrmacht hatte vermissen lassen.

Als die respektierten Lebensläufe abgelaufen waren, ging auch die berufliche Laufbahn ihres ideologischen Begleiters Fromme zu Ende, und mit ihr die ganze Ordnung seiner Welt. Mit der Mauer fielen alle ihre Grenzen, und Polen war plötzlich auf ganz andere Art und Weise offen, als die alten Herren und ihr Redakteur immer geträumt hatten: geographisch *und* metaphorisch. Ein paar Jahre noch, bis zur Erreichung der Altersgrenze, durfte Fromme, der die neue Lage nie verstand, seine alten Kämpfe weiterkämpfen, täglich einen gewesenen Kommunisten schlachten und einmal die Woche den Anspruch eines Grafen von Schleiz-Spreitz-Treutz auf die Rückerstattung seiner ostelbischen Datsche hochhalten, während in der zweiten Reihe ein Redakteur sich für die neuen Ansprüche profilierte, damit die Herausgeber bei der Suche eines Nachfolgers nicht auf den Zufall angewiesen waren. Fuhr drängte sich auf

Eines der ältesten Schimpfwörter der deutschen Politik ist *das System.* In der Weimarer Zeit war *das System* für die Rechte, von den Deutschnationalen bis zu den Nazis, Synonym für »Versailles«, für »Schwarz-Rot-Senf«, für Demokratie und »Judenrepublik«. Die Publizistik der BRD und ihr Fromme gebrauchten das Wort mit Vorliebe für Sozialistisches, in Formulierungen wie der vom »menschenverachtenden System jenseits von Mauer und Stacheldraht«. Das Wort mit dem so ruhmreich erworbenen Subcon nun wendet Fuhr, der neue Vorarbeiter, gegen die Bundesrepublik, »das deutsche System des Konsenses und der föderalistischen Machtteilung«, gegen das »politische System«, das dringend »reformiert werden« muß, weil man »Deutschland nicht mit den Augen von Investoren zu betrachten (braucht), um den Zustand des politischen Systems bedenklich zu finden«.

»Die gegenwärtige Krise auch als Systemkrise zu beschreiben«, wie Lambsdorff und der BDI-Präsident Henkel es getan haben, »gilt immer noch als Tabuverletzung«. Und weil niemand lieber Tabus verletzt sieht als die »FAZ«, darf Fuhr den beiden in seinen Kommentaren dabei zur Hand gehen: »Das alte bundesrepublikanische Programm - die Lehren aus der Geschichte zu ziehen und den Wohlstand für alle mehren - ist erschöpft.« Um das »Getriebe der ächzenden und stotternden Politikmaschine ... « in Gang zu bringen, müsse »vieles grundlegend neu durchdacht und geordnet werden«. Es geht schließlich um eine andere Republik: »Das reflexhafte *Finger weg vom ...* wird beim Föderalismus ebensowenig das letzte Wort sein wie beim Asylrecht oder den Beschränkungen des Bundeswehreinsatzes. Das Wort *undenkbar ...* sollte man aus dem politischen Sprachschatz streichen.«

Alles ist denkbar, Undenkbares kann die Geschichte nicht länger lehren. Was die Augen des Investors kränkt, gehört weg, die Mehrung des Wohlstands wie die föderale Gewaltenteilung. Es ist keine Zeit für Sentimentalitäten: »Wenn es um das Auflösen des Reformstaus in Deutschland geht, läßt man den Begriff Solidarität lieber beiseite, weil er zuviel Ideologie und Verlogenheit transportiert.« Fort mit den alten Phrasen christlicher Sozialpolitik! Her mit neuen! Der Modernisierung des Standorts Deutschland voraus geht die Modernisierung der Begriffe.

Aller Welt galt Reform seit je als Synonym für die Absicht, revolutionäre Ziele ohne Revolution, auf friedliche, gewaltlose Weise anzustreben. Revolution aber war die Bezeichnung für den gewaltsamen Sturz einer alten Ordnung zugunsten einer historisch neuen. Seit den Dresdner Montagsgebeten heißt in Deutschland Revolution, was überall sonst Konterrevolution genannt wird, und Reform infolgedessen nicht die Besserung der Lage der beherrschten Klassen (bzw der armen Leute),

sondern deren Verschlechterung. Reform heißt: Gewinne rauf, Löhne runter, Kürzung oder Streichung von Sozialleistungen und Beseitigung von sozialen Rechten. Einen Reformstau verursacht, wer sich wehrt.

Wenn Konterrevolution Revolution und Gegenreform Reform ist, wird der Mann des gesellschaftlichen Fortschritts, der Freiheit, der Gleichheit und der Brüderlichkeit, zum Reaktionär. Wer den Sozialstaat, die soziale Marktwirtschaft, die Gewaltenteilung verteidigt, ist reaktionär. Den Sozialpolitiker aber macht Fuhr zum Bolschewisten: »Wer von Plünderung der Staatskasse und von Steuergeschenken für die oberen Zehntausend spricht, erwirbt sich Verdienste um die Pflege der Klassenkampf-Folklore.«

Die wahren Reaktionäre, die Privilegierten, die neuen Expropriateure, sind die Besitzer von Arbeitsplätzen und Leistungsansprüchen, die Lohnabhängigen, die Rentner und die Arbeitslosen. Der CDU/CSU, die sich an diese Sicht nicht schnell genug gewöhnt, attestiert Fuhr einen »sozialdemokratischen Trieb«. Der »politische Sinn des Bündnisses aus Union und CDU« nämlich sei »die Minderung der Steuerlast«. Reaktionär ist Sozialismus, Fortschritt ist Manchester.

Man müßte, was Fuhr zu vertreten hat, das Programm einer neuen Rechten nennen, wäre die Bezeichnung »neue Rechte« in Deutschland nicht von älteren Hitlerjungen okkupiert. Vielleicht sollte man von einer modernen Rechten sprechen, einer radikal kapitalistischen, die - im Unterschied zu den klassisch faschistischen - ohne Formierung einer Volksgemeinschaft auskommen zu können glaubt.

Wahrscheinlicher aber ist, daß sie das gar nicht glaubt, weil ihr Ziel wieder einmal nur der Weg ist, auf den sie ihre Gegner schickt: Der Angriff auf die alte Republik soll alle anderen in die Verteidigung der sozialen Marktwirtschaft zwingen. Gemeinsam gegen rechts! Rettet die Zivilgesellschaft! Bis links von der FDGO nur noch Kriminelle und Idioten stehen, »dümmlich und bizarr«, wie Fuhr »die Reste des bundesrepublikanischen Linksradikalismus« schon heute nennt.

Da streiten sich die Leitartikler herum, wer nach Bötsch kommen wird. Wer nach Fromme gekommen ist, hat keiner registriert. Der Fuhr ist einer von ihnen - was kann an ihm schon dran sein? Er denkt so flach wie sie und schreibt nicht besser. Nur daß eben die »FAZ« das Blatt ist, in dem die gesellschaftliche Herrschaft sich ihrem politischen Personal mitteilt, und nun der Fuhr das Medium, durch das es geschieht.

Konkret 10/97, S. 10

Herrschaftszeiten

Dummer August

Der Verantwortliche »für das künstlerische Programm im Deutschlandpavillon« der Expo 2000 in Hannover heißt August Everding und will die Geschichte Deutschlands seit der Wiedervereinigung ausstellen. Auf der Wandfläche des Pavillons soll endlos ein acht Minuten langer Film über Deutschland wiederholt werden, in der Mitte des Raumes wird ein Globus hängen, auf dem zahlreiche Monitore Bilder aus Deutschland zeigen. »Das soll«, sagt der Verantwortliche für das künstlerische Programm, »nichts für hochintelligente Museumsbesucher sein«. Sondern von ihm für seinesgleichen.

Rassismus

Das Verwaltungsgericht Braunschweig hat die Anordnung der örtlichen Ausländerbehörde, zwei Polinnen wegen Ladendiebstahls aus der BRD auszuweisen, für rechtens erklärt.

Pack schlägt sich

Hermann Otto Solms, Vorsitzender der FDP-Fraktion im Bonner Bundestag, hat den niedersächsischen Ministerpräsidenten mit dem Vorsitzenden der FPÖ verglichen und ist zu dem Ergebnis gekommen: »Gerhard Schröder ist der deutsche Jörg Haider.«

Pack verträgt sich

Niedersachsens Ministerpräsident Gerhard Schröder, SPD, hat vorgeschlagen, deutsche Entwicklungshilfe nur solchen Staaten zu geben, die bereit sind, mit deutschen Behörden bei der Abschiebung von straffälligen Ausländern zu kooperieren. Bundesentwicklungsminister Carl-Dietrich Spranger, CSU, und Generalsekretär Guido Westwelle, FDP, haben sich Schröders Vorschlag angeschlossen.

Ausländer rein

Im Auftrag des Hamburger Senats hat der Hannoveraner Kriminologe Christian Pfeiffer die Jugendkriminalität in der Hansestadt untersucht. Ergebnis: »Die Jugendkriminalität wird überschätzt.« Seit Mitte der achtziger Jahre sei die Gesamtzahl der Fälle konstant geblieben, allerdings habe die Zunahme der Armut zu einer Zunahme von Gewaltdelikten (Raub, Körperverletzung) geführt. Die Zahl der ausländischen Straftäter sei in diesem Zeitraum gesunken, die der Deutschen massiv gestiegen.

Politiker sind Mörder

Ein Konsortium von Blohm & Voss, Howaldtswerke Deutsche Werft AG und Thyssen Rheinstahl hat hohe Militärs aus dreißig Nationen zu einer Geheimkonferenz nach Hamburg eingeladen, um unter der Schirmherrschaft des Bundesverteidigungsministers ihre neuen Mehrzweck-Kombinationsschiffe vorzustellen, die je nach Einsatzgebiet mit elektronisch gesteuerten Raketen, U-Boot-Abwehrwaffen oder konventionellem Geschütz bestückt werden können. Herbert von Nitsch (Blohm & Voss) lobte die politische Unterstützung der Waffengeschäfte. Während der Tagung besichtigten Ministerpräsident Gerhard Schröder und Hamburgs Bürgermeister Henning Voscherau »demonstrativ« (»Spiegel«) eine Fregatte für die türkische Marine.

Soldaten sind Deppen

Nachdem eine Bundeswehr-Studie ermittelt hatte, was jeder sich hat denken können: daß die Bereitschaft, Soldat zu werden, umso größer ist, je weiter politisch rechts einer steht (KONKRET 9/97), mußte das Bonner Streitkräfteamt ein weiteres Vorurteil wissenschaftlich bestätigen: Die Liebe zum Militär wächst auch mit dem Grad der Dummheit. So lag der Notendurchschnitt der Offiziersbewerber 1997 zwar nur um 0,3 Punkte unter dem Durchschnitt aller Abiturienten (2,43), aber den Autoren der Studie fiel auf, »daß besonders im Bereich der Notenskala von 3,6 bis 4,4 Offiziersbewerber weitaus häufiger anzutreffen sind«. Während Bewerber um eine Piloten-Ausbildung bei der Lufthansa einen Notenschnitt von 2,25 hatten, erreichten die Bewerber um eine Piloten-Ausbildung bei der Bundesluftwaffe nur einen Schnitt von 2,85. Der

ideelle Gesamtsoldat ist demnach: ein beschränkter Nazi.

Mielky Way

In den USA müssen Geheimpapiere 25 Jahre nach ihrer Entstehung der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden: Bei der CIA handelt es sich um 166 Millionen Seiten, beim Außenministerium um 45 Millionen, beim Verteidigungsministerium um 998 Millionen, das heißt: Auf jeden US-Bürger kommen im Schnitt 5 Seiten Geheimpapier.

Kikeriki

Die brandenburgische Sozialministerin Regine Hildebrandt erhält »den größten Medienpreis Ostdeutschlands«. Schön. Noch schöner, daß der Preis von Burdas rassistischem Krawallblatt »Super Illu« (»Der Serbe und sein Sex«) gestiftet wurde. Am schönsten, daß der Preis den Namen »Goldene Henne 97« trägt.

Herr..

Arbeitgeberpräsident Hundt hat zur Überwindung der Massenarbeitslosigkeit deutliche Kürzungen in den Sozialversicherungen gefordert. Wichtig sei ein »Umdenken in großem Maßstab«.

... **und Hund**

Die SPD hat ein Gesetz vorgeschlagen, wonach Betriebe, die nicht ausbilden, eine Ausbildungsplatzabgabe bezahlen sollen. »Im Gegenzug«, so der Fraktionsvorsitzende Scharping, sollen Jugendliche bei Strafe des Entzugs von Sozialhilfe dazu verpflichtet werden, auch Lehrstellen für Berufe anzunehmen, die sie nicht ergreifen wollten.

Meinung für Deutschland

Als Günter Grass die DDR eine vergleichsweise kommode Diktatur genannt hat, war die »FAZ« ganz aus ihrem Frankfurter Häuschen. Anläßlich der Amtseinführung von Hugo Banzer als bolivianischer Präsident hat die »Zeitung für Deutschland« jetzt definiert, welche Diktatur sie mehr als kommod findet:

Unzweifelhaft sind in den ersten Jahren der Herrschaft des Generals Menschen umgebracht worden. Andere wurden in der Haft mißhandelt. Doch war Banzers Regime im Vergleich zu den Militärdiktaturen der Nachbarstaaten ei . - ne eher sanfte Diktatur

Räumungsverkauf

Niedersachsens Grüne haben den Preis, für den sie nach der Wahl eine Koalition mit der SPD schließen wollen, noch einmal herabgesetzt: Sie verlangen jetzt nur noch »eine ökologisch-soziale Wende«, also gar nichts mehr.

FIAT-Justitia

Der Krankenpfleger Heinz K. hat mit 3,7 Promille Alkohol im Blut einen Radfahrer totgefahren. Er wurde dafür wegen Totschlags zu 18 Monaten Haft verurteilt. Kommentar der »Bild«Zeitung: »Die Justiz greift jetzt gnadenlos durch.«

Presse-Wehen 1

Daß der Sender Sat. 1 ein Interview mit dem betrunkenen Schauspieler Harald Juhnke ausgestrahlt hat bezeichnete der Vorsitzende des Deutschen Journalisten-Verbands, Hermann Meyn, als »Verlotterung journalistischer Sitten«.

Presse-Wehen 2

Der Präsident des Verbands Deutscher Zeitschriftenverleger hat seine tiefe Betroffenheit über den Tod von Lady Diana zum Ausdruck gebracht und alle Medien dazu aufgerufen, sich einen publizistischen Kodex zu geben: »Wir sollten uns jetzt mit kühlem Kopf auf Regeln einigen, die auch einen harten Journalismus auf die Achtung des Menschen verpflichten.« Der Präsident heißt Hubert Burda. Er ist Verleger von »Bunte« und »Super-Illu«.

Evergreen

Es gibt wieder deutsche Soldaten in Jugoslawien, und so gibt es wieder einen deutschen Soldatensender, der zwar noch nicht in Belgrad, sondern in Andernach steht, aber sein Bestes tut. Die »Süddeutsche Zeitung« hat zugehört:

Natürlich kommt auch der Klassiker für Legionen heimwehkranker Soldaten nicht zu kurz: »Lili Marleen«. Das Laternen-Lied von Lale Andersen wird jeden Abend zum Sendeschluß gespielt. Dabei ist den Machern von Radio Andernach klar, daß sie damit auch an eine unglückliche Tradition anknüpfen. Denn es war der deutsche Soldatensender Radio Belgrad, der nach Eroberung der jugoslawischen Hauptstadt 1941 das Lied allabendlich abgespielt und so weltberühmt gemacht hatte. Heute, so sagt Hauptmann Karl-Heinz Keil, Chefredakteur im deutschen *Militärcamp in Rajlovac, habe das Lied »eine eigene Identität für den Sfor-Einsatz«,*

Der Reporter weist darauf hin, daß »Lili Marleen« im Zweiten Weltkrieg »ein frontenübergreifender Hit« gewesen sei. Er weist nicht darauf hin, daß das Lied bei AFN und BFN auf Englisch gesungen wurde, und zwar von dem Amiflittchen Marlene Dietrich.

Everbrown

In einer zweiten Fassung seines Berichts, die der Reporter der »Süddeutschen« in Hermann Meyns sittlichem Verbandsblatt »journalist« untergebracht hat, schreibt er über »Lili Marleen« einst und jetzt auch noch den Satz:

Das Lied war nicht tot zu kriegen und ist es auch heute noch nicht.

Nein, das Lied nicht.

Shoa-Business 1

Israel Singer, der Delegationsleiter der Conference on Jewish Material Claims against Germany, hat dem »Spiegel« erzählt, warum die Holocaust-Überlebenden in Osteuropa bis 1990 nicht entschädigt wurden:

Amerika, Frankreich und sogar wir vom jüdischen Weltkongreß haben keine andere Entschädigungspraxis zugelassen, weil Kalter Krieg war und keine harten Devisen nach Osteuropa fließen sollten.

Bei den Verhandlungen mit Singer schloß Kanzleramtsminister Friedrich Bohl aus, daß den heute noch 15.000 bis 30.000 osteuropäischen Überlebenden der Shoa eine Rente bezahlt wird, wie sie die Überlebenden in westlichen Ländern erhalten. Bohl: »Wir müssen alles auch vor dem Hintergrund der aktuellen finanziellen Schwierigkeiten sehen.«

Shoa-Business 2

Das »Zentrum der Organisationen der Holocaust-Überlebenden in Israel« hat zusammengerechnet, mit welchen Beträgen die Deutschen ihre Verbrechen an den Juden bis heute wieder gut gemacht haben.

In den vergangenen 45 Jahren hat die Bundesrepublik an tatsächlichen Wiedergutmachungszahlungen an die Holocaust-Überlebenden einen Gesamtbetrag von 75 Milliarden Mark gezahlt. Jeder deutsche Staatsbürger trug weniger als 20 Mark im Jahr zu den persönlichen Wiedergutmachungen bei, also 1,60 Mark monatlich.

An deutsche Kriegsopfer, einschließlich überlebender SS-Männer und ihrer Hinterbliebenen, zahlte die BRD im gleichen Zeitraum mehr als sechsmal so viel. Damit zusammenwächst, was nach Auschwitz getrennt wurde, bringen die Deutschen jährlich 100 Milliarden Mark für Transferleistungen ins Gebiet der ehemaligen DDR auf

Quellenstudium

Der Historiker Eberhard Jäckel soll anläßlich des Streits um das Berliner Holocaust-Mahnmal gesagt haben, wer ein Mahnmal für die ermordeten Roma und Sinti fordere, könne auch eines gegen das Killen von Walen verlangen. So hat ihn jedenfalls der »Spiegel« zitiert. Auf den Protest von Romani Rose vom Zentralrat Deutscher Sinti und Roma hin hat Jäckel eine eidesstattliche Versicherung abgegeben, er habe dergleichen nie gesagt. Im »Spiegel«, der für seine Darstellung mehrere Zeugen zu haben behauptet, erschien kein Widerruf KONKRET empfiehlt, den Fall im Rahmen eines historischen Proseminars zur Bewertung sekundärer Quellen im ausgehenden 20. Jahrhundert unter der Leitung von Professor E. Jäckel zu untersuchen.

Ende gut, alles gut 1

Unterm Pflaster liegt der Strand, wußten einst die Revolutionäre, und »Pflasterstrand« hieß das linke Heft, das Daniel Cohn-Bendit einst in Frankfurt gründete. Die Revolution fiel mangels Masse aus, der »Pflasterstrand« ist zum »Journal Frankfurt« verkommen, aber vom Basalt mag der Zweiundfünfzigjährige noch nicht lassen: Bevor er der sechs Jahre jüngeren Ingrid Apel im südfranzösischen Ort Lauret nun mit Tränen in den Augen das Jawort gab, bekamen die Gäste süße Marshmallows, angepinselt wie Pflastersteine und randvoll mit Erinnerungen an Marksteine aus Cohn-Bendits Leben: »Lauret« stand drauf und »Paris«. wo der heutige Europaabgeordnete einst im Mai (1968) auf die Barrikaden gegangen

war. Zwischendurch war der Politiker der Grünen auf allerlei Weise in Frankfurt tätig, zuletzt als ehrenamtlicher Stadtrat für multikulturelle Angelegenheiten, zuerst als »Bezugsperson« im Uni-Kinderladen. Da lernte er früh fürs Leben, denn seit sieben Jahren ist Cohn-Bendit Vater, berichtet der Lokalteil der »Frankfurter Allgemeinen«.

Ende gut, alles gut 2

Veränderung beginnt mit Opposition, sagte die PDS kurz nach Beginn ihrer Zeitrechnung. Jetzt, vier Jahre später, sagt Gregor Gysi: »Vor der Jahrtausendwende erleben Sie die PDS noch in einer Landesregierung. Davon bin ich überzeugt.«

Veränderung endet mit Landesregieren.

Ende gut, alles gut 3

Eine Weile lang hat Goldhagen mit seiner Behauptung, die Deutschen seien Hitlers willige Vollstecker gewesen, die national gesinnten Landsleute beunruhigt. Weshalb der »Spiegel« sich jetzt definitive Auskunft bei einer Zeitzeugin holte:

Spiegel: Der US-Wissenschaftler Daniel Goldhagen meint, der Antisemitismus sei damals unter den Deutschen eine durchweg geläufige Haltung gewesen. Haben Sie das so erlebt?

Riefenstahl: Überhaupt nicht. Bis 1932, also kurz bevor ich Hitler kennenlernte, habe ich über das Thema »Jude oder Nichtjude« in meiner ganzen Umgebung, in Berlin, bei meinen Eltern, in der Firma meines Vaters, niemanden überhaupt reden gehört. Ich wußte gar nicht, worum es dabei ging. Ich kannte überhaupt keine Antisemiten.

Na, Goldhagen, was sagen Sie nun?

Der Eiserne Vorhang hat nicht nur die Teilung Europas zementiert, sondern uns auch vor ausländischer Gewaltkriminalität geschützt

---

Gerhard Schröder, SPD

Konkret 10/97, S. 12

Was ist heute noch links?

KONKRET-Umfrage
KONKRET wird in diesem Herbst 40 Jahre alt. Aus diesem Anlaß fragt die Redaktion Autoren/Autorinnen, Politiker/Politikerinnen, Künstler/Künstlerinnen, die in diesen Jahrzehnten als Exponenten der politischen Linken aufgetreten sind: Was ist heute noch links?

Die Frage ist natürlich immer mal wieder gestellt worden, meist zu dem Zweck, eine neue politische Option gegen traditionelle Vorstellungen durchzusetzen: Heute (nämlich gestern) noch links war dann, in lockerer Schüttung: Trau keinem über 30! - Wer hat uns verraten? / Sozialdemokraten - Schafft ein, zwei viele Vietnams! - Das Private ist immer politisch - Enteignet Springer! - Tunix - Legal, illegal, scheißegal - Atomkraft, nein danke - Häuserkampf - Lang lebe der Vorsitzende Mao und sein Stellvertreter Lin Piao! - Boykottiert Israel! - Multikultur – Bildung für alle -Sieg im Volkskrieg -Alle Macht den Räten! - Nie wieder Deutschland! - Deutschland einig Vaterland - Hopphopphoppl Atomraketen stop - Der Bauplatz muß wieder zur Wiese werden - Macht kaputt, was euch kaputt macht - Feuer und Flamme für diesen Staat! - Mehr Demokratie wagen! - etc.

Trotz alledem und alledem bildete all das ein politisches Milieu, das sich, irgendwie doch zusammengehörig noch im Sektenkrieg, als links verstand, weil die Beteiligten auf unterschiedliche Weise zwar und mit unterschiedlicher Radikalität die herrschenden Verhältnisse zugunsten der unteren Klassen (Schichten) verändern wollten.

Das, so scheint es, gilt seit 1989190 nicht mehr Die »Zweite Welt«, deren pure Existenz die Frage, ob die Erde rot wird, offengehalten hatte, ist verschwunden, der Kapitalismus hat weltweit gesiegt, der Gedanke an seine Überwindung gilt als Spinnerei. Leute, die sich für Linke halten, verteidigen den Standort Deutschland, seine Industrie und den gesunden Mittelstand oder billigen den Einsatz der Bundeswehr Out of area und die Abschaffung des Asylrechts. Die Beseitigung der Kapitalherrschaft ist gestrichen und durch die Ausrufung der Zivilgesellschaft ersetzt. Die deutsche Revolution, so ließe sich mit Tucholsky spotten, findet wegen ungünstiger Witterung in der Musik statt - als Loveparade.

Weil aber so die Geschichte vielleicht doch nicht enden wird (und jedenfalls nicht enden sollte), machen wir KONKRET und fragen Sie: Was ist heute noch links?

Konkret 10/97, S. 12

Klaus Theweleit

Was ist heute noch links?

KONKRET-Umfrage
KONKRET wird in diesem Herbst 40 Jahre alt. Aus diesem Anlaß fragt die Redaktion Autoren/Autorinnen, Politiker/Politikerinnen, Künstler/Künstlerinnen, die in diesen Jahrzehnten als Exponenten der politischen Linken aufgetreten sind: Was ist heute noch links?

Was »heute noch« links ist, wäre vor 15 Jahren nicht leichter zu beantworten gewesen. Wozu man nix weiß, kann man nix sagen. Nur ein bißchen »Textkritik«: In eurer »lockeren Schüttung« der Parolen fehlt die entscheidende: »Make love, not war«, die Initialzündung für alles weitere. Bezeichnenderweise?!: Sie erinnert daran, daß auch die deutsche Linke aus Amerika kam (via Vietnam) und nicht aus der »2. Welt« (der sozialistischen Länder), mit deren »Verschwinden« ihr die heutige Lage der Linken gern verkoppeln möchtet: »Die >zweite Welt<, deren pure Existenz die Frage, ob die Erde rot wird, offen gehalten hatte ... «. Offengehalten? Da werde ja sogar ich rot, wenn ich das lese (... womit die Erde, die poore Existenz, zufrieden sein muß, bis auf weiteres). An den andern Songs aus eurer Hit-Liste, von »Trau keinem über 30« bis »Feuer und Flamme für diesen Staat« nimmt mein Auge, beim Drüberschweifen, sofort Veränderungen vor. Trau keinem Journalisten ... Siech im Volkskriech ... Boykottiert Ariel! ... Alle Macht auf Raten ... Mein Bauch gehört verboten ... Das Private ist immer der Gärtner (bzw. Chauffeur), oder Mehr Demokratie zum Jagen tragen ... Übung in »Geschichtsblicken« ... nix mit »was ist heute noch« ... Alles ist immer! Atomkraft nein danke.

Wer hat uns verraten? / Immer wir selber: Grün wählen, also! »Weg mit den Alpen! Freie Sicht der Bundeswehr!« Ein französischer Filmemacher hat angemerkt, daß die Forderung nach zwei, drei, vielen Vietnams die Forderung nach zwei, drei, vielen USA enthält. Man *weiß* nicht, was man so sagt, wenn man herumschreit.

Ich fürchte: »Links« in D'land gibt's schon nicht mehr, seit diese talentierte KONKRET-Journalistin 1968 die Aufstandsschafe nach Bonn trieb, zum Pissen auf dem falschen Rasen, dann auch noch, rotierend in der politischen Leere der Früh-70er, den Radikalen Abwicklungs Ferein für linke Lebensabläufe (RAF LL) gründete, zusammen mit ein paar anderen Trampeln. Seitdem geht mit »links« und »rechts« alles radikal durcheinander in der BRD. Dann noch 20 Jahre Schleyerkraut in der Birne ... da macht selbst Burroughs schlapp, der besttrainierte.

Also was tun? 1. Ins Kino gehen und sich einbilden, daß ein Film läuft. 2. Sich abfinden (lassen) und gelegentlich aufs Wasser sehn. (Was alle großen Hamburger ja wohl schon tun). Warum also diese Fragen *gerade von da?* Gibt's in HH Linke? Und 3. Sing a song: Europas Volk und Völker: / Im Herz den Pfeil der Regenbögen / Lady Die und Lover Do-Die locken 5 Millionen / Aus'm Grab auf die Straße. / (Arbeitslose nicht mitgezählt). / Der Londoner Mittelstand / Will auch seine Love Parade Wozu denn links sein? / (Reine Privatsache)

Herzlichen Gruß und Glückwunsch, natürlich, zum Vierzigsten.

Klaus Theweleit lebt als freier Autor in Freiburg

Konkret 10/97, S. 13

Sahra Niemeyer

Was ist heute noch links?

KONKRET-Umfrage
KONKRET wird in diesem Herbst 40 Jahre alt. Aus diesem Anlaß fragt die Redaktion Autoren/Autorinnen, Politiker/Politikerinnen, Künstler/Künstlerinnen, die in diesen Jahrzehnten als Exponenten der politischen Linken aufgetreten sind: Was ist heute noch links?

Sahra Niemeyer, (geb. Wagenknecht)

Was ist heute noch links? Nehmen wir das Politprofil eines mutmaßlichen Herausforderers zum Maßstab: der Kanzler höchstselbst. Helmut Kohl wirkt hoffnungslos abgeschlagen, wenn Schröder und Stoiber unisono nach Ausländerhatz und Strafrechtsverschärfung, nach geschlossenen Heimen für Kinder, längeren Haftstrafen, gründlicherer Überwachung, kurz: nach dem Polizeistaat rufen. Das politische Spektrum rast mit solchem Tempo nach rechts, daß, wer auch nur an seinem Ort verharrt, sich unversehens im Linksaußen wiederfindet. Das bedeutet aber zugleich: Wenn der Linksbegriff noch irgendeinen politischen Sinn haben soll, darf er nicht bloß relativ verwandt werden. »Links neben der SPD« heißt dank Schröder längst nicht mehr links, vielmehr ist der Raum dort inzwischen so groß geworden, daß er problemlos dem dicken Oggersheimer, weiten Teilen der PDS (einige Genossen fühlen sich selbst hier noch nicht hinreichend in der »Mitte der Gesellschaft«) oder beispielsweise der »Süddeutschen Zeitung« Platz bietet. Letztere gab kürzlich zu bedenken, daß der von Schröder losgetretene Wettlauf nach rechts »... in der Forderung nach Wiedereinführung der Todesstrafe und des Zuchthauses enden« wird - was führende Vertreter meiner Partei nicht abgehalten hat, sich zum xten Mal öffentlich als willige Mitstreiter, und sei es vorerst nur auf Landesebene, anzudienen. Daß all dies mit linker Politik ebensowenig zu tun hat wie der neueste grüne Nato-Enthusiasmus, versteht sich von selbst.

Traditionell wurden mit dem Attribut »Links« vor allem zwei Dinge verknüpft: soziales Gewissen und eine diesem entsprechende Politik sowie demokratische, antimilitaristische Forderungen. In immer bescheidenerer Auslegung dieses Anspruchs wurden seit dem 2. Weltkrieg jene Organisationen »Linksparteien« genannt, die mit den bekannten Keynesianischen Instrumenten die krassesten Mißstände kapitalistischer Verteilung auszugleichen suchten. So genügsam schon diese Programmatik war - was damals noch ging, geht heute nicht mehr.

Knapp dreißig Jahre Deficit spending haben weltweit verschuldete Staaten hinterlassen, die auf Gedeih und Verderb am Tropf der Kapitalmärkte hängen und eben dort um das »Vertrauen« der internationalen Großfinanzjongleure konkurrieren. Da in dieser Konkurrenz zwangsläufig der Währungsblock die besten Karten hat, der die Ansprüche aller nichtkapitalistischen Gesellschaftsgruppen auf die volkswirtschaftliche Wertschöpfung - sei's in Form von Löhnen, seis in Form von Sozialausgaben, seis selbst in Form von Staatsverbrauch, sofern dieser nicht unmittelbar dem Konzern zugute kommt - auf das niedrigste Niveau zu drücken versteht, um den vom Kapital eingestrichenen Teil maximal ansteigen zu lassen, ist der weltweite Austeritätswettlauf nicht Schrulle neoliberaler Politiker, sondern Konsequenz der kapitalistischen Entwicklung. (Im übrigen ist die wichtigste Säule linksreformerischen Einkommensausgleichs, das progressive Steuersystem, schon angesichts des Faktums eines sich jeglicher Besteuerung mehr und mehr entziehenden transnationalen Kapitals kaum noch der Debatte wert.)

Das politische Pendant des Austeritätskurses aber ist - über kurz oder lang - der Polizeistaat. Nicht Gerhard Schröder drückt die SPD nach rechts; der Wille, die gegenwärtigen Verhältnisse »in Verantwortung« mitzuverwalten, produziert verantwortungslosen Rechtstrend und setzt ihn voraus. Linke Politik ist unter diesen Bedingungen nur noch eins: Widerstand. Widerstand allerdings, der sich nicht in beliebigen gesellschaftlichen Nischen, erschöpft, sondern die Grundlagen der kapitalistischen Wirtschaftsordnung ins Visier nimmt; und der nur erfolgreich sein kann, wenn er breitere Teile der Bevölkerung erreicht und zur aktiven Gegenwehr ermutigt. Die Durchsetzung vergesellschafteter Produktion steht ganz sicher gegenwärtig nicht auf der politischen Tagesordnung. Aber Sein oder Nichtsein linker Politik hier und heute entscheidet mit darüber, ob sie morgen auf die Tagesordnung kommt.

Sahra Niemeyer ist Mitglied der Kommunistischen Plattform der PDS

Konkret 10/97, S. 14

Gregor Gysi

Was ist heute noch links?

KONKRET-Umfrage
KONKRET wird in diesem Herbst 40 Jahre alt. Aus diesem Anlaß fragt die Redaktion Autoren/Autorinnen, Politiker/Politikerinnen, Künstler/Künstlerinnen, die in diesen Jahrzehnten als Exponenten der politischen Linken aufgetreten sind: Was ist heute noch links?

Das Vermögen der 137 Dollar-Milliardäre entspricht in etwa den Sozialprodukten der 45 ärmsten Staaten in dieser Welt. Spätestens hier müßten sich viele Menschen fragen, warum sie (noch) *nicht* links, *keine So*zialistinnen oder Sozialisten sind. Weniger empirisch ausgedrückt heißt das, die soziale Frage stand und steht im Zentrum der linken Bewegung.

Während die neoliberalen Fundamentalisten die Marktkräfte beschwören und die soziale Frage auf ihre Art zuspitzen, die Konservativen die gegebenen Macht- und Herrschaftsstrukturen bewahren wollen und allenfalls bereit waren - gegenwärtig sind sie es immer weniger -, die bestehenden sozialen Widersprüche durch sozialstaatliche Kompromisse abzufedern, halten Linke demgegenüber an der grundlegenden Überwindung der kapital- und profitdominierten gesellschaftlichen Verhältnisse fest. Das geht nicht ohne Veränderung von Wirtschafts-, Eigentums- und Demokratiestrukturen.

Ausgangspunkt linken Denkens ist die freie Entfaltung des Individuums als Voraussetzung und Bedingung der Befreiung aller. Menschliche Emanzipation schließt den Kampf um die Gleichberechtigung der Geschlechter ein und erfordert ein hohes Maß an Demokratisierung und Dezentralisierung von gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen, an gesellschaftlicher Partizipation in allen gesellschaftlichen Bereichen und Strukturen.

Die soziale Frage ist heutzutage untrennbar mit den globalen Fragen verbunden, der immer weiter auseinandertreibenden Schere von Entwicklung und Unterentwicklung, der ökologischen Krise und den wachsenden Kriegsgefahren. Sie verlangen nach Lösungen, die den nationalstaatlichen Rahmen sprengen.

Gregor Gysi ist Vorsitzender der Bundestagsgruppe der PDS

Konkret 10/97, S. 14

Oskar Negt

Was ist heute noch links?

KONKRET-Umfrage
KONKRET wird in diesem Herbst 40 Jahre alt. Aus diesem Anlaß fragt die Redaktion Autoren/Autorinnen, Politiker/Politikerinnen, Künstler/Künstlerinnen, die in diesen Jahrzehnten als Exponenten der politischen Linken aufgetreten sind: Was ist heute noch links?

Was eigentlich links sei, ist seit jener denkwürdigen parlamentarischen Sitzordnung, durch die in der Restaurationszeit der ersten Hälfte des vergangenen Jahrhunderts schon durch die Raumkoordination unterschieden wurde zwischen derjenigen, die einer revolutionären Gesinnung verdächtig waren, und derjenigen, die sich den Parteien der Ordnung zurechneten, eine unentwegt wiederkehrende Frage. Sie ist so alt, wie es die Linke ihrem Selbstverständnis nach gibt; Antworten darauf zu suchen und zu finden, hat offenbar etwas mit Blickrichtungen und Orientierungen im politischen Kampf zu tun.

Willy Brandt hatte sich noch kurz vor seinem Tode getraut, die Worte »links und frei« in einen Deutungszusammenhang mit demokratischem Sozialismus zu bringen. Die »FAZ« dokumentierte dann unter der Scheinfrage »What's left?« eine Bestattungsserie, in der auch Linke zu Wort kamen; diese gaben sich überwiegend Mühe, die Orientierungsbegriffe rechts und links dem geschichtlichen Kehrichthaufen zu überantworten.

Den politischen Sprachartisten erscheint es nur logisch, daß mit dem Substanzverlust der Linken (was immer darunter verstanden werden mag) auch die politische Rechte ihren eindeutig identifizierbaren Ort verloren hat. Wie schön für eine Zivilgesellschaft, in der sich, was längst überfällig zu sein schien, die alten sozialen Klassenspaltungen und die feindseligen Polarisierungen aufgehoben haben. Die sogenannten Individualisierungsschübe scheinen alle festen Macht- und Herrschaftsstrukturen zu zerbrechen, so auch das Rechts-Links-Gefüge. Gewiß, rechts und links als Substanzbegriffe zu benutzen, ist irrig; es gibt keine ewige Linke, und es gibt auch keine ewige Rechte. Auch gibt es Gesinnungs- und Charakterwandlungen von einer Position zur anderen. In der »Weltbühne« schrieb Kurt Hiller 1932 über »Linke Leute von rechts«; heute gibt es eine Menge von Konvertiten, die den umgekehrten Weg machen: »Rechte Leute von links« wäre ein brisantes Buchthema.

Wenn ich also rechts und links als Relationsbegriffe benutze, die der politischen Ortsbestimmung dienen, haben sie in meinen Augen ihren guten Sinn bewahrt. Historisch hat sich die Linke durch ihr Engagement für die Unterdrückten und Entrechteten legitimiert. An der Notwendigkeit und Wünschbarkeit einer linken Option hat sich nichts geändert; links als inhaltsleeren Zuordnungsbegriff von Gesinnungen oder Parteizugehörigkeiten zu verwenden, ist immer falsch gewesen. Die Stalinisten aller Schattierungen waren und sind Rechtsradikale; wer mit innerstaatlichen Feinderklärungen arbeitet, wer ganze Schichten oder Gruppen für vernichtungswürdig hält, steht auf der Rechten, nicht besser als jene ordnungsbesessenen Horden, die Brandfackeln in Asylbewerberheime werfen, weil ihnen ihr Vorurteil sagt: Die Ausländer, die Fremden sind die Schuldigen an meiner Misere. Das ist rechts, das sind Denk- und Handlungsformen der politischen Rechten.

Und was ist links? Viel schwerer zu definieren, weil hier immer Argumentation, Analyse und Aufklärung im Spiel sind. Aber links ist für mich nicht nur ein moralischer Begriff; er ist immer auch programmatisch im Blick auf die Umgestaltung der Gesellschaft: Bürger- und Menschenrechte, Arbeit und menschliche Würde, Selbstverwirklichung im demokratischen Gemeinwesen, Sorge um die »Ökonomie des ganzen Hauses«, also Kosten-Nutzen-Rechnungen der ganzen Gesellschaft, Erweiterung der Urteils- und Lernfähigkeit der Menschen - das sind für mich klassische Themen einer linken Position, die nichts an Aktualität verloren haben. In diesem Sinne begreife ich mich nach wie vor als ein Linker; das ist keine Trotzhaltung. Ich bin der Überzeugung, daß auch Begriffe Schutzrechte auf Unversehrtheit haben; der Weg zum leistungsbewußten Mitläufertum wird durch Enteignung des Sprach- und Symbolspektrums geebnet. Der Begriff links gehört dazu.

Oskar Negt ist Professor für Soziologie in Frankfurt a. M

Konkret 10/97, S. 14

Stefan Ripplinger

Was ist haute noch links?

KONKRET-Umfrage
KONKRET wird in diesem Herbst 40 Jahre alt. Aus diesem Anlaß fragt die Redaktion Autoren/Autorinnen, Politiker/Politikerinnen, Künstler/Künstlerinnen, die in diesen Jahrzehnten als Exponenten der politischen Linken aufgetreten sind: Was ist heute noch links?

Ich glaube, »links« ist nur eine Redeweise; links ist, wer links spricht. Wenn die Linken ihren antizivilisatorischen Regungen nachgeben, kaschieren sie sie z. B. als »Bekämpfung des amerikanischen Imperialismus«; wenn sie dem Antisemitismus frönen, nennen sie ihn »Antizionismus«; wenn sie eine kommerzielle Grillfete abhalten wollen, rufen sie zum »Solibasar« auf; ihren intellektuellen Selbstbetrug nennen sie »Dialektik«; ihren Neid »Klassenkampf«; und wenn sie in Ferien fahren wollen, schmeicheln sie sich, »Internationalisten« zu sein. Darüber gerät manchmal in Vergessenheit, daß sich die Linke aus ganz ähnlichen Arschlöchern zusammensetzt wie der Rest der Gesellschaft; die Linken sind nur wesentlich ärmer, was aber, für sich genommen, auch noch keine Auszeichnung ist. Ich persönlich habe nie Anstrengungen unternommen, links zu sein, sondern mich stets an Chlebnikows Verse gehalten: »Nie so sein, nie so sein / O sei nie ein Ei / so sprach / der Uhu.«

Stefan Ripplinger ist Redakteur der Wochenzeitung »Jungle World«

Konkret 10/97, S. 14

Michael Scharang

Was ist heute noch links?

KONKRET-Umfrage
KONKRET wird in diesem Herbst 40 Jahre alt. Aus diesem Anlaß fragt die Redaktion Autoren/Autorinnen, Politiker/Politikerinnen, Künstler/Künstlerinnen, die in diesen Jahrzehnten als Exponenten der politischen Linken aufgetreten sind: Was ist heute noch links?

»Welcher Entdecker hat dies schon
bemessen, wie weit sich die äußersten
Vorgebirge der Möglichkeit ins Meer
der Unmöglichkeit hinein erstrecken?«
Johann Nepomuk Nestroy

Die Linke, das ist die neue Aufklärung. Das ist jene vorbehaltlose Aufklärung, die um die Dialektik der Aufklärung weiß und die sich deshalb gegen die bürgerliche Aufklärung stellt, welche Bestehendes nur anzweifelt, um es zu perfektionieren.

Wegen dieses Anspruchs vorbehaltloser Kritik sieht die politische Linke in der Linken nicht den Inspirator, sondern den Gegner. Die politische Linke braucht keine Theorie, da sie das Kauderwelsch des politischen Alltags zu Theorie erklärt und vorhandene linke Theorie zum Kauderwelsch vereinfacht. So kommt es, daß die meisten Anführer der politischen Linken als Theoretiker gelten. Und daß im Umkreis dieser Anführer kritische Theorie als bürgerlicher Luxus geächtet wird.

Wer wie die Linke sich ohne Heiratsabsicht mit der Wirklichkeit einläßt, entdeckt dabei nicht *die* Alternative zum Bestehenden, sondern *viele* Möglichkeiten. Wegen dieses Reichtums an Entdeckungen gilt die Linke als uneinheitlich und zerstritten.

Die politische Linke verachtet die herzlose Reflexion ebenso wie die zügellose Spekulation. Sie liebt den Beschluß. Sie kommt jedoch mit ihrer Eintopftheorie nicht weit. Der Beschluß, die Welt zu verändern, bewirkt nicht Veränderung, sondern Kopfschütteln. Die Frage, ob der geschüttelte Kopf dann auch rollt, nennt man Machtfrage.

Den Zorn über die Folgenlosigkeit von Beschlüssen läßt die politische Linke an den Menschen aus. Wenn die Welt sich nicht traktieren läßt, werden eben die Menschen sekkiert. Sie müssen neue Menschen mimen, um den alten Menschen auf der Tribüne vorzugaukeln, sie, diese Menschen, seien das glorreiche Resultat glorreicher Beschlüsse.

Die politische Linke entlarvt die Götter als von Menschen fingiert und setzt sich selbst als gottgleich über die Menschen. Sie hält sich für das Subjekt der Geschichte und ist doch nur ein Subjekt.

Wird die politische Linke vernichtend geschlagen, ändert sie ihren Namen, lernt ein paar Redewendungen dazu und spielt im nächstbesten Machtspiel mit. Die Linke hingegen ist immer in Opposition. Die politische Linke macht zuerst falsche Hoffnungen und läßt diese dann fahren. Die Linke hingegen macht niemandem Hoffnung, gibt aber die Hoffnung, die sie nicht hat, niemals auf.

Warum um alles in der Welt bricht die Linke nicht mit der politischen Linken? Weil sie mit ihr verschwistert ist.

Michael Scharang lebt als freier Autor in Wien

Konkret 10/97, S. 15

Franz Josef Degenhardt

Was ist heute noch links?

KONKRET-Umfrage
KONKRET wird in diesem Herbst 40 Jahre alt. Aus diesem Anlaß fragt die Redaktion Autoren/Autorinnen, Politiker/Politikerinnen, Künstler/Künstlerinnen, die in diesen Jahrzehnten als Exponenten der politischen Linken aufgetreten sind: Was ist heute noch links?

Die Frage stellt sich nicht für Kommunisten, revolutionäre Sozialisten, Autonome, Anarchisten.

Franz Josef Degenhardt lebt als Autor und Liedermacher in Quickborn

Konkret 10/97, S. 15

Oskar Lafontaine

Was ist heute noch links?

KONKRET-Umfrage
KONKRET wird in diesem Herbst 40 Jahre alt. Aus diesem Anlaß fragt die Redaktion Autoren/Autorinnen, Politiker/Politikerinnen, Künstler/Künstlerinnen, die in diesen Jahrzehnten als Exponenten der politischen Linken aufgetreten sind: Was ist heute noch links?

Sehr geehrte Damen und Herren, im Namen von Ministerpräsident Oskar Lafontaine bedanke ich mich für Ihre Anfrage vom 29. August 1997. Wie Sie sich sicher vorstellen können, erreichen den saarländischen Ministerpräsidenten zahlreiche Anfragen nach Beiträgen, Statements und Interviews. Leider können aus zeitlichen Gründen nicht alle Wünsche erfüllt werden. So auch in Ihrem Fall.

Ich bitte um Ihr Verständnis und verbleibe mit den besten Wünschen zu Ihrem 40jährigen Jubiläum.

Der Chef der saarländischen Staatskanzlei / Presseabteilung

Konkret 10/97, S. 15

Bernd Rabehl

Was ist heute noch links?

KONKRET-Umfrage
KONKRET wird in diesem Herbst 40 Jahre alt. Aus diesem Anlaß fragt die Redaktion Autoren/Autorinnen, Politiker/Politikerinnen, Künstler/Künstlerinnen, die in diesen Jahrzehnten als Exponenten der politischen Linken aufgetreten sind: Was ist heute noch links?

Die Bürgerkriegslinke

Links und Rechts standen in der Vergangenheit für bestimmte Positionen im nationalen und internationalen Bürgerkrieg. Dieser wurde primär geprägt durch die russischen und asiatischen Revolutionen und später durch die Befreiungsbewegungen in Asien, Afrika und Lateinamerika. Sie repräsentierten jeweils Ordnungen, Verfassungen, Ethik und Moral, die aufgebaut waren auf Minoritätsherrschaft, Diktatur, Krieg, Zwang und nicht selten Terror. Ihr Sozialismus verhieß »Freiheit« und »Sicherheit« im Kontext von Unterwerfung, Hierarchie und inneren Notwendigkeiten, die die Bausteine von Macht waren. Sie verlangten Anerkennung und lehnten Kritik ab. Die »Parteilichkeit« im Sinne oder im Gegensatz zu diesen Revolutionen, Staatsgründungen und Gesellschaftsexperimenten bestimmte linke und rechte Haltungen und Einschätzungen. Entweder waren diese Experimente gut, gerecht, solidarisch, fortschrittlich, oder sie waren Inkarnation des Bösen, der Willkür, des Unrechts und des sozialen Rückschritts. Verloren ging bei diesen Parteilichkeiten die Sensibilität für die Probleme der individuellen und sozialen Freiheit, der Emanzipation und Gerechtigkeit und ihrer Umsetzung im Bau einer Gesellschaft. Längst abgestorben waren die Klassenkulturen, die diese Werte zum Inhalt ihrer Praxis und ihrer Ideenwelt erhoben hatten, zerstört waren sozialistische, aber auch kommunistische Traditionen der Klassenkämpfe. Übrig blieben Projektionsflächen von Gesinnung, Wunschlandschaften, Identifizierungen mit Symbolen , Inszenierungen von Politik und »Bürgerkrieg«, eben Paiteilichkeit.

Diese Haltungen legten primär intellektuelle Szenen in Westeuropa nach 1945, vor allem nach 1966 fest. Die Tradition von Klassenkampf, Arbeiterkultur, Linkssein war zerstört worden durch die NS-Diktatur, Stalinismus und durch den totalen Krieg. Nach 1945 bestimmte der jeweilige sowjetische oder amerikanische »Frieden« die Nachkriegsordnungen in West- und Osteuropa, die bewußt nicht an diese Traditionen anschlossen. Die bereits bolschewisierten KPD und SED übernahmen im Osten die Ordnungs- und Kaderprinzipien der KPdSU, die spätestens ab 1935 in dem großen Terror alle Wurzeln und Relikte eines emanzipatorischen Sozialismus liquidieren ließ. Die Sozialdemokratie nahm im Westen Anteil an dem Aufbau eines Sozialstaats, der Gerechtigkeit übersetzte in Verrechtlichung und Verwaltung, wodurch der reformistische Sozialismus seine Utopie verlor und in der Faktizität von Sozialarbeit erstarrte. Was noch übrig blieb an alter »Tradition«, war Kulisse, Beiwerk, Dudelei bei Parteiveranstaltungen und Veteranentreffen, leeres Pathos.

Neue Linke im alten Geist

Die Studentenrevolte von 1967 wirkte in Westdeutschland im vielfältigen Sinn als Kulturrevolution, indem etwa das links eingestimmte Denken sich löste von einer naiven »Lagermentalität« und bemüht war, die Grundlagen des emanzipatorischen Denkens neu zu entdecken und einen emanzipatorischen Sozialismus in einer Synthetisierung von Anarchismus und Marxismus zu begründen. Die Kritik am Stalinismus unterschiedlicher Prägung war Ausgangspunkt dieses Denkens. Dieser Aufbruch scheiterte an der Realität des europäischen Bürgerkriegs. Das linke Lager zerfiel in die Revolutions- und Ordnungsideale, die in China, Vietnam, DDR, Sowjetunion, Cuba, Nicaragua usw. ihre Realität hatten. »Linke« liebten primär die »Ordnung«; die Probleme der sozialen Emanzipation waren ihnen scheißegal.

Der weitgehende Kollaps des Realsozialismus in Europa könnte auch das linke Denken lösen von einfachen Illusionen und Identifizierungen und es zurückorientieren auf die konkrete Kapitalismuskritik bzw. auf die bestimmte Negation bürgerlicher Ordnung, die Wiederöffnung einer emanzipatorischen Kultur. Jetzt fehlen Einsichten, Organisation, Konzepte, Einheit, Persönlichkeiten, Theorien. Die »Linke« trauert alten Ordnungen nach oder flüchtet sich in einen antifaschistischen Kampf, der die faschistische Bedrohung immer wieder erfinden bzw. überbetonen muß, um über diesen Feind sich tagtäglich definieren zu können und um nicht darüber nachsinnen zu müssen, was heute links ist. Viele verabschieden sich vom linken Milieu und versuchen ihren »Glücksweg«.

Aufbrüche

Die Linke ist heute vom Alb des dogmatischen und auch rückständigen Ordnungssozialismus befreit. Die Fronten des Bürgerkriegs existieren nicht mehr in den alten Formen. Neue Probleme sind da und deuten sich an: kapitalistische Expansion, die Abschaffäng der Arbeit auf kapitalistischer Grundlage, die Deregulierung des Staates, der Zerfall der sozialstaatlichen Verrechtlichung, die Auflösung der Klassen und Klassenkulturen, die Pauperisierung von großen

Volksteilen, die allgemeine Verwahrlosung. Der sozialistische Gedanke gewinnt jetzt als weltweite und europäische Idee neue Dimensionen. Er hat seine primäre Grundlage in der kritischen Intelligenz. Die pauperisierten Massen, Alte, Jugendliche, Frauen, Ausländer, sind nicht organisierbar. Die Restarbeiterschaft ist zwar kampfbereit, verteidigt jedoch ihre Sonder- und Lohnprivilegien. Von daher müssen neue Mobilisierungsstrategien greifen, die primär die Reaktionsunfähigkeit der politischen Eliten zum Thema haben, ihre Machtbesessenheit und Raffgier, ihre Unfähigkeit zu Grundsatzentscheidungen, Elemente der sozialen Sicherung zu verteidigen.

Sozialistische Utopien sind gefragt in einem Augenblick, wo die kapitalistischen Visionen den Abbau des Staates, die Zerstörung der Ordnung, die Verelendung der Massen, das Chaos zum Ziel haben. Aber eine Linke, die sich zu derartigen Gegenutopien aufrafft, ist nicht zu sehen. Es liegt sicherlich an ihrer grundsätzlich »konservativen« Struktur und ordnungspolitischen Hingabe, daß sie nicht umdenken und Spuren aufnehmen kann, die auf die Ursprünge des Sozialismus weisen, auf den Emanzipationskampf. Es ist sogar anzunehmen, daß die Konstellation von Links und Rechts mit dem europäischen Bürgerkrieg der Vergangenheit zerfallen ist. Neue Probleme werden auch neue Fronten eröffnen. Die heutige Linke ist sicherlich nur Abgesang und Auftakt für neuartige Gruppierungen.

Bernd Rabehl, Ex-Vorsitzender des SDS, ist Professor für Politikwissenschaften in Berlin

Konkret 10/97, S. 15

Karl Heinz Roth

Was ist heute noch links?

KONKRET-Umfrage
KONKRET wird in diesem Herbst 40 Jahre alt. Aus diesem Anlaß fragt die Redaktion Autoren/Autorinnen, Politiker/Politikerinnen, Künstler/Künstlerinnen, die in diesen Jahrzehnten als Exponenten der politischen Linken aufgetreten sind: Was ist heute noch links?

Links ist noch immer, wo der Daumen rechts ist. Linke Positionen zu vertreten, heißt heute wie gestern, sich persönlich, gesellschaftlich und politisch für soziale Gleichheit und deshalb für die Aufhebung des Eigentums, die Überwindung des Warenfetischismus und die Beseitigung aller Formen von Herrschaft einzusetzen.

Dagegen sollten wir Linken die meisten Attitüden, die wir uns in den vergangenen 30 Jahren zugelegt haben, zum Teufel jagen: Realitätsblindheit, Denkfaulheit, Besserwisserei, Intoleranz untereinander, Selbstmitleid und Nischendasein. Vor allem sollten wir uns nicht für die letzten Mohikaner halten.

Wer heute noch links ist, gehört nicht zu denen, die sich derzeit als 68er gerieren. Die meisten, die diese Ikone vor sich hertragen, waren Trittbrettfahrer der Sozialrevolte der 1960er Jahre oder ihre Gegner. Sie waren uns damals genauso im Weg wie sie heute die Kids blockieren. Sie sind sich immer gleich geblieben.

Wer heute noch links ist, hat eine ungeheure Spannung auszuhalten: hier die einfache und zwingende Option für eine klassenlose Gesellschaft, dort eine Kette von Rückschlägen und Niederlagen auf dem Weg dorthin. Hier die von uns mit angestoßenen neuen Formen von entfalteter Individualität, und dort die Unfähigkeit, sie in einem Prozeß zur sozialen Subjektivität aufzuheben. Den einzigen Weg, der aus dieser Blockade herausführen kann, sehe ich in der Auseinandersetzung mit den sich dramatisch verändernden Arbeitsverhältnissen. Dagegen sollten wir alles, was mit der sogenannten Globalisierung zu tun hat, den Geldvermögensbesitzern und den übrigen Kapitalisten überlassen.

Was heute noch links ist, ist vor allem ein Dilemma. Es ist das Dilemma derer, die vor Jahrzehnten aufbrachen, als die Pfade zur sozialen Befreiung durch Sozialpartnerschaft und obrigkeitliche Einkommensumverteilung zugemauert waren. Inzwischen hat der neu entfesselte Kapitalismus Highways aus diesen Pfaden gemacht. Was hindert die Linke eigentlich daran, auf ihnen neu durchzustarten?

Karl-Heinz Roth ist Mitarbeiter der Hamburger Stiftung für Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts

Konkret 10/97, S. 17

Jutta Ditfurth

Was ist heute noch links?

KONKRET-Umfrage
KONKRET wird in diesem Herbst 40 Jahre alt. Aus diesem Anlaß fragt die Redaktion Autoren/Autorinnen, Politiker/Politikerinnen, Künstler/Künstlerinnen, die in diesen Jahrzehnten als Exponenten der politischen Linken aufgetreten sind: Was ist heute noch links?

Linkssein heißt denken und parteiisch sein mit unterdrückten und ausgebeuteten Menschen weltweit. Das braucht u. a. die Verbindung der ökologischen mit der sozialen Frage, herrschaftsfreie, antifaschistische Militanz, antinationale Einstellung und antipatriarchalen Verstand. Ohne antikapitalistische und antiimperialistische Praxis, ohne Kritik/Theorie, ohne Organisierung - keine Chance. Zum Kampf gegen Links gehört es - neben vielem -, den Mythos einer gesellschaftlichen linken Mehrheit á la rosa/ oliv/PDS zu füttern.

Jutta Ditfurth war von 1984 bis 1988 Mitglied des Bundesvorstands der Grünen. Seit ihrem Parteiaustritt 1991 lebt sie als Redakteurin von »ÖkoLinx« in Frankfurt a. M.

Konkret 10/97, S. 17

Georg Fülberth

Was ist heute noch links?

KONKRET-Umfrage
KONKRET wird in diesem Herbst 40 Jahre alt. Aus diesem Anlaß fragt die Redaktion Autoren/Autorinnen, Politiker/Politikerinnen, Künstler/Künstlerinnen, die in diesen Jahrzehnten als Exponenten der politischen Linken aufgetreten sind: Was ist heute noch links?

Es gibt eine allgemeine und - unter anderen - eine sozialistische Definition dessen, was links sein kann. Die allgemeine: Die freie Entwicklung eines (einer) jeden als die Bedingung für die freie Entwicklung aller.

Im *Kommunistischen Manifest* (MEW 4, S. 482) wird damit ein gemeinsames Projekt von Kommunisten und Liberalen benannt, das allerdings nach Auffassung seiner beiden Autoren nur durch Aufhebung des Privateigentums (gemeint ist hier und im folgenden immer: an den wichtigsten Produktionsmitteln) erreichbar ist (S. 475). Dann tritt »an die Stelle der alten bürgerlichen Gesellschaft mit ihren Klassen und Klassengegensätzen ... eine Assoziation, worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist.«

Lebten wir in einer Gesellschaft ohne Privateigentum, wäre links der Versuch, unter dieser notwendigen, aber nicht hinreichenden Voraussetzung eine solche freie Entwicklung zu ermöglichen.

In einer Gesellschaft, in welcher kapitalistische Produktionsweise herrscht (MEW 23, S. 49), zielt - solange keine Chance besteht, das Privateigentum zu beseitigen - linkes Handeln darauf, freie Entwicklung eines (einer) jeden als Voraussetzung für die freie Entwicklung aller soweit durchzusetzen, wie es unter einer derartigen Restriktion erreichbar ist.

Die Art, in der dies geschieht, richtet sich nach den Umständen:

· Entweder Öffnung einer aktuellen Perspektive auf Umwälzung der Eigentumsverhältnisse

· oder Herstellung eines Höchstmaßes demokratischer Steuerung des weiterbestehenden Privateigentums (häufig in Kombination mit schon bestehendem öffentlichen Eigentum)

· oder Kampf gegen die Entfesselung des Privateigentums, die gegenwärtig unter dem Vorgeben, sie ermögliche die freie Entwicklung eines jeden als Voraussetzung für die freie Entwicklung aller, erfolgt.

Heute ist die dritte Variante die dringlichste. Sie ist von der zweiten nie völlig zu trennen und schließt die erste nicht für alle Zeit aus. Da es um die freie Entwicklung eines (und einer) jeden einzelnen geht, wird sie sich sinvollerweise mit dem Kampf gegen - scheinbar oder tatsächlich - nicht eigentumsbedingte Formen der Unterdrückung aus Gründen der Rasse, des Geschlechts, der Nation oder ungewünschter Meinung verbinden und in der Regel sogar davon ausgehen.

Georg Fülberth war Stadtrat der DKP in Marburg. Er ist Professor für Politikwissenschaften an der Uni Marburg

Konkret 10/97, S. 17

Hermann Kant

Was ist heute noch links?

KONKRET-Umfrage
KONKRET wird in diesem Herbst 40 Jahre alt. Aus diesem Anlaß fragt die Redaktion Autoren/Autorinnen, Politiker/Politikerinnen, Künstler/Künstlerinnen, die in diesen Jahrzehnten als Exponenten der politischen Linken aufgetreten sind: Was ist heute noch links?

Gerade in der Niederlage sind linke Tugenden wie Solidarität, Kritik und ein beidseitig angeschliffener Humor nicht zu verachten. Wer seinen Gegnern fürchterlich bleiben will, muß auf gutes Gedächtnis halten. Links ist, wer frohlockt, wenn ihn die Herrschenden einen Links-Populisten heißen, und den es tief erheitert, wenn sie ihm von seiner Verantwortung sprechen. Wer in Opposition eine ehrenwerte Position und keine Durchgangsstation sieht. Wer in Arbeitslosigkeit ebenso ein Unding wie eine Bedingung des Systems erkennt. Wer auf Bildung hält und das 1. Kapitel des *Kommunistischen Manifests* als Gegenwartsliteratur zu lesen vermag. Wer über der Zweidrittelgesellschaft nicht die Einzehntelgesellschaften vergißt. Links ist, wen die, nun ja, Vergeßlichkeit des Volkes nicht hindert, auf dessen Seite zu bleiben. Ganz und gar nicht links ist, wem der Antisemitismus nicht als schändlichste aller Schanden gilt.

Links ist auch als englische Vokabel ein überaus schönes Wort.

Hermann Kant war von 1978 bis 90 Präsident des Schriftstellerverbandes der DDR. Er lebt als freier Autor in Prälack/Mecklenburg

Konkret 10/97, S. 17

Horst Tomayer

Was ist heute noch links?

KONKRET-Umfrage
KONKRET wird in diesem Herbst 40 Jahre alt. Aus diesem Anlaß fragt die Redaktion Autoren/Autorinnen, Politiker/Politikerinnen, Künstler/Künstlerinnen, die in diesen Jahrzehnten als Exponenten der politischen Linken aufgetreten sind: Was ist heute noch links?

Von Politik verstehe ich weniger als nichts. Stelle aber Behauptungen auf, die in. E. jedwede Aufstellung eines frischen offensiven Backgroundmannes gegen Zypern seitens des DFB-Träners in den Flutlichtschatten stellen:

1. Die westdeutsche Linke hat den Real Existierenden a. D. nichts als wie Geld und Nerven gekostet und eingebracht den Gegenwert Drohne/Wabe gleich Null.

2. Der Real Existierende a. D. ist m. E. an seiner Sehnsucht nach Normalem zuschanden gegangen und nicht zerbrochen an Amerika und Co. (Rüstungswettlauf, daß ich mich nicht schlabblach, und von wegen Welthandelsdruck, also daß der Real Existierende a. D. die durch Halbhungerlöhne finanzierte Kurzsichtigkeit gegen weltmarktpreisterroristische Muskelfaserrisse austauschen mußte; Gorbatschoff, einen Agenten des CIA, an die Spitze eines an Menschen- und Bodenschätzen reichen Gebiez gelangen zu lassen - du raffst es nicht, Genosseln). Aber so geht es halt zu auf Sankt Pauli nachts um halb eins.

3. Die westdeutsche Linke war von Haus aus ein Arschloch. Deckung statt Sicht und Stimmung statt Wer/Wen, beziehungsweise Wessen Straße ist die Straße, wessen Welt ist die Welt.

4. Da die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen wie der Aldi-Komet alle 93 Jahre am Himmelszelt erscheint, ist auch die Wiederkehr der Linken gewiß.

5. Der westdeutschen allerdings auf die ausgeschlossenste Art & Weise, nämlich: nicht.

6. Das muß man wissen. Oder man ist Volltrottl.

Horst Tomayer ist Endreimpoet, TV-Serien-Schauspieler und KONKRET-Kolumnist

Konkret 10/97, S. 18

Karl-Heinz Hansen

Was ist heute noch links?

KONKRET-Umfrage
KONKRET wird in diesem Herbst 40 Jahre alt. Aus diesem Anlaß fragt die Redaktion Autoren/Autorinnen, Politiker/Politikerinnen, Künstler/Künstlerinnen, die in diesen Jahrzehnten als Exponenten der politischen Linken aufgetreten sind: Was ist heute noch links?

Wieso noch ? Hat sich der Sozialismus durch den Etappensieg des Kapitalismus etwa erledigt? Natürlich nicht.

Wieso heute ? Ist links eine Frage der Mode? Wie die der Republik von Weimar nach dem Zwickel in der Badehose des Reichspräsidenten? Natürlich nicht.

Kann links heute etwas anderes bedeuten, gar etwas anderes sein, als es über 150 Jahre lang war und noch viel länger sein wird? Natürlich nicht. Allerdings: Die offene Feldschlacht gegen Kapitalismus, Militarismus, Faschismus, Rassismus war nicht immer von glänzenden Siegen gekrönt. Der Partisanenkampf im Herzen der Bestie auch nicht. In der deutschen Metropole ist schließlich sogar der geniale Masterplan der Jusos, mit antikapitalistischen Strukturreformen die Systemgrenzen zu sprengen, gescheitert.

Aber die durch Niederlagen schlau gewordenen Masterplayer des WolfgangRoth-BodoHombach-GerdSchröder-GardeKorps haben längst eine listige neue Doppelstrategie mit raffinierten Taktiken im Kampf für Gleichheit und Brüderlichkeit entwickelt - und leben sie, nämlich uns vor. Natürlich undercover und unerkannt (wg. Kategorie höchste Wirksamkeit) und in der Gewißheit des richtigen Weges Hohn und Häme bornierter Altlinker tapfer trotzend.

Sie haben den Strick gefunden, an dem der Klassenfeind seine Meister finden wird. Pate gestanden haben nicht sizilianische, sondern fernöstliche Kampftechniken: statt mit dem Kopf durch die Wand und in der Nachbarzelle aufwachen, die Eigendynamik des erzbösen Feindes in sein Canossa umbeamen: Hinein in die obersten Etagen von Landes-, Zentral-, Entwicklungsbanken, in die Chefbureaus der Konzerne! Und gleichzeitig die Massen zuhauf an die Börse getrieben! Erst wenn jeder Kleinbürger ein Kleinaktionär, jeder Stütze-Bezieher ein Shareholder und jeder Arbeiter ein Börsianer geworden ist, sind die Voraussetzungen für die weltweite Umwandlung des Kapitalismus in den Sozialismus erfüllt. Wenn Dow Jones und Dax explodieren, der Kapitalismus also das höchste Stadium seiner Entwicklung erreicht hat, dann werfen die Helden der stillen Revolution ihre Tarnmasken ab, zeigen ihren Fans von BDI und BDA ihr wahres Gesicht und geben den Völkern die Signale: Verkaufen!

Wenn so der Kapitalismus mit einem Winseln verendet, wird endlich alle Welt wissen, wer wirklich und wahrhaftig links gewesen ist. Dann erst wird die Geschichte an ihrem Ziel sein.

Karl-Heinz Hansen wurde wegen Kritik an der Partei aus der SPD ausgeschlossen. Er ist heute freier Autor

Konkret 10/97, S. 18

Hermann Peter Piwitt

Was ist heute noch links?

KONKRET-Umfrage
KONKRET wird in diesem Herbst 40 Jahre alt. Aus diesem Anlaß fragt die Redaktion Autoren/Autorinnen, Politiker/Politikerinnen, Künstler/Künstlerinnen, die in diesen Jahrzehnten als Exponenten der politischen Linken aufgetreten sind: Was ist heute noch links?

In diesen Tagen ließ sich bekanntlich die Angehörige einer der ältesten Räuberdynastien Europas mit ihrem Geliebten, einem ägyptischen Milliarden-Erben, von dessen besoffenem Fahrer zu Tode fahren, verfolgt von Fotografen, die sich einen goldenen Schuß erhofften im Auftrag von Handlangern von Medientycoons, für die der miese Voyeurismus von Hunderten von Millionen und ihr Verlangen nach Dreck eine todsichere Bank ist: eine geschlossene Ehrenwerte Gesellschaft. Wir sind im Mittelalten Mindestens sind wir hinter der Zeit der Aufklärung zurück; wenn sie denn einmal die Selbstbefreiung des Menschen aus seiner selbstverschuldeten Unmündigkeit gewesen ist.

Das Wahnsystem Realität ist flächendeckend als das Leben selbst einverleibt. Demonstriert wird gegen Hagenbeck. - Und da fragt ihr, was heute noch □ links□ ist. Und sagt gleich dazu, daß es schon immer vieles und nichts gewesen sei. Das wird im bescheideneren Maß, heute nicht anders sein. Womit eure Frage eigentlich beantwortet wäre. Aber wieso überhaupt: □ links□ ? Warum sich nicht einfach erst mal wieder als □ bei Verstand Gebliebene□ verstehen? Bei Verstand geblieben ist für mich jemand, der sich der wirtschaftlichen Bedingungen bewußt ist, unter denen er lebt, und auf Abhilfe sinnt. Er hat auf einem Markt um Arbeit zu bitten wie um eine Wohltat. Er erarbeitet den Mehrwert, von dem der Kapitalaneigner die Maschinen kauft, die ihn überflüssig machen. Er ist als Kostenfaktor eine Zumutung und als Konsument ein Versager. Er sieht die Binnenmärkte ganzer Kontinente verwüstet und wenige Mächte mit Exportgütern triumphieren wie einst England im Opiumkrieg. Und die Arbeitsergebnisse aller auf Finanz- und Devisenmärkten unter wenigen ausgespielt. Kurz: Er sieht die Prophetie des *Kommunistischen Manifests in* die Tat umgesetzt. Muß er deshalb ein □ Linker□ sein, nur weil er Herr seiner Sinne und seines Verstandes geblieben ist? Ich will lieber gar keine □ Linke□ als eine, die von Ökonomie glaubt absehen zu können und statt dessen wieder mal (□ im Interesse der Unterprivilegierten□ , versteht sich) die Kunst, die Pädagogik, die Herzen revolutionieren will, weil alles andere doch zu schwer ist. Und vor den prospektiven Revolten graust mir bloß. So wie es, im Augenblick, da unten in den Köpfen aussieht.

Hermann Peter Piwitt lebt als Romanautor und Publizist in Hamburg

Konkret 10/97, S. 19

Wolfgang Fritz Haug

Was ist heute noch links?

KONKRET-Umfrage
KONKRET wird in diesem Herbst 40 Jahre alt. Aus diesem Anlaß fragt die Redaktion Autoren/Autorinnen, Politiker/Politikerinnen, Künstler/Künstlerinnen, die in diesen Jahrzehnten als Exponenten der politischen Linken aufgetreten sind: Was ist heute noch links?

Die Frage »Was ist heute links?« riecht von weitem nach abgebrühter »rinks-lechts«Skepsis, doch hat sie einen guten Sinn: Links *ist* man nicht, »links« ist weder ein *Sein* noch eine *Eigenschaft* oder gar ein *Eigentum.* »Links« ist ein bestimmtes Wirken in einem Kraftfeld im Gegensatz. Man *bleibt* nicht links, sondern *handelt* in immer neuen konkreten Situationen links.

Was den Brennpunkt jenes antagonistischen Kraftfeldes bildet, das Handlungen (und dazu gehört zunächst das öffentliche Wortergreifen!) zu linken oder rechten Handlungen stempelt, hat jüngst Richard Rorty in der »Zeit« als den Kampf zwischen Armen und Reichen definiert. Da dieser Gegensatz sich seit zwei Jahrzehnten verschärft, erklärt er es für Gequatsche, wenn gesagt wird, der Unterschied von links und rechts sei verschwunden. Recht hat er. Er hat aber auch dann recht, wenn er der »kulturellen Linken« vorwirft, eine Politik des Verdachts anstelle eines politischen Projekts zu verfolgen. Political Correctnes ergibt noch lange keine richtige Politik. Ein linkes Projekt ringt um Hegemonie. Was sich losreißt vom Kraftfeld dieses Ringens, mag weiterhin *radikal dagegen* sein und hört doch auf, wirklich links zu sein, nämlich links *zu wirken.*

Rortys Rechts-links-Unterscheidung ist aber zu primitiv. Der Kampf der Armen muß mit vielen anderen Kämpfen verbunden werden - allen voran der Kampf um Demokratisierung, ökologische Reformen und emanzipatorische Geschlechterverhältnisse. Dies verlangt viel Beweglichkeit im Umgang mit Widersprüchen und Einsicht in Zusammenhänge, also auch auf die Höhe der Zeit gebrachte marxistische Theorie. Dabei ergibt das Nein zu etwas Falschem noch lange kein Richtiges. Wenn es ein Übel ist, »die Beseitigung der Kapitalherrschaft gestrichen und durch die Ausrufung der Zivilgesellschaft ersetzt« zu haben, so ist das Umgekehrte, die Ersetzung des Ringens in der Zivilgesellschaft durch Ausrufung der Beseitigung der Kapitalherrschaft wahrscheinlich ein noch größeres Übel. Links ist daher auch die stets neue Selbstkritik linker Phrasen.

Links sucht den Weg jenseits von *Leviathan* und *Behemoth,* von autoritärem Staat und Bürgerkrieg. Links ist es, aus dem sowjetischen Debakel wie aus der postkommunistischen Misere zu lernen. Historisch war es so, daß nach 1917 die Beseitigung der Kapitalherrschaft auf eine Weise ausgerufen wurde, die die Zivilgesellschaft beseitigt hat in beispielloser Ausdehnung des Staates.

Nichts ist *noch* links, allenfalls *jetzt, weil* effektiv wirkend. Links ist kein Spaß, der keine Mühe macht, sondern die Mühe um die Entwicklung und Hegemoniegewinnung eines Projekts solidarisch-ökologischer Vergesellschaftung, eine Mühe, die auch Spaß machen kann, aber zunächst wirklich Mühe ist: Links ist alles Handeln, das Welt aus dem Reich des Privateigentums zurückgewinnt, ohne sie dem Reich des Staatsapparats auszuliefern.

Wolfgang Fritz Haug ist Herausgeber der Zeitschrift »Das Argument« und Professor für *Philosophie in Berlin*

Konkret 10/97, S. 19

Jürgen Trittin

Was ist heute noch links?

KONKRET-Umfrage
KONKRET wird in diesem Herbst 40 Jahre alt. Aus diesem Anlaß fragt die Redaktion Autoren/Autorinnen, Politiker/Politikerinnen, Künstler/Künstlerinnen, die in diesen Jahrzehnten als Exponenten der politischen Linken aufgetreten sind: Was ist heute noch links?

Die Linke ist die Meisterin der Negation. Weshalb Marx sich der Kritik der politischen Ökonomie widmete und nicht eine alternative Wirtschaftspolitik formulierte. Das war Schwäche und Stärke zugleich. Im Sinne dieses negatorischen Ansatzes will ich vorweg sagen, was heute nicht links ist. Es ist nicht links, hinter dem Lauf der Weltgeschichte herzujammem, nostalgisch vergebene Chancen zu beweinen. Das ist reaktionär. Deshalb ist links heute nicht mehr sozialistisch.

Mit dem endgültig globalisierten Kapitalismus ist Rosa Luxemburgs Frage »Sozialismus oder Barbarei?« beantwortet. Der Sozialismus ist tot, die Barbarei hat gesiegt. Aus dem barbarischen Weltkapitalismus erwachsen neue Antagonismen. Linke Politik hat sich auf die Widersprüche innerhalb des Kapitalismus zu beziehen, will sie ihn überwinden. Das wird sie müssen. Der Kapitalismus ist nicht in der Lage, die Probleme des Globus und der auf ihm lebenden Spezies Mensch zu lösen. Im Gegenteil. Die Regeln betriebswirtschaftlicher Rentabilität konsequent auf die Erde angewandt, würde ihren Untergang zur Folge haben.

Doch so lange muß nicht gewartet werden. Die Überführung von Nationen in Standorte, von Gesellschaften in Märkte, in denen sich der Gegensatz von Lohnarbeit und Kapital zu einem mörderischen Konkurrenzkampf von als Unternehmen agierenden Individuen wandelt, birgt genügend Gewaltpotential, um die Barbarei schon vorher exterministisch zuzuspitzen.

Gegen die Ökonomisierung von Gesellschaft ist schon ein Setzen auf Politik links - als scharfer Kontrast zu dem von Neoliberalen gepredigten Verzicht auf Politik. Heute hat linke Politik darauf zu zielen, politische Handlungsräume zu erhalten und zu vergrößern. Der Kampf um die Spielräume von Politik ist notwendig aber nicht hinreichend. Freiheit Gleichheit, Brüderlichkeit, die Werte der bürgerlichen Revolution, sind unter der Ökonomisierung der Lebensverhältnisse endgültig zu Waren geworden. Den Gesetzen der Rentabilität, der Gewalt und des Marktes muß die Linke die Leitbilder der Nachhaltigkeit, der Gerechtigkeit und der Demokratie entgegensetzen.

Links kann heute nicht mehr aus der Negation des Bestehenden leben. Die Linke hat jeden konkreten Schritt der Veränderung in Richtung auf diese Leitbilder, welche ja nicht widerspruchsfrei zueinander stehen, zu definieren, zu prüfen und zu legitimieren.

Das aber ginge weit über 2.300 Zeichen hinaus.

Jürgen Trittin, ehemaliges Mitglied des Kommunistischen Bundes (KB), grüner Ex-Minister der niedersächsischen Regierung Schröder, ist Bundesvorstandssprecher von Bündnis 90/Die Grünen

Konkret 10/97, S. 20

Joachim Bischoff

Was ist heute noch links?

KONKRET-Umfrage
KONKRET wird in diesem Herbst 40 Jahre alt. Aus diesem Anlaß fragt die Redaktion Autoren/Autorinnen, Politiker/Politikerinnen, Künstler/Künstlerinnen, die in diesen Jahrzehnten als Exponenten der politischen Linken aufgetreten sind: Was ist heute noch links?

Offenkundig hat die Unübersichtlichkeit der Moderne die politische Linke fest im Griff, denn sonst würde die Frage keinen Sinn machen. Und auch die rückwärtsgewandte Unterstellung ist in Frage zu stellen: War es früher wirklich einfacher, den - wie es mancherorts so schön hieß - □ Klassenstandpunkt des Proletariats zu beziehen□ oder sich mittels einer □ revolutionären Partei□ in die sozialen Konflikte einzumischen? Überhaupt, wann war dieses Früher zu Ende? Erst mit dem Zusammenbruch und der Verflüchtigung der kommunistischen Weltbewegung 1989/90? Ein Großteil der Unübersichtlichkeit resultiert aus dieser mythologisierenden Nostalgie.

Antonio Gramsci notiert 1932 in einem faschistischen Kerker, also angesichts einer gewaltigen Niederlage der italienischen Arbeiterbewegung: □ In der Zeit nach 1870 verändern sich mit der europäischen Kolonialexpansion alle diese Elemente, die internen und internationalen Organisationsverhältnisse des Staates werden komplexer und massiver, und die Achtundvierziger-Formel der >permanenten Revolution< wird in der politischen Wissenschaft in der Formel der >zivilen Hegemonie< umgearbeitet und aufgehoben.□

Die Analyse der Hegemoniewechsel vor dem Hintergrund der Umwälzungen in der kapitalistischen Betriebsweise, der Strukturen der bürgerlichen Gesellschaft und der Organisation des politischen Oberhaus steht im Zentrum der Arbeiten Gramscis. Und ebenso wie die Etablierung der Großen Industrie markiert der Siegeszug des □ Amerikanismus□ einen Einschnitt in den Strategiedebatten der politischen Linken. Haben die subalternen Klassen noch eine Chance auf politische und soziale Emanzipation von der Lohnsklaverei unter fordistisch-tayloristischen Produktionsmethoden, trotz gesteigerter Integrationskraft der Konsumtionsverhältnisse und der Kulturindustrie, trotz der vervielfältigten Formen □ repressiver Toleranz□ in der modernen Demokratie?

Gramsci greift das Problem eines rigorosen Strategiewechsels auf, das zuvor schon Engels zu der These zugespitzt hatte: □ Die Zeit der Überrumpelungen, der von kleinen bewußten Minoritäten an der Spitze bewußtloser Massen durchgeführten Revolutionen, ist vorbei.□ Selbst noch Lenin unterstrich, daß die Taktik des □ Bewegungskrieges□ angesichts der großen Zurückgebliebenheit und Unentwickeltheit der Kapitalverhältnisse in Rußland erfolgreich sein kann, daß aber in den reiferen kapitalistischen Metropolen nur mit Hilfe einer grundlegend anderen Taktik und Bündnispolitik (□ Stellungskrieg□ , □ Einheitsfront□) die bürgerliche Hegemonie überwunden werden kann. All diese vorwärtsweisenden organisatorischen wie theoretischen Ansätze wurden durch die Ideologie des □ Marxismus-Leninismus□ erstickt.

Die kapitalistischen Hauptländer stecken Mitte der 90er Jahre in einer hartnäckigen gesellschaftlichen Krise. Wir stehen erst am Anfang eines tiefgreifenden Entsolidarisierungsprozesses. Die sozialen Standards und die Arbeitsrechte werden als vermeintlich untragbare Hypotheken angegriffen und beiseite geräumt. Auch wenn Teile der Linken □ jenseits von rechts und links□ darin nur. noch einen bornierten Korporativismus erkennen: Den lohnabhängigen Klassen bleibt gar nichts anderes übrig, als sich gegen diese immer schärfer werdenden Umverteilungsprozesse zu wehren. Die Massenproteste gegen Sozialabbau sind nicht der Abgesang einer untergegangenen Klassengesellschaft.

Selbstverständlich wetteifern immer noch viele Strömungen in den Gewerkschaften, in der Sozialdemokratie und bei den Grünen mit den bürgerlichen Parteien um die Verwaltungs- und Regierungsorgane dieser Zivilgesellschaft. Aber die Hauptaufgabe bleibt: die Herausbildung eines Kollektivwillens, der über die Widersprüche des Kapitalismus hinausweist. Es geht um einen □ Stellungskrieg□ unter Bedingungen bürgerlicher Hegemonie auf der Grundlage eines in die Krise geratenen Fordismus, um die Organisation einer neuen politischen Gesellschaft und um die Entwicklung eines neuen Typs von Zivilgesellschaft.

Joachim Bischoff ist Redakteur der Zeitschrift □ Sozialismus□ und Mitglied des Vorstands der PDS

Konkret 10/97, S. 20

Peter O. Chotjewitz

Was ist heute noch links?

KONKRET-Umfrage
KONKRET wird in diesem Herbst 40 Jahre alt. Aus diesem Anlaß fragt die Redaktion Autoren/Autorinnen, Politiker/Politikerinnen, Künstler/Künstlerinnen, die in diesen Jahrzehnten als Exponenten der politischen Linken aufgetreten sind: Was ist heute noch links?

Das habe ich noch nie gewußt. Ich gebrauche den Ausdruck auch häufig unreflektiert. Links ist ein relativer Begriff, und das, war schon immer so. Ich halte nichts von der (auch in KONKRET beliebten) Argumentationsweise, man müsse den Begriff »links« wieder gleichbedeutend mit »sozialistisch« benutzen. Genauso wenig, wie es eine allgemeingültige Definition von »links« gibt, gibt es eine von »sozialistisch«. Man gebraucht diese Begriffe als Argumentationshilfen, und meistens ergibt sich aus dem Gesprächszusammenhang, was damit gemeint ist.

Peter O. Chotjewitz lebt als Rechtsanwalt, Romanautor und Publizist in Stuttgart

Konkret 10/97, S. 20

Robert Kurz

Was ist heute noch links?

KONKRET-Umfrage
KONKRET wird in diesem Herbst 40 Jahre alt. Aus diesem Anlaß fragt die Redaktion Autoren/Autorinnen, Politiker/Politikerinnen, Künstler/Künstlerinnen, die in diesen Jahrzehnten als Exponenten der politischen Linken aufgetreten sind: Was ist heute noch links?

Alles, was links war... kämpfte immer schon bravbebelmäßig für die bürgerlichen Ideale gegen die bürgerliche Wirklichkeit. Historisch war der Sozialismus ein illegitimes Kind des Liberalismus, erzogen in der Religion der »Arbeit«, über die auch die vollbärtige Wissenschaftlichkeit seiner Propheten nicht hinauskam. Mit der radikalen Kritik an der fetischistischen Form der Moderne, der eigentlichen theoretischen Leistung von Karl Marx, konnte die Linke dagegen nie etwas anfangen. Die kapitalistischen Realkategorien Wert, Ware, Geld, Staat, Politik, Nation und Demokratie (= »Selbstbeherrschung« des »Volkes« im Namen der warenproduzierenden Weltmaschine) waren für die Linke niemals als solche Gegenstände der Kritik, sondern stets nur der ontologisch versteinerte, neutrale Kampfboden für die soziale Auseinandersetzung um systemisch konstituierte Interessen. Demzufolge blieb entweder die Sklavenparole »Ein gerechter Lohn für ein gerechtes Tagewerk« das Äußerste der linken Gefühle, oder das sprengende Programm »Nieder mit der Lohnarbeit« wurde als deren Verstaatlichung mißverstanden.

Die Linke war ein Motor der Entwicklung statt der Aufhebung des Kapitalismus. Nachdem aber mit der Wiederholung des Paradigmas von 1789 in den östlichen und südlichen Diktaturen »nachholender Modernisierung« die letzte bürgerliche Revolutionsromantik verwelkt ist, gibt es nichts mehr zu entwickeln in der Wertform und somit auch kein bürgerliches Ideal mehr, sondern nur noch schäbige marktwirtschaftliche Wirklichkeit und globalisiertes »business as usual«. Von der Linken ist daher außer einigen Häufchen Elend nichts als ein wenig keynesianische Nostalgie und ein wenig demokratischer Kretinismus übrig. Radikale Kritik kann nie wieder als linke Selbstbehauptung in der bürgerlichen Welt firmieren, sondern nur noch als linke Selbstaufhebung über die eigene bürgerliche Identität als arbeitsontologisches Warensubjekt hinaus. Wer hier nur Bahnhof versteht, ist selber schuld.

Robert Kurz ist Redakteur der Zeitschrift »Krisis«

Konkret 10/97, S. 21

Christoph Schlingensief

Was ist heute noch links?

KONKRET-Umfrage
KONKRET wird in diesem Herbst 40 Jahre alt. Aus diesem Anlaß fragt die Redaktion Autoren/Autorinnen, Politiker/Politikerinnen, Künstler/Künstlerinnen, die in diesen Jahrzehnten als Exponenten der politischen Linken aufgetreten sind: Was ist heute noch links?

2,5 Milliarden Menschen haben entschieden: Auf der linken Seite gibt es nur noch einen Brückenpfeiler, und zwar den von Lady Di.

Christoph Schlingensief ist Theater- und Filmregisseur

Konkret 10/97, S. 21

Markus Wolf

Was ist heute noch links?

KONKRET-Umfrage
KONKRET wird in diesem Herbst 40 Jahre alt. Aus diesem Anlaß fragt die Redaktion Autoren/Autorinnen, Politiker/Politikerinnen, Künstler/Künstlerinnen, die in diesen Jahrzehnten als Exponenten der politischen Linken aufgetreten sind: Was ist heute noch links?

Links ist heute immer noch, so banal das klingt, wo das Herz schlägt. Das haben wir in der Politik des sich fälschlicherweise »real« nennenden Sozialismus vielfach vergessen. Deshalb ist die Zahl der aktiv wirkenden Linken nach dem Untergang des mit diesem Begriff verbundenen Weltsystems kleiner geworden und dazu noch zerstritten. Das triumphierende andere System des Haben-haben-haben-Kapitalismus, gegen den Leonhard Frank in seinem Roman *Links wo das Herz ist* anschreibt, wird aber keines der anstehenden Weltprobleme lösen. Deshalb wird links am Ende des Jahrhunderts weniger die Sitzordnung in bürgerlichen Parlamenten bezeichnen als weiterhin Standpunkte und Geisteshaltungen, Utopien und Visionen, aber auch Programme, die eine Alternative bieten.

In der Menschheitsgeschichte hat es viele Rückschritte, Ablösungen und Stagnation in philosophischen Ansichten und politischen Bewegungen gegeben. Doch nie waren sie von Dauer und total. Platons *Staat* ist ebenso auf uns gekommen wie die *Bergpredigt,* Thomas Morus' *Utopia* ebenso wie *Das Kapital* von Karl Marx. Deshalb bin ich sicher, daß »links« ein Teil künftiger Zivilisationsmodelle bleiben wird und Linke wieder zu gemeinsamen Aktionen im Kampf für Freiheit, Gleichheit und soziale Gerechtigkeit finden werden. Nicht zu vergessen dabei: die Solidarität!

Markus Wolf war Leiter der Hauptabteilung Aufkl□rung im Ministerium f□r Staatssicherheit der DDR. Er lebt heute als freier Autor in Berlin

Konkret 10/97, S. 22

Otto Köhler

Menschenrecht spezial

Um NS-Täter zu schützen, hat der Deutsche Bundestag 1952 jene Menschenrechtsklausel abgelehnt, auf die sich nun die Aburteilung der ehemaligen Mitglieder des DDR-Politbüros stützt

Klammheimlich mußten sie verschwunden gewesen sein, niemand hatte erfahren, daß man die beiden überhaupt festgenommen und eingesperrt hatte, doch am Donnerstag, den 11. September, meldeten Reuters und AP, verkündete der Deutschlandfunk halbstündlich, was am nächsten Tag so auch in »Taz« und »FAZ«, und selbst in der »Süddeutschen« und in der »FR« zu lesen stand. Der »letzte DDR-Staats- und Parteichef« sei nach achtzehn Tagen Einzelhaft gegen Auflagen wieder auf freien Fuß gesetzt worden.

Letzter Staatschef der DDR war Sabine Bergmann-Pohl, die Manfred Gerlach abgelöst hatte. Letzter Parteichef - wenn damit die Regierungspartei gemeint sein soll - war Lothar de Maiziere. Aber was kümmern unsere Medien die Helden von gestern, die den Anschluß der DDR an die Bundesrepublik erst ermöglichten. Sie sind Unpersonen geworden. Wie zum Beispiel eben Frau Bergmann-Pohl. Dem Wer ist wer kann man ohne jeden Hinweis auf ihre DDR-Vergangenheit nur entnehmen, daß sie in Bonn wohne, Ärztin sei und seit 1990 MdB sowie seit 1991 Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesminister für Gesundheit. Neben dem Geburtsdatum steht lediglich, sie sei »Widder« - was immer das auch ist, diese Tätigkeit wäre im DDR-Unrechtsstaat nicht möglich gewesen. Daß sie die letzte DDR-Staatschefin war, ist nicht verzeichnet. Eine Blockflöte hat im freiesten Staat, den es je auf deutschem Boden gab, keine Vergangenheit, sondern lediglich eine astrologische Bestimmung.

Nun gut, Helmut Kohls Verhandlungspartner von gestern, der drittletzte DDR-Staatschef Egon Krenz, ist wieder auf freiem Fuß, obwohl Helmut Kohl selbst seine Verurteilung zu sechseinhalb Jahren wegen Totschlags als richtig bezeichnet hatte. Es sah zu peinlich aus, daß er nach dem noch nicht rechtskräftigen Urteil unverzüglich im Gerichtssaal verhaftet und ins Gefängnis transportiert wurde, obwohl Fluchtgefahr wohl kaum bestand. Nazigrößen und Massenmörder wie Werner Best - der Vergleich mit Egon Krenz ist hier durchaus unerlaubt - konnten aus Gesundheitsgründen nicht als Angeklagte im Gerichtsaal erscheinen und zugleich als sehr gesunde Zeugen ebendort ihre Mordgehilfen heraushauen.

Das Urteil diente der staatsbürgerlich wertvollen Abrechnung mit der DDR, der Rache an jenen, die 1949 den Beitritt zur zuerst entstandenen Bundesrepublik verweigerten. Das Urteil diente, nach dem wohlabgewogenen Urteil der »FAZ«, dem Kampf für die Menschenrechte: »Wer so eklatant dagegen verstößt wie die Mitglieder des SED-Politbüros, die der Abschließung und Sicherung der DDR-Grenze Vorrang gaben vor dem Menschenrecht auf Leben, lädt individuelle Schuld auf sich und kann sich nicht auf ein angeblich übergeordnetes staatliches Interesse berufen.«

Individuelle Schuld lädt auf sich, wer der Sicherung der Grenzen Vorrang gibt vor dem Menschenrecht auf Leben. Das gilt gewiß auch für das Recht auf Asyl aus politischen Gründen, das in diesen Monaten nahezu völlig zerschrödert wird. Wenn heute die Asylbegehrer beim Übertreten der Grenze nicht stehenbleiben, darf natürlich auch geschossen werden. Eine Anfrage der PDS-Abgeordneten Ulla Jelpke im Bundestag ergab, daß nach Angaben der Bundesregierung allein im letzten Jahr 17 Menschen beim Versuch, die deutsche Ostgrenze »illegal« zu überqueren, ums Leben gekommen sind. Insgesamt sind es seit der faktischen Aufhebung des Grundgesetzartikels auf Asyl im Jahre 1993 nunmehr 56 Menschen.

Die Festung Europa muß vor der »Asylantenflut« geschützt werden, gerade die besserverdienenden Deutschen haben einen Anspruch darauf, und sogar für die weniger verdienenden Klassen geht es um den Schutz des Arbeitsplatzes. Darum meint die »FAZ«: »Den >ideologischen Schießbefehl<, den >Klassenauftrag< der Grenzsoldaten, die Unverletzlichkeit der Grenze sicherzustellen und Grenzverletzungen notfalls mit Einsatz der Schußwaffe zu verhindern, haben sie bis zuletzt immer wieder erneuert.«

Natürlich gibt es in der Motivation einen Unterschied. Die einen wollen keine Menschen hereinlassen, die anderen wollten ihre Bürger nicht ins Ausland lassen. Für die Betroffenen, die Opfer, ist das freilich egal. Mit dem Tod konnte und kann beides enden. Wer heute aus Algerien flüchtet, wird zurückgeschoben, damit man ihm dort die Kehle durchschneiden kann. Nur jeder Hundertste der algerischen Asylbewerber werde in der Bundesrepublik anerkannt, klagte Amnesty International Anfang September. Für den Rest unterhält die Bundesregierung ein Rückführungsabkommen mit der algerischen Regierung, deren »Ordnungskräfte« verläßlich erst dann kommen, wenn die Islamische Heilsfront gerade eine Massenmordaktion beendet hat.

Und so lautet der Schuldspruch der »FAZ« für Krenz und das Politbüro: »Sie haben die Tötung von Flüchtenden billigend in Kauf genommen.« Wie sollte man da von Kanther und Kinkel nicht sagen, sie hätten den Tod der abgewiesenen Asylbewerber billigend in Kauf genommen? Was interessiert sie das Menschenrecht der Menschen, die sie nicht haben wollen?

Menschenrecht? Wir haben ein Menschenrecht spezial, korrekt abgestimmt für Naziverbrecher, seit 1952. Damals stand im Bundestag die »Europäische Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten« zur Abstimmung. Alle beteiligten europäischen Parlamente stimmten zu. Der Bundestag auch. Doch dessen übergroße Mehrheit machte einen für das Wohl der Bundesrepublik Deutschland entscheidenden Vorbehalt, ohne den es schließlich nicht möglich gewesen wäre, diesen Staat aufzubauen. Zum Sprecher des bundesdeutschen Menschenrechtsvorbehalts machte sich Kurt Georg Kiesinger, der spätere Bundeskanzler und vorherige Verbindungsmann zwischen Reichspropagandaminister Joseph Goebbels und Reichsaußenminister Joachim von Ribbentrop in Sachen Rundfunkpropaganda fürs Ausland.

Das erste Wort, das Kiesinger in Sachen Menschenrechte an den Bundestag zu richten hatte, ging an die Adresse der bald darauf wieder verbotenen KPD: »Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wie pedantisch ernst wir es mit den Grundrechten und Grundfreiheiten in unserem Land nehmen, zeigt die Tatsache, daß Frau Thiele und ihre Gruppenfreunde hier an dieser Stelle das erzählen dürfen, was sie soeben erzählt haben.«

Nachdem er dafür den Beifall in der Mitte kassiert hatte, erklärte der ehemalige SA- und NSDAP-Mann im Auftrag seiner neuen Parteifreunde von der CDU, respektive seiner alten Parteigenossen in der neuen Partei: »In der zugleich glorreichen und schmerzensreichen Geschichte der Menschen- und Grundrechte stellt die Annahme dieser Konvention im Europarat und stellt die Annahme dieser Konvention in jedem der europäischen Parlamente ein neues hoffnungsreiches Kapitel dar. Wenn wir heute über diese Konvention keine großen Worte mehr machen und keine langen Reden mehr halten, so gewiß nicht deswegen, weil wir nicht davon überzeugt sind, daß es sich um eine ganz wichtige und große Sache handelt, sondern einfach deswegen, weil uns diese Sache so selbstverständlich, ein so unbedingtes Anliegen unserer politischen Existenz geworden ist, daß wir einfach nicht mehr viele Worte darüber machen wollen. Meine politischen Freunde stimmen dem Antrag des Ausschusses in vollem Umfang zu.«

Dem Antrag des Ausschusses in vollem Umfang. Und das hieß: der Europäischen Konvention der Menschenrechte in vollem Umfang nicht.

»Ich darf hinzufügen, daß auch wir der Meinung sind, daß es notwendig ist, den Vorbehalt zu Artikel 7, Absatz 2 zu machen. Es ist eine ernste Frage, um die es sich da handelt; aber wir haben in der Geschichte des Dritten Reiches in der Tat erleben müssen, daß, nachdem einmal der Grundsatz, daß kein Verbrechen als solches bestraft werden dürfte, ohne daß dafür eine klare gesetzliche Norm vorhanden war, verlassen war, der Willkür Tür und Tor eröffnet waren. Danach haben wir im Grundgesetz eine Bestimmung aufgenommen, die es uns verbietet, den Artikel 7, Absatz 2 anzunehmen. Wir müssen daher den Vorbehalt machen.«

Der Artikel 7, Absatz 1 der europäischen Menschenrechtskonvention bestimmt, daß niemand wegen einer Handlung oder Unterlassung verurteilt werden darf, die zur Zeit ihrer Begehung nach inländischem oder internationalem Recht nicht strafbar war. Und Artikel 7, Absatz 2, dem Kiesinger und mit ihm alle staatstragenden Parteien der BRD auf keinen Fall zustimmen wollten, besagt: »Durch diesen Artikel darf die Verurteilung oder Bestrafung einer Person nicht ausgeschlossen werden, die sich einer Handlung oder Unterlassung schuldig gemacht hat, welche im Zeitpunkt ihrer Begehung nach den allgemeinen von den zivilisierten Völkern anerkannten Rechtsgrundsätzen strafbar war.«

Das heißt: Nach Artikel 7, Absatz 2 hätte man NS-Täter verurteilen können, die Juden, Zigeuner, Geisteskranke, Homosexuelle umbrachten, obwohl das nach den Gesetzen des Dritten Reiches nicht verboten war. Und das war natürlich unmöglich. Die Bundesrepublik Deutschland war der anerkannte Rechtsnachfolger des Dritten Reiches. Auf ihrem Territorium tummelten sich dank des in das Grundgesetz nachträglich eingefügten Artikels 131 über die Rechtsverhältnisse ehemaliger Angehöriger des öffentlichen Dienstes in den Ämtern mehr - nunmehr frühere - NS-Beamte, als es dort vor 1945 gab. Die Verbrecher der Wehrmacht wurden bald schon zum Aufbau der Bundeswehr gebraucht. Und die alten Richter zur erneuten Aburteilung der schon bald wieder verbotenen Kommunisten. Sie hatten doch die Erfahrung.

Wie etwa die Staatsanwaltschaft beim traditionsreichen Landgericht Lüneburg, die im Strafantrag gegen einen Kommunisten festhielt: »Straferschwerend« komme hinzu, daß der Angeklagte »bereits wegen solcher Tätigkeit hart (vor)bestraft« sei. Damit waren zwei Verurteilungen von 1933 und 1940 wegen »Wehrkraftzersetzung« gemeint. Diese NS-Erfahrungen der bundesdeutschen Justiz kamen Angeklagten mitunter sogar zugute. Strafmildernd wertete das Gericht in einem Urteil beispielsweise die »vorbildliche Führung im Zweiten Weltkrieg als Soldat«, weil »der soldatische Einsatz in Gesinnung und Opferbereitschaft seinen Wert in sich selbst trägt«, unabhängig davon, »welche Ziele die politische Führung mit diesem Einsatz erstrebt«.

Wie hätte man diesen Staat - so, wie er heute ist - auch aufbauen können, wenn man auf die erfahrensten Fachkräfte in Verwaltung, Justiz und Militär verzichtet hätte? Darum verbot es sich von selbst, dem Artikel 7, Absatz 2 der Europäischen Menschenrechtskonvention zuzustimmen. Der Vorbehalt des Bundestages gegen die (in der Regel mit einer Formulierung des Rechtstheoretikers Gustav Radbruch begründete) Durchbrechung des Rückwirkungsverbotes in der Europäischen Menschenrechtskonvention wurde so zum eigentlichen Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland. Von jenem anderen, das die Verfassungsväter und -mütter verabschiedet hatten, ist ja auch nicht mehr viel übriggeblieben.

Daß wir allerdings heute Wert darauf legen müssen, Egon Krenz und seine kommunistischen Freunde wegen Verbrechen, die in der DDR nicht strafbar waren, rückwirkend nach unseren Rechtsvorstellungen zu verurteilen, ist dagegen eine luzide Selbstverständlichkeit. Kommunisten können wir beim grenzüberschreitenden Ausbau unseres Staates nicht brauchen. Die alten Nazis aber sind gestorben. Also ist unser bisheriger Vorbehalt gegenüber der Europäischen Menschenrechtskonvention nun hinfällig geworden. Niemand soll uns schließlich fürderhin beim Kampf für diese Menschenrechte überbieten.

Konkret 10/97, S. 24

Zu Protokoll

Über die Verurteilung der ehemaligen DDR-Politbüro-Mitglieder Krenz, Schabowski und Kleiber durch das Berliner Landgericht diskutierten um 25. August 97 im dritten Programm des Hessischen Fernsehens der Berliner Generalstaatsanwalt Christoph Schaefgen, zuständig für die Verfolgung der Regierungskriminalität, der Schabowski-Verteidiger Ferdinand von Schirach, der Berliner Jura-Professor Uwe Wesel, Michael Schumann, Mitglied des Bundesvorstandes der PDS und ihr innen- und rechtspolitischer Sprecher, Gundu Röstel, Sprecherin im Bundesvorstand von Bündnis 90/Die Grünen, Richard Schröder, Professor an der Humboldt-Universität und in der letzten DDR-Volkskammer SPD-Fraktionschef, die Bürgerrechtlerin Marianne Birthler (Bündnis 90/Die Grünen) und Stefan Hilsberg, SPD-Bundestagsabgeordneter und Mitbegründer der Sozialdemokraten in der DDR. Es moderierten Luc Jochimsen und Jürgen Engert. KONKRET dokumentiert Auszüge aus der Diskussion

Engert: Herr Wesel, das Urteil besteht aus einer Argumentationskette. Es besagt, daß das Politbüro als oberstes Herrschaftsorgan der DDR eine Verantwortung auch für das Grenzregime getragen habe, alle Befehle, die die Mauerschützen bekommen hätten, seien durch das Politbüro abgesegnet gewesen. Wenn ich Mitglied in einem Politbüro bin, was ist es dann mit meiner persönlichen Verantwortung?

Wesel: Es kommt darauf an, was in diesem Politbüro im einzelnen gemacht wird. Ihre Frage zielt wahrscheinlich dahin zu fragen: Sind die nicht verantwortlich für die Toten? Und darauf kann auch ich nur antworten: Ja, sie sind politisch, moralisch ohne Zweifel verantwortlich. Sie müssen aber bedenken, Egon Krenz ist seit 1983 im Politbüro gewesen, die beiden anderen, wenn ich es richtig sehe, seit 1985. Da lief diese Todesmaschine schon, die lief seit 1961. Der letzte wirklich harte und eindeutige Beschluß des Politbüros über das Grenzregime stammt von 1971. Und nun frage ich: Was machen wir damit juristisch? Wie gehen wir mit denen um, die später in so ein Kollektiv hineinkommen? Und dann sicherlich alle genau wissen, was los war, aber darüber nichts weiter zu befinden haben. Da muß ich als Jurist sagen: Ich kann die nicht verurteilen, wenn da nichts passiert ist, es sei denn, ich sage, sie hätten was tun müssen, also, wie die Staatsanwaltschaft ja zunächst angeklagt hat: Tötung durch Unterlassen. Sie hätten verhindern müssen, daß weiter geschossen wird. Aber sie haben keine aktiven Beschlüsse gefaßt.

Auf der anderen Seite muß man natürlich auch sagen, gut, jetzt sind die Mauerschützen verurteilt, etwa 50, im Politbüro-Prozeß sind drei Angeklagte verurteilt zu verhältnismäßig hohen Strafen, die Generäle sind verurteilt. Nun ist es natürlich ungerecht, wenn man diese drei Männer da nicht verurteilt. Aber ich kann als Jurist nur sagen, so, wie das jetzt hier begründet worden ist, so geht es nicht, das ist unmöglich. Das ist kein Tag, an dem der Rechtsstaat stolz sein kann.

Engert: Herr Schumann, wenn man die Verlautbarung der PDS liest, dann fallen zwei Punkte auf Einmal, Sie unterstellen einem Mann wie Schabowski, daß er ein Reuebekenntnis abgelegt hat, das Sie für unglaubwürdig erachten. Der zweite Punkt ist, daß Sie sagen, mit diesem Urteil würden auch 2,5 Millionen DDR-Bürger, also Mitglieder der alten SED, ebenfalls verurteilt. Worauf gründen Sie diese Argumentation?

Schumann: Was die ideologische Motivation von Herrn Schabowski betrifft, so ist das natürlich Ansichtssache. Mir ist halt nur aufgefallen, als ich seine Erklärung vor Gericht gelesen habe, daß er zu der Auffassung gekommen ist, daß das ganze Übel, das sich in den tragischen Opfern auch an der Grenze dargestellt hat, sozusagen der unvermeidliche und notwendige Ausfluß des Marxismus gewesen sei. Und das ist mir so eine lapidare Erklärung eines Menschen, der, und das habe ich ja auch persönlich erlebt in der DDR, die rote Fahne ganz hochgehalten hat, daß das eben wirklich für mich nicht sehr glaubwürdig ist.

Engert: Muß einer, der einmal die rote Fahne hochgehalten hat, sie immer hochhalten?

Schumann: Nein, aber wenn die Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte und mit den eigenen ideologischen Irrtümern nur darin mündet... Es erinnert mich an Orwells *Farm der Tiere:* Erst hat er uns erklärt im Korps des Politbüros: Vierbeiner gut, Zweibeiner schlecht, und jetzt erklärt er uns vor Gericht: Zweibeiner gut, Vierbeiner schlecht. Diese bloße Umkehrung, ohne eine wirklich nachvollziehbare intellektuelle Auseinandersetzung, ist für mich unglaubwürdig.

Die zweite Frage, die Sie anschnitten, bezieht sich auf die Frage, wie das auf die früheren SED-Mitglieder wirkt, und nicht nur auf die SED-Mitglieder. Es gab ja viele, die dem DDR-Staat und seiner Staatsobrigkeit durchaus loyal gegenüberstanden, unterstützend loyal oft, auch wenn ich manchmal jetzt den Eindruck habe, daß ich fast der einzige gewesen bin, der an den Tribünen des 1. Mai fähnchenschwenkend vorbeigezogen ist. Ich frage mich wirklich, was bedeutet es eigentlich für mich, wenn das Staatsoberhaupt des Staates, dem ich in Loyalität verbunden gewesen bin, als krimineller Totschläger eingesperrt wird, und zwar nicht wegen irgendeiner Privathandlung, sondern wegen seiner hoheitlichen Tätigkeit. Das bedeutet nichts anderes, als daß ich Untertan einer hochkriminellen Staatsführung gewesen bin. Und was ist der Untertan einer hochkriminellen Staatsführung? Er ist entweder Opportunist oder Handlanger oder gar Spießgeselle...

Schröder: ... oder Geisel.

Schumann: Herr Schröder, ich behaupte, daß die 2,5 Millionen SED-Mitglieder nicht Geiseln von Erich Honecker gewesen sind. Sie müssen doch verstehen, daß sich Leute wie ich, und ich bin da nicht alleine, die Frage stellen, was bedeutet das denn nun für mich? Und das ist für mich natürlich eine Demütigung, wenn ein westdeutsches Gericht feststellt, mein Staatsoberhaupt, dem ich loyal gedient habe, war ein krimineller Totschläger.

Jochimsen: Frau Röstel, ist das für Sie auch demütigend?

Röstel: Nein, keineswegs. Ich halte dieses Urteil für gerechtfertigt, einmal im Angesicht der bedauernswerten Toten an der Mauer, und zum anderen auch noch aus einem anderen Grund. Ich glaube, es gibt die politische und auch die persönliche Verantwortung für dieses begangene Unrecht. Das zeigt sich halt an dem Punkt ganz besonders, daß die DDR ja auch internationales Recht, Menschenrechte anerkannt hat, und die sind unteilbar, allen voran natürlich das Recht auf persönliche Freiheit. Und in dem Moment, wo ich weiß, daß in einem Gremium dieses Recht mit Füßen getreten wird, hätte sich damit immer neu befaßt werden müssen, eigentlich. Insofern ist für mich das, was von Herrn Krenz insbesondere vorgebracht wird, außerordentlich fadenscheinig, und ich bin mit diesem Urteil - ich begrüße das.

Engert: Herr Schumann, wenn Sie erfahren haben, jetzt im nachhinein, oder vorher, daß Mauerschützen ausgezeichnet, belobigt wurden, Urlaub bekommen haben, gleichzeitig aus den jeweiligen Einheiten gestrichen worden sind - wenn man gemeint hat, die Tat, die sie begangen haben, sei auszeichnungswürdig, warum hat man das nicht öffentlich getan?

Schumann: Weil es der internationalen Reputation der DDR geschadet hätte. Aber nicht, weil man der Meinung war, daß das rechtswidrig sei, der Einsatz der Schußwaffe an der Grenze. Ich will aber noch einen Satz hinzusetzen hinter diese Demütigung. Das bedeutet natürlich nicht, daß ich die politische Auseinandersetzung mit der ehemaligen SED-Führung nicht für notwendig hielte. Natürlich stand die SED-Führung in einer politischen Mitverantwortung neben den Führungen der Sowjetunion und des Warschauer Paktes dafür, daß diese Grenze dazu benutzt wurde, bis zum Schluß, die Freiheit der Menschen im östlichen Teil der Nation unerträglich einzuschränken. Dafür haben sie die politische Quittung bekommen. Und jetzt erleben wir, daß diese politische Quittung, die die DDR-Bürger, darunter nicht wenige SED-Mitglieder, erteilt haben, durch westdeutsche Richter juristisch übergipfelt wird. Und das ist für mich völlig inakzeptabel.

Jochimsen: Sie sagen: westdeutsche Richter.

Schumann: Natürlich.

Jochimsen: Was meinen Sie denn damit? Sind das nicht unsere gemeinsamen Richter mittlerweile?

Schumann: Sehen Sie, es ist mit dem Einigungsvertrag klar gewesen, daß die Volkskammer wollte, daß diese DDR-Alttaten weiter verfolgt werden können. Das wollten wir so. Aber darin steht auch, daß dies natürlich nur nach den rechtsstaatlichen Strafrechtsgrundsätzen der Tatzeit und des Tatortes geschehen kann.

Hilsberg: Der Einigungsvertrag war kein Freibrief für himmelschreiendes Unrecht an der Mauer.

Schröder: In dem Grenzgesetz steht, daß Leben nach Möglichkeit zu schonen ist. Jeder, der lesen kann, denkt: Also wird nach dem Schußwaffengebrauch jedesmal geprüft, ob nach Möglichkeit geschont worden ist. Davon ist aber nichts bekannt geworden. Nicht mal derjenige, der einen Festgenommen erschossen hat, hat ein Verfahren an den Hals gekriegt.

Schumann: Das sind strafbare Handlungen, die sind verfolgbar.

Schröder: Das ist nicht der Punkt. Sie sagen, es gab DDR-Gesetze, und nach diesen DDR-Gesetzen war - mit Ausnahme dieses Exzeßfalles - alles gedeckt.

Schumann: Die Anwendung der Schußwaffe nach Grenzgesetz der DDR widersprach doch nicht dem Völkerrecht, das ist doch Unsinn.

Schaefgen: Sie haben vergessen, daß das Grenzgesetz erst 1982 erlassen worden ist. Es entspricht, darüber kann man ja gar nicht diskutieren, weitgehend im Wortlaut den Gesetzen, die sich auch Demokratien geben. Aber haben Sie vergessen, daß es vorher kein Gesetz gab, sondern nur eine Befehlslage, nach der an der Grenze geschossen worden ist, und haben Sie vergessen, daß es nach dem Erlaß des Grenzgesetzes keine Änderung in der Praxis an der Grenze gegeben hat?

von Schirach: Aber, Herr Schaefgen, haben Sie vergessen, daß Schabowski erst 84 ins Politbüro gekommen ist? Die Idee, die dieser Staat hier (die BRD; d. Red.) gehabt hat, ist, zu sagen: Wir nehmen dieses DDR-Recht und wenden das DDR-Recht an. Und dann sehen wir, mit dem DDR-Recht kommen wir nicht weit. Und dann sagen wir: Wir wenden jetzt das DDR-Recht so an, daß wir das DDR-Recht gar nicht mehr anwenden. Und das ist natürlich eine vertrickste und unsaubere Lösung. Das ist genau das, was immer ein Verstoß gegen das Rückwirkungsverbot genannt wurde.

Engert: Das Rückwirkungsverbot hat das Bundesverfassungsgericht ja ausdrücklich aufgehoben in Fällen, wo extremes Unrecht zu Recht gemacht wird.

von Schirach: Sie haben völlig recht, die haben das da aufgehoben. Aber das heißt nicht, daß das in Ordnung ist.

Engert: Hätten Sie für das nationalsozialistische Deutschland, als damals die Radbruchsche Formel gefunden worden ist, gesagt, dies ist eine Formel, die nicht angewandt werden darf?

Wesel: Das hat der Bundestag 1952 gesagt. Der hat 1952 gesagt, die Radbruchsche Formel ist unmöglich...

Schaefgen: Aber wir leben doch nicht mehr im Jahre 1952, sondern im Jahre 1997. 1952 war in der Bundesrepublik eine andere Generation an der Macht, die also demjenigen, was im Dritten Reich passiert ist, noch viel näher stand als in den nachfolgenden Jahren.

von Schirach: Die Radbruchsche Formel (vom unerträglichen Widerspruch des positiven Rechts zur Gerechtigkeit, der dazu führen kann, daß Gesetze als unrichtiges Recht der Gerechtigkeit zu weichen haben; d. Red.) war für die Taten im Dritten Reich durchaus angemessen. Aber Sie können nicht Auschwitz mit der Mauer vergleichen, das geht schlicht nicht. Herr Schaefgen sagt, wir müssen in unserer Rechtskultur fortschreiten. Aber was machen wir da eigentlich? Wir nehmen ein Unrecht, das lange nicht so schreiend war wie das Unrecht im Dritten Reich, und wenden auf dieses Unrecht eine Formel an, die nicht für diese Art von Unrecht geschaffen worden ist.

Birthler: Vergleichen ist etwas sehr, sehr anderes als gleichsetzen. Ich kann natürlich alles vergleichen und muß mich deshalb noch lange nicht dem Verdacht aussetzen, Dinge gleichzusetzen in bestimmter Weise. In der Mechanik des Unrechts, sozusagen in der Systematik von Unrecht, sind Vergleiche, nicht Gleichsetzungen, schon erlaubt.

Ich fand besonders interessant gar nicht so sehr die Kritik an der Frage, ob diese Taten justitiabel sind oder nicht, sondern das, was Herr Schumann vorhin angesprochen hat: die Frage nach der Demütigung. Die PDS sagt, es sind zweieinhalb Millionen Genossen damit auf die Anklagebank gesetzt worden plus noch eine unbestimmte Zahl von Leuten, die loyal gegenüber der DDR waren. Herr Krenz sagt sogar, das ganze Volk der DDR habe auf der Anklagebank gesessen. Und das finde ich eine Unverschämtheit. Das ist zunächst mal der Trick der Verteidigung, eine ganze Bevölkerung zu Komplizen zu machen, ein uralter Trick. Wenn ich sage, eigentlich sitzt ihr alle mit mir auf der Anklagebank, mache ich ein ganzes Volk zu Komplizen. Und das weise ich für mich zurück, für meine Nachbarn, für meine Freunde, für meine Kollegen ebenso. Das ist eine Unverschämtheit, uns zu Komplizen zu machen.

Engert: Herr Wesel, das Bundesverfassungsgericht hat die Menschenrechte als ein absolutes Maß hingestellt, auch bei der Bewertung der Prozesse gegen die Mauerschützen. Ist das nicht ein Fortschritt, daß eine Rechtsordnung sagt, wir proklamieren Menschenrechte als das absolute Maß unserer Rechtsordnung?

Wesel: Sie haben im Grunde recht, dieses Urteil des Bundesverfassungsgerichts ist in vieler Hinsicht gut. Auf der anderen Seite hat es viele Probleme, nämlich daß hier ein Grundsatz in einer Weise durchbrochen wird, die nach Meinung vieler meiner Kollegen... ich kann nur sagen, diejenigen, die in der Rechtswissenschaft sich dazu geäußert haben, sind in der großen Mehrzahl kritisch und sagen, das ist falsch, was das Bundesverfassungsgericht hier gemacht hat. Das betrifft sowohl die Strafrechtler als auch die Verfassungsrechtler. Es ist zu gefährlich, in diesem Fall hier eine solche Ausnahme zu machen, weil wir es eben nicht mit Greueltaten zu tun haben, die mit dem zu vergleichen sind, was die Nazis gemacht haben.

Es kommt aber noch eins hinzu. Es geht ja nicht nur um die Radbruchsche Formel hier in diesem Prozeß, und es geht auch nicht einfach nur um Schuld oder Nichtschuld. Ich habe die Diskussion bisher so verstanden, daß die einen eben damit zufrieden sind, daß die verurteilt werden, weil sie meinen, die seien schuldig, und andere sind nicht damit zufrieden, weil sie meinen, die sind nicht schuldig. Es geht hier nicht um Gefühle, sondern es geht um Recht. Und Recht ist etwas anderes als Gefühl.

Hilsberg: Es geht um Menschlichkeit.

Wesel: Ach ja, Menschlichkeit. Herr Hilsberg, wenn ich etwas abscheulich finde, was ein anderer Mensch macht, dann muß das nicht unbedingt strafbar sein. Und das gilt nun leider Gottes auch für die Politik. Ich erzähle Ihnen mal, warum die jetzt verurteilt worden sind, was sie getan haben, juristisch, einfach juristisch. Es gibt einen Beschluß des Politbüros vom 11.3.1986 - und das ist einer der Gründe, warum Egon Krenz jetzt zu sechseinhalb Jahren verurteilt ist -, in dem das Politbüro zustimmend zur Kenntnis genommen hat den Entwurf eines Berichtes, den Honecker zum 11. Parteitag gehalten hat. Das haben sie zustimmend zur Kenntnis genommen, mit 15, 16 anderen Sachen an diesem Tag. Was macht der Richter daraus? Der sagt, an diesem Tag hat sich das Politbüro mit dem Klassenauftrag der Grenztruppen beschäftigt. Das ist völliger Unsinn. Dieser Bericht hat 165 Seiten. Auf diesen 165 Seiten kommen zwei Sätze über die Grenztruppen vor, wie toll die ihren Klassenauftrag usw. erfüllen. Zwei Sätze. Das ist alles. Und das andere ist genauso ein Unsinn. Das ist ein politisch-ideologischer Bericht der politischen Hauptverwaltung der Nationalen Volksarmee, der zustimmend zur Kenntnis genommen worden ist. Und deshalb, nur weil sie im Politbüro das zustimmend zur Kenntnis genommen haben, sind sie verurteilt worden, weil - und das ist juristisch jetzt wirklich wichtig - ohne diesen Beschluß des Politbüros vom 11.3.86 weder Lutz Schmidt noch Kris Gefroy erschossen worden wären. Und da kann ich Ihnen nur sagen, das ist falsch, da ist keine Ursache. Die Ursache ist 1961 gesetzt. Die Ursache ist 1971 gesetzt mit einem Beschluß des Politbüros. Die war

schon seit über 20 Jahren im Gang, diese Todesmaschinerie. Das ist eine abenteuerliche Konstruktion, was wir hier machen...

Birthler: Die Menschen wurden sozusagen gegen den Willen des Politbüros erschossen?

Wesel: Nein! Die haben nichts getan, Frau Birthler, und jetzt hätte man in der Tat sie wegen Unterlassung verurteilen müssen. Aber das wollte man nicht, weil es da andere Schwierigkeiten gibt. Und dann kann ich als Jurist nur sagen, gut, dann geht es eben nicht, so leid es mir tut.

Schröder: Ich stelle mir eine Winzergenossenschaft vor, in der wird seit zehn Jahren Wein gepanscht. Im 8. Jahr kommt einer dazu, der kriegt das so ein bißchen mit, beschlossen wird darüber nicht, geredet wird darüber auch nicht, aber was im Keller geschieht, wissen alle.

Wesel: Der ist nicht bestrafbar, Herr Schröder, da haben Sie ein wunderbares Beispiel gebracht. Ich kann Ihnen noch andere nennen. Nehmen Sie doch nur an, in der FDP, Herr Lambsdorff und Herr Friedrich begehen Steuerhinterziehung mit dem Flick-Konzern, und der Parteivorstand, der sagt, das ist alles so ganz in Ordnung, die Kasse stimmt, und unsere Finanzen stimmen. Dann können Sie auch nicht sagen, wenn die da über ihre Finanzen reden, daß man denen, die da im Parteivorstand der FDP sind, das zurechnen kann, was Lambsdorff und Friedrich gemacht haben. Das geht einfach nicht.

von Schirach: Man muß ein paar Dinge klarstellen. Herr Professor Wesel hat vollkommen recht. Die Staatsanwaltschaft, die Behörde von Herrn Schaefgen, hat, nachdem sie alle Akten, die vorhanden waren, alle Beschlüsse, alles, was es überhaupt gab, geprüft hat, nichts, keinen einzigen Beschluß, keine Zusammenkunft, keinen Befehl, nichts vom Politbüro gefunden, in dem drinsteht: In irgendeiner Weise müßt ihr an der Grenze so weitermachen wie bisher, oder in dem drinsteht: Ihr müßt töten an der Grenze oder sonst irgendwas - in der Zeit der Mitgliedschaft von Herrn Schabowski und Herrn Krenz und Herrn Kleiber. Und deswegen hat die Staatsanwaltschaft angeklagt wegen Unterlassens. Unterlassen bedeutet, die hätten etwas tun müssen, sie hätten dieses System ändern müssen. Das haben sie nicht getan, und deswegen sollen sie zu bestrafen sein. Und jetzt kommt das Gericht - noch unter Herrn Bräutigam - mit einem Eröffnungsbeschluß, in dem drinsteht: Wir machen das ganz anders. Wir sagen, Herrschen ist aktives Tun. Das ist ein Satz, der sich durchgezogen hat bis zur Urteilsbegründung und der Kernsatz auch dieses Urteils war. Der Richter sagte: Herrschen ist Verantwortlichkeit. Und das ist politisch und moralisch völlig richtig. Und das hat Schabowski immer gesagt. Schabowski hat gesagt, ich war in diesem System, ich war im Politbüro, ich habe geherrscht, und deswegen bin ich verantwortlich. Aber das hat nichts mit einer juristischen Verantwortung zu tun. So hart es klingt, wir reden nicht darüber, ob jemand moralisch schuldig ist, ob jemand verantwortlich ist, ob jemand in irgendeiner Weise Schmach empfinden muß für das, was er getan hat, sondern wir reden darüber, ob wir jemand verurteilen können. So ein Strafverfahren ist nicht dazu da, um politische Empörungsbedürfnisse zu stillen, sondern einzig und allein dazu, juristische Schuld festzustellen. Und das ist nicht gelungen. Es ist kein Tatnachweis geführt worden.

Schaefgen: Ist das Töten von Menschen an der Grenze, die nichts anderes wollten, als den anderen Teil Deutschlands aufzusuchen und die mit allen Mitteln daran gehindert wurden, die keine Möglichkeit hatten, auf legale Weise das Land zu verlassen, ist das Töten dieser Menschen ein unerträgliches Unrecht im Sinne der Radbruchschen Formel? Das ist unsere Überzeugung. Selbst wenn in einem Gesetz der DDR gestanden hätte, Flüchtlinge sind zu erschießen, wäre das keine Rechtfertigung gewesen, weil dieses Gesetz unerträgliches Unrecht wäre, das der Gerechtigkeit zu weichen hat.

Birthler: Ich habe weder Genugtuung noch Enttäuschung (über das Urteil; d. Red.) empfunden, sondern eher so das Gefühl gehabt, da geschieht etwas, das richtig ist. Und jetzt möchte ich noch mal beschreiben, warum ich dieses Gefühl hatte. Ich denke, Urteile haben auch immer die Funktion, öffentlich das Bewußtsein für Recht und Unrecht zu schärfen. Das hat auch immer etwas Aufklärendes, was Recht ist und was Unrecht. Ich glaube, daß insbesondere im Osten Deutschlands dieses Gefühl dafür, was geht, was nicht, was jemand darf, was jemand nicht darf, was eine Regierung darf, was sie nicht darf, nicht eben geschärft ist.

Jochimsen: Wenn Sie sagen, Sie hatten heute so das Gefühl, da ist was Richtiges geschehen, macht Ihnen das nicht Angst, daß Sie auf die Ebene des Gefühls da gehen?

Birthler: Erstens glaube ich, daß es keine Schande ist, etwas zu fühlen, wenn etwas so Wichtiges passiert wie dieser Prozeß...

Jochimsen: Wenn es um Verurteilung geht?

Birthler: Ich bin Politikerin, keine Juristin. Ich weigere mich, Politik ganz ohne Gefühle zu machen, das machen schon viel zu viele.

Jochimsen: Aber das Recht muß doch stimmen, unabhängig vom Gefühl.

Birthler: Meine Empfindungen haben eine ganze Menge damit zu tun, ob Recht oder Unrecht geschehen ist. Ich freue mich, wenn Recht geschieht, und ich empfinde Ärger, wenn Recht mit Füßen getreten wird. Wollen Sie mir vielleicht

solche Gefühle streitig machen? Ich bin stolz auf sie.

Konkret 10/97, S. 28

Georg Fülberth

Jenseits von Wesel

Die Empörung über die »Siegerjustiz« im Krenz-Prozeß ist Ausdruck einer bedauernswerten politischen Naivität

Es ist immer wieder eine Freude, Uwe Wesel - Professor für Rechtswissenschaft an der Freien Universität Berlin - argumentieren zu hören. Auch seine schriftlichen Darlegungen machen Spaß. Zum sogenannten »Politbüro«-Prozeß hat er das Nötige mit Eleganz gesagt. Unnachahmlich: betrübtes Gesicht und sparsame Gestik, als er im ARD-»Brennpunkt« nach der Verurteilung von Egon Krenz erklärte: »Sie werden sich wundern: Ich hätte freigesprochen.« Und dann kam in Anwesenheit eines Staatsanwalts und des obrigkeitshörigen Redakteurs Jürgen Engert als besondere Gemeinheit noch die Nachricht, daß auch die meisten von Wesels Kollegen dieser Ansicht seien und damit sich im Widerspruch zu Bundesgerichtshof und Bundesverfassungsgericht befänden. In der »jungen Welt« und in der »Taz« befand er, der Totschlagsvorwurf sei »genauso, als wenn das Läuten der Glocken im Mittelalter als Ursache für die Ketzerverfolgung genommen wird«. Das neuerdings beliebte Argument, es gebe »überpositives Recht«, entkräftete er mit der Belehrung, just dies sei in der Bundesrepublik verboten. Es gehe dabei um die sogenannte Radbruchsche Formel, welche besage: »Wenn der Widerspruch des geschriebenen Gesetzes zur Gerechtigkeit unerträglich groß sei, wie etwa bei der Verletzung von Menschenrechten, habe das Gesetz der Gerechtigkeit zu weichen.« Damit habe das Gericht Krenz & Co. packen wollen, aber nicht berücksichtigt, daß der Bundestag hiergegen 1952 anläßlich des Beitritts zur Europäischen Menschenrechtskonvention ausdrücklich Verwahrung eingelegt habe. Auf diese Weise wollte man die Unterstützung ehemaliger Hitler-Generäle für die Wiederbewaffnung gewinnen. Das sei zugleich eine Demonstration gegen Nürnberg gewesen und hindere jetzt auch eine Strafverfolgung der DDR-Führung.

Als Angeklagter mag Egon Krenz (von den beiden anderen schweigen wir natürlich) diese Ausführungen, die ihm allerdings praktisch nichts nützten, gern gehört haben, als politischer Mensch aber hoffentlich nicht. Wesel verbindet seine Plädoyers für Straffreiheit nämlich mit dem unüberhörbaren Ausdruck der Verachtung für die DDR und deren leitendes politisches Personal. Das »Solidaritätskomitee für die politischen Verfolgten in Deutschland« hat also Anlaß, Kumpeleien zu vermeiden.

In einem der seltenen guten Texte, die anläßlich der Wende erschienen sind, hat Wesel im Juni 1990 seine Vorstellungen von einer vernünftigeren Gesellschaft skizziert und sich dabei auf einige Transformationspotentiale bezogen, die sich im Kapitalismus schon herausgebildet hätten (s. »Kursbuch 100«). Er landet bei der Formel »Gerechtigkeit, Demokratie, Menschenrechte«. Gegen den Eindruck, dies sei auch ein bißchen ethischer Juristen-Sozialismus, hat er ganz offensichtlich nichts. Eine feste rechtliche Absicherung ist unabdingbar.

Dies mag erklären, weshalb Wesel angesichts des Fuhrwerkens der Justiz im Politbüro-Prozeß sich in einer für ihn sonst untypischen Art und Weise nachgerade aufregt. Dem Fernsehen sagte er sogar, er sei »empört«. In der »Taz« schrieb er: »Früher haben wir mit abenteuerlichen juristischen Konstruktionen die Nazis geschont. Jetzt gehen wir mit abenteuerlichen juristischen Konstruktionen gegen sogenannte Sozialisten vor.« Er sagt: »wir«. Walter Ulbricht hätte diese Bedenken des fortschrittlichen bürgerlichen Wissenschaftlers je nach taktischer Lage entweder begrüßt oder als reformistisches Manöver beargwöhnt, geteilt hätte er sie in keinem Fall.

Daß der Kapitalismus zum Imperialismus wurde und daß daraus Faschismus und Krieg entstanden, hatte er sich nicht eingebildet, sondern selbst erlebt, und er hielt es für eine Gesetzmäßigkeit. Deshalb war er dafür, den Teil Deutschlands, in dem er etwas zu sagen hatte, davon frei zu machen und frei zu halten. Zu den Maßnahmen, die deshalb ergriffen wurden, gehörte der Bau der Berliner Mauer. Daß sie nicht nur ein sozialistischer Schutzwall sein sollte, sondern auch ein antifaschistischer, leuchtete nicht unmittelbar ein, denn gegen den Einmarsch der ehemaligen Hitler-Generäle war die Stärke der Roten Armee die bessere Garantie. Es ging um die Unterbindung einer Massenflucht mit ihren ökonomischen Folgen. Wäre in deren Konsequenz die DDR zusammengebrochen und so der Kapitalismus wiederhergestellt worden, dann wäre - in Ulbrichts Logik - die Kausalkette, welche zu Faschismus und Krieg führte, wiederhergestellt worden. Also doch: antifaschistischer Schutzwall.

Egon Krenz hat nun behauptet, das Ganze sei eine Veranstaltung der Sowjetunion gewesen. In einem normalen Strafverfahren wäre das ein bedenkenswertes Argument. Aber es war nun einmal kein korrekter Prozeß, und Krenz wußte es. So wurde juristisch nichts gewonnen und politisch eine Schieflage herbeigeschaukelt.

Das Gericht geht eine andere Frage ja nichts an, aber den Angeklagten und die letzten Kommunisten durchaus: ob die SED-Führung nämlich die Grenzsicherung, für welche sie seiner Aussage nach nichts konnte, für richtig oder für falsch gehalten hat. Bei Walter Ulbricht war die Antwort klar: Ja. Dies gilt im übrigen auch für alle, die seit 1961 in Deutschland - Ost wie West - einer an der UdSSR orientierten kommunistischen Partei beigetreten oder in ihr verblieben sind.

Stellen wir uns zur Abwechslung einmal vor, der Sozialismus habe in der DDR endgültig gesiegt, die Menschen dort seien mehrheitlich für ihn gewonnen worden, sogar die Ökonomie habe schließlich doch noch funktioniert und die Mauer sei deshalb niedergelegt worden. Dann hätte es irgendwann vielleicht folgende Diskussion gegeben: Einige Leute hätten die Frage gestellt, ob dieser Erfolg nicht mit geringeren Opfern - auch an der Grenze - hätte erreicht werden können. Andere hätten ihnen mit der Ulbrichtschen Logik geantwortet.

Das Ergebnis der Diskussion werden wir nie erfahren, denn sie ist ausgefallen. Mit dem Ende der DDR hat das Argument, wenigstens in diesem Fall habe der Zweck die Mittel geheiligt, keine Grundlage: Das sozialistische Ziel wurde verfehlt. Der Faschismus ist zumindest nicht zeitgleich mit dem Kapitalismus wiedergekommen und ein Dritter Weltkrieg vorerst auch nicht. Manche meinen, das werde so bleiben. Behalten sie recht, wäre die antifaschistische und kriegsverhindernde Rechtfertigung des Grenzregimes erledigt. Es bliebe lediglich eine historistische Argumentation: Aus der Zeitsituation heraus habe man das annehmen müssen. Aber ein BRD-Gericht hört da gar nicht erst hin, und politische Bewegungen, die nur noch auf solche mildernden Umstände für sich plädieren, lösen sich besser selbst auf. Ein prinzipielles Bekenntnis zur sozialistischen Sache, und zwar auch als einer zukünftigen, hätte gerade in einer solchen Situation vielleicht doch nahegelegen.

Wer die Pleite hat, braucht für den moralischen Nachrichter nicht erst zu sorgen. Daß dieser justizförmig auftritt, ist ebenso normal wie die Tatsache, daß Gesetze, die dabei hinderlich sind, gebrochen und rechtliche Grundlagen, die fehlen, erfunden werden. Deshalb heißt es ja: Politische Justiz. Wäre es anders, dann wäre die BRD eine welthistorische Innovation und es hätte noch einen Grund weniger gegeben, gegen sie eine Mauer zu bauen.

Siegerjustiz? Aber gewiß doch. Wer sich allerdings darüber wundert oder empört, meldet sich für das Bundesverdienstkreuz an. So viel Glaube an Recht und Gesetz der bürgerlichen Gesellschaft - und jetzt auch noch der deutschen! - war nie. Kommunisten hat man ihn bisher nicht zutrauen wollen.

So viel zur etwas grundsätzlicheren Einschätzung. Es gibt aber keine entwickelte linke Diskussion zu diesem Thema. Der Angeklagte Krenz war deshalb ziemlich auf sich allein gestellt, und geschickte Anwälte können fast niemals gute politische Berater sein. Deshalb sollte auch gesagt werden, daß er nicht alles falsch, sondern manches gut gemacht hat.

Er hat erklärt, daß er nicht freigesprochen werden will, nachdem andere verurteilt wurden. Daß er jetzt Revision eingelegt hat, widerspricht dem nicht. Durch die Verurteilung der Großen wollte sich die Justiz die Legitimation dafür verschaffen, daß sie die Kleinen ebenfalls belangt hat. Sie hat in diesem Punkt ja auch noch einiges vor. Insofern ist es konsequent, wenn Krenz seine Verurteilung weghaben will. Er entzöge den anderen Verfahren damit ein Hilfsargument. Allerdings wird er damit nicht durchkommen.

Krenz hat von Anfang an vorhergesagt, seine Verurteilung stehe fest. Deshalb sei der Prozeß eine Farce. Die Prognose hat sich als richtig erwiesen. Insofern hat er mit seinen begrenzten Mitteln - wie gesagt: er stand argumentativ im wesentlichen allein - die Justiz sogar ein bißchen vorgeführt. Wer hätte ihm das zugetraut?

Ich schlage vor, das so zu sehen.

Konkret 10/97, S. 30

Jürgen Matthäus

Deutsche Debatten Strohmänner

Endlich hat der »Spiegel« einen jüdischen Historiker gefunden, der dem jüdischen Soziologen Goldhagen ein »wissenschaftliches Betrugsmanöver« unterstellt. Jürgen Matthäus beschreibt, in welcher Tradition solche redaktionellen Manöver stehen. Daß die vehementesten Kritiker von »Hitlers willige Vollstrecker« aus der Linken kommen, behauptet Detlef zum Winkel. Ihm entgegnet Hermann L. Gremliza

Wer ein Jahr nach dem Erscheinen der deutschen Ausgabe von *Hitlers willige Vollstrecker* die Frage aufwirft, ob Goldhagens Analyse wissenschaftlich seriös sei, muß sich die Gegenfrage nach seinen Absichten gefallen lassen. Zumindest unter Historikern, die sich mit dem Holocaust befassen, besteht Konsens, daß die These vom langfristig tradierten, aber 1945 plötzlich verschwundenen »eliminatorischen Antisemitismus« der Deutschen ebensowenig zur Erklärung des staatlich organisierten Judenmordes wie zum Verständnis der deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts beiträgt. In der »Spiegel«-Ausgabe vom 18. August 97 werden Norman G. Finkelstein - vorgestellt als Politologe und »New Yorker Palästina-Spezialist ... , dessen Eltern die Vernichtungslager in Polen überlebten« - fünf Seiten eingeräumt, seine im Juli/August-Heft der britischen Zeitschrift »New Left Review« auf knapp fünfzig Seiten vorgetragenen Einwände gegen Goldhagen zusammenzufassen. Seitdem schwappt eine neue Welle von Presse-, Internet- und Rundfunk-Verlautbarungen durchs Land. Dem »Spiegel« zufolge geht es bei der Wiederbelebung der Debatte darum, »Goldhagens Argumente im Detail (ZU) untersuch(en)«. Da dies aber längst von Fachhistorikern - allen voran von Christopher Browning und Hans Mommsen - im vollen Lichte der Medien geleistet wurde, liegt die Vermutung nahe, daß sowohl Finkelstein als auch der »Spiegel« anderes im Sinn hatten. Angesichts der Berichterstattung des Nachrichtenmagazins im letzten Jahr, die nach vorangegangenen polemisch bis apologetisch gefärbten Stellungnahmen in der rhetorischen Umarmung von Augstein und Goldhagen gipfelte', mag die verspätete Demontage des Demokratiepreisträgers verwundern. Es spricht aber einiges dafür, daß man in Finkelstein einen jüdischen Kritiker von *Hitlers willigen Vollstreckern* gefunden hat, dessen Thesen der deutschen Befindlichkeit noch besser entsprechen als die Goldhagens.

Als die Goldhagen-Debatte vor einem Jahr in Deutschland begann, bot sie der Öffentlichkeit Gelegenheit, die von Seiten der Historikerschaft (wenn auch nicht immer konsequent) geforderte kritische Aufarbeitung der Geschichte des Dritten Reichs im Gefolge der Wiedervereinigung durch einen affirmativen Zugang zur nationalen Vergangenheit zu ersetzen. Dazu war die im Kontext des Goldhagenschen Thesengebäude wenig überzeugende Behauptung unverzichtbar, den Deutschen sei nach 1945 der seit dem 19. Jahrhundert angeblich soziokulturell prävalente und schon vor 1933 tendenziell eliminatorische Antisemitismus mittels »Umerziehung« abhanden gekommen. So gelang es Goldhagen, mit seinen Auftritten ungeheure Breitenwirkung zu erzielen, ohne auch nur einmal gezwungen zu sein, auf die Argumente seiner Kritiker einzugehen, und ihnen im Gegenzug durchweg Neid, Gehässigkeit oder Verblendung als Motiv zu unterstellen. Wie im Zusammenhang mit der Reaktion auf die Wehrmachtsausstellung des Hamburger Instituts für Sozialforschung wirkten die Proteste konservativer Historiker um so anachronistischer, je eindeutiger sie der Kriegsgeneration zuzuordnen waren, während Vertreter der kritischen Forschung mit sachlichen Einwänden kaum Gehör fanden.

Solange Goldhagen die Funktion des zur kollektiven Identifikation und Entsorgung der deutschen Vergangenheit nötigen Publikumslieblings erfüllt, kann nur derjenige Kritiker auf eine geneigte Öffentlichkeit hoffen, der Konzessionen an deren Erwartungshaltung macht. Für Finkelstein scheint dies nicht zu gelten, liest man seine Ausführungen im »Spiegel«: Akribisch werden Widersprüche in Goldhagens Text aufgezählt, Falschaussagen widerlegt und Fehler in der Benutzung von Quellen und Literatur nachgewiesen. Neu ist daran nichts außer der Tatsache, daß es Finkelstein vorbehalten blieb, im »Spiegel« als »>wissenschaftliches Betrugsmanöver< auf(zu)decken«, was bereits Monate zuvor zahlreiche Historiker detaillierter, faktenreicher und überzeugender als Versuch einer reduktionistischen Geschichtsrevision charakterisiert hatten.2 Immerhin, Finkelsteins Kritik entbehrt aufgrund ihres sachlichen Tons des populistischen Elements fast völlig. Warum also wird der Text in der auflagenstarken Hamburger Wochenschrift gedruckt und dazu noch als »vehemente Polemik« ausgegeben? Die Frage läßt sich nur beantworten, wenn man die Finkelsteinsche Argumentation im Lichte der vom »Spiegel« nicht publizierten Schlußpassage seines im »New Left Review« erschienenen Artikels betrachtet.

Finkelsteins Artikel, den die britische Zeitschrift unter dem Titel »Daniel Jonah Goldhagen's >Crazy< Thesis: A Critique *of Hitler's Willing Executioners«* abdruckt, gliedert sich in den vom »Spiegel« auszugsweise wiedergegebenen Besprechungsteil sowie in einen vom Autor als spekulativ bezeichneten fünfseitigen Schlußteil mit der Überschrift »The Holocaust Studies Industry« (der »Spiegel«-Leser erfährt hierzu lediglich, daß Finkelstein »den Wahrheitsanspruch des neuen US-Forschungszweigs >Holocaust Studies< in Frage« stellt). Schon im Hauptteil des Textes hat der Autor die Tendenz, der Exegese größeren Raum einzuräumen als der Analyse: Zahlreiche Zitate, die die Widersprüchlichkeit und

Blässe der Goldhagenschen Argumentation belegen sollen, werden aneinandergereiht, wobei die Verwendung des Akronyms »HWE« (für *Hitler's Willing Executioners)* Goldhagens Opus den Beiklang des Gewichtigen verleiht. Demgegenüber braucht Finkelstein 57 Fußnoten, bis er Christopher Brownings *Ordinary Men3* erwähnt, während die zahlreichen anderen öffentlichen Stellungnahmen des wohl berufensten Goldhagen-Kritikers unerwähnt bleiben. Statt dessen dehnt Finkelstein seine Argumentation mittels gewagter Analogiebildungen bis hart an die Grenze des Vertretbaren aus: Die von Goldhagen betonte Brutalität deutscher Täter versucht Finkelstein mit dem Hinweis auf die aus Körperteilen getöteter Japaner bestehenden Trophäensammlungen amerikanischer Soldaten zu relativieren (»New Left Review« 1997/224 (dt. Übersetzung der hier verwendeten Zitate von J.M.), S.71f.), die Konzentrationslager werden - unter Berufung auf ein Hitler-Zitat - als britische Erfindung ausgegeben, und auch der Hinweis auf das »alliierte Terrorbombardement« deutscher und japanischer Städte fehlt nicht. All dies läßt die »Spiegel«-Version des Artikels aus.

Ungeachtet der nicht unerheblichen Mängel des Besprechungsteils von Finkelsteins Artikel ist es das Schlußkapitel über die »Holocaust Studies Industry«, in dem man die vom »Spiegel« angekündigte Polemik suchen muß. Es gebe, so der Goldhagen-Kritiker, zwei parallele, ja gegenläufige Stränge des Schrifttums zum Holocaust: Auf der einen Seite hätten »Historiker, die mit deutschem Material arbeiten«, Konsens darüber erzielt, »daß die Mehrheit der gewöhnlichen Deutschen Hitlers Juden-Obsession nicht teilte« und »daß der im Volk verbreitete deutsche Antisemitismus weder Hitlers Triumph erklärt noch den Anstoß für die Endlösung gab«. Genau das Gegenteil behauptet Finkelstein zufolge die andere Interpretationsrichtung, »gegenwärtig als >Holocaust Studies< bekannt«, die in ihrer Beschränkung auf die Opfer und aufgrund ihrer ideologischen und politischen Zweckbestimmung (was Finkelstein damit meint, erfahren wir wenig später) »weitgehend bar jeder wissenschaftlichen Bedeutung« sei. Zwischen beiden Richtungen habe es bisher eine Art gegenseitig respektierter Arbeitsteilung gegeben, die erst durch Goldhagen durchbrochen worden sei. »Was *Hitler's Willing Executioners* schlüssig demonstriert,« so Finkelsteins Zwischenbilanz, »ist die intellektuelle Leere der Goldhagenschen Forschungsrichtung (i.e. Holocaust Studies): in ihrer Ignoranz gegenüber den Erkenntnissen der deutschen Forschung (im Original: »findings of German scholarship«) erweisen sich die Behauptungen der Holocaust-Ideologen als unhaltbar, wenn man sie empirisch überprüft« (S. 84).

Ob solchen Lobes mag sich die bundesrepublikanische Historikerschaft geschmeichelt fühlen - schließlich bietet die Verstrickung vieler ihrer Gründerväter in den Nationalsozialismus und die langjährige Stigmatisierung jener, die sich frühzeitig um die Aufarbeitung der Geschichte des Dritten Reichs und des Judenmordes bemühten, ebensowenig Gelegenheit zur Zelebrierung der eigenen Erfolge wie der Verlauf der Goldhagen-Debatte -, wäre da nicht Finkelsteins überzogene Kritik an einem Teil der Holocaust-Historiographie. Die Tatsache, daß die Holocaust-Forschung von der Trennung in Opfer- und Täterperspektive geprägt ist, kann als hinlänglich bekannt gelten. Ein qualitatives Gefälle besteht innerhalb beider Richtungen und eben nicht nur, wie Finkelstein behauptet, zwischen der einen Schule, die Tätergeschichte betreibt, und der anderen, die sich den Holocaust Studies verschrieben hat. Von einem Konsens der Tätergeschichtsschreibung über die Rolle des Antisemitismus insbesondere der Hitlerschen Variante kann keine Rede sein; daß ein einheitlicher analytischer Standard nach wie vor fehlt, erkennt jeder, der die zahlreichen deutschen Neuerscheinungen zum Holocaust vergleicht.

Finkelstein benötigt den von ihm konstruierten Widerspruch zwischen Täter- und Opfergeschichte, um anhand von Goldhagen die gesamte Forschungsrichtung Holocaust Studies als »zionistische Version des Judenmordes« (S. 84) zu entlarven: Durch Goldhagens »ultrazionistische Brille« erscheinen die Juden als »auf immer schuldlos« und Israel als Bastion der ewig Verfolgten, zu deren Verteidigung man sich aller Mittel, »sogar der Aggression und Folter« (S. 85), bedienen könne. Dies sei, so Finkelstein, der eigentliche Grund für den Erfolg des Goldhagenschen Buches beim jüdischen Publikum wie auch für das Scheitern der Kritiker (Finkelstein eingeschlossen) bei dem Versuch, in den amerikanischen Medien Gehör zu finden. Im Vergleich zur antizionistischen Spitze seines Traktats wirkt Finkelsteins abschließender Vorwurf gezwungen, Goldhagen lenke von der eigentlichen Lehre des Holocaust ab, die darin bestehe, daß nicht »geistesgestörte Abartige«, sondern »gewöhnliche Männer« den Massenmord geplant und verwirklicht hätten (S. 86f.).

Die Redakteure des »Spiegel« haben natürlich erkannt, daß man diese Version einer antizionistischen Verschwörungstheorie dem deutschen Publikum nicht unterbreiten kann, ohne den Rückfall in jene Denkmuster zu fördern, deren Kontinuität Daniel Goldhagen zur Konstruierung seiner These vom »eliminatorischen Antisemitismus« benutzt, aber mit dem Jahr 1945 hat enden lassen. Deshalb wurde der Schlußteil des Artikels im »New Left Review« in der »Spiegel«-Version fallen gelassen. Andererseits wollte das Hamburger Nachrichtenmagazin offenbar nicht darauf verzichten, unter dem Vorwand der Richtigstellung historischer Fakten als Forum zu fungieren im Streit zwischen zwei jüdischen Gelehrten, deren Vorwürfe bislang in der deutschen Öffentlichkeit nur hinter vorgehaltener Hand geäußert wurden: Finkelsteins Invektive, Goldhagen schreibe aus ultrazionistischem Antrieb, und Goldhagens Entgegnung, Finkelstein betreibe antijüdische Propaganda.

Das Interesse der deutschen Medien an jüdischen Stellungnahmen zu aktuellen Themen mit historischen Konnotationen ist nicht neu. Im März 1912 veröffentlichte der jüdische Journalist Moritz Goldstein in der deutschnationalen Zeitschrift »Der Kunstwart« einen Artikel mit dem Titel »Deutsch-Jüdischer Parnaß«4. Goldstein, der seinen Beitrag primär als

literarischen Essay verstanden wissen wollte, konstatierte, daß die deutschen Juden »den geistigen Besitz eines Volkes« verwalteten, »das uns die Berechtigung und die Fähigkeit dazu abspricht«. Indem er die jüdische Vorherrschaft in der deutschen Kultur kritisierte, suchte er nach neuen Wegen deutschjüdischer Existenz, wobei er zwei Arten von Gegner identifizierte: zum einen »die deutsch-christlich-germanischen Dummköpfe und Neidbolde, die das Wort Jude zum Schimpfwort gemacht haben«, und zum anderen jene, die er als »schlimmere Feinde« bezeichnete, nämlich *»die* Juden, die nichts merken, die unentwegt deutsche Kultur machen, die so tun, als ob, und sich einreden, man erkenne sie nicht«5.

Die Debatte schlug innerhalb und außerhalb des deutschen Judentums hohe Wellen und förderte die weitere Polarisierung des ohnehin gespannten Verhältnisses zwischen der Minderheit der Zionisten und der nicht- oder antizionistischen Mehrheit, organisiert im Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens. Der Dichter Ernst Lissauer riet Goldstein und allen, die ihm zustimmten, auszuwandern oder deutsch zu werden. Der »Kunstwart« erhielt rund 90 Manuskripteinsendungen, die auf Goldstein Bezug nahmen und in zwei weiteren Ausgaben der Zeitschrift im April und August 1912 teilweise abgedruckt wurden. Die deutsche Öffentlichkeit spielte dabei eine Doppelrolle, indem sie einerseits die Debatte von den Rängen verfolgte, ohne direkt beteiligt zu sein, andererseits aber von beiden Parteien als Legitimations- wie auch Richterinstanz angerufen wurde, wobei die unbeantwortete Frage nach der Zukunft des Judentums in einem sich national definierenden Deutschland eine zentrale Rolle spielte. »Kunstwart«-Herausgeber Ferdinand Avenarius, der auf den literarischen Seiten seines Blattes in Gestalt von Adolf Bartels für gewöhnlich einen gestandenen Antisemiten zu Wort kommen ließ, hielt die Kontroverse deshalb für nützlich, weil sie zeige, »wie unsere Juden denken«6.

Nach Ansicht von Yehuda Eloni war die Goldstein-Debatte »Symptom einer tiefen geistigen Gärung, die nicht nur die Juden, sondern überhaupt einen großen Teil der Jugend und der Intellektuellen im ersten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts ergriffen hatte«7. Gleiches läßt sich für die Goldhagen-Finkelstein-Debatte des ausgehenden 20. Jahrhunderts sagen, deren Form und Inhalt die derzeitige deutsche Suche nach nationaler Identität spiegelt. Was die Goldstein-Debatte und ähnliche vor dem Ersten Weltkrieg kontrovers diskutierte Fragen deutsch-jüdischer Existenz von der Gegenwart unterscheidet, ist neben der zunehmend lediglich als Aufhänger benutzten Holocaust-Thematik die Tatsache, daß von einem vergleichbaren öffentlich wirksamen Impuls der deutschen Juden nach dem nahezu erfolgreichen Vollzug der »Endlösung« nicht mehr die Rede sein kann. In diesem Kontext wirkt die Goldhagen-Finkelstein-Kontroverse als Versuch, die Scheinwelt eines funktionierenden deutsch-jüdischen Diskurses zu beschwören und die Vergangenheit in harmonischeren Farben zu malen.

Nachdem Goldhagen wesentlich zur Verwischung der Kontinuitätslinien in der deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts beigetragen hat, indem er »die Deutschen« zwar zu willigen Vollstreckern macht, ihre Verantwortlichkeit aber auf die zu Zeiten des Dritten Reichs Erwachsenen beschränkt (im Gespräch mit Augstein wünscht Goldhagen den »jungen Deutschen«, sie »sollten sich nicht mehr gepeinigt fühlen müssen«)8, läßt man sich nun mittels Finkelstein über die Fragwürdigkeit eines auf antisemitischen Motiven basierenden Tätervorwurfs belehren. Daß es dabei nicht um wissenschaftlich fundierte Erkenntnisse über den Holocaust geht, steht fest. Vielmehr bietet die Frontstellung zwischen Goldhagen und Finkelstein wie auch die Disposition der Medien noch weniger Raum für die Vermittlung historischer Einsichten als dies vor dem Erscheinen von *Hitlers willige Vollstrecker* der Fall war.

Anmerkungen:

1 S. »Der Spiegel« 16/1996: Rudolf Augstein, »Der Soziologe als Scharfrichter«, S.29, 32; 21/1996: »Ein Volk von Dämonen?«, S.48ff.; 33/1996: Rudolf Augstein, »Todbringende >Humanisten<«, S.40-49; »Spiegel«-Gespräch Augstein-Goldhagen: »Was dachten die Mörder?«, ebd., S.50-55.

2 So wird etwa Ruth Bettina Birn, die Goldhagen anhand der von ihm benutzten Quellen kritisiert (»Revising the Holocaust«, in: »The Historical Journal« 1997/1, S.195-215), von Finkelstein in der britischen Ausgabe seines Artikels zitiert, im »Spiegel« aber nicht erwähnt.

3 Deutsch: *Ganz normale Männer. Das Reserve-Polizeibatallion 101 und die »Endlösung« in Polen,* Reinbek 1993.

4 S. Moritz Goldstein, »German Jewry's Dilemma: The Story of a Provocative Essay«, in: *Leo Baeck Institute Year Book 11,* London 1957, S.236-254.

5 Ebd., S.237-239 (Hervorhebung im Original). 6 Ebd., S.246f.

7 Ychuda Eloni: *Zionismus in Deutschland. Von den Anfängen bis 1914,* Gerlingen 1987, S.268.

8 »Der Spiegel« 33/1996, S.55. In einem früheren Artikel hatte der »Spiegel« primär Goldhagens angebliche Wiederbelebung der gegen die Deutschen gewendeten »Nazi-These von der kollektiven Schuld« - »Ein ganzes Volk muß büßen« - kritisiert (21/1996, S.48).

Jürgen Matthäus ist Historiker um United States Holocaust Memorial Museum in Washington, D. C. Die hier vorgetragenen Ansichten geben nicht die Meinung des Museums wieder

Konkret 10/97, S. 32

Detlef zum Winkel

Deutsche Debatten
Die zweite Verleugnung

Endlich hat der »Spiegel« einen jüdischen Historiker gefunden, der dem jüdischen Soziologen Goldhagen ein »wissenschaftliches Betrugsmanöver« unterstellt. Jürgen Matthäus beschreibt, in welcher Tradition solche redaktionellen Manöver stehen. Daß die vehementesten Kritiker von »Hitlers willige Vollstrecker« aus der Linken kommen, behauptet Detlef zum Winkel. Ihm entgegnet Hermann L. Gremliza

Da waren sie alle wieder auf dem Plan, die hochverehrten und schmerzlichst vermißten Freunde der siebziger und achtziger Jahre. Von Daniel J. Goldhagen haben sich im letzten Jahr nicht nur die Historikerzunft und die politisch-publizistische Elite unseres schönen Landes getroffen gefühlt, sondern auch die althergebrachten Sprecherinnen und Sprecher der Linken. Ihre nicht so vernehmlichen, aber ähnlich wütenden und ähnlich selbstentlarvenden Stimmen hat ein Autoren-Kollektiv aus Hamburg, Oldenburg und Leipzig gesammelt, um sich in einem Buch damit auseinanderzusetzen: *Goldhagen und die deutsche Linke.*

Was die erstaunliche Gruppe - eine Taxifahrerin, eine Studentin, ein Lehrer, ein Schauspieler etc. - in Zeitungen und Zeitschriften wie »ak«, »Soz«, »Freitag«, »Neues Deutschland«, »Taz«, »Kommune« und anderen Druckschriften aufgespießt hat, ist eine verdienstvolle Arbeit, bereitet aber, das ist klar, keine Lesefreude und enthält keine Überraschungen. Oder doch: Daß die Goldhagen-Gegner beispielsweise durch Detlev Claussen, Klaus Theweleit und Hannes Heer Verstärkung erhielten, denen man eine intensive Beschäftigung mit der deutschen Verbrechensgeschichte kaum absprechen kann und die sich dennoch zu leidenschaftlichsten Ausfällen gegen den amerikanischen Newcomer hinreißen ließen, hat mich schon gewundert. Und kopfschüttelnd habe ich auch die Zitate aus der »Taz« registriert: Daß ausgerechnet sie die rüdesten und am leichtesten als antisemitisch zu erkennenden Ressentiments gegen Goldhagen mobilisiert hat (Goldhagen = Antinazi-Kitsch á la Hollywood), hätte ich denn doch nicht für möglich gehalten.

Warum nur, fragt man sich also nach den ersten 40 bis 50 Seiten Lektüre etwas genervt, warum muß ich mir das ganze Elend dieser Linken ein weiteres Mal reinziehen, die Plattheiten eines auf eine Handvoll Formeln reduzierten DDR-Antifaschismus, die albernen trotzkistischen Glaubensbekenntnisse an das Gute im Menschen, das unheimliche Völkermord-Expertenwissen des Rest-KB, den hochtrabenden pseudowissenschaftlichen Gestus der Modernitätskritiker aus dem autonomen Lager, die ganzen Spitzfindigkeiten, Lügen, Ausflüchte, Verharmlosungen, mit denen deutsche Linke seit jeher aufwarten, wenn es um den Holocaust geht?

Durch diese Zitatensammlung muß man erst mal durch, aber dann geraten die Autorinnen und Autoren zunehmend in Fahrt. Es gibt ein starkes Kapitel, das den linksnationalen Abwehrreaktionen auf den Grund zu gehen versucht: »Die erste Verleugnung ging von der TäterInnengeneration aus ... Für die zweite Verleugnung ist die zweite Generation verantwortlich, zu welcher die deutsche Linke seit 1968 hauptsächlich gehört. Diese Linke hat sich in Bezug auf das gemeinschaftstiftende Erlebnis des Holocaust als ein untrennbarer Bestandteil des nationalen Kollektivs erwiesen ... Nicht nur die Geschichte des deutschen TäterInnenverhaltens muß (nach Goldhagen; D. z.W) neu geschrieben werden, sondern ebenso die Geschichte seiner Verleugnung ... Die Auseinandersetzung mit Goldhagen ist zugleich die Auseinandersetzung mit den dunkelsten (weil dem Bewußtsein am meisten entzogenen) Flecken linker BRD- und DDR-Geschichte.«

Und weiter: »Für die neue (west)deutsche Linke, die nach 1968 entstand, ist die Versöhnung mit Hitlers willigen VollstreckerInnen nie ein Thema gewesen: Sie wurde praktiziert. Unwillentlich hat die deutsche Linke mit ihrer Weigerung, deren Verbrechen zu thematisieren, die herrschende Ordnung, die zu bekämpfen sie angetreten war, reproduziert.« Ich würde mir wünschen, daß dies nicht das letzte Wort über die Firma bleibt, aber ich werde daran denken, wenn in nicht allzu ferner Zukunft eine Lawine von Memoiren und Autobiographien ehemaliger Apo-Größen in die Regale der Buchhandlungen poltert.

Eine veritable Fundgrube sind die in dem Buch enthaltenen historischen Exkurse zur unablässigen Anpassung der früheren Arbeiterparteien SPD und KPD an den jeweiligen nationalen Mainstream, besonders die ausdrückliche, bewußte Anbiederung an die »führerlos gewordenen« nazistischen Massen in Ost und West nach 1945. Daß es gegen diese Rechtswendungen immer wieder antinationalen Widerspruch in deren eigenen Reihen gegeben hat, ist ja weitgehend unbekannt, da es in den Parteien gelungen ist, die Existenz solcher oppositionellen Minderheiten aus dem Gedächtnis zu löschen. Wie für 1996 scheint Klaus Mann 1943 diese wunderbaren Sätze über die Kontroversen unter den Emigranten in New York aufgeschrieben zu haben: »Diese Patrioten im Exil werden sehr ungehalten und schlechtgelaunt, wenn jemand die Taktlosigkeit begeht, anzudeuten, das deutsche Volk könnte in gewissem Grade für die ungeheuerlichen Gewalttaten

verantwortlich sein, die die Deutschen verübt haben ... Sie glauben allen Ernstes, daß Millionen von Deutschen sich unablässig wie Vandalen benehmen, nur weil Hitler sie dazu (zwingt).«

Gefallen hat mir nicht zuletzt die Art des Umgangs mit Goldhagens Werk selbst, die die Autorinnen und Autoren gewählt haben. Seine Thesen, seine Methode, seine Schlußfolgerungen werden vorgestellt, in ihrer Besonderheit gewürdigt und dann ergänzt, kritisiert, modifiziert. Ihre außerordentliche Interessiertheit an der Untersuchung Goldhagens bricht auch dann nicht ab, wenn sie ihre Widersprüche zum Ausdruck bringen. Denn natürlich sind die Verfasser nicht einverstanden, wenn Goldhagen den Deutschen eine gelungene Mutation zu mustergültigen Demokraten attestiert. Natürlich vermissen sie, die bis 1989 selber in verschiedenen linken Zusammenhängen aktiv waren, eine Untersuchung der kapitalistischen Prägung der nationalsozialistischen Gesellschaft bei ihm (wobei sie sich positiv auf die Ansätze von Moishe Postone beziehen).

Nichtsdestoweniger folgen sie Goldhagen in den Kernaussagen seines Buchs, die sie so zusammenfassen: »l. Das kennzeichnende Merkmal des Nationalsozialismus ist der Holocaust. 2. Die antisemitischen Auffassungen der Deutschen waren die Triebkraft, die Jüdinnen und Juden bereitwillig zu töten. 3. Der Vernichtungseifer, den die ganz gewöhnlichen Deutschen in den Mordinstitutionen an den Tag gelegt hatten, war auch von den anderen gewöhnlichen Deutschen, sofern sie die Möglichkeit zu töten erhielten, zu erwarten. 4. Die Schutzbehauptungen, mit denen die TäterInnen ihr Handeln nach 1945 zu rechtfertigen suchten, sind widerlegt.«

Was an diesen Thesen neu sei, haben einige gefragt, und andere hielten sie sogar für selbstverständlich. Auch diese Rezeption, die sie u.a. in KONKRET entdeckten, gilt den Autorinnen und Autoren von *Goldhagen und die deutsche Linke* als eine Art von Abwehr. Wie dem auch sei: Linke, und damit meine ich jetzt weniger die Vaterlandsverteidiger, haben schon ein gewaltiges Problem mit *Hitlers willige Vollstrecker.* Das führt einem die vorliegende Studie, die über eine Dokumentation der Kontroverse weit hinausgeht, ziemlich nachdrücklich vor. Folgen wir den zitierten Kernaussagen, so fällt das gesamte Gebäude marxistischer Lehrsätze in sich zusammen. Es bricht einfach weg, ganz im Gegensatz zu seiner scheinbaren Stabilität.

Wenn der Holocaust den Nationalsozialismus charakterisiert, so ist Lenins Imperialismustheorie (von Dimitroffs Faschismus-Theorie ganz zu schweigen) falsch. Die Marxsche Politökonomie trägt zur Erhellung dieses zentralen Geschehens nichts bei. Wenn die Vernichtung der europäischen Juden für die Täter nicht Mittel, sondern Zweck war, und zwar ihr hauptsächlicher, dann kann nicht das Sein das Bewußtsein bestimmt haben, denn dem exterminatorischen Antisemitismus lag kein realer Interessengegensatz zwischen Deutschen und Juden zugrunde. Wo bleibt der Klassenkampf, wenn die gewöhnlichen Deutschen hierin übereinstimmten und dies zu ihrem nationalen Projekt machten? Welche soziale Frage sollte hier von der einen Klasse auf Kosten der anderen beantwortet werden? Welche militärischen Erfordernisse brachten Auschwitz hervor?

Alle traditionellen linken Thesen hierzu klingen heute absurd und wie schäbige Entschuldigungen des Antisemitismus. Das Tragische ist, daß sich die Opfer in den Ghettos und Lagern aus der entgegengesetzten Perspektive ähnliche Fragen stellten und verzweifelt nach ähnlichen Antworten suchten, weil sich daraus Strategien der Rettung hätten ergeben können: Was steckt dahinter, daß sie uns so hassen? Können wir sie irgendwie befriedigen? Wenn sie uns für unnütz halten, können wir uns irgendwie nützlich machen? Doch anders als in »Schindlers Liste« schlug jedes noch so verzweifelte Kalkül fehl.

Diesen »Zivilisationsbruch«, so der von Dan Diner benutzte Begriff, übersteht auch der Marxismus nicht. Deswegen könnte ich es nicht nur verstehen, es wäre mir auch ganz recht, wenn sich Linke engagiert mit den wesentlichen Aussagen Goldhagens auseinandersetzen würden. Aber das tun die allermeisten ja gar nicht. Was sie so erregt, ist lediglich, daß er die (alten) Deutschen - Hitlers Deutsche, also uns... - so schlecht darstellt. Alles können wir ertragen, nur das nicht. Das ist das letzte Wort, das höchste Axiom, die innerste Wahrheit? Na, dann ab dafür.

Ulrike Becker, Frank Behn, Clara Fall, Matthias Küntzel, Wladimir Schneider, Jürgen Starck, Klaus Thörner, Rolf Woltersdorf. *Goldhagen und die deutsche Linke oder: Die Gegenwart des Holocaust.* Elefanten Press, Berlin 1997, 185 Seiten, 29,90 Mark

Konkret 10/97, S. 35

Hermann L. Gremliza

Deutsche Debatten
Fußnote zu Zuwi

Endlich hat der »Spiegel« einen jüdischen Historiker gefunden, der dem jüdischen Soziologen Goldhagen ein »wissenschaftliches Betrugsmanöver« unterstellt. Jürgen Matthäus beschreibt, in welcher Tradition solche redaktionellen Manöver stehen. Daß die vehementesten Kritiker von »Hitlers willige Vollstrecker« aus der Linken kommen, behauptet Detlef zum Winkel. Ihm entgegnet Hermann L. Gremliza

Dreißig Jahre lang haben deutsche Söhne und Töchter die Juden darüber aufgeklärt, daß es nicht ihre Väter und Mütter waren, die Auschwitz hervorgebracht haben, sondern das Kapital und also, in jener geheimnisvollen Weise, die das Kapital als undeutsches Ding erscheinen läßt: die Juden selber. Für Detlef zum Winkel ist damit der Fall klar: Was zur entschuldigenden Erklärung der Vernichtung benutzt werden konnte, ist geistig und moralisch so sehr kontaminiert, daß es als ideologischer Sondermüll entsorgt werden muß. Marx auf die Deponie! Oder?

»Das kennzeichnende Merk« des Nationalsozialismus ist der Holocaust.« Goldhagens Behauptung, von den Buchautoren und ihrem Rezensenten beifällig zitiert, ist erstens die schlichte Wahrheit. Und zweitens falsch: Der Holocaust ist das Merkmal, das den Nationalsozialismus von anderen Faschismen unterschied, deren kennzeichnendes Merkmal die Transformation bürgerlicher Demokratie in eine Herrschaftsform war, die den Gegensatz der Klassen in einer Volksgemeinschaft scheinbar aufhebt, und zwar mit den Mitteln des Terrors und der Propaganda. Im Kaiserreich und in der Weimarer Republik lebten nicht weniger deutsche Antisemiten als im Nationalsozialismus, und doch war unter Bismarck und Ebert kein staatlich gebilligtes Pogrom möglich. Von Kohl nicht zu reden.

»Folgen wir den zitierten Kernaussagen, so fällt das gesamte Gebäude marxistischer Lehrsätze in sich zusammen. Es bricht einfach weg, ganz im Gegensatz zu seiner scheinbaren Stabilität. Wenn der Holocaust den Nationalsozialismus charakterisiert, so ist Lenins Imperialismustheorie (von Dimitroffs Faschismus-Theorie ganz zu schweigen) falsch.« Der erste Fehler gebiert den zweiten. Der Holocaust charakterisiert den Nationalsozialismus, der zugleich als Faschismus die imperialistischen Ziele der deutschen Bourgeoisie verfolgt. (Im Januar 1945 verlangt Telefunken vom Reichswirtschaftsminister die Genehmigung zur Fortsetzung des Kartellvertrags mit der Radio Corporation of America, RCA.) Dimitroffs Theorie beschreibt den Faschismus, und also den Nationalsozialismus, nur insoweit er Faschismus war - sie ist keine Theorie des Nationalsozialismus, die dessen besonderes Merkmal, die Vernichtung der europäischen Juden, auch nur zu erklären versuchte.

»Die Marxsche Politökonomie trägt zur Erhellung dieses zentralen Geschehens nichts bei.« Newtons Gesetz der Schwerkraft auch nicht. Deshalb fallen die Äpfel seit Auschwitz doch nicht in den Himmel. Die Kritik der politischen Ökonomie trägt zur Erhellung der »Vernichtung durch Arbeit« und der IG Auschwitz soviel *bei,* daß ohne ihre Bemühung der rationale Anteil des »zentralen Geschehens«, der ihm notwendig war (aber nicht ausreichend), unverstanden bliebe.

»Wenn die Vernichtung der europäischen Juden für die Täter nicht Mittel, sondern Zweck war, und zwar ihr hauptsächlicher, dann kann nicht das Sein das Bewußtsein bestimmt haben, denn dem exterminatorischen Antisemitismus lag kein realer Interessengegensatz zwischen Deutschen und Juden zugrunde.« Es ist wahr, daß der Antisemitismus der Deutschen nicht nur keinen Interessengegensatz zu Juden braucht, sondern überhaupt keine Juden. Aber es ist auch wahr, daß es ein Interesse deutscher Mittelständler, Industrieller und Bankiers an der möglichst spurlosen Beseitigung von Menschen gab, deren Geschäft man an sich bringen, nämlich »arisieren« konnte. (Wie ein Interesse aller Unterdrückten überall, unter sich jemanden zu haben, auf den man spucken kann.) Sieht Detlef zum Winkel in seinen Landsleuten vielleicht doch lieber mordbrennende Idioten als raffgierige Schweine?

»Wo bleibt der Klassenkampf, wenn die gewöhnlichen Deutschen hierin übereinstimmten und dies zu ihrem nationalen Projekt machten?« Die Frage hätte sich, wer sie so beantworten wollte wie Detlef zum Winkel, schon 1914 stellen können. »Welche militärischen Erfordernisse brachten Auschwitz hervor? Alle traditionellen linken Thesen hierzu klingen heute absurd und wie schäbige Entschuldigungen des Antisemitismus.« Welche linken Thesen behaupten, es habe für Auschwitz militärische Erfordernisse gegeben? Ich kenne keine.

Was »die allermeisten« Linken so erregt, ist lediglich, daß Goldhagen »die (alten) Deutschen - Hitlers Deutsche, also uns - so schlecht darstellt. Alles können wir ertragen, nur das nicht. Das ist das letzte Wort, das höchste Axiom, die innerste Wahrheit? Na, dann ab dafür.« Ich weiß nicht ob es »die allermeisten« sind, aber es gibt Linke, die so reagieren, und jeder ist einer zuviel. So zu tun, als gäbe es nicht seit Jahren, spätestens seit dem zweiten Golfkrieg, eine heftige linke Diskussion über linken Antisemitismus, und als habe die immerhin größte Zeitschrift der Linken in dieser Diskussion nicht eindeutig Position bezogen, ja, KONKRET en passant einen antisemitischen Reflex zu unterstellen - das läßt den Verdacht

aufkommen, als seien die verabscheuten Erscheinungen ein nicht ganz unwillkommener Anlaß, einem Abschied, der innerlich längst genommen war, eine ethisch erstklassige Begründung zu geben.

Konkret 10/97, S. 36

Stefan Ripplinger

Aufklärung für Glaubensgenossen

In der Tageszeitung »junge Welt« ist der virulente Antizionismus einiger Redakteure umgeschlagen in offenen Antisemitismus. Der Feind heißt Ignatz Bubis, der Kronzeuge Jörg Haider der

Seit Jahrzehnten klärt die deutsche Linke - West und Ost - über die Untaten der Israelis und Zionisten auf Da erfahren wir von den mörderischen Plänen Theodor Herzls, vom Zionismus, dessen Programm »Vertreibung« (Jakob Moneta) und dessen Nationalismus »ebenso scharf« wie der der Nazis sei (»Sozialistische Zeitung«/»SoZ«, 1.5.97), von den »ethnisch-nationalistischen und rassistischen Konzepten« (ebd.) der israelischen Regierung und von vielem mehr. Mit Antisemitismus soll all das nichts zu tun haben.

Vielmehr hoffe man auf eine interessante Debatte. Das behauptete jedenfalls die Redaktion der »SoZ« im Sommer dieses Jahres und gesellte den antizionistischen antiantizionistische Aufklärer zu. Da wies dann (am 21.8.) Winfried Wolf die »Gleichsetzung von Zionismus und Nationalsozialismus« scharf zurück, und auf derselben Seite fragte Urs Diethelm, Mitorganisator der Basler Antizionisten-Tagung, ob denn die »Kritik am Verhalten der zionistischen Führung während des Holocaust bereits antisemitisch« sei? Ja, da läßt sich trefflich streiten. Ich habe keine Lust dazu.

Interessant an diesen Diskussionen finde ich nur, wie sehr sie vom perversen Vergnügen eines Teils der Linken bestimmt sind, Ähnlichkeiten zwischen Nazis und Juden zu suggerieren. Da werden sie nun wieder ausrufen, ich dürfe doch nicht Juden, Zionisten und Israelis in eins setzen. Das dürfte man nicht, wenn bei diesen Fachsimpeleien Vorgänge in Nahost Thema wären; doch das sind sie nur auf den ersten Blick. Tatsächlich geht es - paradoxerweise desto mehr, je weniger davon die Rede ist - um die Bearbeitung der deutschen Vergangenheit, um die Ermordung der europäischen Juden. An diesem Mord war in altlinker Lesart das Kapital schuld. Aber wer ist denn das Kapital, wer personifiziert es? Und wer ist, andersherum, die »prozionistische jüdische >Diaspora<« (»SoZ«, 1.5.), die Israel am Leben hält? Doch wohl das Kapital, das, wie es (ebd.) heißt, Israel dabei hilft, die *»Palästinenserfrage* endgültig vom Tisch zu wischen« (Hvhg. von mir; S. R.).

Hier geraten wir in eine Gedanken- und Phantasmenwelt, die so bizarr und abstoßend ist, daß man sie zunächst nicht für möglich hält. Nehmen wir einmal zu Gunsten der deutschen Linken an, diese Welt existiere nur kraft meiner paranoid-hysterischen Spekulation. Wie ist dann folgende Schlagzeile zu deuten? »Wird sich die Degussa um die Entschädigung jüdischer Opfer drücken? Ignatz Bubis - Helfer der Degussa einst und jetzt?« (>junge Welt«, 22.8.).

In den Monaten bevor sie dies fett über einem glänzenden Goldbarren druckte, hatte sich die »jW«-Redaktion in vielen Aufsätzen und Kommentaren um die Sache des Antizionismus verdient gemacht (s. KONKRET 9/97). Anders als in der »SoZ« ohne Diskussion; hier ist man ganz unter sich und widmet sich der »Aufklärung durch Tatsachen« (Redakteur Holger Becker über die Zielsetzung der neuesten »jW«; »ak«, 3.7.). Und findet auf einmal heraus, daß der Vorsitzende des Zentralrats der Juden »einst« einer Firma geholfen hat, die sich am Holocaust bereicherte. Nun ja, »einst«, damit sind nicht die vierziger, sondern die fünfziger Jahre gemeint. Damals soll - zitiert Holger Becker vorsichtshalber seinen Mitarbeiter Hersch Fischler - Bubis daran beteiligt gewesen sein, »Raubgold aus der Schweiz nach Deutschland zurückzutransferieren«. Und herausgefunden haben es die beiden auch nicht allein, sie haben's nämlich, wie sie freimütig eingestehen, bei Jörg Haider gelesen, der es wiederum bei Bubis gelesen haben will.

Der fitte FPÖ-Führer hatte dem Magazin »profil« (4.8.) erzählt, daß »der Herr Bubis vielleicht sogar aus der Schweiz Gold, das seinen früheren Freunden abgenommen worden ist, wieder illegal nach Deutschland gebracht hat und seinen Reichtum begründet hat«. Über diese Haider-Mär geht auch die auf drei Seiten ausgebreitete Investigation der »jW« nicht wesentlich hinaus. Nicht einmal in der Diktion; wenn man davon absieht, daß die bestohlenen und ermordeten Juden bei Becker nicht Bubis' »frühere Freunde« heißen, sondern seine »Glaubensgenossen«.

Nun könnte man Ignatz Bubis' Autobiographie *Damit bin ich noch längst nicht fertig* (Campus, Ffm. 1996) konsultieren, auf die sich Beckers, Fischlers und Haiders Wissen stützt, und würde dort finden, daß Bubis tatsächlich, von den Behörden geduldet, mit Gold gehandelt hat, »das vermutlich illegal aus der Schweiz kam«, bis dieser Handel 1953 auch offiziell legalisiert wurde und damit größeren Firmen zufiel. Man könnte darüber nachdenken, in welcher Branche und in welcher Situation ein Überlebender des Holocaust, der in Nachkriegsdeutschland sein Geld verdienen wollte, *nicht* in Berührung mit Nazis oder den Folgen ihrer Verbrechen gekommen wäre. Aber das hieße aufs neue, eine Meinungsmache zu rationalisieren, die nur auf eins abzielt: Bubis - stellvertretend für die Juden - als den Shylock zu zeichnen, der am Mord verdienen will. Dann wäre doch einer Gedankenwelt Validität zuerkannt worden, in welcher das Kapital, das erst die Nazis und dann die Drangsalierung der Palästinenser finanzierte und finanziert, jüdische Züge trägt und in welcher jüdische Kapitalisten - von Bubis bis zur »jüdischen Diaspora« in den USA - sogar über die Leichen der eigenen »Freunde« oder »Glaubensgenossen« gehen. Nein, zu Gunsten einer Linken, die derlei ausheckt oder duldet, ist nicht mehr viel vorzubringen.

Zur »Aufklärung durch Tatsachen« trägt weit eher die Kenntnis der Begebenheit bei, von der Bubis in seiner Autobiographie wenige Seiten vor der Gold-Episode berichtet. 1993 habe ihm der Republikaner Harald Neubauer eine Notiz der »Sächsischen Zeitung« aus dem Jahr 1952 geschickt. In ihr heißt es, Bubis sei in Abwesenheit zu zwölf Jahren Zuchthaus verurteilt worden. Ihm wurde damals vorgeworfen, 1950 und 1951 auf dem Gebiet der DDR Schwarzhandel mit Kaffee getrieben zu haben. Allerdings wohnte er zu dieser Zeit bereits im Westen und handelte mit Gold. Neubauer, der später von Schönhuber abfiel, weil der »ihm zu links war« (Bubis), genügte es zu wissen, daß die DDR wirklich diesen Händler meinte, den späteren Vorsitzenden des Zentralrats. Bubis: »Seither steht alle paar Wochen in der >National-Zeitung< und anderen rechtsextremen Publikationen, daß ich ein verurteilter Krimineller sei.«

Was aber fangen wir mit der irritierenden Tatsache an, daß ein sozialistischer Staat und eine sozialistische Tageszeitung, ein bekennender und ein maskierter Nazi allesamt Ignatz Bubis in derselben Charakterrolle sehen wollen? Wie erklärt sich, daß über die Lager, Systeme und Zeiten hinweg immer dasselbe antisemitische Klischee reproduziert wird? Ich sollte vielleicht bei Moishe Postone nachschlagen.

-

Konkret 10/97, S. 38

Alexander Bogner

Eugenik noch EU-Norm

Presseberichte über die »rassenhygienisch« motivierte Sterilisationspraxis in Schweden erklären die neue deutsche Sterilisationsgesetzgebung zum Vorbild für den Rest der Welt

Es war die »Süddeutsche«, die Ende August, während die Deutschen Paparazzi jagten, als erste die Signale aus Schweden vernahm. »Jahrzehntelang«, so war weit hinten im Nachrichtenteil zu lesen, »wurden geistig und körperlich Behinderte in Schweden zwangssterilisiert.« Infolge einer Artikelserie des Journalisten Marciej Zaremba im »Dagens Nyheter« hatte sich Schweden mit einiger Verspätung nationale Zerknirschung verordnet. Schließlich war nicht neu, was die Tageszeitung zu berichten wußte: Zwischen 1935 und 1976 waren mehr als 60.000 Behinderte in Schweden zwangssterilisiert worden. Ideologisch korrekt und völlig legal, auf einer gesetzlichen Grundlage, die bis 1976 ihre Gültigkeit behielt. Das Schockierendste für die schwedische Öffentlichkeit: Nicht eine Bande hysterischer Faschisten hatte die Gesetze erarbeitet und erlassen, sondern die Avantgarde der Sozialdemokratie.

Sozialministerin Wallström bemühte sich sogleich, die Zwangssterilisationen als »Tief Barbarei« analytisch in den Griff zu bekommen und vermachte sie flugs dem »damals herrschenden Zeitgeist«. Daß den etwa 25.000 überlebenden Opfern bisher jede Entschädigung vorenthalten werden konnte, weil die Sterilisationen eben nicht als Unrecht bewertet wurden, fiel ihr nicht weiter auf. Ihr Parteikollege Harry Schein, an der Logik des eugenischen Rassismus verzweifelnd, beanstandete dagegen, daß »ein guter Teil der Patienten >reine< Schweden waren«.

Es dauerte nicht lange, da gaben auch einige weitere Justizministerien Europas Laut. In Dänemark, Finnland und Norwegen hatten eugenische Sterilisationsgesetze ebenfalls für fünfstellige Opferzahlen gesorgt. In Dänemark wurden bis 1967 11.000 Behinderte Opfer eines Sterilisationsprogramms, das bereits 1929 angelaufen war. Zwischen 1935 und 1970 wurden zum Zwecke der »Rassenverbesserung« in Finnland 17.000 Behinderte sterilisiert. Aus der Schweiz berichtete die »Neue Zürcher Zeitung« von heimlichen Zwangssterilisationen, die nach dem Zweiten Weltkrieg eine unbekannte Zahl von Opfern gefordert haben. Im Kanton Waadt wurde ganz offiziell bis 1985 zwangssterilisiert. Und die österreichische Gesundheitssprecherin der Grünen, Theresia Haidlmayr, gab bekannt, daß 70 Prozent der geistig behinderten Frauen in Österreich immer noch sterilisiert werden. Eine Reform der rechtlichen Grundlagen sei nötig, ließ sich das Justizministerium kleinlaut vernehmen. Justizminister Michalek war offenbar erst jetzt aufgefallen, daß eine Gesetzgebung, die einer Sterilisation Minderjähriger auf Antrag der Eltern ohne weiteres stattgibt, zweifelhaft sein könnte. Obendrein erlaubt das österreichische Gesetz auch die Sterilisation Volljähriger gegen ihren Willen. Höchste Zeit also für die EU-Partner, ihre maroden Sterilisationsgesetze auf den neuesten Stand einer Verantwortungsrhetorik zu bringen, die die Zwangssterilisation nur noch im »wohlverstandenen« Interesse der betroffenen Frauen kennen will.

In dieser Situation bieten die Deutschen Nachhilfe an. Bis 1992, zitierte die »Frankfurter Rundschau« vorsichtige Schätzungen des Bundesjustizministeriums, wurden hierzulande jährlich etwa 1.000 behinderte Frauen zwangssterilisiert. Mit einer Kritik dieser Praxis hielt sich die Zeitung erst gar nicht lange auf, sondern wies statt dessen darauf hin, daß seit dem Inkrafttreten des reformierten Betreuungsgesetzes 1992 die Zahl der Sterilisationen »drastisch zurückgegangen« sei, was ja doch schlagend beweise, wie weit man sich in den letzten fünf Jahren auch in diesem Bereich zivilisiert habe. Eine neue Zeitrechnung in der Sterilisationspraxis war angebrochen. »Das deutsche Recht«, resümierte Heribert Prantl in der »SZ«, »ist nun Vorbild für Gesetze in anderen EU-Staaten.«

Das passiert einem deutschen Sterilisationsgesetz nicht zum ersten Mal. Als 1935 auf dem Berliner Weltbevölkerungskongreß 700 Rassenhygieniker, Humangenetiker und Bevölkerungsstatistiker aus allen Ländern der Erde den Weitblick der nationalsozialistischen Gesetzgebung gegen »Erbkranke« feierten, waren im Deutschen Reich bereits mehr 100.000 Behinderte zwangssterilisiert. Das »Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses«, das am 14. Juli 1933 im Eiltempo das Kabinett passiert hatte, stellte die alte eugenische Utopie, die menschliche Fortpflanzung unter wissenschaftliche Kontrolle zu bringen, vom Kopf auf Füße aus Brekermarmor. Menschen, die an »Schwachsinn«, »Schizophrenie« oder auch Alkoholismus litten, »erblich« blind, taub oder »körperlich mißgebildet« waren, konnten nach ärztlichem Gutachten sterilisiert werden.

In ihrer Kriegserklärung an die »Minderwertigen« konnte die NS-Justiz auf Gesetzesvorlagen aus der Weimarer Republik zurückgreifen. Die Idee, der drohende Kulturverfall sei nur durch die »Höherzüchtung« der Menschheit zu bannen, die am leichtesten durch eine Selektion alles »Minderwertigen« zu bewerkstelligen schien, hatte 1905 der Eugeniker Alfred Ploetz populär gemacht. Seitdem warteten die Propagandisten der Sterilisation - eine der Maßnahmen negativer Eugenik zur Gesundung des »Volkskörpers« - auf den Zeitpunkt ihrer politischen Durchsetzung, nicht nur in Deutschland. Um so größer war die Freude in der internationalen eugenischen Bewegung über die Radikalität des neuen deutschen Erbgesundheitsgesetzes. Leon F Whitney, Generalsekretär der American Eugenics Society, bescheinigte Hitlers

Sterilisationspolitik »großen Mut und staatsmännische Fähigkeiten«. Der schwedische Rassenbiologe Hermann Lundborg lobte den rassenhygienischen »Heldenkampf« und forderte die Völker der Erde auf, denselben Weg zu gehen, den »die Deutschen unter Leitung ihrer Führer eingeschlagen haben«. Lundborg trug sein Scherflein dazu bei, daß dies auf dem Gebiet der Eugenik klappte - das ideologische Design des schwedischen Sterilisationsgesetzes von 1935 trägt die Spuren seiner Deutschlandbegeisterung.

Und die scheint heute ein zweites Mal auszubrechen. Natürlich gilt die Euphorie nicht mehr dem NS-Sterilisationsgesetz. Die BRD hatte sich zwar nach dem Schock der militärischen Niederlage fast 30 Jahre Bedenkzeit gegönnt, um das Nazi-Gesetz - nun ja, nicht für Unrecht zu befinden, aber doch durch das 5. Strafrechtsreformgesetz von 1974 aufzuheben. So wurde man seinen braunen Schatten gratis los. Der Bundestag hatte schon 1961 die Wiedergutmachung an den NS-Zwangssterilisierten abgelehnt, gestützt auf die Expertise des Nazi-Eugenikers und fanatischen Verfechters der Zwangssterilisation Werner Villinger. Bis heute sind die Zwangssterilisierten aus dem Bundesentschädigungsgesetz ausgeschlossen, seit 1990 gewährt ihnen die Zivilgesellschaft Almosen von monatlich 100 Mark.

Nach 1974 gedieh die Sterilisation Behinderter in einer juristischen Grauzone weiter. Insgesamt kamen bis 1992 zu den 400.000 von den Nazis Sterilisierten noch einmal etwa 50.000 hinzu, denen die Fortsetzung der NS-Erbgesundheitspolitik in der BRD ihre körperliche Unversehrtheit kostete.

Das alte deutsche Sterilisationsgesetz war die letzte Bastion einer klassischen Eugenik, die den Kampf gegen die »Minderwertigen« im gesellschaftlichen Interesse mittels staatlicher Repression durchsetzte. Eine ideologisch wie verfahrenstechnisch liberalisierte Eugenik, wie sie die moderne Bioethik propagiert, operiert dagegen vorzugsweise mit dem Interesse der Betroffenen, deren Autonomie sie zu stärken verspricht. Die Sterilisation erfolgt in dieser Perspektive nur mehr im (fiktiven) Interesse der Frau, nicht um der Gesellschaft behinderte Kinder zu ersparen, sondern um ihre sexuelle Selbstbestimmung zu fördern. Im Paragraph 1905 des Betreuungsgesetzes im BGB, seit 1992 in Kraft, ist diese neue Eugenik, die immer noch genau weiß, was »minderwertig« ist, juristisch ausbuchstabiert. Die Zwangssterilisation, definiert als Sterilisation gegen den Willen der Betroffenen, ist dort nominell abgeschafft. Eine Sterilisation kann nun erst nach der Einwilligung des Betreuers, der vom Vormundschaftsgericht bestellt wird, erfolgen, wenn sie »dem Willen des Betreuten nicht widerspricht«.

Dieser Betreute, der im Regelfall eine Betreute ist, weil die Sterilisation bei Männern nach herrschender Meinung als »unverhältnismäßig« gilt, kann also auch ohne seinen Willen und damit zwangsweise sterilisiert werden. (Daß tatsächlich auch weiterhin gegen den expliziten Willen der Frau sterilisiert wird, ist dem Heidelberger Kommentar zum Betreuungsgesetz zu entnehmen.) Die Frau, der eine Zustimmung nicht möglich ist, muß nach den Vorstellungen der Richter einen Willen gegen die Sterilisation bilden und äußern können, weil nur ein präziser Widerspruch, der über eine bloße Abwehr der Vorgänge beim Eingriff hinausgeht, für dessen Abbruch nötig ist. Diese raffinierte Konstruktion wird das neue deutsche Sterilisationsgesetz zum Exportschlager machen.

Voraussetzungen für eine Zwangssterilisation sind heute lediglich die Prognose einer dauerhaften Einwilligungsunfähigkeit der Frau und das Vorliegen einer Notlage. Als eine solche Notlage gilt z. B. die Gefahr eines »schweren und nachhaltigen Leidens«, das der Frau aufgrund ihrer Erziehungsunfähigkeit durch die Trennung von ihrem Kind drohen würde. Diese Fürsorglichkeit, die auf einer diffusen Leidensprognose basiert, entpuppt sich schnell als Mitleid der Gesellschaft mit sich selbst. Denn das von der Abtreibungsregelung entliehene Notlagenkonstrukt legitimiert die Sterilisation als Generalprävention gegen die Notlage, in die die sexuellen Aktivitäten behinderter Frauen die Gesellschaft bringt - durch die möglicherweise nötig werdende Versorgung ihrer Konsequenzen. Wer adoptiert schon behinderte Kinder?

Die restriktivere Verfahrensregelung durch das Betreuungsgesetz, das die Prüfung der Betreuereinwilligung durch ein Gericht auf der Grundlage zweier Gutachten vorschreibt, soll zu einer Senkung der Sterilisationsquote geführt haben. Auf eine kleine Anfrage im Bundestag antwortete die Regierung, daß 1992 lediglich zwei Genehmigungen erteilt worden seien. Im ersten Bericht der Bundesregierung über die praktischen Auswirkungen der Sterilisationsregelung von 1995 waren es für 1992 dann schon über 70; für den Zeitraum bis 1994 wurden knapp 250 Sterilisationen - in 90 Prozent der Fälle an geistig behinderten Frauen - angegeben. Die Datenerhebung sei freilich wegen des sensiblen Bereichs »mit gewissen Unsicherheiten verknüpft«.

War die Regelung der Sterilisation Behinderter im Vorfeld der Gesetzesverabschiedung noch sehr umstritten, so ist es in der Phase des Gesetzerlasses relativ ruhig geworden. Die Behindertenbewegung hatte damals zusätzlich den Angriff auf das Lebensrecht Behinderter durch den Import der Euthanasie-Thesen des australischen Philosophen Peter Singer abzuwehren. Nach Inkrafttreten des Gesetzes war die öffentliche Diskussion dann völlig abgeflaut. Und heute geben die Berichte über Schweden einen schönen Anlaß, endlich das neue deutsche Gesetz zur Verhütung leidender Mütter erbkranken Nachwuchses zu feiern.

Konkret 10/97, S. 40

Jürgen Elsässer

Who the fuck is Plavsic?

Verwirrungen und Verwicklungen in der Republik Srpska: Die Spaltung der bosnischen Serben könnte das Ende des Dayton-Friedens bedeuten

Endlich wieder ein Schnellkurs des Westens in Demokratie: Die Einschüchterung von Verfassungsorganen (Richtern) durch gedungene Schläger wird entlarvt und mit der Einschüchterung von Verfassungsorganen (Polizei) durch britische Panzer gekontert, anschließend werden »großserbische Elemente« aus dem Staatsapparat herausgesäubert, der glückliche Rest von US-Marines in Freedom and democracy unterrichtet und schließlich die Pressefreiheit wiederhergestellt - künftig dürfen nicht mehr die Sfor-Truppen, sondern nur noch Karadzic und Mladic mit den Nazis gleichgesetzt werden.

Kleiner Schönheitsfehler: Das Ergebnis ist nicht sehr überzeugend. So schreibt das Belgrader Oppositionsblatt »Vreme«: »Alle, die Gelegenheit hatten, den befreiten Journalismus im Dienste Biljana Plavsics zu beobachten, konnten sehen, daß sich an der Schwarzweißbetrachtung der Ereignisse absolut nichts geändert hat. Zuerst wird Plavsics Kundgebung live übertragen, dann wird in der Nachrichtensendung >Novosti< - früher >Dnevnik< - ausführlich darüber berichtet, und später wird das wiederholt. Am nächsten Tag alles nochmal von vom. Die Lage in Banja Luka hat am besten ein Journalist beschrieben, der sagte, daß jedes Wort gegen Biljana Plavsic in diesem Augenblick einem Selbstmord gleichkäme. Daß Demokratie auch gefährlich sein kann, beweist der Aufruf des Anführers zur Unterstützung Biljana Plavsics, Radoslav Brdjanin, Vorsitzender der Volkspartei, der die erhitzte Menge aufforderte, das serbische Radio zu stürmen. Zum Glück gibt es noch einige gewissenhafte Journalisten, die verhindern konnten, daß die Journalisten der alten staatlichen Medien buchstäblich gelyncht wurden. Es sieht so aus, als ob die Technik die gleiche geblieben ist, alles andere sind nur Nuancen.«

Bei den Präsidentschaftswahlen am 14. September letzten Jahres war Plavsic noch von der Karadzic-Partei SDS nominiert worden und hatte mit 64,9 Prozent einen glänzenden Sieg errungen. Daß es ernste Differenzen innerhalb der SDS gab, wurde erst im Juni dieses Jahres offensichtlich, als die Präsidentin bei einer Zwischenlandung in Belgrad für einige Stunden festgenommen wurde. Über die Hintergründe dieser Nacht-und-Nebel-Aktion gibt es zwei Versionen: Die einen behaupten - so z. B. das Belgrader Oppositionsblatt »Nasa Borba« mit Hinweis auf interne Quellen aus dem SDS-Hauptausschuß -, daß Karadzic selber die Aktion initiiert hat, um Plavsic »zu beruhigen«. Die andere Deutung geht davon aus, daß die Verhaftung von Plavsic selbst vorgetäuscht worden sei, um alle Welt dazu zu bringen, über diesen Coup zu sprechen - und nicht über den interessanten Umstand, daß Plavsics Flugzeug aus London gekommen war. Dort hatte sie mit der britischen Regierung Gespräche geführt, über deren Inhalt nie etwas bekannt geworden ist. Immerhin waren an dem Unternehmen SAS-Elitesoldaten beteiligt, die kurz darauf im Rahmen der Aktion »Tango« Jagd auf mutmaßliche Kriegsverbrecher machten und dabei einen Serben erschossen. Als Frau Plavsic dann auch noch im »Spiegel« ankündigte, als »letztes Mittel« Polizei und Militär zur Verhaftung Karadzics einzusetzen, war die Geduld der Parteiführung am Ende - am 20. Juli wurde sie aus der SDS ausgeschlossen.

Von der Pale-Fraktion unterschlagen wurden allerdings einige Gesichtspunkte, die der Verrats-These widersprechen: So lehnt Frau Plavsic nach wie vor eine Auslieferung Karadzics an das Tribunal in Den Haag ab, und die Briten haben nach ihrem Date in London nicht nur gegenüber den nationalistischen Hardlinern in Pale, sondern auch gegenüber den Fundamentalisten in Sarajevo die Zügel angezogen; spektakulär war etwa der Vorwurf von Außenminister Cook an die Adresse der Izetbegovic-Regierung, internationale Hilfsgelder in großem Maße veruntreut, insbesondere in den muslimischen Geheimdienst investiert zu haben.

Sucht man nach den inhaltlichen Ursachen des Zerwürfnisses in der Führungsspitze der bosnischen Serben, stößt man vor allem auf zwei Punkte: Zum einen hat Frau Plavsic eine großangelegte Kampagne gegen Korruption und Schieberei begonnen und ist dabei auf dunkle Geschäfte von Karadzic und seinem Kumpan Momcilo Krajisnik, Mitglied im gemeinsamen Staatspräsidium von Bosnien-Herzegowina, gestoßen. Die von ihnen kontrollierten Firmen Centrum und Select-Impex sollen am Zigarettenschmuggel beteiligt sein und dazu eine Kooperation mit der muslimischen Mafia in Sarajevo aufgebaut haben. Das konnte einer »ehrlichen Nationalistin«, als die Frau Plavsic gilt, nicht gefallen, und so hat sie den Innenminister Dragan Kijac, der bei den Schiebereien immer in die falsche Richtung sah, im Juni kurzerhand abgesetzt - damit begann der Zoff.

Zum anderen hat Plavsic in einer wichtigen Frage eine Wende vollzogen: Noch im Wahlkampf im Herbst 1996 hatte sie Werbung für eine Vereinigung von Srpska mit Serbien gemacht, was seitens der internationalen Kontrollettis fast mit dem Entzug der Kandidatur bestraft worden wäre. Im Frühjahr 1997 hingegen verweigerte sie einem vom Parlament verabschiedeten Gesetz, das diesen Staatenbund auf den Weg gebracht hätte, die Unterschrift. Seither betont sie unermüdlich ihre Treue zu Dayton-Bosnien und sucht auch die regelmäßige Abstimmung mit dessen Konstrukteur Holbrooke und der US-Außenministerin Albright. Was ist geschehen? »Höchste zivile und militärische Sicherheitskreise

der Republika Srpska« gaben der größten jugoslawischen Tageszeitung »Vecernij Novosti« den Tip, Frau Plavsic sei mit 30 Millionen Dollar geschmiert worden, davon seien 5 Millionen auf ein Genfer Nummernkonto geflossen. Neben dieser Verschwörungstheorie gibt es aber auch gewichtige Sachgründe für die Positionsänderung: Frau Plavsic könnte während ihrer Amtszeit erkannt haben, daß die Serben die Politik der Separierung von Dayton-Bosnien und den Konfrontationskurs gegenüber den USA nicht durchhalten werden. Die Splendid isolation wird mit dem Verzicht auf internationale Aufbauhilfe bezahlt, was, angesichts leerer Staatskassen, auch Milosevic nicht kompensieren kann. Außerdem ist die bosnoserbische Armee demoralisiert und auf 12.000 Mann zusammengeschrumpft - einem erneuten Ansturm der föderierten Muslimo-Kroaten würde sie nicht standhalten. Solange Dayton hält, schützen aber dessen Garantiemächte wenigstens das bisher von den bosnischen Serben Erreichte - die endgültige Unterstellung des Korridors von Brcko unter serbische Kontrolle im Frühjahr 1997 sprach für diese Annahme.

Macht man sich diese Interpretation zu eigen, so wirken die jüngsten Erklärungen des State Department glaubwürdig: Die USA setzen auf Frau Plavsic, nicht um Srpska zu zerschlagen, sondern um seine Einheit als Teil von Bosnien-Herzegowina zu verteidigen. Und ähnlich wie die USA gegen die Karadzic-Fraktion vorgehen, versuchen sie auch bei den anderen Bürgerkriegsparteien, nationalistische Heckenschützen gegen den Dayton-Frieden auszuschalten. So begann vor dem Kriegsverbrechertribunal in Den Haag jetzt erstmals ein Prozeß gegen einen Kroaten, den General Blaskic, und mittlerweile wurde sogar der kroatische Verteidigungsminister Susak vorgeladen. Außerdem sperrten IWF und Weltbank der Regierung in Zagreb wegen ihres Obstruktionskurses gegen den Dayton-Prozeß alle Kredite. Auch die Regierung in Sarajevo wurde gestutzt: Izetbegovic mußte seinen stellvertretenden Verteidigungsminister Hasan Cengiz, einen glühenden Fundamentalisten von Teherans Gnaden, entlassen sowie für die Kommunalwahlen im September 1997 eher gemäßigte Kandidaten aufstellen.

Daß die US-Politik nicht so antiserbisch ist, wie die publizistischen Büchsenspanner zwischen Hamburg und Pale in ungewohnter Eintracht suggerieren, zeigt sich auch an der erneuten Hinwendung des State Department zu Milosevic. So wurde die Belgrader Opposition wegen ihres Boykotts der anstehenden Präsidentenwahlen in Serbien scharf kritisiert, und umgekehrt hat sich Milosevic in Srpska nach einigem Zögern auf die Seite von Frau Plavsic geschlagen und ihren Aufruf zu Neuwahlen unterstützt.

Wenn Milosevic nicht mithilft, wird die US-Regierung, ähnlich wie in Dayton, auch diesmal den Frieden nicht retten können. Denn ohne seine Vermittlung in dem Streit könnte genau das eintreten, was eigentlich durch die Protektion von Frau Plavsic verhindert werden sollte: Zwar nicht die gesamte bosnoserbische Republik, wohl aber ihr östlicher Teil könnte sich von Bosnien-Herzegowina lossagen. »Die Spaltung eines Teils der beiden Entitäten, in

Fall der Republik Srpska, würde auch die Zerschlagung der Daytoner Verfassungsordnung bedeuten. Die praktischen Folgen wären weitreichend. Stellen wir uns etwa nur die Situation vor, daß aus der >Entität< Republika Srpska zwei werden: eine westliche mit Sitz in Banja Luka und eine östliche mit Sitz in Pale. Jede von ihnen hat ihre historische und ökonomische Gravitationsregion: Die westliche Entität ist gen Zagreb gerichtet, die östliche gen Belgrad. In diesem Fall kämen erneut die Zentrifugalkräfte ins Spiel, die zu einer Aufteilung Bosnien-Herzegowinas führen würden, und zwar entlang jener Linie, die Tudjman seinerzeit bei einem Londoner Bankett auf einer Serviette gezogen hat«, analysiert Drago Buvac, früher einer der prominentesten jugoslawischen Journalisten, heute in den USA lebend (»Nedelnij Telegraf«, 27.8.97).

Tudjman hat seine Chance schon erkannt: Bei einem Gipfeltreffen mit Izetbegovic Anfang August meinte er, daß »Banja Luka und die Region gegen Kroatien gravitieren« und »daß einige Dinge darauf hindeuten, daß dieses Gebiet an die Föderation gehen wird«. In ähnlicher Weise äußerte sich später der bosnisch-herzegowinische Außenminister Jadranko Prlic. Oppositionskreise aus Srpska verweisen auf US-amerikanische Unterlagen, denen zufolge im nächsten Frühjahr »die Kroaten mit Spezialeinheiten auf der Linie Bosanska Dubica - Kostajnica - Bosanski Novi - Prijedor einfallen« werden, die Sfor-Truppen würden sich auf den Schutz der fliehenden Serben beschränken und die Eroberer ansonsten gewähren lassen.

In dieser Situation balanciert das verbündete Duo Plavsic-Holbrooke auf einem schmalen Grat: Brechen sie die Attacke gegen die bislang dominierende Karadzic-Fraktion jetzt ab, wird der Niedergang von Srpska weitergehen und eine Eroberung von Banja Luka durch die kroatische Armee aus eigener Kraft nicht mehr abzuwehren sein. Treiben sie die Konfrontation aber zu weit, wird die Spaltung von Srpska die unmittelbare Folge sein und den Appetit Tudjmans wecken. (Es gibt schon Presseberichte, daß Pale eine Abtretung des politisch unsicheren Westbosnien, eventuell im Tausch gegen die Region um Tuzla, ganz recht wäre.) Zu retten wäre die Situation nur, wenn sich über einigermaßen faire Wahlen eine neue Machtbalance für die gesamte Republik herstellen ließe. Frau Plavsic tut allerdings - siehe die eingangs erwähnten Beispiele - alles dafür, daß ihr, abgesehen von den eigenen Anhängern, nur wenige diese Fairneß zubilligen.

Konkret 10/97, S. 42

Klaus Gietinger

Das Mißverständnis

Über den Volkstümler Marx, die Liebe der Bolschewiki zum Land und die ursprüngliche sozialistische Akkumulation. Ein Beitrag zu einem linken Problem namens Josef

»Man kann nicht mit Gewalt Kollektivwirtschaften schaffen. Das wäre dumm und reaktionär.«

Josef Stalin'

Höflich schrieb die Volkstümlerin (Narodniki) Vera Iwanowna Sassulitsch am 16. Februar 1881 einen Brief an den, der es wissen mußte: »In letzter Zeit hörten wir oft sagen, daß die Dorfgemeinde eine archaische Form ist, die die Geschichte ... zum Untergang verurteilt hat. Jene, die das prophezeien, nennen sich Ihre Schüler, >Marxisten(... Sie verstehen also, Bürger, inwiefern uns Ihre Meinung zu dieser Frage interessiert und welchen großen Dienst Sie uns leisten würden, wenn Sie Ihre Ansichten über das mögliche Schicksal unserer Dorfgemeinde darlegten und über die Theorie der historischen Notwendigkeit, daß alle Länder der Welt alle Phasen der kapitalistischen Produktion durchlaufen.«

Der »Bürger« machte sich die Antwort nicht leicht. Er entwarf insgesamt vier Briefe an die besorgte Frau. In dem, den er abgeschickt hat, spricht er von einem »Mißverständnis hinsichtlich meiner sogenannten Theorie« denn: »Die >historische Unvermeidlichkeit< dieser Bewegung ist ... ausdrücklich auf die Länder Westeuropas beschränkt« und: »Die im)Kapital(gegebene Analyse enthält ... keinerlei Beweise - weder für noch gegen die Lebensfähigkeit der Dorfgemeinde, aber das Spezialstudium, das ich darüber getrieben und wofür ich mir Material aus Originalquellen beschafft habe, hat mich davon überzeugt, daß diese Dorfgemeinde der Stützpunkt der sozialen Wiedergeburt Rußlands ist. ... Ich habe die Ehre, liebe Bürgerin, Ihr sehr ergebener Karl Marx.«2

Ein »Mißverständnis« also, eines mit weitreichenden Folgen. Übrigens kann sich Marx gar nicht vorstellen, daß man ihn hier habe falsch verstehen können, denn im zweiten Entwurf seines Briefes heißt es: »Die russischen >Marxisten(, von denen Sie sprechen, sind mir völlig unbekannt.« Wie sollte er sie auch kennen. Lenin war zu diesem Zeitpunkt elf Jahre alt, Trotzki zwei, Stalin ebenso und Rosa Luxemburg zehn. Und alle sind Opfer dieses Mißverständnisses geworden.

Marx ist selbst nicht unschuldig daran. Denn zum Beweis, daß er Rußland in die Theorie der ursprünglichen Akkumulation nicht einbeziehe, verweist er auf die (spätere) französische Ausgabe des Kapitals, in der es heißt, daß dies für »alle Länder Westeuropas« gälte. In der deutschen Ausgabe fehlt diese Einschränkung.3

Obwohl Trotzki Frau Sassulitsch noch von seiner Zeit als Menschewist her kannte, scheint sich ihr Brief und Marx' Antwort nicht bis zu den Bolschewisten herumgesprochen zu haben. Aber vielleicht hatten sie überhaupt ein zu technisches Verständnis von dem, was Marx »Produktivkräfte« nannte. Vielleicht waren die Bolschewiki auch urbane Menschen, Industriefetischisten mit null Verständnis für Dörfer und die plebejisch-archaische Lebens- und Produktionsweise. Als sie am *M.* Oktober 1917, gestützt auf eine breite Massenbewegung, die Macht in Rußland übernahmen, wußten sie allerdings, daß sie es mit einem Land zu tun hatten, in dem fast 80 Prozent Bauern und höchstens 15 Prozent Proletarier lebten.

Die meisten Bauern lebten in der von Marx so gelobten Dorfgemeinde (Obscina). Einer Umverteilungsgemeinde, die periodisch das Gemeindeland an die einzelnen Haushalte verteilte. Die bäuerlichen Familienbetriebe eigneten sich das Erwirtschaftete privat an und bestimmten über die Überschüsse. Lenin wußte, daß er die Bauern, zumindest bis die »Sowjetmacht« gefestigt war, brauchte. Also verzichtete er auf die parteiprogrammatische Forderung nach sofortiger Nationalisierung des Großgrundbesitzes. »Wir begriffen«, sagte er im Juli 1918 auf dem V Allrussischen Sowjetkongreß, »daß es unmöglich ist, die Nationalisierung sofort durchzuführen.«4 Er gab der Forderung der Linken Sozialrevolutionäre (LSR) nach und verteilte (>sozialisierte<) Grund und Boden bzw. versuchte, die)wilde(Landnahme durch die Bauern nachträglich zu legitimieren. Gleichwohl ließ er das Ziel einer künftigen Kollektivierung, d.h. einer zentral gesteuerten Landwirtschaft, nicht aus den Augen.

Die LSR sahen die »ausgleichende Landnutzung« und den bäuerlichen Familienbetrieb als Basis für eine künftige kollektive Landbestellung. Sie gingen davon aus, daß die Landgemeinde die Bauern zu gemeinschaftlichem Bewußtsein bringen würde. Sie glaubten, daß -die Bauern dadurch aus eigener Erfahrung zur kollektiven Landwirtschaft bereit wären. Die Frage, ob das hätte gelingen können, ist müßig, es wurde nicht versucht.

Und wie stand Marx dazu? Der war aufgrund seines »Spezialstudiums« der Überzeugung, »das Gemeineigentum an Grund und Boden bietet ihr (der Dorfgemeinde, K.G.) die natürliche Basis der kollektiven Aneignung und ihr historisches Milieu, die Gleichzeitigkeit mit der kapitalistischen Produktion, bietet ihr fix und fertig dar die materiellen Bedingungen der im großen Maßstäbe organisierten kollektiven Arbeit ... Sie kann den parzellierten Ackerbau *allmählich* durch eine kombinierte und mit Hilfe von Maschinen betriebene Landwirtschaft ersetzen, zu der die physische Beschaffenheit des

russischen Bodens geradezu einlädt.« Die Gemeinde würde so »der *unmittelbare Ausgangspunkt* des ökonomischen Systems werden, zu dem die moderne Gesellschaft tendiert, und ein neues Leben anfangen, ohne mit ihrem Selbstmord zu beginnen.«

Marx geht also davon aus, daß in Rußland die Periode der urspünglichen Akkumulation, verbunden mit der Verarmung und Entwurzelung der Bauern, übersprungen und von der archaischen Dorfgemeinde direkt zum Kollektivismus übergegangen werden könne. Und er schlägt vor: »Man müßte einfach den Amtsbezirk, eine Regierungsinstitution, durch eine Bauernversammlung ersetzen, die die Gemeinden selbst wählen und die als ökonomisches und administratives Organ ihren Interessen dienen würde.«5 Dies war nicht nur >Syndikalismus<, sondern schlicht das Programm der LSR! Tatsächlich war eine Pauperisierung der Kleinbauern, trotz fortschreitendem Kapitalismus im zaristischen Rußland, entgegen den Vorhersagen der Bolschewiki ausgeblieben.

Lenins Ansatz war ein anderer. Er hatte kein Verständnis für die ausgleichende Landnutzung und bezeichnete sie als »Unsinn«, nicht wissend, daß er damit auch Marx' Äußerungen als Unsinn und ihn selbst, wie die LSR, als »Kleinbürger« brandmarkte. Er war gemeinsam mit dem »jesuitischen Trotzki« (Luxemburg, 1911) dagegen ungemein fasziniert vom preußischen Militarismus und seiner »grandiosen« Organisationsarbeit während des Weltkrieges, »Kriegssozialismus« genannt.

Das hatte seinen Grund darin, daß die von den Deutschen geschaffene starke Zentralisation der Industrie (inklusive aller despotischen Maßnahmen) von den maßgeblichen Führern der Bolschewiki als »positive« Produktivkraft begriffen wurde. Trotzki: »Für die Einführung der Kontrolle der Produktion und die Verteilung hatte das Proletariat sehr wertvolle Vorbilder in Westeuropa, vor allem in dem sogenannten >Kriegssozialismus< Deutschlands.«

Tatsächlich hatte die Konzentration und Zentralisation in der kapitalistischen Industrie (Aktiengesellschaften, Trusts, Kartelle) schon im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts große Fortschritte gemacht (die gleichzeitigen Dekonzentrationsprozesse waren noch nicht so deutlich erkennbar wie heute). Dies brachte Engels im *Anti-Dühring zu* der Behauptung: »Auf einer gewissen Entwicklungsstufe genügt auch diese Form nicht mehr: Der offizielle Repräsentant der kapitalistischen Gesellschaft, der Staat, muß die Leitung übernehmen.«

Für Lenin wie Trotzki war folgerichtig der Staatskapitalismus Durchgangsstadium zum Sozialismus. Existierte ersterer aber, wie in Rußland, noch nicht, mußte er künstlich hergestellt werden: »Solange in Deutschland die Revolution noch mit ihrer >Geburt< säumt, ist es unsere Aufgabe, vom Staatskapitalismus der Deutschen zu lernen, ihn mit aller Kraft zu übernehmen, keine diktatorischen Methoden zu scheuen, ... ohne dabei vor barbarischen Methoden des Kampfes gegen die Barbarei zurückzuschrecken.«6

Verbunden mit der im Jahr 1918 forcierten Zurückdrängung der Räte (Sowjets) auf allen Ebenen (Armee, Fabrik, Politik), versuchten die Bolschewiki, den Kommunismus von oben einzuführen. Die Wahl der Offiziere wurde wieder abgeschafft, die Betriebskomitees wurden entmachtet, man kehrte zur Einmannleitung zurück, unterband syndikalistische Versuche, die Wirtschaft Ober einen Allrussischen Betriebsrätekongreß von unten zu organisieren, und machte die Sowjets zum bloßen Anhängsel der Russischen KP.

Begründet wurden diese Maßnahmen immer wieder mit der Bedrohung durch die ab Sommer 1918 von allen Seiten eindringenden Weißen Armeen (und ihrem Terror), also dem Bürgerkrieg (bzw. dem Vormarsch der Deutschen im Februar 1918). Doch warum kehrten die Bolschewiki nach Beendigung des Bürgerkrieges im Herbst 1920 zu keiner Form der zuvor zeitweilig so gelobten »basisdemokratischen« Diktatur des Proletariats (»Alle Macht den Sowjets«) zurück? Weil die Massen, inklusive des städtischen Proletariats, eben noch nicht soweit waren: »Die Diktatur des Proletariats bedeutet ihrem innersten Wesen nach die unmittelbare Herrschaft des revolutionären Vortrupps, der sich auf die schweren Massen stützt und erforderlichenfalls das zurückgebliebene Ende zwingt, sich nach der Spitze zu richten.«7 Lenin und Trotzki waren die Sorte Marxisten, vor denen sich Vera 1. Sassulitsch so gefürchtet hatte und von denen Marx nichts gehört haben wollte.

Zu ihrer autokratischen Politik gehörte es auch, das schon von Kerenski eingeführte Getreidemonopol als Mittel zur Kontrolle der Bauern einzusetzen. Die Versorgungslage hatte sich im Jahr 1918 sehr schnell zugespitzt. Das kriegs- und bürgerkriegsgeschwächte Land, vor allem aber die Rote Armee und die Städte brauchten dringend Nahrungsmittel. Nun waren die Bauern durchaus revolutionsfreundlich, schließlich hatten sie Land bekommen, wenn auch weniger als erwartet. Gleichzeitig waren aber die effektivsten landwirtschaftlichen Betriebe, die Großgrundbetriebe, im Zuge der Landverteilung zerschlagen worden. Die Industrie lag darnieder. Die jeglicher Kontrolle von unten entzogenen gigantisch-bürokratischen Behörden zur Wirtschaftssteuerung (Oberster Volkswirtschaftsrat) und Verteilung (Kommissariat für Versorgungsfragen), die weder zur Erstellung eines Planes, noch zur (kostenlosen!) Versorgung der Bevölkerung in der Lage waren, gaben ihr den Rest. Die Inflation, von den Bolschewiki durch unkontrolliertes Papiergelddrucken bewußt angeheizt (man wollte ja das Geld abschaffen!), explodierte. Die Bauern bekamen kein Äquivalent für ihre Produkte. Der Tausch gegen Industriewaren funktionierte nicht, es gab so gut wie keine.

Die Bolschewiki trieben die Widersprüche nun auf die Spitze: Anstatt das Getreidemonopol freizugeben und den Markt zuzulassen (oder wenigstens die Forderung der LSR nach Festpreisen zu erfüllen), verstiegen sie sich immer mehr zu ihrem »Kriegskommunismus«. Die Devise hieß: Zwangsrequirierung von Getreide! Den Klassenkampf ins Dorf tragen! Dabei mißachteten sie die tatsächliche soziale Schichtung auf dem Land. Einer Masse von Mittelbauern standen relativ wenige Landproletarier und eine geringe Anzahl etwas bessergestellter Bauern gegenüber (Großgrundbesitzer gab es ja keine mehr). Das heißt, der Klassenkampf war aufgesetzt und nichts anderes als ein gnadenloser Krieg gegen die Dorfgemeinde und somit gegen die gesamte Landbevölkerung.

»Komitees der Dorfarmut« (kombedy) wurden eingesetzt, in denen das sonst so bekämpfte >Lumpenproletariat(und Denunzianten jeder Art sich gegen die angeblich begüterten Bauern, gegen die »Kulaken«, austoben konnten; die mühsam ins Dorf integrierten Dorfsowjets wurden entmachtet. Requirierungstrupps der Roten Armee hinterließen niedergebrannte Dörfer, geprügelte Bauern und Tausende von Leichen. Sie nahmen nicht nur, wie angeblich beabsichtigt, den Bauern die Überschüsse, sondern auch die für die Saat notwendigen Bestände, ja drückten sie sogar unter die lebensnotwendigen Rationen.

Schon damals war der Begriff des »Kulaken« zum stigmatisierenden Kampfbegriff verkommen. »Kulak« war, in Ermangelung wirklicher Großbauern und - entgegen den Beteuerungen der Bolschewiki, die armen und mittleren Bauern zu schonen - bald jeder. Denn die Dörfler ließen sich nicht spalten, sondern schlossen sich zusammen, schließlich ging es ums Überleben. Anfang August 1918 erklärte Lenin den als »Kulaken« bzw. »Blutsauger«, »Spinnen«, »Blutegel« und »Vampire« titulierten Bauern den »schonungslosen Krieg«.8 Kein Wunder, daß diese ihre Sympathien für die Revolution schnell verloren und sich widersetzten. Es kam zu flächendeckenden Bauernaufständen, die sich in mehreren Wellen über drei Jahre zogen. Zehntausende von Bauern wehrten sich (teilweise mit antisemitischen Parolen) nun in allen Regionen des jungen Sowjetstaates gegen die Bolschewiki. Die Verluste der Roten Armee in diesem Bürgerkrieg waren genauso hoch (nach Angaben der sowjetischen Statistischen Zentralbehörde von 1925 mehrere hunderttausend Tote und Verwundete - übrigens hauptsächlich ehemalige Bauern) wie gegen die Weißen Truppen der Generäle Koltschak, Denikin und Wrangel. Die Anzahl der umgekommenen Bauern ist nicht bekannt, dürfte aber mindestens ebenso hoch gewesen sein. Revolution in Permanenz, wie es sich Trotzki gewünscht hatte, war das nicht. Es war ein Krieg in Permanenz.

Gleichzeitig brachte die Getreiderequirierungspolitik nicht den erwarteten Erfolg. Die Bolschewiki waren nicht in der Lage, die Städte ausreichend mit Lebensmitteln zu versorgen. Aus Angst vor den Requirierungstrupps hatten die Bauern ihr Getreide nicht nur versteckt, sie verringerten auch die Saatfläche und produzierten ausschließlich für den persönlichen Bedarf. Es brauchte nur noch eine Mißernte dazuzukommen, und die Katastrophe war perfekt. Dies geschah im Sommer 192 1.

Da, wie Lenin richtig bemerkte, das Land eigentlich über genügend Getreide verfügte und die russische Landwirtschaft (im Gegensatz zur Industrie) Krieg und Bürgerkrieg verhältnismäßig gut überstanden hatte (die Agrarproduktion erreichte 1920 noch 70 Prozent ihres Vorkriegswertes, der Tierbestand ging nur um 10 Prozent zurück), ist mit hoher Wahrscheinlichkeit anzunehmen, daß die bauernfeindliche Politik der Bolschewiki die Hauptursache für die riesige Hungersnot war. Die Korrektur durch die Neue Ökonomische Politik (NEP) im Frühjahr 1921 kam zu spät. Nach offiziellen sowjetischen Angaben verhungerten 4 bis 5 Millionen Menschen.

Durch die NEP kamen Dorfgemeinde und Landwirtschaft in den Jahren von 1921 bis 1928 zu einer kurzen Blüte, obwohl die Bolschewiki politisch ihre Herrschaft keineswegs lockerten. Lenin hatte schließlich erkannt, daß die angestrebte Kollektivierung der Landwirtschaft nicht gegen die Bauern zu machen war und wohl noch sehr viel Zeit benötigen würde. Sein Nachfolger war da anderer Meinung.

Nazideutschland wurde von der Roten Armee besiegt. Dies war nur möglich durch die rasche und rabiate Industrialisierung der Sowjetunion. Diese wiederum benötigte dazu eine enorme Menge von Arbeitskräften und Kapital, die durch die Kollektivierung der Landwirtschaft erst zur Verfügung stand. Zumindest der letzte Satz zählt zu den großen Legenden dieses Jahrhunderts. Denn die gleichzeitige forcierte Industrialisierung und Kollektivierung der Sowjetunion war einer der großen Fehler dieses Jahrhunderts, der keiner ökonomischen Notwendigkeit entsprach, sondern schlicht und einfach aus falschen theoretischen Annahmen resultierte.

Wie der Agrarwissenschaftler Stephan Merl ausführlich belegt9, waren die durch die Zwangskollektivierung entstandenen Kolchosen weder ökonomisch effektiver als die Kleinbauernwirtschaften noch ihre Mitglieder in der Lage, das für den Aufbau der großen Industrie notwendige Kapital zur Verfügung zu stellen. Dies kam nicht aus der kollektivierten Landwirtschaft, sondern im wesentlichen aus dem Proletariat, welches die Industrialisierung durch massiven Konsumverzicht finanzierte. Auch die sich am zähesten haltende Behauptung, erst die Kollektivierung habe die benötigten Arbeitskräfte freigesetzt, ist falsch. Schon in den zwanziger Jahren gab es in der nichtkollektivierten Landwirtschaft (nach vorsichtigen sowjetischen Berechnungen aus dieser Zeit) ca. 9 Millionen Arbeitslose. Eine für schwach industrialisierte Länder typische Erscheinung.

Schon damals war klar, daß eine Kollektivierung diese Zahl mindestens verdoppeln würde. Gleichzeitig gingen die Planungen davon aus, daß die Industrialisierung nicht »arbeits-, sondern kapitalintensiv« und zwar mit modernster Technik durchgeführt werden müßte (man denke nur an Magnitogorsk, das vom Team des amerikanischen Architekten Kahn geplant wurde, der noch kurz zuvor Henry Fords Autofabriken entworfen hatte). Man benötigte also längst nicht eine Menge an Arbeitskräften wie noch im England des vorigen Jahrhunderts. Die Gleichzeitigkeit von Industrialisierung und Kollektivierung mußte im übrigen, da letztere auch eine starke Mechanisierung bedeutete, doppelt Kapital binden.

Es wundert daher nicht, daß schon damals alle mit ökonomischem Verstand ausgerüsteten Planer in der Sowjetunion vor einer gleichzeitigen forcierten Industrialisierung und Kollektivierung warnten. Dies drückt sich auch in der endgültigen Fassung des ersten Fünfjahresplanes vom April 1929 aus, die eine relativ langsame Kollektivierung vorsah. (Bis 1933/34 sollten erst 15-20 Prozent der Landwirtschaftsbetriebe kollektiviert werden.) Wirkte hier noch die Lenin durch den blutigen Krieg gegen die Bauern abgenötigte Erkenntnis nach, daß »die Ummodelung des kleinen Landwirts, die Ummodelung seiner ganzen Mentalität und seiner Gewohnheiten« eine Sache sei, »die Generationen erfordert« und »nicht weniger als Jahrzehnte beanspruchen kann«l0, so fragt man sich, welcher Teufel Stalin geritten hat, als er im Dezember desselben Jahres die »Liquidierung der Kulaken als Klasse«ii und damit die forcierte Zwangskollektivierung der Landwirtschaft verkündete. Der Teufel heißt »ursprüngliche sozialistische Akkumulation« und entspringt der falschen Annahme, in Rußland müßte das, wozu Westeuropa Jahrhunderte benötigte, in kürzester Zeit und folglich unter Einsatz noch größerer Gewalt durchgeführt werden.

War nun aber Stalin der einzige, der kraft seiner diktatorischen Befugnisse ökonomischen Schwachsinn, der sich aus falscher Theorie ableitete, durchsetzen konnte, oder hätten es die anderen besser gemacht? Trotzki z. B.?

Nun, die Bolschewiki (darin streng sozialdemokratisch und mit dem sonst so bekämpften Karl Kautsky d'accord) mochten die Bauern nicht. »Die Bauernschaft ist zu geschichtlichen Abstraktionen wenig veranlagt.«12 Dies wiederum begründeten sie ökonomisch: Die Bauern verfügten über (wenn auch noch so kleinen) Besitz und zählten daher zur Kleinbourgeoisie. Nicht unschuldig daran ist Marx selbst, der die Bauern (dem Brief an Sassulitsch zum Trotz) als »Bollwerk der alten Gesellschaft«13 bezeichnet hatte. Verbünden (wenn überhaupt) wollten sich die Bolschewiki mit den Muschiks, den armen oder gar landlosen Bauern.

Doch Lenin gab bei der Einführung der NEP im März 1921 immerhin zu: »Die Bauernschaft besteht heute weit mehr aus Mittelbauern als früher, die Gegensätze haben sich abgeschliffen, der Boden ist weit ausgeglichener zur Nutzung verteilt, dem Kulaken hat man die Flügel gestutzt und ihn zu einem erheblichen Teil expropriiert.«14 Aus dieser späten Erkenntnis zog keiner der potentiellen Nachfolger Lenins Konsequenzen. Sie fetischisierten weiterhin das Proletariat und die Stadt und mißtrauten dem Dorf und seiner Wirklichkeit. Überall witterte man böse Kulaken und die Rückkehr des Kapitalismus qua landwirtschaftlicher Markt und Kleinhandel.

Trotzki und die Opposition gegen Stalin entwarfen »niemals ein Programm, das eine aufsteigende Mittelbauernschaft effektiv ermunterte«,5. Sie scherten sich nicht um die dörfliche Wirklichkeit und hielten sich von ihr fern. Große mechanische Kollektivwirtschaften waren auch für sie die conditio sine qua non sozialistischer Landwirtschaft. Fragen der Anreize, Effizienz, Gleichheit, Betriebsgröße, Partizipation, Produzenteninitiative und Bürokratisierung interessierten niemand. Die Kollektivierung war einfach notwendig. Notwendig aus einem Hirngespinst heraus, das analog zu einem der weniger klugen Aussprüche Marx' »die Entwicklung der ökonomischen Gesellschaftsformationen als einen naturgeschichtlichen Prozeß auffaßt«16. Vielleicht wären sie nicht ganz so rabiat vorgegangen, vielleicht hätten sie sich mehr Zeit gelassen. Aber die Industrialisierung war auch für sie nur gemeinsam mit der Kollektivierung denkbar, zwischen beiden bestand eine fast magische Korrelation. »Solange wir in einem kleinbäuerlichen Lande leben, besteht für den Kapitalismus in Rußland eine festere ökonomische Basis als für den Kommunismus.«17 Dieser Behauptung Lenins hätten sie nie widersprochen.

Wer waren nun aber die Kulaken? Eine Klasse oder vielleicht nur ein Popanz? Der Begriff des Kulaken ist weitaus älter als die Oktoberrevolution und bezeichnet zweierlei. Erstens einen wohlhabenden Bauern und zweitens einen, der durch Wucherzinsen die wirtschaftliche Not anderer Bauern ausnutzt. Eine verwaschene Bezeichnung also. Wie oben gezeigt, verkam sie schon früh zum stigmatisierenden Kampfbegriff, der schlicht und einfach denjenigen als Kulaken brandmarkte, der sein Getreide nicht abgeben wollte. Unter Stalin war Ende 1929 letztlich jeder ein Kulak, der sich nicht der Kollektivierung fügte. Im Dezember 1929 wurde die »Liquidierung der Kulaken als Klasse« beschlossen. Einziges Ziel dieser Maßnahme war es, durch die Anwendung brutalster Gewalt die wohlhabenden Bauern zu enteignen und zu deportieren und die Klein- und Mittelbauern dadurch zum »freiwilligen« Beitritt in die Kolchosen zu bewegen.

Unter Anlegung grotesker Maßstäbe wurden möglichst viele Bauernhöfe als Kulakenhöfe identifiziert. Hatte ein Bauer z. B. zwölf Kühe und zwei Pferde, überstieg der Wert seiner Produktionsmittel schon die magische Grenze von 1.600 Rubeln. Beschäftigte er dann nur an einem Tag einen Lohnarbeiter oder verlieh er seinen Pflug an den Nachbarn, war er schon Kulak. War der Hof kleiner, beschäftigte er aber mehr Lohnarbeiter, hatte der betreffende Bauer ebenfalls das Kainsmal auf der Stirn. Dies führte dazu, daß viele der bürgerkriegsbedingt von Witwen geführten Höfe, die saisonal auf Lohnarbeiter

angewiesen waren, flugs als Kulakenhöfe entlarvt wurden. Das Vorhandensein eines Gewerbebetriebs mit mechanischem Antrieb (z. B. Mühle) genügte, auch ohne daß Lohnarbeiter beschäftigt worden wären, um der auserwählten Klasse zugeschlagen zu werden.

Merl stellt fest, daß selbst unter diesen Bedingungen nur ca. 500.000 Höfe (das entspricht etwa 3 Millionen Menschen oder knapp 2 Prozent der Bauern) unter die Kategorie »Kulak« fielen. Tatsächlich aber machte Stalins eifrige Parteibürokratie ca. 1 Million Höfe (etwa 5-6 Millionen Menschen oder 4 Prozent) aus. Diese wiederum wurden in drei Gruppen eingeteilt: Gruppe 1 umfaßte die »konterrevolutionären Kulaken«, die Männer dieser Gruppe (ca. 60.000) sollten umgehend verhaftet und in die OGPU-Lager gesteckt werden. Gruppe 2 bezeichnete man als »reiche Kulaken« oder »Halbgroßgrundbesitzer«, sie umfaßte etwa 150.000 Familien (etwa 900.000 Menschen), die ebenfalls restlos enteignet werden sollten. Die Männer sollten mit ihren Familien in andere Gebiete der Sowjetunion deportiert werden. Der Rest wurde der Gruppe 3 zugeschlagen. Ihr Besitz sollte teilweise enteignet, sie selbst auf minderwertige Böden (z. B. Sümpfe) innerhalb ihres Heimatkreises umgesiedelt werden.

Die unter Gruppe 1 kategorisierten Familienvorstände kamen fast alle in den OGPU-Lagem um, auch wenn Richard Conquests *(The Harvest of* Sorrow, London 1986) Behauptung falsch ist, schon bei den Verhaftungen sei es zu Massenerschießungen gekommen. Die den Gruppen 1 und 2 zugeordneten Familien wurden ab Februar 1930 unter unmenschlichsten Bedingungen deportiert: »Ohne Rücksicht auf herrschende Winterkälte ... in verschlossenen Güterwagen, mit 40 und mehr Menschen belegt ... Notdurft muß im Wagen verrichtet werden ... Transport, der 12 Tage dauerte ... nur zweimal Suppe gereicht.«18 Alte, Kranke und Kinder starben bereits während des Transportes in großer Zahl. Die neuen Ansiedlungsgebiete waren auf die Aufnahme der Deportierten nicht vorbereitet, Zwischenaufnahmelager mußten erst errichtet werden. Mitte April 1930 waren bereits 10 Prozent der Umgesiedelten umgekommen. Abermals falsch ist allerdings Richard Pipes Behauptung, die Angehörigen dieser Gruppen seien »zumeist in Todeslagern verbracht worden.19 Waren die »Kulaken« nämlich einmal angesiedelt, konnten sie sich durch private Nebenerwerbswirtschaft wenigstens einigermaßen selbst versorgen. Vergleiche mit dem Holocaust sind daher unzutreffend.

Menschen der Gruppe 3 wurden zwar nicht deportiert, aber unabhängig von Alter und Gesundheitszustand von ihren Höfen vertrieben. Die Folgen dieser Aktion, wie die lokal erneut aufflammenden Bauernaufstände, bei denen sich die armen Bauernmassen mit den Kulaken solidarisierten und sie zu befreien suchten, veranlaßten Stalin, auf die Bremse zu treten. In seinem Prawda-Artikel »Vor Erfolgen von Schwindel befallen«20 - immerhin war die Kollektivierungsrate bis zum März 1930 aufgrund des »Beispiels« der Kulakenliquidierung auf 59 Prozent gestiegen - schob er die Schuld an den katastrophalen Ergebnissen der Zwangskollektivierung auf die ausführenden niederen Parteiorgane. Die Enteignungen sollten nun rechtlich überprüft werden. Doch die Aktion schlug fehl. Eine Rückkehr der zu Unrecht Deportierten wurde nicht zugelassen, und die enteigneten Besitzgegenstände ließen sich nicht wieder herbeischaffen.

Dafür herrschte nun völlige Verwirrung. Massenweise traten die Bauern wieder aus den Kolchosen aus. Sogar vor der Zwangskollektivierung entstandene Kolchosen zerfielen nun. Die Kollektivierungsrate sank auf etwa 20 Prozent. Viele der ausgetretenen Bauern standen aber nun ohne Produktionsmittel da und wußten nicht, wo sie aussäen sollten. »Das Chaos, das in den Dörfern herrschte, ist kaum auszumalen.«21 Die Saatplane waren nicht zu erfüllen. Vielerorts erfolgte die Aussaat zu spät.

Erneut machte Stalin im Juni 1930 eine Kehrtwendung. Alle, die im Anschluß an seinen Artikel die Kollektivierung kritisiert hatten, sahen sich nun plötzlich in »Feinde des Sozialismus« verwandelt. Der Druck auf die Bauern wurde durch »Werbeaktionen« wieder verstärkt. Doch am Ende des Jahres sah es mau aus. Das Kollektivierungsziel von 50 Prozent wurde nicht erreicht. Also griff man erneut zu Zwangsmaßnahmen. Dazu benötigte man neue »Kulaken«. Die denn auch wundersam »täglich und stündlich massenweise«22 auftauchten. Die örtlichen Organe konnten nun frei entscheiden, wer Kulak war und wer nicht, und so entdeckte man bis zum Frühjahr 1931 200.000 neue Kulakenwirtschaften (ca. 1 Million Menschen). Es war klar, daß es sich hier nur um Mittelbauern handeln konnte. Sie wurden enteignet und deportiert.

Insgesamt wurden zwischen Ende 1929 und Ende 1931 600 bis 800.000 Wirtschaften (das sind zwischen 3,5 und 5 Millionen Menschen) enteignet. Deportiert wurden mindestens 350.000 Familien (ca. 1,8 Millionen Menschen). Mehrere hunderttausend Menschen tauchten vor der drohenden Deportation unter und vagabundierten durch das Land. Etwa 100.000 (die verhafteten Familienvorstände der Gruppe 1) hatten die geringsten Überlebenschancen und sind vermutlich in den OGPU-Lagern umgekommen. Der unmenschliche Transport und die Unterbringung in Zwischenlagern kostete zweifellos die meisten Opfer. Insgesamt muß wegen der schlechten Lebensbedingungen von einer Sterberate von 10 bis 20 Prozent ausgegangen werden. (Conquest übertreibt hier wieder und gibt 25 bis 30 Prozent an.) Im direkten Zusammenhang mit der Zwangskollektivierung in der Sowjetunion sind also mehrere hunderttausend Menschen umgekommen.

Schon die Ernte des Jahres 1931 beendete die Euphorie der Parteiführung über die Kolchosen. Die noch vorhandenen Privatbauern lieferten einen proportional höheren Ernteanteil, und nur der Umstand, daß kaum Winterschäden auftraten, verhinderte eine Mißernte. Wie schon Lenin im Kriegskommunismus ließ Stalin rücksichtslos das Getreide aus den sogenannten Überschußgebieten requirieren. Der dortige lokale Bedarf konnte kaum mehr gedeckt werden. Viele Zugtiere

starben, die Getreideflächen verringerten sich, in der Ukraine herrschten verheerende Zustände. 1932 war die Ernte deshalb noch schlechter. Ein bis date unerreichter Terror war die Folge, von dem Einzelbauern wie Kolchosniki nunmehr gleichermaßen betroffen waren. Ganze Dörfer und Rayons kamen auf schwarze Listen. Die Presse machte immer neue Getreidegruben aus, in denen rätselhaft sich vermehrende »Kulaken« angeblich Getreide versteckt hätten. Da Stalin in detektivischer Kleinarbeit diese Kulaken in Kolchosen entdeckte, wurden nun ganze Kolchosen und Kolchosbrigaden deportiert. (Der Begriff »Kulak« hielt sich übrigens bis 1936 und wurde dann durch »Volksfeind« ersetzt.)

Obwohl die Ernte in der Ukraine und dem Nordkaukasus gerade zur Deckung des Überlebensbedarfs der dortigen Bevölkerung ausreichte, ließ Stalin enorme Mengen abziehen. Ca. 400.000 Bauern wurden wegen »Sabotage« in Gefängnisse gesteckt. Die nachfolgende Hungersnot, direkte Folge der Zwangskollektivierung und Getreiderequirierung, kostete dann etwa 6 Millionen Menschen das Leben (wiederum falsch ist Conquests Behauptung, Stalin habe mit dieser Hungersnot bewußt die Ukrainer als Volk ausrotten wollen, da die Hungersnot alle sogenannten Getreideüberschußgebiete gleichermaßen traf).

Nur langsam erholte sich das Land von den Folgen der Kollektivierung. Das Niveau der Pro-Kopf-Erzeugung sowohl bei Getreide und anderen Nutzpflanzen als auch bei der Tierproduktion reichte bis 1941, trotz Traktoreinsatz, nicht an die Ergebnisse von 1928, dem letzten Jahr der NEP, heran. Die ökonomischen Leistungen des stalinschen Kolchossystems sind, wie Merl anhand zahlreicher Daten nachweist, daher alles andere als positiv zu beurteilen.

Die Politik der Bolschewiki war von einer grundsätzlichen Feindschaft den Bauern gegenüber gekennzeichnet und darin relativ unabhängig von äußeren Faktoren. Sie sahen - sich dabei auf die Marxsche Theorie von der ursprünglichen Akkumulation stützend, die dieser, danach gefragt, nur für Westeuropa gelten lassen wollte, was aber offensichtlich keinem der führenden Bolschewiki bekannt war - in den Bauern Vertreter der Kleinbourgoisie und also - darin einig mit der SPD - ein reaktionäres Element.

Durch den den Preußen abgeschauten Kriegskommunismus (»Lerne beim Deutschen!«, Lenin) und den Druck von Bürgerkrieg und Blockade entwickelte sich ihre theoriegeleitete Politik gegen das Dorf zum Terror gegen die Bauern. Dabei verkannten sie die durch die Revolution auf dem Land entstandene soziale Lage völlig, entdeckten Klassenkampf, wo es keinen gab, und machten für alle Mißstände die zum Popanz aufgebauschten »Kulaken« verantwortlich. Schließlich führten sie Krieg gegen die Hütten. Als dieser nach drei Jahren die Herrschaft der Bolschewiki ernsthaft gefährdete, lenkte Lenin ein, erkannte die tatsächlichen Gegebenheiten und verkündete die NER

Doch seine Nachfolger machten sich seine späte Erkenntnis nicht zunutze und betrachteten die Bauern weiterhin als »Bollwerk der alten Gesellschaft«. Keiner von ihnen stellte die magische Verbindung von Industrialisierung und Kollektivierung in Frage. Neuere Untersuchungen belegen, daß die Zwangskollektivierung weder Kapital freigesetzt hat noch zur Arbeitskräftebeschaffung für die neue Industrie vonnöten war. Die Modernisierung, d. i. Industrialisierung, der Sowjetunion hätte (auch in ihrer staatskapitalistischen Variante) bei fortbestehender klein- und mittelbäuerlicher Landwirtschaft weitaus weniger barbarisch und effektiver bewerkstelligt werden können. Stalins Landwirtschaftspolitik basierte ebenso wie die Bauernpolitik Lenins und Trotzkis von 1918-21 auf einer falschen theoretischen Annahme (euphemistisch: einem Mißverständnis) und der von Marx durchaus geförderten Anschauung, der Sozialismus käme mit naturgesetzlicher Notwendigkeit.

Bücher zum Thema:

Stephan Merl (Hrsg.): *Sowjetmacht und Bauern. Dokumente zur Agrarpolitik,* Berlin *1993.*

Stephan Merl: *Bauern unter Stalin. Die Formierung des sowjetischen Kolchossystems 19301941,* Berlin *1990.*

Lutz Häfner: *Die Partei der Linken Sozialrevolutionäre in der Russischen Revolution von 1917118,* Köln/Weimar/Wien *1994.*

Theodor Bergmann, Gert Schäfer (Hrsg.): *Leo Trotzki. Kritiker und Verteidiger der Sowjetgesellschaft,* Mainz *1993.*

Leo Trotzki: *Terrorismus und Kommunismus (Anti-Kautsky),* Hamburg *1920* (zitiert nach der Neuauflage: Berlin *1990).*

W 1. Lenin: *Werke (LW),* Bd. *27, 28, 31, 32,* Berlin (Ost) *1960ff.*

J. W. Stalin: *Werke* (StW), Bd. *12,* Berlin (Ost) *1954.*

Karl Marx, Friedrich Engels: *Werke (MEW),* Bd. *19, 23,* Berlin (Ost) *1972 u. 1975.*

Anmerkungen:

1 StW, Bd. *12, S. 170.*

2 Der Brief ist abgedruckt in: *MEW,* Bd. *19, S. 242f*

3 MEW, Bd. *23, S. 744. 4 LW,* Bd. *27, S. 527.*

5 Die drei Entwürfe einer Antwort, in: *MEW,* Bd. *19, S. 384-406.*

6 LW, Bd. *27, S. 333.*

7 Trotzki: *Terrorismus und Kommunismus, S. 103.*

8 LW, Bd. *28 S. 41-42.*

9 Merl: *Bauern unter Stalin, S. 21-59. 10 LW,* Bd. *32, S. 219.* 11 StW, Bd. *12, S. 147. 12* Trotzki: *Terrorismus und Kommunismus, S. 104.*

13 MEW, Bd. *23, S. 528. 14 LW,* Bd. *32, S. 218.*

15 Mark Selden: Trotzki und die Agrarfrage, in: Theodor Bergmann, Gert Schäfer (Hrsg.): Trotzki, *S.241.*

16 MEW, Bd. *23, S. 16. 17 LW,* Bd. 3 1, *S. 513.*

18 Otto Auhagen nach ihm in der Deutschen Botschaft zugegangenen Briefen, zitiert nach Merl, *Bauern unter Stalin, S. 78.*

19 Richard Pipes: *Die Russische Revolution,* Bd. *3,* Berlin *1993, S. 645.*

20 StW, Bd. *12, S. 168 - 175.*

21 Merl: *Bauern unter Stalin, S. 201.*

22 Zdanov, zitiert nach Merl: *Bauern unter Stalin, S. 93.*

Konkret 10/97, S. 48

Samuel Salzborn

In diesem Sinne - Sockel des Daseins

Des » Vaterlandsverrats« mußte sich in diesem Jahr niemand bezichtigen lassen, beim »48. Tag der Heimat« des Bundes der Vertriebenen (BdV) in Berlin, der alljährlichen Großveranstaltung für den allgemeinen großdeutschen Ostritt. Denn dafür hatte sich der BdV sicherheitshalber diesmal keine Abtrünnigen als Festredner geladen, wie im vergangenen Jahr Bundespräsident Roman Herzog, der zumindest die Begriffe » Völkerrecht« und »staatliche Souveränität« vom Hörensagen kennt und die » Vertriebenen« etwas in ihrer Direktheit zügeln wollte. Diesmal machte Berlins OB Eberhard Diepgen den Auftakt und stellte fest, daß die östliche Grenze der BRD im Sinne des Heimatbegriffes »überwunden« werden müsse. Hierzu schlug er vor daß das zukünftige europäische Modell eines sein müsse, »das Heimat schafft«, und daß man »alles tun« müsse, »damit die Menschen in ihrer Heimat leben und bleiben können«. Die »Zuwanderungsbewegung«, so rief er aus, stelle Deutschland vor Probleme, die nicht zu bewältigen seien - es sei denn, so ergänzten die ca. 2.500 Anwesenden im Geiste, durch Abwanderung der Deutschen in die angestammten Gebiete.

Waren bei den Bundestreffen der BdV-»Landsmannschaften« Mitte des Jahres noch Regierungspolitiker für ihre Worte, die auf gemäßigtere öffentliche Verlautbarungen des BdV abzielten, ausgepfiffen worden, so wählte man sich diesmal offenbar Redner, mit deren Hilfe eine subtile Beeinflussung der offiziellen BRD-Politik in Angriff genommen werden kann. BdV-Präsident Fritz Wittmann hatte das Motto seines Vereinsfestes - »Gerechtigkeit schafft Frieden« - im Vorfeld bereits dahingehend erklärt, daß es »überfällig« sei, »daß wir in der deutschen Außenpolitik wieder zu einem vernünftigen Geben und Nehmen gelangen«.

Ihr gebt uns die Gebiete, und wir nehmen sie, muß dies wohl bedeuten, dann herrscht Frieden und Gerechtigkeit. Das ist vernünftig, zumal die »verehrten Veteranen« der Wehrmacht nicht nur keine Verbrecher. sondern Helden gewesen sind. Das jedenfalls machte der Sprecher der »Landsmannschaft Ostpreußen«, Wilhelm von Gottberg - gepriesen sei sein Name! -, deutlich, der einen »besonderen Gruß allen ehemaligen Wehrmachtssoldaten« aussprach, die den »Vertriebenen« die Möglichkeit gegeben hätten, den »irdischen Sockel« ihres Daseins zu erhalten.

Wenn er damit die Füße meinte, auf denen er stand, so waren sie zweifellos vorhanden. Oder meinte er die Socken? Dann hätte er nicht Unrecht. Denn es war ohne Frage ein Verdienst der Wehrmacht, daß die Vertriebenen sich seinerzeit auf die Socken machen mußten, um wenigstens ihr Dasein zu erhalten.

Konkret 10/97, S. 48

Michael Schilling

In diesem Sinne - Die Nato hat immer recht

Ein Achtzig-Millionen- Volk mitten in Europa, sagte der Bundesminister der Verteidigung, der nicht mehr sagen könnte wessen und wogegen, müsse in der Lage sein, Landsleute, die irgendwo in der Welt in Bedrängnis geraten, mit eigenen Kräften dort herauszuholen, weshalb Deutschland eine militärische Spezialeinheit brauche, wie sie andere Europäer und die USA, auf deren Hilfe man bisher angewiesen sei, schon lange besäßen. Mitte September stellte Volker Rühe vierzig sogegannte Elite-Soldaten seines »Kommando Spezialkräfte (KSK)« bei einer Übung vor, deren Ziel es war. »deutsche Staatsbürger aus der Hand von Terroristen in einem Krisengebiet zu befreien« (wie ausgewählte Spezialkräfte der Propagandakompanie melden durften).

Einiges spricht in der Tat für solche Einrichtungen. Wer hätte es nicht begrüßt, wenn damals, in Rostock-Lichtenhagen, ein Kommando der vietnamesischen Armee gelandet wäre, um seine Landsleute aus der Umzingelung durch die deutschen Mordbrenner freizuschießen? Nicht begrüßt hätte es freilich der deutsche Mob, unter dessen Beifall seine Regierung den Vietnamesen ggf einen mittleren Weltkrieg erklärt hätte.

Ein Anlaß, mit W Ulbricht zu fragen: » Was lernt uns das, Genossen?« Es lehrt uns, was die »neue Weltordnung« ist: ein geopolitisches System, in dem die Nato immer recht hat und die Uno die Pflicht, Beifall spenden. Wer es nicht tut, erfährt Spezialbehandlung durch Spezialkräfte. Das System erinnert in seiner Struktur an den demokratischen Zentralismus aus den besseren Zeiten der alten Weltordnung: Die Nato ist das Politbüro, das entscheidet, was richtig und falsch, gut und böse ist, die Vereinten Nationen sind das Zentralkomitee, das die Beschlüsse des Politbüros auswertet und den Völkern Mitteilung von deren Weisheit und Gerechtigkeit macht. Alles ist, wie es war - mit der einen unwesentlichen Ausnahme, daß an die Stelle des Sozialismus in einem Land deutsche Spezialkräfte in aller Welt getreten sind.

Konkret 10/97, S. 48

Oliver Schmitt

In diesem Sinne - Moderne Zweiten

Nachdem der Suhrkamp- Verlag in Zusammenarbeit mit dem Soziologen Ulrich Beck in einer Mischung aus verschärftem Erwerbsstreben und purer Ratlosigkeit die »Edition Zweite Moderne« ausgerufen und diese mit bereits lieferbaren Buchtiteln wie z. B. Die Kinder der Freiheit (fig. Ulrich Beck) auch schon bestens verwirklicht hat, kommt unerwartet Bewegung ins Lager der Modernenerzähler.

Kaum hat nämlich Beck, um Mißverständnissen vorzubeugen, seinen Lieblingsbegriff scharf ja schärfstens abgegrenzt »gegen die Weiter-so-Modernisierer« und erst recht gegen »die Post-Modernisten, deren diagnostische Kraft auf Null zu tendiert« (»SZ«, 12.5.), springt ihm auch schon von der Seite die neu gegründete Zukunftsprogrammzeitschrift »Telepolis« bei, ein lobenswertes Organ, das Beck gerne bestätigt, den Begriff »Zweite Moderne« selbst geschaffen und geprägt zu haben.

Doch obwohl diese Ordinalphrase noch hohlraumversiegelter anmutet als der von den Sozis herbeigeflennte »Innovationsschub«, möchte nun auch der Kunsthistoriker Heinrich Klotz - rechtzeitig vor Ausbruch der Jahrtausendwende - seine Co-Urheberschaft an diesem kaum je mehr wegzudenkenden Flachbegriff anmelden. »Der Begriff)Zweite Moderne<«, teilt er am 17.6. der »Frankfurter Rundschau« mit, »wurde von mir als Epochenbegriff für die Gegenwart in mehreren Publikationen schon seit längerem verwendet. « Und das zu Recht, zumal ja zumindest in den Kreisen des Herrn Klotz »von einer >Zweiten Moderne< der Künste schon seit einigen Jahren die Rede ist. «

Höchste Eisenbahn ist geboten. Zum einen wäre zügig zu klären, wer von beiden, Beck oder Klotz, sich als offiziell anerkannter Zweitmodernist in die Ahnenreihe so berühmter Begriffspräger wie Jürgen »Neue Unübersichtlichkeit« Habermas, Ulrich »die 89er« Greiner oder Philipp »Faszinosum« Jenninger schieben darf und zwotens sollte sich Zweitverleger Siegfried »Buchkultur« Unseld schärfstens überlegen, ob zur allgemeinen Hebung des Geldverkehrs nicht auch noch eine »Edition Erste Sahne« und daraus resultierend, wenigstens bei ihm selbst, eine »Reihe Dritte Zähne« angemessen und fällig wäre. Oder halt doch nur wieder eine - selbstverständlich von letzter Hand besorgte - »Edition Letzter Dreck«.

Konkret 10/97, S. 50

Jürgen Roth

Kunst & Gewerbe

So geht‘s

Wie eine rundheraus nichtige Null-und-Nix-Nachricht zusammengeschustert wird, auf daß sie in jedem Fall stimme und eben deshalb sämtliche Optionen enthalte, welche dem Faktum ihrer Nicht-Faktizität entspringen, demonstrierte die ihrer - Grüß Gott, Herr Buchholz! - Vor-*Bild*-lichkeit wegen neuerlich rabiat zu rühmende »Bildzeitung« am 28.8. - mit einer Meldung auf Seite 1: »Kubas Staatschef Fidel Castro ist tot meldete gestern abend ein kubanischer Exil-Radiosender in Miami. Das kubanische Außenministerium zu BILD: >Castro erfreut sich bester Gesundheit.(Andere Quellen: Er liegt im Krankenhaus.«

Primus inter Deppen

Das tadellose Spartengazin »Rock Hard« hielt sich wenig bedeckt, als es galt, einen Auftritt der kanadischen Band Primus im Nürnberger »Forum« positiv zu beurteilen. Zwar vergaß man, die außerordentliche Qualität der Krawallkapelle ausnahmsweise ohne Einsatz des Dreischritts »abgedreht - abgedreht - abgedreht« zu würdigen (Kollege Rudolf verweist hier gerne und richtig z. B. auf Monty Python); doch dem unzweifelhaft existenten und eminenten »Kultfaktor« des Trios, so Rezensent Issler in Heft 9/97, »konnte auch die kurze Spielzeit von knapp 70 Minuten keinen Zacken aus der Krone brechen«.

Und das Beklemmendste: Er hat wohl darüber hinaus sogar recht,

Pulp Fiction

»Ihre Mordwaffe«, enthüllt der Herbst-Spezialkatalog des Fischer Taschenbuch Verlages (»Die Frau in der Gesellschaft«) über die Krimiautorin Sabine Deitmer, »ihre Mordwaffe ist die Schreibmaschine ... « Punktpunktpunkt. Diese, die bedeutungheischenden Pünktchenpünktchenpünktchen-Punkte, gehörten zwar endlich abgeschafft, am besten, man vergiftet oder erschießt sie; doch die kriminelle Gutachter-Phantasie der Fischer-Lektorin richtet sich auf »Machos«: »Diese Typen ließ die Autorin über die Klinge springen, und es war einfach nicht schade um die Kerle, die sie mit einem lapidaren *Bye-bye, Bruno* verabschiedete. Weder die Autorin noch die Heldinnen, noch die Leserinnen weinen den Brunos dieser Welt eine Träne nach.«

Bös', böser, am bösesten - Deitmers neuster Band trägt, Programm-Nachbarin Ute Ehrhardt kollegial toppend, den Waghals-Titel: *Auch brave Mädchen tun‘s - Mordgeschichten.* Daß das Abendland nicht bald ganz austickt...

Post

Ein neues Formulierungs-Talent hat die Weltpressebühne betreten: Arbeitgeberpräsident Dieter Hundt. Dem »Stern« übermittelte er zwei Sätze Urlaubsgrüße: »Erholung im Urlaub mit der zeitlichen Möglichkeit verstärkter körperlicher Ertüchtigung bringt wichtige geistige Distanz und neuen Schwung für die Lösung alter Probleme. Bleibt zu hoffen, daß nach der Sommerfrische auch die Politik endlich die richtige Mischung aus Unverkrampftheit und Kraft findet, um den gordischen Reformknoten bei Steuer und Rente durchzuschlagen.«

Schneidig! Schneidig geurlaubt!! Nur: Bevor sich der Hundt an den eigenen Ausdrücken die Pfoten und das Maul verbrennt, sollte er's lieber mal mit arbeiten versuchen.

Feuilleton aus der Botanisiertrommel

Sie drehen ab, sie scheinen vollends abzudrehen. Z. B. Thomas E. Schmidt in der »FR«. Ein Photo aus dem Jahr 1953, das Konrad Adenauer zeigt, wie er einen Rosenstrauch beknipst, regt ihn zu botanopolitologischen Reflexionen an, welche noch die paradigmatischsten Differenzen und Divergenzen zwischen der Kantischen (eher England) und der Hegelschen Gartenbauauffassung (Tendenz Frankreich) kühn überschreiten. G. Schröder und 0. Lafontaine seien »Waldgänger«, knobelt Schmidt im Geiste aus (er vergaß Uns Ernst Jünger), dem »Katholik Adenauer ... wäre der Existentialismus deutscher Waldromantik unerträglich gewesen«. Deshalb christliche Arbeit an der Pflanze, deshalb züchtige Rosenzucht: »Ist das nicht eine Gebärde aus längst verlorenen Tagen, wie sich der Kanzler seinem Rosenstock zuwendet? Voll väterlichen Wohlwollens, aber kein Zeichen der Sünde an diesem Stück Natur duldend, das im übrigen aussieht, wie manch katholisch erzogene Jungenseele sich damals fühlen mochte: Aus dieser Pflanze wird kein geiler Trieb sich je hervorrecken.«

Ich gestehe Schmidt erschüttert zu, es habe eine »Satire« werden sollen.

Sozialistische Halbwertzeit

Eine echte Witztruppe, die Stasi! Wie der »Spiegel« herausfand, setzte das Sicherheitsunternehmen »auch radioaktiv verseuchte Materialien ein«, nämlich evtl. plutonium- oder cäsiumhaltige »Kontaktmittel«, die konspirative Berührungen mit Geheimakten sichtbar gemacht hätten, wäre Kandidat Manfred Ludwig auf die Finte reingefallen. Doch der des Loyalitätsbruches prophylaktisch verdächtigte Carl-Zeiss-Physiker »faßte die Lock-Akte mit militärischen Forschungsgeheimnissen nicht an«, womit er zwar keinesfalls des Hochverrats Überführt werden könnte, die Entsorgung der hochtoxischen Superschwarte hingegen bis heute nicht geklärt ist, vielmehr zum Streitfall zwischen den höchsten und allerhöchsten Behörden mutiert. An dem heiklen Papierstoß mit »Wolke 13«, so der hochvertrauliche »Codename« des unter höchsten Geheimhaltungsvorkehrungen und auf höchster Sicherheitsstufe entwickelten »Mittels«, will sich weder Niedersachsen (Gorleben) noch der benachbarte Franzose (La Hague), noch freilich der schon mehrfach geschlagene Brite (Di, Hunde, EM) die Finger schmutzig machen.

Erblast dieser Zeit: Die Gemüter halten ob solcher sozialistischer Spionageschocker raunend den Atem an. »Läbbe gehd weider« (D. Stepanovic).

Das Neue

Einen, nein *den* »Sucher der wirklichen Welt« nennt die »Zeit« den Schummelsoziologen Ulrich Beck. Man kommt zwar durch das ganzseitige Anwanzerporträt nicht durch, erfährt aber immerhin: »Ulrich Beck ... ist der Soziologe des Neuen. Der Charme dieses Denkens liegt schon in seinem Politikbegriff.« Und schon liegen Denken und Begriffe darnieder, trotz Stütze: »Heute ist es die Globalisierung, auf die er sich stützt.« Beim Schreiben im Garten. Und beim Interviewgeben. »Dem Neuen Begriffe zu geben, ist für ihn heute - mehr denn je - Politik.«

Wir gratulieren inständig.

Maskes in Much

Seit dem Ende seiner aktiven Laufbahn lebt der RTL-Boxer Henry Maske (vormals Frankfurt an der Oder), um jederzeit sprungbereit für einen Ausritt nach der janzjanz dollen Medienstadt Köln zu sein, in der überschaubaren und beschaulichen Einfamilienhausgemeinde Much. Das Bonner Stadtmagazin »Schnüss« (9/97) zitiert den anerkannten Gentlem-qn und Weichkäse-Vertreter mit dem Saft: »Es ist unglaublich, was dieser kleine Ort alles zu bieten hat« - nämlich jederzeit freie Reisemöglichkeiten in alle Himmelsrichtungen, nach Marienberghausen, Nümbrecht, Ruppichteroth, Neunkirchen-Seelscheid und Overath. Und dann aber Familie Maske dreivier im Takt: »Muchi denn muchi denn / zuhunun Schdädele hinaus / Schdä ... «

Wasser zu Wasser

Er hat wenig zu tun. Das Erstellen von pustulös peinlichen Aquarellbüchern *(Fundsachen für Nichtleser)* lastet ihn nicht aus. Günter »Günni« Grass, Ehrenbürger der Stadt Danzig, »wäre«, wie er sagt deshalb »gerne Innenminister. Wir hatten uns was Ähnliches schon länger gedacht. Die Elemente des Polizistischen im Werk des »Lehrmeisters des magischen Realismus« nehmen ja auch seit der »Danziger Trilogie« kontinuierlich zu. Walser soll, einem Bericht der *Süddeutschen Zeitung* über Grassens Stippvisite in Polen zufolge, dann Verteidigungsminister werden, Siegfried Lenz müßte den Kanzler machen.

Er meint das ernst.

Schließlich schwant ihm in Begleitung von Heide Simonis gar: »Die Ostsee-Vision ist die Grundlage meines Werkes.« Um anzuschließen: »Ich mache die Ostsee zum Mittelmeer«

Er soll's probieren.

Knast für Kunst

Eigentlich bedarf es keines Beweise mehr, daß die sog. Provokation, wie sie das hiesige Deutschland-Theater versteht gleich nach Braunschweig und roten Rüben zum Ermüdendsten zählt. Macht aber nichts, denkt sich Christoph Schlingensief und richtet auf der documenta eine »Performance« an, in deren Verlauf laut »Hamburger Morgenpost« die gerade verstorbene Lady Di als »Schlampe« tituliert und obendrein frecherweise gefordert wurde: »Tötet Helmut Kohl! «

Das haben wir zuletzt in der elften Klasse so gemacht. Schlingensief aber durfte mit der Polizei »rangeln«. Anschließend schnellverurteilte man ihn mutmaßlich zu zwölf Jahren Zuchthaus oder fünf Tagen Kaffeekochen auf'm Revier. Die

gelangweilte Kunstgemeinde dankt es ihm.

Nochmals öder als die Ich-bin-ein-wilder-Mann-Posen des reichlich verquasten und eingebildeten Schlingensief sind allerdings die Empörungsrituale eines Publikums, das den Aufmarsch der grünen Minna dann doch unterhaltsamer, »spannender« findet als Jegliche Kunst, und sei es, daß diese, wie Schlingensief der »Taz« anvertraute, weniger »Provo-Schiene« als Beuys' selige »soziale Plastik« und »Aktion« resp. »Tabernakel-Situation« für »sechs Millionen Arbeitslose« sein solle oder sollte.

Wie immer: Mit solch schreihalsigem Schlingensumpf jedenfalls hat der Volksbühnen-Maulheld wundersamerweise alles richtiggehend ins rechte Lot gerückt. »Das muß man sich im Sinne von Bretons Bemerkung denken, daß die surrealistische Tat ist, in die Menge zu schießen. Wir alle sind Helmut Kohl, also sind wir alle mit dieser Menge gemeint«, einer Menge, die sich unter eines bombengeraden Deppen Anleitung andauernd vollrohr selbst in den Kopf ballert.

Werbefrosch Wickert

Ganzseitig schaltet die »Woche« hie und da Anzeigen und sucht Kundschaft mit dem Konterfei und der Hausmacherwurst-Philosophie des Informationsrechtlers Ulrich Wickert zu gewinnen: »Wir haben ein Recht auf Informationen. Deshalb lese ich >Die Woche<!« Brummgebongt, das. »Für mich müssen Fakten nicht nur stimmen«, fahrt die Nachrichtennase weiter aus, »sondern auch in neue und interessante Blickwinkel gebracht werden.« Schon hören wir Herrn Bissinger deklamieren: »Fakten, Fakten, Fakten - und beim Abbiegen immer an den Blickwinkel denken!«

Goslar zeichnet aus

Für seine »kulturellen Verdienste um die deutschsprachige Musik« erhielt der stets mit zerebraler Schlagseite vortragende Karl-May- und Kino-Darsteller Freddy Quinn den »Paul-Lincke-Ring« der Stadt Goslar Er wird ihn sich zu seinen Indianerfedern an den Hut stecken.

Liegefrist ehrenhalber

Totsein will gelernt sein. Siebenhundertzweiundzwanzig Ehrengrabstätten zählt nunmehr die Stadt Berlin. Nach zähen Verbandlungen stießen nämlich jetzt die Grüfte von Helene Weigel, Heinrich Mann, Bertolt Brecht, Johannes R. Becher und Heiner Müller dazu. Über eine Fortschreibung seines Exklusiv-Mietvertrages streitet mit einem Gremium aus Kultursenator, Bauamtsleiter und dem Leichenwart des Dorotheenstädtischen Friedhofs augenblicklich nur Georg Wilhelm Friedrich Hegel. »Eine Verlängerung um zwanzig Jahre« hatte laut dpa bereits im Vorfeld die Schauspielerin Tilla Durieux erreichen können.

Gegen Graffiti

Bill Bratton, Polizeichef von New York, tingelte im August durch das sicherheitsbedürftige Deutschland und erklärte »betrunkene Penner« zu »Vergehen gegen die Lebensqualität«. Auch bettelnde Kinder, Obdachlose, Junkies: einpacken, abtransportieren, wegschmeißen. »Gegen Graffiti«, so Bratton, »haben wir eine Spezialeinheit gebildet.«

»Deutschland, bitte nachmachen! « brüllte es umgehend aus »Bild«. Frankfurts CDU-OB Petra Roth, wie immer Avantgarde, hat bereits angekündigt, Graffiti in U-Bahnen zukünftig tagsüber, also unter den Augen der Fahrgäste zu entfernen - um deren Bewußtsein zu schärfen. Daß die sog. »Kriminalitätsrate« in den USA trotz Bratton steigt und steigt, muß kein Hinderungsgrund sein. »Deutsche Gefängnisse sind so voll wie nie zuvor«, meldete die »FR«.

Konkret 10/97, S. 53

Rayk Wieland

Royals also die

»Ströme von Scheiße fließen hinab die Kanäle, und sammeln sich in der Senke, dem Fernsee; und es verdampft die Scheiße, und steigt auf als der Scheiße Dampf, und klumpt sich am Himmel, und regnet herab als Scheiße, und sammelt sich in den Kanälen, und fließt hinab die Kanäle, in die Senke, den Fernsee, und verdampft dort aufs neu«

Horst Tomayer, »Das Buch Fernsee«

Kann man, darf man über sichtlich entrückte, wie in Absence umherirrende und fehlgeleitete Existenzen, die ihr seltsames Betragen noch als Ausdruck irgendwie höherer Beseelung und wahrer, ernster Bestimmung ansehen, spotten? Ja, man kann und darf selbstverständlich - aber es ist nicht besonders ersprießlich, wenn sie eine Prozession mit 2,5 Milliarden Teilnehmern bilden, also die halbe Menschheit stellen. Deshalb soll hier der *Masse,* die eine gänzlich verdienst- und schamlose, unbedarfte Yellow-Press-Schnalle unlängst zu Grabe trug bzw. der Zeremonie und der sie umrankenden Gedenkposse via TV weltweit beiwohnte, nicht hämisch gedacht, sondern eine klassenstandpunktverpflichtete Erklärung der größten Medienfurore in der Geschichte der Menschheit versucht werden.

Zuvor erhebt sich jedoch die Frage, warum dergleichen, abgesehen von seiner exorbitanten Rummelhaftigkeit, überhaupt analytisches Interesse beansprucht. Es tut dies aus hauptsächlich zwei Gründen: Zum einen, weil seit dem makabren *Event* evident ist, was bislang nur polemisch zu extrapolieren war: daß nahezu sämtliche Medien der westlichen Welt Boulevardmedien sind und nichts sonst. Jedwede Hoffnung auf eine wie immer kritische Öffentlichkeit, die als Korrektiv auch nur gegen die übelsten Mißstände wirksam wäre, ist nachgerade lächerlich. Zum anderen, weil die Mechanismen, Manipulationen, Inszenierungen, die ein Milliardenpublikum dazu bringen, das Pack der Hochfinanz zu betrauern und zu bemitleiden anstatt gebührend zu verachten, die Bemühungen der Linken hinsichtlich einer Kehre in den Produktionsverhältnissen etwas linkisch erscheinen lassen.

Die postmortale Heuchelei und Bigotterie der Beteiligten übertrafen alles Dagewesene - und die Umsätze wohl dito. »Die Welt braucht mehr Rotationspapier, wenn so etwas passiert«, verkündete der Sprecher des schwedischen Papierkonzerns MoDo und erhöhte den Ausstoß. Wessen Medien sind die Medien? Britische Zeitungen freuten sich über das Geschäft des Jahrhunderts und erreichten an manchen Tagen 50 Prozent Auflagensteigerung. Die deutschen Halbweltblätter machten ebenfalls ihren Schnitt. Herausgeber und Kommentatoren der Yellow-Press kritisierten das Volk, weil es ihre Zeitungen kaufte, und das Volk kaufte ihre Zeitungen, weil darin kritisiert wurde, daß es die Zeitungen kaufte. Und sie eröffneten die Hatz auf Paparazzi, diesen ehrenwerten Berufsstand, dem zu danken ist, daß die millionenschweren Herrschaften wenigstens bei ihren mondänen Freizeitallüren nicht ganz unbehelligt bleiben - eine Hatz, die wiederum lediglich dazu diente, die Bilder der Paparazzi erneut zu zeigen.

Und die Medien, die von den Medien vielgescholtenen, sie taten nichts anderes, als die Tote zum Opfer der Medien zu stilisieren und dabei ununterbrochen zu medialisieren: als »Göttin« (»SZ«), als »beinahe gekrönter Schwan« sowie »Heilige« (»Zeit«), als »Madonna« (»Spiegel«), als »wahre Königin« und »Leitfigur« (»FAZ«), als »St. Diana« (»ND«). In Deutschland übertrugen neun Fernsehprogramme gleichzeitig die Trauerfeier, wobei noch einmal alle sog. Mythen und Legenden und Märchenprinzessinnenmärchen aufgetischt wurden, die schon in der Woche zuvor eine schier endlose Variation erfahren hatten. Die Idolatrie war vollkommen, es gab kein Entrinnen, und es gab überdies keinen einzigen Fall von Pietätlosigkeit - und das bei einer abgelegten Hofschranze, deren einziges Verdienst es gewesen ist, ein paar Fototermine auf Wohltätigkeitsveranstaltungen gelegt zu haben, und über die sich selbst am Tag ihres Todes der »Observer« mokierte, daß ihre Äußerungen stets als von aristotelischem Genius zeugende behandelt würden statt »als Geplapper einer Frau, die man - wäre ihr Intelligenzquotient fünf Punkte niedriger - täglich gießen müßte«. Die »Abschaffung der Monarchie« (»Zeit«), eine »Revolution« (»FAZ«) gar schien in der Luft zu liegen, als »des Volkes Zorn« (»FAZ«) haufenweise Blumen in London niederlegte, doch sie konnte gerade noch durch die Halbmastbeflaggung des Buckingham Palace verhindert werden.

Bemühungen indes, den rationellen Kein der weltumspannenden Betroffenheits-Soap zu erkunden, gab's kaum, was insofern nicht verwundern kann, als das Ereignis selbst, die Inszenierung einer globalen Tragödie, ja als Resultat der Entrationalisierung der Medien gelten muß. Dabei ließe sich alles, was über den Fall der Aufsteigerin und die dubiose Anteilnahme der Erdbevölkerung zu sagen wäre, in einem Satz von mittlerer Länge sagen, und der geht so: Der schäbige, läppische Allerweltstod der hochgestellten Prinzenmutter erschüttert die in vergleichsweise erbärmlichen Verhältnissen Existierenden deshalb, weil er jäh darauf verweist, daß einer Normalsterblichen auch ein normales, läppisches Allerweltsleben gebühre, das keiner großartigen Anbetung und Apanage bedarf. Die Erfahrung des Widerspruchs zwischen dem Jammer der eigenen Existenz und dem quasiparadiesischen Leben weniger Auserwählter ist schmerzlich und erzeugt

das Bedürfnis entweder nach seiner Aufhebung oder nach seiner Legitimierung. Was die Aufhebung betrifft, daran wagt niemand zu denken. Die Legitimierung hingegen macht das Geschäft der Medien aus, und eben diese explizite Funktion hatte die beispiellose Ikonisierung der mittlerweile in allerhöchste Sphären entrückten Völkerherzenprinzessin. Die sie bedauern und betrauern, sind Untertanen, die es bleiben wollen. Ende des Satzes.

Wem das zu monokausal ist, und das ist es vielleicht, die globale Gravität zu erklären, die auf den Tod der »gruselig frisierten Bohnenstange mit dem devoten Dackelblick« (G. Henschel) gefolgt ist, der sei auf ein Phänomen verwiesen, das die amerikanische Literaturwissenschaftlerin und Medizinhistorikerin Elaine Showalter in dem soeben erschienenen Buch *Hystorien. Hysterische Epidemien im Zeitalter der Medien* (s. Rezension im nächsten Heft) untersucht hat. »Erscheinen hysterische Syndrome im Zusammenhang mit sozialen Krisen«, erläutert Showalter, »und werden entsprechende Theorien über die modernen Kommunikationsnetzwerke verbreitet, kann es zu regelrechten Epidemien und paranoischen Ängsten und Schuldzuweisungen kommen.«

Alle diese Momente sind im Fall der postdianaistischen Weltgesellschaft zweifellos vorhanden. Lybiens Staatschef Gaddafi, und mit ihm gewiß die gesamte arabische Welt, hält es angeblich für erwiesen, daß der britische Geheimdienst MI 5, einen moslemischen Stiefvater des künftigen Königs von England zu verhindern, den Unfall arrangiert hat. Weitere Verschwörungstheorien kursieren im Internet und werden begierig von den Massenmedien aufgegriffen. Der Umstand, daß die Fotos der Unfallopfer alttestamentarisch tabuisiert und dem einzigen Überlebenden Zunge und Lippen abgerissen wurden, wird die Aufklärung der näheren Umstände des Unfalls nicht befördern. Das ist allerdings auch nicht erwünscht, Aufklärung bringt keine Quote, macht keine Auflage, ist eh erledigt und perdu.

»Ich bin berührt«, schreibt eine Tanja Wolgast aus Neumünster an die »Hamburger Morgenpost«, »wie Milliarden anderer Menschen. Diana war nicht nur >Queen of Hearts» sie war >Queen of all the World<. Sind wir nicht alle ein bißchen Diana?«

Nö, das nicht.

Bzw., letzten Endes, ja doch.

Konkret 10/97, S. 54

Joachim Rohloff

Sprache als Durchfall

Vor 50 Jahren konstituierte sich die »Gruppe 47«. Ihre Mitglieder sind - sofern nicht in Ehren gestorben - heute die Grandseigneurs des nationalen Literaturbetriebes

Es war eine schöne Zeit, die gute alte Zeit der Gruppe 47. Joachim Kaiser ließ sich, bevor er auf der Frühjahrstagung 1953 den greisen Walter Mehring niedermachte, einen feinen hellen Anzug schneidern. Reich-Ranicki war damals »nicht nur am Formalen interessiert, sondern auch am Gesellschaftskritischen«. Und erzählt eine »berühmte Anekdote«: Böll sei eines Nachts in Ilse Aichingers Schlafzimmer geschlichen, um, was »für mich außer Frage steht«, hihi, mit der Kollegin Domino zu spielen - »dort aber war schon Günter Eich«. Der Dichter Lenz trug dem Kritiker Karasek den Koffer, und »so hatte die Gruppe 47 zwanzig Jahre«, erinnert sich Kaiser heute, »die unserer Nation und unserer Literatur gut taten«.

Inzwischen denkt selbst der »FAZ«-Herausgeber Schirrmacher, der nicht dabei war, mit Wehmut an die »besten Zeiten der westdeutschen Gesellschaft«, als eine besondere Gegnerschaft seinen Amtsvorgänger Sieburg mit dem Schriftsteller Andersch verband. Seit dem 3. Oktober 1990 regiert in der Kunst nicht länger mehr die Gesinnung, sondern endlich wieder die Ästhetik; die Literatur der DDR wurde als Staatsdichtung entlarvt, die Literatur der alten Bundesrepublik endgültig verabschiedet, und zum Exempel, was gemeint ist, wurde erst vor zwei Jahren der letzte Überlebende der Gesinnungsästhetik, Günter Grass, von allen Berufenen einstimmig abgeurteilt. Nach so viel harter feuilletonistischer Aufklärungsarbeit am Volkskörper stellt sich nun plötzlich die große Langeweile ein. Denn es fehlt der »Feind«. »Verloren ist die Gegnerschaft, die, gleich ob politisch oder ästhetisch, Positionen hervortrieb und abschwächte und dadurch erst zur Partitur sozialer Veränderungen werden konnte«; verloren ist auch die »produktive, oft verschwiegene, aber spielerisch eingeübte Dialektik zwischen den ästhetischen und politischen Positionen«, wie Sieburg und Andersch sie einst miteinander trieben.

Andersch war 1933 Organisationsleiter des Kommunistischen Jugendverbandes in Bayern, später KZ-Häftling, Wehrmachtsdeserteur und schließlich Mitbegründer der Gruppe 47. Von Sieburg weiß selbst der *Brockhaus,* daß er einst »dem Nationalsozialismus nahestand«. Bis 1942 arbeitete er als Pariser Korrespondent der »Frankfurter Zeitung«, dann wurde er von Ribbentrops Außenamt zu Propagandazwecken dienstverpflichtet. Im März 1941 bekannte er: »Hier, in dieser Douce France, ist mein Charakter hart geworden. Frankreich selbst hat meine Erziehung zum Kämpfer und zum Nationalsozialisten in die Hand genommen.« Das Schreibverbot, das die französische Militäradministration nach dem Krieg über ihn verhängte, muß irgendwann wieder aufgehoben worden sein, denn ab 1956 leitete er die Literaturredaktion der »FAZ«. Dem *Brockhaus* gilt er als »gleichermaßen einflußreicher wie umstrittener Literaturkritiker, dessen Anfeindungen vor allem die Mitglieder der Gruppe 47 ausgesetzt waren«. Auf die publizistische Fortsetzung dieser »oft verschwiegenen Dialektik« von Nazi und KZ-Häftling ist Schirrmacher heute noch stolz.

Im Gründungsjahr der Gruppe 47 stand Adenauer schon wieder an der Ostfront. »Sie wissen ja doch«, schrieb er an einen alten Freund aus Kölner Tagen, »daß letzten Endes nur zwei große Fronten in Europa und der Welt noch vorhanden sind: die christlich-abendländische Front, deren stärkste Stütze hier in Deutschland die CDU und die CSU ist, und die asiatische Front.« Das Ahlener Programm der CDU, das doch vorgab, den Kapitalismus durch eine nicht näher definierte »Gemeinwirtschaft« ersetzen zu wollen, sei hauptsächlich gegen die Sozialisierungsbestrebungen der SPD gerichtet: »Ein sehr gefährliches Symptom der Entwicklung ist der sich immer stärker entwickelnde Herrschaftsanspruch der Gewerkschaften über die ganze Wirtschaft. Diese Totalitätsansprüche der Gewerkschaften finden von Unternehmerseite leider kaum Widerstand, weil viele maßgebende Leute auf Unternehmerseite - wenn auch leichte - braune Flecken haben und deswegen zu bang sind, sich zu wehren.«

Der gewerkschaftliche Totalitätsanspruch wurde in der Montanindustrie zur Hälfte, in allen anderen Wirtschaftszweigen zu zwei Dritteln befriedigt, so daß sich die Bangigkeit der Unternehmer, von der alliierten Politik ohnehin bereits gemildert, binnen kurzem als grundlos erwies. Die Wirtschaft brauchte Unternehmer, der Staat Beamte, die Presse Journalisten. Der Frage nachzugehen, wer denn da braune Flecken hatte und wie »schwer« diese waren, fühlte sich die freie Presse der Adenauerrepublik schon deshalb nicht berufen, weil in allen Redaktionen ehemalige »Schreibmaschinentäter« (Otto Köhler) saßen, die sich über die jüngere Vergangenheit intensiv ausschwiegen.

Auch wenn die Gruppe 47 sich schließlich dem Staat darin gefällig zeigte, das Vorurteil von der deutschen Kulturnation noch einmal aufzufrisieren, war im katholischen Spätmittelalter der Adenauer-Republik die Widerrede unabhängiger Intellektueller durchaus nicht erwünscht. Statt dessen wurden, als wäre nichts geschehen, die ewigen Werte bürgerlicher Kunst und Kultur beschworen. 1948 verkündete Rudolf Alexander Schroeders Rede über den »Beruf des Dichters in der Zeit« einer Versammlung von Schriftstellern das neue alte Programm: »Das innerste Wesen aller Kunst ist Trost über die Vergänglichkeit des Daseins ... Sein und Ziel aller Kunst ist Erhebung aus dem Vergänglichen, ist Rettung des Vergänglichen ins Unvergängliche, ins Bleibende.« Die Germanistik rettete sich in die Kontemplation der unvergänglichen

klassischen Werke: Die Klassik galt als die »zur Idealität erhobene Natur« (E. R. Curtius) - woraus mindere Studienräte den Schluß ziehen konnten, alles Moderne sei unnatürlich oder gar krank. Dem Verdikt Thomas Manns, derjenigen Büchern, die zwischen 1933 und 1945 in Deutschland überhaupt hatten gedruckt werden können, hafte ein »Geruch von Blut und Schande« an, antwortete Frank Thieß, ein führender Kopf der »Inneren Emigration«: »Was uns zu neuen Ufern tragen, was uns aus unserer Not und unserer Reue, unserer Angst und Unwissenheit hinausführen wird in ein neues Hoffen und eine neue Gewißheit unzerstörbaren inneren Wertes, das kann keine Botschaft eines in deutscher Sprache schreibenden >amerikanischen Weltbürgers(, das kann nur Frucht aus der blutigen Saat deutschen und europäischen Leidens sein.« In Deutschland ausgeharrt und gelitten zu haben, wurde denn auch in den fünfziger Jahren mit hohen Auflagen belohnt.

Die Gruppe 47 gründete sich nicht als literarischer Zirkel, sondern als Redaktion einer literarisch-satirischen Zeitschrift, des »Skorpion«, dem allerdings von der zuständigen amerikanischen Besatzungsbehörde die Lizenz verweigert wurde. Der publizistische Ursprung wirkte fort im sagenhaften politischen »Engagement«, das sich gegen die kapitalistische Restauration, gegen die Westbindung und die Teilung Deutschlands und später gegen die Wiederbewaffnung richtete. Die erste Generation der Gruppe 47 zählte sich zu einer »heimatlosen Linken« und erwartete nach dem totalen Bankrott Deutschlands nun das ganz andere. Die europäische Jugend, so formulierte es Andersch 1946 einigermaßen großspurig und enigmatisch, erhebe »die Forderung nach europäischer Einheit. Das Werkzeug, welches sie zu diesem Zweck anzusetzen gewillt ist, ist ein neuer, von aller Tradition abweichender Humanismus, ein vom Menschen fordernder und an den Menschen glaubender Glaube, ein sozialistischer Humanismus.« Europas Jugend sei aber auch »bereit, das Lager des Sozialismus zu verlassen, wenn sie darin die Freiheit des Menschen aufgegeben sähe zugunsten eines alten orthodoxen Marxismus, der die Determiniertheit des Menschen von seiner Wirtschaft postuliert und die menschliche Willensfreiheit leugnet.« Immerhin aber bestanden die Mitglieder der Gruppe 47 jederzeit darauf, mit ihren ostdeutschen Kollegen wenigstens zu sprechen, was im aufkommenden Kalten Krieg nicht ungefährlich war.

Den moralischen Antifaschismus der »europäischen Jugend« und ihre eher diffusen Vorstellungen von einem humanistischen Sozialismus mußte die Restaurationspolitik gründlich enttäuschen. Je erfolgreicher diese Politik wurde, die sich bald nicht nur auf die Unternehmer mit den braunen Flecken, sondern auch auf braunscheckige Beamte, Juristen und Militärs stützte, desto kleinmütiger beschränkte sich der Einspruch der Literaten aufs eigene Metier. Wo sie die freie Meinungsäußerung bedroht oder von nazistischer Propaganda mißbraucht sahen, formulierten sie ihren Protest. Ihr eigentliches Verdienst liegt deshalb nicht in der unmittelbaren politischen Wirkung, die sie mit dem Wort erzielten, sondern darin, die Lebenslügen der Adenauerrepublik überhaupt thematisiert zu haben - was eben nur im, wie immer auch bedrohten, Freiraum der Literatur möglich war.

Die Ästhetik der ersten Generation der Gruppe 47 wandte sich gegen die verlogene Illusion, nach dem Weltkrieg könne man in der Sprache etwa eines Stefan George unverdrossen weiterdichten. Vielmehr erfordere der politische Neuanfang, soweit er mit Hilfe der Literatur befördert werden sollte, auch einen Bruch mit allen literarischen Traditionen. Der politische Wirkungswille und die Verpflichtung auf den »Menschen« und die »Wahrheit« schufen ein seltsam naives Realismuskonzept: »Man sieht die Dinge und sagt mutig etwas über sie aus.« Die Welt, sollte das wohl heißen, ist immer schon da, man braucht sie nur noch abzukupfern. Und wenn man nur auf jegliche »Kalligraphie« verzichtet, stellt die Wahrheit sich ganz von selbst ein. »Kahlschlag« wurde das genannt oder »magischer Realismus«, und wenn sich die ersten Produkte dieser Ästhetik - etwa Günter Eichs berühmtes Gedicht »Inventur« - auch ziemlich kahlgeschoren ausnahmen, so blieb doch immer unbegreiflich, was an ihnen eigentlich das Magische sein sollte. Eher schon ließ sich eine Neigung zum Moralisieren und zum Betroffenheitskitsch entdecken. Wolfdietrich Schnurre beispielsweise trug auf dem ersten Treffen der Gruppe 47 seine Erzählung »Das Begräbnis« vor: Der liebe Gott, man denke, war doch tatsächlich gestorben.

Alfred Andersch hielt die Gruppe 47 für eine Vorläuferin der Studentenbewegung. An den harten Fakten der bundesrepublikanischen Wirklichkeit aber ließ sich mit literarischer Kritik kaum etwas ändern. Und so hat auch die »Bildzeitung« Enzensbergers unsterbliche Verse von 1956 um mehrere Jahrzehnte überlebt: »Markenstecher Uhrenkleber/ ... / Manitypistin Stenoküre / ... / Sozialvieh Stimmenpartner / ... / Auch du auch du auch du / wirst langsam eingehn / ... / möge die Erde dir leicht sein / wie das Leichentuch / aus Rotation und Betrug / das du dir täglich kaufst / in das du dich täglich wickelst«. Endlich eine Lyrik, die zu denken gibt!, hieß es nach der rituellen Lesung dieses Werks. Wäre allerdings die »Bildzeitung« der lyrischen Attacke zum Opfer gefallen, müßte man sie noch heute betrauern. Gedichte können Waffen sein, manchmal aber ist ein Molotow-Cocktail - schon aus Gründen der Rezeptionsästhetik - einfach das bessere Gedicht.

Am Ende der fünfziger Jahre kamen mit der zweiten Generation der Gruppe 47 der kommerzielle Erfolg und die große Erzählung. Günter Grass erfand den sozialdemokratischen Realismus - so »drall und prall, saftig und deftig«, »so direkt und deftig, so süffig und saftig« (Reich-Ranicki). »Sprache hatte mich als Durchfall erwischt«, gestand er, beharrte aber starrsinnig und allen modernistischen Zweifeln zum Trotz auf seiner universellen erzählerischen Kompetenz. Die Lukácssche Romantheorie erlebte eine unverhoffte Wiedergeburt als Godesberger Literaturprogramm. Walser begann die unendliche Psychographie des bundesdeutschen Kleinbürgertums und ließ Armeen von Handelsvertretern und Regierungsräten eindrucksvoll scheitern. Böll, der es einfach nicht fassen konnte, daß weder die christliche Partei noch die katholische Kirche selbst von der Bergpredigt erleuchtet waren, schuf ein literarisches »Denkmal für die Lämmer, die

niemand geweidet hatte«. (Reich-Ranicki übrigens bewies anläßlich der Schmonzette Katharina Blum, daß in einem guten Buch jeder das Seine findet. »Die unglückliche Heldin ... leidet nicht an der Bundesrepublik oder der katholischen Welt von Köln. Sie leidet an ihrer Frigidität.«)

Trotzdem bleibt der Verdacht, außerhalb der Gruppe 47 sei die wichtigere Literatur geschrieben worden. (Und ich meine nicht Wolfgang Koeppen, der seinen Nonkonformismus so sehr kultivierte, daß er sich auch dem Kollegium der Nonkonformisten nicht anschließen mochte, mit denen er zwar den Wirkungswillen nicht teilte, wohl aber den grandiosen Anspruch, noch einmal Lukács zu gehorchen und »gestaltend die verborgene Totalität des Lebens aufzudecken«. Die Geltung dieses Anspruchs wurde von Schirrmacher ausdrücklich beglaubigt und bis ins Jahr 1990 verlängert: »Es ist bezeichnend, daß der endgültige und bedeutendste Roman über die Bundesrepublik bereits 1953 erschien. Wolfgang Koeppens Prosawerk *Das Treibhaus* hat alles über das Land und seine intellektuelle Verfassung gesagt.« Wird wohl so sein. Noch bezeichnender ist allerdings, daß der Wille zur Totalität, auch wenn er sich der modernsten technischen Errungenschaften bedient, nur noch Kitsch hervorbringen kann.) Kritiker aber, die ihren Abonnenten den ersten Ransmayr und den letzten Botho Strauß empfehlen, sollten ihnen die Gruppe 47 nicht verdenken. Denn, mit Gustav Seibt zu sprechen, »endlos ist die Welt, die darauf wartet, in Sprache erlöst zu werden. Damit wir am Ende unseres Lebens wissen, was wir erlebt haben.«

Mit der *Blechtrommel,* mit Bölls *Billard um halb Zehn,* mit Uwe Johnsons *Mutmaßungen über Jakob,* so jubelte die Kritik, habe die deutsche Literatur endlich wieder das »Klassenziel der Weltkultur« (Enzensberger) erreicht, und sie wurde schließlich sogar mit einem Nobelpreis belohnt. Zwar mußte sich die Gruppe 47 von gewissen CDU-Politikern eine »geheime Reichsschrifttumskammer« oder eine Versammlung von »Pinschern« schimpfen lassen, doch zum fünfzigsten Geburtstag wird sie von der »FAZ« rehabilitiert: »Man tut der Gruppe unrecht, wenn man sie - vor allem im Hinblick auf die späten fünfziger und sechziger Jahre - auch für einen Hort des linken Geistes hält.« Eine ähnliche Diagnose stellte Ulrike Meinhof schon 1967: »Bei näherem Hinsehen war die Gruppe nie linker als die SPD, ihr Links-Image ist so wohlbegründet, wie es das Oppositions-Image der SPD vor der Großen Koalition war: Man sagt ab und zu was gegen die Regierung und läßt sich nachsagen, man sei der Untergang Deutschlands, in entscheidenden Punkten stimmt man ihr wiederum zu.« Die Anerkennung als staatstragende Opposition verdankte die Gruppe 47 dem schwer begreiflichen Umstand, daß sie zutiefst provinziell sein und gleichzeitig dem Ansehen Deutschlands in der Welt dienen konnte. Die Wertschätzung der bürgerlichen Presse verdankte sie ihrer strategischen Klugheit, alle maßgeblichen Redakteure auf den Gruppentreffen das große Wort führen zu lassen. So wurden auch die anwesenden Verleger, da sie die Knüller der kommenden Saison rechtzeitig ausmachen konnten, vor Fehlinvestitionen bewahrt.

Als im Verlauf der sechziger Jahre eine radikalere linke Opposition entstand, wurde die Gruppe 47 zwischen dieser und der SPD aufgerieben. 1961 forderten Carl Amery, Enzensberger, Grass, Richter, Lenz und andere in dem von Walser herausgegebenen Buch *Die Alternative oder Brauchen wir eine neue Regierung?* zur Wahl der SPD auf 1966 kam es auf der Tagung in Princeton zu einer Kontroverse um den Vietnamkrieg: Peter Weiss, Enzensberger und Reinhard Lettau nahmen bei dieser Gelegenheit an einem »Teach-In« amerikanischer Studenten teil; Hans Werner Richter und Günter Grass, die sich im Jahr zuvor bereits geweigert hatten, eine Vietnam-Resolution zu unterschreiben, sahen darin eine »Verletzung der Gastfreundschaft«. Wenig später gerieten auch Weiss und Enzensberger überkreuz: Der eine wollte sich dem Parteikommunismus verbinden (»Die Richtlinien des Sozialismus enthalten für mich die gültige Wahrheit«), der andere gebärdete sich »antiautoritär« und empfahl den Schriftstellern im übrigen die Vorbilder Günter Wallraffs und Ulrike Meinhofs.

Walser votierte 1968 für die DKP und für »die Demokratisierung der Arbeit als Zielvorstellung«, bewies aber zugleich. historische Weitsicht, indem er »die Deutsche Frage« zwar nicht, wie einst Adenauer, Kiesinger und ihre Außenminister, die Gretchen- bzw Hamletfrage, aber immerhin »eine Dornröschenfrage« nannte und auf derart poetische Weise die Möglichkeit andeutete, da sei noch einiges wachzuküssen. 1965 veröffentlichte Günter Grass ein »Loblied auf Willy: Dich singe ich, Demokratie«. Seitdem kämpfte er mit, in und irgendwann auch wieder neben der SPD um den demokratischen Sozialismus: »Dieser nunmehr hundertjährige Kampf wurde 1969 knapp, allzu knapp« zwar, aber eben deshalb auch in der Höhe verdient »gewonnen«. Pünktlich löste sich die Gruppe 47 auf.

Selbstredend geht es in der Kunst um Ästhetik und nicht um gute Absichten. Insofern müßte man unseren Literaturkritikern zustimmen, die im Jahr 1995 urplötzlich ästhetische Kriterien entdeckt haben wollten, mit deren Hilfe sie Günter Grass politisch niedermachten - litten sie nicht selbst so offensichtlich an ästhetischen Defiziten und wüßte man nicht, daß zumindest den Dümmeren unter ihnen an der Gesinnungsästhetik die Ästhetik weniger mißfällt als die Gesinnung. Denn sie fordern von der neuen Literatur gerade das, was die alte überreichlich geboten hat: die große Erzählung, die gefälligst von der Liebe und vom Tod handelt und die ganze Welt in einer Nußschale darbietet. Wer sagt ihnen endlich, daß davon schon seit langem nur noch ein billiges Surrogat zu haben ist?

Konkret 10/97, S. 57

Armin Schreiber

Buch & Deckel

Roberto Longhi: Kurze, aber wahre Geschichte der italienischen Malerei. DuMont, Köln 1996, 266 Seiten, 49,90 Mark

24 Jahre alt ist Roberto Longhi und noch Gymnasiallehrer, als er im Sommer 1914 - innerhalb von genau 19 Tagen - das Opus zu Papier bringt: deklariert als Repetitorium für seine vor dem Examen stehenden Schüler. Was sie mitnehmen sollen in ihr Leben im 20. Jahrhundert, sind Merksätze von erstaunlichem Kaliber: Raffael kann man »einfach nicht zu den echten Malern zählen«, Leonardo verliert sich ins »rein Nostalgische oder Realistische«, Michelangelos »Jüngstes Gericht« ist ein »Mißerfolg«.

Partiell sind solche intellektuellen Fehlpressungen der reinen Willkür jugendlicher Angriffslust zuzuschreiben, die sich gegen antiquierte Kunstvorstellungen richtet. Im Kern sind sie das Nebenprodukt einer radikalen Verengung des Kunstbegriffs. Longhi trifft damit den Nerv seiner Zeit, mehr noch: Er kreiert - Reflektion der Mittel ist alles, der Gegenstand ist nichts - das künstlerische Credo einer ganzen Epoche, das bis hin zu Baselitz wirksam bleibt, der seine Unabhängigkeit vom Gegenstand feiert, indem er ihn auf den Kopf stellt. Drei Faktoren nur noch, nämlich Linie, Form, Farbe und wie sie sich im Bild entfalten, sind qualitätsrelevant für das autonome Kunstwerk. Kunst sehen heißt für Longhi allein Wahrnehmung eben dieser Bildmittel. Konsequenterweise reduziert sich seine kurze Kunstgeschichte auf die Geschichte formaler Lösungen. Daß Kunst Ausdruck ist, bildhafte Formulierung von Welt, die sog. Realität mithin, und á la longue nicht zur Disposition stehen kann, darüber setzt er sich mit populistischen Invektiven hinweg, wobei er auf das 19. Jahrhundert, auf das Stammtischgerede im Umfeld der »bataille réaliste« zurückgreift: Als hätte van Eyck tatsächlich nur Doubletten der sichtbaren Wirklichkeit erstellt!

Fluchtpunkt seiner Kunstgeschichte sind Im- und Nachimpressionismus, ist vor allem Cézanne und dessen Postulat »traiter la nature...«: »Stelle die Natur durch Zylinder, Kugel, Kegel dar ... « Folgerichtig wird für ihn Piero della Francesca zur überragenden Künstlerpersönlichkeit, »Konstantins Traum« zu einer der »großen Schöpfungen des italienischen Geistes«. Hier hat er alles beisammen: den kahlen Mast (Zylinder) des kegelförmigen Zeltes und Metallkugeln, die Kopfbedeckungen der Wächter. Hier entfalten die Farbformen ihre großartige Wirkung, stiften, so Longhi, »wahren Kunstgenuß«.

Piero übrigens verfaßte auch ein mathematisches Handbuch für Kaufleute, in dem die gleichen Objekte zum Studium merkantiler Geometrie angeboten werden.

Carl Einstein: Die Kunst des 20. Jahrhunderts. 5. Bund der Gesamtausgabe. Fannei & Walz Verlag, Berlin 1996, 863 Seiten, 198 Mark

Während Walter Benjamin, oft im gleichen Atemzug genannt, immerhin erreicht hat, daß die Goethe-Institute auf internationaler Bühne mit ihm gegen Tina Turner antreten (»FR« vom 15.3. 97), ist Carl Einstein (1885-1940) - zwischenzeitlich nahezu vergessen und erst seit den 70er Jahren wieder anwesend in der Kunst- und Literaturszene - bis heute ein Geheimtip geblieben.

Das könnte sich ändern, seit *Die Kunst des 20. Jahrhunderts,* erstmals erschienen 1926 als 16. Band der *Propyläen der Kunstgeschichte,* vorliegt: »Die Theorie der Farbe des Kandinsky ist das Bedichten der Farbtube, nicht viel mehr.« Die verbalen Manifestationen der jungen russischen Konstruktivisten bezeichnet er als »Diktatur des malenden Mundes«, deren Werke als »Exzesse pedantischer Ordnung« und prognostiziert angesichts solcher Bilder die Ankunft der Philosophen im Kunstbetrieb der Moderne: Nun nämlich sei gestattet, »das ärmliche Machwerk durch langwierige Philosopheme zu rechtfertigen«.

Auch das »andere Lager« Beispiel: Otto Dix - geht keineswegs leer aus: »Vielleicht ist man im Herzen malender Reaktionär am linken Motiv.« Was auffällt und die Lektüre tatsächlich zum Vergnügen macht, ist der frische, professionelle Blick des Insiders. Hier näselt nicht einer im Konjunktiv, sondern formuliert direkt, konkret, provokant, aber immer abgesichert durch Erfahrung und daraus resultierende Intuition. Er sieht die Kunst des 1. Jahrhundertdrittels zu einem Zeitpunkt, in dem der Prozeß ihrer Verklärung noch nicht angelaufen ist. Seine Analysen erfassen nahezu sämtliche Künstler, die auch heute noch, 60 Jahre später, im Rennen sind. Die Texte wirken, als seien sie unmittelbar nach Ausstellungs-oder Atelierbesuchen geschrieben, sind zugleich aber von einer Übersicht und Klarheit, wie sie in der Regel erst bei größerem Zeitabstand zustande kommen.

Hat Einstein, der sich auch später, in *Die Fabrikation der Fiktionen,* noch einmal vehement gegen die »Vernichtung des Realen« wandte, im Hinblick auf Konstruktivismus und Abstraktion einen Fauxpas fabriziert? Oder hat er diesbezüglich den weitesten Weitblick?

Anita Albus: Die Kunst der Künste. Erinnerungen an die Malerei. Eichborn Verlag, Frankfurt 1996, 387 Seiten, 54 Mark

Was bei Carl Einstein als Prognose und allein den Konstruktivismus betreffend formuliert wird, offeriert Anita Albus - und die 10. documenta scheint ihr recht zu geben - als generellen Befund: Im aktuellen Kunstgeschehen dominieren »kryptische Philosophen«. Nach dem Sieg der Darstellung über das Dargestellte, so ihre Expertise, habe die Malerei ihren Gegenstand verschlungen und zeige nur noch sich selbst: »Wir spotten über die Salonmaler des 19. Jahrhunderts wie das 21. über unseren kolossalen Tand spotten wird, dessen Geistesverwandtschaft mit totalitärem Kitsch uns nur deshalb entgeht, weil wir uns wie der gescheite Hans im Märchen verbalen ... «

Angesichts solcher Auspizien versucht Albus die Inszenierung einer Besinnungspause. Ihr Buch faßt das 15. bis 17. Jahrhundert ins Auge, van Eyck vor allem, Rogier van der Weyden, David, Altdorfer, van Schrieck u. a., allesamt Maler übrigens, die von Longhi mehr oder weniger heftig abgekanzelt werden. Albus interessiert sich für ein bestimmtes Phänomen, für die Emanzipation und Entfaltung der dinglichen Welt: Pflanzen, Tiere, Gegenstände, Landschaften, bis dahin nur »Beiwerk«, erfahren eine zuvor nie gekannte Zuwendung seitens der Künstler.

Ausführlich und bildhaft präzise beschreibt sie die Technik des Lasierens, widmet 80 Seiten dem Bleiweiß, Grünspan, Malachit etc., den »verlorenen Farben« der alten Meister. Gleichermaßen detailliert geht sie auf die emblematische Bedeutung der dargestellten Dinge ein. Und es gelingt ihr, über den Nachweis allegorischer, mythologischer, religiöser, alchemistischer und wissenschaftlicher Bezüge, die Vorstellung einer mehrdimensionalen Dingwelt jener Epoche zu evozieren.

Wieso aber entsteht bei van Eyck eine andere Vision, Perspektive, ein anderes Weltbild als bei van Schrieck? Mit Informationen über Maltechnik und Sujet ist die Frage nicht zu beantworten. Der spezifische Ausdruck ergibt sich über den spezifischen Einsatz der Bildmittel. Aber diesen Gesichtspunkt, die formale Komponente, klammern Albus' Erinnerungen aus.

Longhis einseitige Fixierung auf die Bildsprache ist mitverantwortlich für die Entstehung dessen, was Albus den »kolossalen Tand« der offiziellen Avantgarde nennt. Ob allerdings aus ihrer lückenhaften Rückschau Anhaltspunkte für eine Zukunftsperspektive zu gewinnen sind, bleibt fraglich.

Konkret 10/97, S. 58

Otto Köhler

Wirkliche Verbrecher
Der gute Nazi

Aufklärung oder Affirmation: Auch die Beschäftigung mit exemplarischen Nazi-Karrieren ist durch unterschiedliche Interessen geprägt. Otto Köhler stellt neue Biographien über Albert Speer und Wernher von Braun vor, Kurt Pätzold setzt sich mit einer Arbeit Über Rudolf Heß auseinander

An ihrem 17. Geburtstag schrieb Hilde Speer ihrem im Kriegsverbrechergefängnis Spandau einsitzenden Vater einen Brief Sie könne zwar irgendwie noch verstehen, daß anfangs auch Intellektuelle mit Hitler sympathisiert hätten, nicht aber, warum er, der Vater, 1940 nicht mit Hitler gebrochen habe.

Albert Speers Antwort aus dem Gefängnis war etwas wirr: »Es gibt ... keine Entschuldigung! Es gibt nämlich Dinge, an denen man schuld ist, auch wenn man sich entschuldigen könnte.« Und er bot der Tochter zum besseren Verständnis eine »Analogie«. Auch Ödipus, der den Vater gemordet und die Mutter geheiratet hatte, sei bestraft worden, obwohl er doch ohne Ahnung von beider Identität gehandelt habe. Vor jedem modernen Gericht wäre Ödipus freigesprochen worden, die alten Griechen aber.. Das Nürnberger Gericht aber...

Das war 1953, und Professor Egidius Schmalzriedt bestätigt in *Kindlers Literaturlexikon* noch heute Speers Literaturexegese: Ödipus habe sich in einen »objektiven Schuldzusammenhang« verstrickt, nicht aber eine individuelle moralische Schuld auf sich geladen. Da ist Dan van der Vat, der ehemalige Chefkorrespondent der »London Times« in Deutschland, in seinem Buch *Der gute Nazi - Leben und Lügen des Albert Speer* anderer Meinung: »Ödipus hatte sich, obgleich ihn seine Unwissenheit vor einer Verurteilung wegen Vatermord und Inzest hätte beschützen mögen, ohne jede Frage des Mordes an einem Menschen schuldig gemacht: Schließlich hatte er ohne guten Grund einfach einen vermeintlich Fremden getötet, dem er auf der Straße begegnet war.« Anscheinend halte es Speer für ein »Kavaliersdelikt«, einen zufällig daherkommenden Fremden totzuschlagen. Und so solle man auch seine Arbeit für das Regime ansehen.

Hitlers Baumeister und Rüstungsminister Albert Speer verurteilte sich nach 1945 selbst wegen der allgemeinen »Verantwortung«, die er in der NS-Zeit getragen hatte, um seine konkreten Taten nicht bekennen zu müssen. Er wurde damit zum beliebten Musterbild des reuigen und darum guten Nazis. Doch der Historiker Hugh Trevor-Roper kam schon 1947 zu der wenig populären Erkenntnis, Speer sei »der wirkliche Verbrecher in Nazi-Deutschland« gewesen. Für weite Teile der Öffentlichkeit gilt dagegen noch immer Joachim Fests Porträt von 1963, in dem er den zweiten Mann in Hitlers Staat zum - jaja, gewiß unmoralischen - Technokraten stilisiert, der sich selbst in unpolitischer Arbeit vergraben habe und zu spät aufgewacht sei. Darüber war Speer so erfreut, daß er Fest nach seiner Entlassung aus dem Spandauer Gefängnis 1966 das Manuskript seiner Memoiren lesefreundlich aufbereiten ließ.

Der unpolitische Technokrat - er gab den Argumentationsrahmen vor, aus dem heraus sich die deutsche Industrie aus ihrer stillen Teilhaberschaft an den Verbrechen des Dritten Reichs herausredete. Hans Flächsner, Speers Verteidiger, argumentierte im Nürnberger Prozeß, sein Mandant sei mit dem technischen Direktor einer Fabrik zu vergleichen, der sich auch kaum um die Angelegenheiten des Personaldirektors kümmern würde. Dieser Personaldirektor war Fritz Sauckel, der als Generalbevollmächtigter für den Arbeitseinsatz verantwortlich war für die oft todbringende Deportation von Millionen Menschen aus ihrer Heimat. Sauckel, der sich um die Rekrutierungen der Zwangsarbeiter kümmerte, habe, so Speers Verteidiger, immer versichert, daß sie legal seien. Und überhaupt: Die Tatsache, daß Sauckel in den besetzten Gebieten Arbeiter gegen ihren Willen rekrutierte, habe mit der Tatsache, daß Speer solche Arbeitskräfte, wenn sie einmal in Deutschland waren, auch nutzte, nichts zu tun. Denn Speers Vollmacht deutsche Arbeiter einzuberufen und einzusetzen, sei lediglich auf ausländische Arbeiter im Reich ausgedehnt worden.

Alles legal. Schuld an der Deportation war allein Sauckel, der mit Speer auf der Anklagebank saß und für seine Verbrechen gehenkt wurde. Speer kam in Nürnberg mit 20 Jahren Gefängnis davon. Und die deutsche Industrie, das nebenbei, hat auf dieser Unrechtsgrundlage bis heute ihren Zwangsarbeitern nicht den ihnen zustehenden Lohn bezahlt. Die Richter, so van der Vat, ersparten Speer den Tod durch den Strang, zu dem sein Kollege Sauckel, der Sklaventreiber, verurteilt wurde, weil er seine, Speers, Forderungen nach Zwangsarbeitern erfüllt hatte.

Ödipus übrigens, um auf den antiken Mordhelden zurückzukommen, hat sich nach Aufdeckung seiner Tat geblendet und wurde von seinem Schwager aus Theben verjagt. Speer blieb 1966 nach seiner triumphalen Entlassung aus dem Spandauer Gefängnis - auch Willy Brandt schickte Blumen -, im Lande, nährte sich trefflich vom Schreiben seiner Memoiren, blieb aber sehenden Auges blind für seine wirklichen Taten. Und wo er in Wahrnehmungsnöte geriet, griff er, um selbst nicht sehen zu müssen oder andere nicht sehen zu lassen, zur bewußten Fälschung.

Da gab es eine Chronik über die fortlaufenden Ereignisse in Speers Amt als Generalbauinspekteur für Berlin und in seinem späteren Reichsrüstungsministerium. Geführt wurde diese Chronik von seinem alten Freund und Untergebenen Rudolf Wolters. Dem schickte Speer aus seinem Gefängnis heraus kurz vor der Nürnberger Urteilsverkündung - er erwartete irrtümlich, aber zu Recht das Todesurteil - einen Brief Wolters solle die Chronik redigieren und ergänzen: »Ich weiß, Du wirst es gut machen. Vielleicht macht es Dir sogar Freude, Deine Tätigkeit als Chronist nun gründlich abzuschließen.«

Wolters, der Nazi geblieben war, machte alles gut. Und das führte dazu, daß 1969 das Bundesarchiv sich an Speer wandte wegen etwaiger Diskrepanzen zwischen der von Speer übergebenen Abschrift der Chronik und dem Wolters-Original, von dem ein Jahrgang in London aufgetaucht war. Speer schrieb Wolters, er solle doch dem Bundesarchiv eine Kopie des Originals zur Verfügung stellen.

Wolters, dem schon der Gestus der Reue mißfiel, mit der Speer seine Memoiren vorgelegt hatte, antwortete voller Hohn: »Allerdings habe ich mich aber auch gezwungen gesehen, einige ganz wenige Stellen herauszunehmen, die zeitgeschichtlich leider nicht unbedingt unwichtig sind.«

Es waren Speers Anordnungen, Zehntausende von Berliner Juden aus ihren Wohnungen zu deportieren. Das geschah zunächst, um Platz zu schaffen für die Verwirklichung seiner gigantischen Baupläne - Berlin sollte in die Welthauptstadt Germania verwandelt werden -, und schließlich, um den Ausgebombten Wohnraum zur Verfügung zu stellen, den besten für Ritterkreuzträger.

Wolters schrieb Speer, er habe diese »wenigen, aber aussagekräftigen Vermerke« bei seiner Abschrift 1964 »unter den Tisch fallen« lassen, weil damals nämlich wieder »Hexenprozesse« gegen »Schreibtischtäter« der NS-Zeit im Gange gewesen seien. Und die westdeutschen Behörden hätten doch gegen ihn, Speer, ein neues Verfahren eröffnen können, weil die Vertreibung der Juden nicht Bestandteil seiner Nürnberger Anklageschrift gewesen sei. Er, Wolters, würde das Original erst der Öffentlichkeit zugänglich machen, sobald keinem mehr ein Schaden daraus erwachsen könne.

Das aber wollte Speer mit Rücksicht auf seinen Nachruhm so nicht haben, und er zeigte Wolters, wie man Geschichte schreibt, wenn sie unangenehm wird: »Ich schlage vor: Die entsprechenden Seiten existieren nicht mehr. Allerdings dann, im Gegensatz zu Deinem Brief, überhaupt nicht mehr Eine Verschiebung auf spätere historische Zeiten würde ungünstig sein; wer beantwortet eine verdrehte Auslegung ... «

Die entsprechenden Seiten existieren nicht. Das ist das Denkmal, das sich Albert Speer selbst gesetzt hat - es ist ihm nicht völlig mißlungen. Obwohl die gestrichenen Seiten schon einmal, 1982, in einem Buch des Historikers Matthias Schmidt veröffentlicht wurden, hat man sie kaum zur Kenntnis genommen; gut, daß van der Vat sie in seiner umfassenden Biographie noch einmal publiziert hat. Ganze Generationen von Historikern sind auf Speers Verteidigungsstrategie hereingefallen, er habe nichts gewußt, bereue aber alles und sei somit völlig unschuldig schuldig, also eigentlich gar nicht. Das gut recherchierte Buch des ehemalige »Times«-Korrespondenten könnte der Legende vom guten Nazi ein Ende setzen.

Von Speers jedes Menschenmaß überschreitender Architektur ist wenig geblieben. Auch der Vater, selber Architekt, wandte sich mit Schaudern ab: »Ihr seid komplett verrückt geworden«, urteilte er über die Pläne des Sohnes zur Neugestaltung Berlins. Für Hitlers Reichskanzlei hatte der auf einen Entwurf des Vaters für die Rheinische Creditbank zurückgegriffen, ihn aber - so wie Kohl die trauernde Mutter der Käthe Kollwitz - ins Gigantomanische aufgeblasen. Auf diese Aufgeblasenheit reduziert sich sein vielbewundertes architektonisches Genie. Wirklich genial war er nur als Organisator, und das war nun gerade keine sonderlich ethische Leistung. Er organisierte Hitlers Krieg. »Ohne meine Arbeit«, so brüstete er sich selbst in seiner letzten Denkschrift an Hitler, wäre »der Krieg vielleicht schon 1942/43 verloren gewesen«.

Das ist wohl wahr - und heißt: Dank Speers Arbeit sind - über die auf sein Geheiß Deportierten hinaus - noch weitere Millionen Menschen getötet worden. Weil sie im Wege standen, wie einst Laios seinem Sohn Ödipus. Doch Speer ist unschuldig. Er hat ja weder die Mutter geheiratet noch den Vater erschlagen.

Dan van der Vat: *Der gute Nazi - Leben und Lügen des Albert Speer.* Henschel Verlag, Berlin 1997, 576 Seiten, 58 Mark

---

Kasten Seite 59

Otto Köhler

Supraterra

Die Tricks, mit denen die Täter sich ihrer Schuld am Tod von Tausenden von KZ, Häftlingen zu entziehen suchten, waren von gleicher Erbärmlichkeit. Albert Speer.»Man hätte wissen können, wenn man hätte wissen wollen ... Ich hatte nur eine

vage Ahnung ... Diese gewollte Blindheit wiegt alles Positive, was ich vielleicht ... tun wollte, auf « Wernher von Braun: »Nein, gewußt habe ich nie, was sich in Konzentrationslagern abgespielt hat. Aber ich habe es geahnt, und in meiner Stellung hätte ich es in Erfahrung bringen können. Ich habe es unterlassen, und ich verachte mich deswegen. «

Diese Lüge ist das Äußerste an Distanzierung von seiner Karriere, die je aus dem deutschen V2-Erfinder herausgelockt werden konnte. Das hat seinen Ruhm als Weltraumpionier fast nirgendwo im Westen beeinträchtigt. Der Osnabrücker Politikwissenschaftler Rainer Eisfeld hat nun - wie kein Historiker vor ihm - den Ruhm des »unpolitischen Fachmanns von Rang« demontiert.

Wernher von Braun blieb ganz selbstverständlich erspart, was einer seiner engsten Mitarbeiter in Peenemünde dulden mußte: Albin Sawatzki, dem Hitler noch im März 1945 30. 000 Mark für seine » Verdienste um die deutsche Rüstung« spendiert hatte, wurde am 11. April im Untertagewerk Nordhausen von den einrückenden GIs gezwungen, an den langen Reihen der ausgemergelten oder verkohlten Leichen elend verreckter Sklavenarbeiter entlangzukriechen. Der Haupttäter aber, Wernher von Braun, der sich - genau wie Hitlers Spionagechef-Ost, der spätere BND-Gründer Reinhard Gehlen - für die Wochen der bekannten Katastrophe mit den Resten seines Stabs in eine idyllische Alpenreduite zurückgezogen hatte, stellte sich nach diesem umständebedingten Urlaub (Braun: » Wir genossen herrliches Frühlingswetter und in unserem Hotel gab es noch eine ausgezeichnete Küche und einen gepflegten Weinkeller«) von der Arbeit an Massenvernichtungswaffen den Truppen des antisemitischen Deutschenfreundes General George Patton. Es war eine Entscheidung für die Freiheit. Wernher von Braun: » Wir verachten die Franzosen, wir haben Todesangst vor den Russen, wir glauben nicht, daß die Briten sich uns leisten können, also bleiben nur die Amerikaner«

Die konnten sich die Massenmörder leisten. Hitlers Krieg ging kalt weiter, jetzt im Dienst für einen der bisherigen Feinde, den man wenige Monate zuvor mit noch mächtigeren V- Waffen über den Atlantik hinweg in die Knie hatte zwingen wollen. Die Fahrt zum Mond, der Mensch im Weltall, sie waren das Abfallprodukt. Der realkapitalistische Traum, der dahinter stand, war »Supraterra«, eine die Erde militärisch beherrschende Raumstation mit Raketengeschoßträgern, die in der Lage sein sollte, die »kleinste bedrohliche Veränderung im Lande eines Angreifers entdecken und, wenn befohlen, vernichten zu können«. Der Filmschauspieler Ronald Reagan hat schließlich mit dem Rüstungswettlauf, den sein Krieg der Sterne auslöste, die Sowjetunion von der Landkarte getilgt.

Rainer Eisfelds präzise Studie über Wernher von Braun unterscheidet sich von der Vorzugsbehandlung Ferdinand Porsches in Hans Mommsens VW-Geschichte (s. KONKRET 12196). Mehr zu ihrem Lob zu sagen, ist darum nicht nötig. Deutsche Historiker könnten - auch beim Erschließen unbekannter Quellen - von Politikwissenschaftlern wie Eisfeld oder Soziologen wie Goldhagen einiges lernen.

Rainer Eisfeld: Mondsüchtig. Wernher von Braun und die Geburt der Raumfahrt aus dem Geist der Barbarei. Rowohlt Verlag, Reinbek 1996, 286 Seiten, 42 Mark

Konkret 10/97, S. 60

Kurt Pätzold

Wirkliche Verbrecher
Schlechte Nachricht aus Würzburg

Aufklärung oder Affirmation: Auch die Beschäftigung mit exemplarischen Nazi-Karrieren ist durch unterschiedliche Interessen geprägt. Otto Köhler stellt neue Biographien über Albert Speer und Wernher von Braun vor, Kurt Pätzold setzt sich mit einer Arbeit Über Rudolf Heß auseinander

Während die Jünger des Hitler-Stellvertreters Rudolf Heß auf 3 Straßen und Plätzen in Deutschland wieder auf sich aufmerksam machten, ist über ihr Idol ein weiteres Buch in die Regale der Buchhandlungen gelangt (Rainer F. Schmidt: *Botengang eines Toren?).* Nein, geschrieben wurde es nicht mit schielendem Blick auf den 10. Todestag des Mannes, der alle überlebte, die wie er in der zweiten Reihe hinter dem »Führer« regiert hatten. Das Buch fußt auf einer Arbeit, die 1996 an der Universität Würzburg als Habilitationsschrift angenommen worden war.

Der Historiker hat, anders als es der käuferheischende Untertitel vermuten läßt *(Der Flug nach Großbritannien vom 10. Mai 1941),* seine Aufmerksamkeit nicht nur auf jenen Zeitmoment gerichtet, da der »Stellvertreter« buchstäblich aus der Führungsgruppe um Hitler herausflog. In zwei lesenswerten Auftaktkapiteln verfolgt er den Lebensweg des Mannes. Der führte Heß aus seinem Geburtsort, dem ägyptischen Alexandria, in Internate Deutschlands und der Schweiz, von da auf die Schlachtfelder des Ersten Weltkriegs, anschließend zum Studium nach München. Dort geriet er an Hitlers Seite, mit diesem putschte er, mußte untertauchen, saß schließlich eine Nobelhaft ab und wurde 1925 »Privatsekretär« seines Idols, des »Chefs«. 1933 betritt er die Bühne der deutschen Politik, wird »Stellvertreter des Führers« in Parteisachen und Minister. Am 1. September 1939 erhebt ihn Hitler zum zweiten seiner Nachfolger. Diese Bestimmung wäre auch bedeutungslos geblieben, hätte der getreue Paladin sich nach Görings Verstoßung und Hitlers Selbstmord am 1. Mai 1945 noch in Deutschland befunden. Da lebte er längst in britischem Gewahrsam, behandelt als Kriegsgefangener und wie ein General.

Bevor der Verfasser darstellt, warum und wie er dahin kam, gibt er ein Bild von der Denkweise dieses Faschisten und seiner Rolle in der NS-Diktatur. En passant wird die Legende vom »nationalen Sozialisten« ebenso erledigt wie die Mär vom eigentlich an der Macht desinteressierten Idealisten. Die Rede ist von dem rachedürstenden Teilnehmer des Ersten Weltkriegs, der Hitler auf dem Wege zur und an die Macht durch Intrigen und Blut begleitete. Daß die Verbrechen des Regimes (und Heß' Beteiligung an ihnen) nicht 1941 beginnen, wird klargestellt. Dabei erweist es sich, daß es entgegen allen Dementis so etwas wie eine bürgerliche Geschichtsschreibung doch gibt. Das moralische Tief des Politikers wird bei den Morden an Bürgern und Aristokraten geortet. Da erst, mit dem 30. Juni 1934, soll Heß' »fortschreitende Korrumpierung als getreuer Diener eines verbrecherischen Regimes« begonnen haben. Und die Morde an den Arbeitern, ihren Führern und Funktionären zuvor?

Dann aber der Flug nach Großbritannien! Kein Forscher ist beim Aufspüren und Sichten von Quellen, die über Vorgeschichte, Verlauf und Wirkung des Unternehmens Aufschlüsse geben könnten, tatsächlich und gedanklich so weite Wege gegangen wie Schmidt. Indessen: Auch unter professionellen Historikern taucht immer wieder mal der Typus auf, der sich nach Interesse, Temperament und Fähigkeit in die Zunft nur verirrt hat, weil ihm niemand sagte: Du gehörst mit Deiner Spürnase in den Geheimdienst, Abteilung Spionageabwehr. Schmidt grub eine alte These aus, die mehrere und ganz verschiedene Urheber besitzt. Ihre Richtigkeit scheint ihm zur fixen Idee geworden wie weiland dem Heß der Vorsatz seines Schottlandfluges. Die These lautet: Es haben britische Spezialisten zwecks Irreführung des Kriegsgegners in einem raffinierten Manöver den ahnungslosen »Stellvertreter« auf die Insel gelockt. Winston Churchill erwartete ihn schon genüßlich, wenn er auch von seinem Vorwissen nichts verlauten lassen durfte. Der Verlag verkündet, es sei das »Geheimnis« endlich entdeckt worden. Das genügt ihm freilich zur Käuferwerbung nicht. Und so fragt der Titel, ob der Reisende nicht in Wahrheit der Tor war, der sich zu einem Boten machte.

Mit dem Buchinhalt hat dies nichts zu tun. Der Autor präsentiert die bekannten Argumente vollständig, die dafür stehen, daß es sich um ein Unternehmen auf eigene Faust handelte. Er überrascht hingegen mit der Behauptung, es habe einen Mitwisser aus dem Kreise der »alten Kämpfer« gegeben. Der Chefideologe der Partei, Alfred Rosenberg, sei Stunden vor dem Flug zum Feinde mit Heß zusammengetroffen, um ihm die »letzten Anweisungen« zu überbringen. Die habe der designierte Reichsminister für die besetzten Gebiete der UdSSR aus dem britischen Luftfahrtministerium erhalten.

In einer frühen Phase der Schulausbildung wird Kindern im Mathematikunterricht ein Verfahren beigebracht, das »Gegenprobe« heißt und mit dem sie sich der Richtigkeit ihre Ergebnisses noch einmal versichern sollen. Geschichtsstudenten erhalten während ihrer Ausbildung den Rat, wenn sie von der Schlüssigkeit ihrer Rekonstruktion eines geschichtlichen Ablaufs und seiner Ursachen fest überzeugt sind, sollten sie sich die Frage vorlegen: Könnte es nicht auch ganz anders gewesen sein? Könnte also nicht Rosenberg, der gerade mit den Instruktionen für seine Reichskommissare

befaßt war und für die Unterdrückung der Menschen und die Auspowerung des Landes einen erheblichen Personalbedarf zu decken hatte, mit Heß darüber gesprochen haben, wie viele Gehilfen er aus seinem Apparat entbehren könnte?

Die Geschichte vom hereingelegten »Stellvertreter«, der schließlich als Opfer im feingesponnenen Netz seiner Jäger zappelte, würde sich in einem Kriminalroman womöglich unterhaltend lesen. Dieses Gefühl kommt hier nicht auf. Heß ist längst die Galionsfigur am Bug eines braunen Schiffs, das durch die deutschen Zustände dümpelt. Seine Besatzung besteht aus brutalen Gesellen. Wer über den »Stellvertreter« schreibt, kann das nicht gut ignorieren. Schlecht geht es aber.

Nun ist die Sprache auch eine Verräterin. Auf den Buchseiten erweist sie diese Eigenschaft an Wortwendungen, die das Bild von Heß als »Spielfigur« britischer Geheimdienstler glaubhaft machen sollen. Eine Auswahl des Argumentationsstils: »Sicherlich nicht ohne Wissen«, »allem Anschein nach«, »ein erstes Indiz für die Vermutung«, »ergeben sich einige Indizien«, »so daß die Vermutung naheliegt«, »so liegt der Verdacht nahe«, »deutet daher alles darauf hin«, »ein weiterer Beleg, daß wahrscheinlich«, »nicht zuletzt erweist sich«, »so bleibt nur der Befund«, »so bleibt nur der Schluß«, »läßt sich nur erklären«. Der Autor mag noch glauben, er bewege sich auf festem Boden und ist doch längst im Bezirk der Mutmaßungen und Spekulationen angekommen. Das Heß vom MI 5 an den Haken genommen wurde, bleibt eine Konstruktion. Die ist auch - der Schriftsteller hat, wie in solchen Fällen meist, vor allen anderen sich selbst überzeugt - gegen Textende durch Häufung apodiktischer Feststellungen nicht zu stützen: Heß sei vom britischen Geheimdienst »mit Falschinformationen über die Lage in England förmlich bombardiert« worden.

Indessen wurde keine Bombe vorgewiesen. Seit November 1940 und »den ganzen Winter hindurch« haben die Gerissenen in London mit Heß »eine streng geheime Korrespondenz« geführt. Nichts belegt das hinreichend. Mit Heß' Flug fand das »Spionagespiel« dann »seinen krönenden Abschluß«. Wenn Wiederholungen Beweise ersetzen könnten. Schmidt subsumiert das Geschehen in seiner Wirkung auf den angeblich Getäuschten unter die Begriffe der »persönlichen« und »menschlichen Tragik« des Schottlandfliegers.

Wer sich durch das Dickicht der Fakten und Anmerkungen arbeitet, ohne sich von den permanenten suggestiven Appellen Schmidts beeindrucken zu lassen, wird finden: Auch Heß hat, wie andere Führer um Hitler, deren Aufgabe die Außenpolitik nicht oder nur marginal war, auf diesem Felde gewirkt und dilettiert. Er ließ im September 1940 den ihm befreundeten Albrecht Haushofer an eine von einer Britin angegebene Adresse nach Lissabon einem Brief schreiben. Dem lag ein ebenfalls von Haushofer gezeichnetes Schreiben an den ihm gut bekannten Herzog von Hamilton bei, ein beziehungsreiches Mitglied des britischen Oberhauses. Darin wurde ihm, der als Offizier in der Royal Air Force diente, ein Treffen in der portugiesischen Hauptstadt vorgeschlagen. Es sollte nach Heß' Idee dazu dienen, Informationen darüber zu erhalten, ob es in Großbritannien eine oppositionelle Gruppe gebe, die sich an die Macht putschen könnte und bereit sei, den Krieg zu beenden. Dieser Brief gelangte in die Hände des britischen Geheimdienstes. Im März 1941 wurde er dem Herzog ausgehändigt und einige Wochen später mit ihm erörtert, ob er im Interesse des Dienstes der Einladung folgen wolle. Es sollte ausgelotet werden, was es mit ihr auf sich habe. Der Gedanke begeisterte den Aristokraten nicht, und er wurde auch aufgegeben. So weit die Tatsachen.

An sie lassen sich Überlegungen knüpfen. Daß in der Zeit zwischen dem Abfangen des Briefes und seiner Aushändigung an den Empfänger die Geheimdienstler ohne dessen Wissen aktiv geworden waren, ist denkbar, aber von Schmidt nicht bewiesen. Daß eine dieser möglichen fingierten »Hamilton-Antworten« Heß erreichte, läßt sich vorstellen. Damit wird aber an eine Vermutung nur eine weitere geknüpft. Daß auf solcher »Schiene« gar »entscheidende Informationen« gewechselt wurden, »die den Flug provozierten«, bleibt im höchsten Grade spekulativ. Darauf baut &r Autor jedoch nicht nur die Darstellung der folgenden Ereignisse, sondern auch deren Bewertung. Die Beschreibung des Heß-Flugs von Augsburg nach Dungavil und den Ländereien der Hamiltons leitet Schmidt mit einer Traueranzeige ein: »Selten nur hat es in der Geschichte ein solches Maß an tragischer Verirrung und naiver Verbohrtheit, an heroischer Absicht und spektakulärem Scheitern gegeben.« An anderer Stelle wird der Weg des »Stellvertreters« ein »gescheiterter Opfergang« genannt.

Da darf der Leser sich schneuzen und muß sich dann doch wieder fassen. Denn nun folgt die Geschichte von einem Unternehmen, das »eine persönliche Friedensmission«, »eine »Friedensinitiative« heißt, immer wieder als »Vorstellung«, »Plan«, »Angebot« eines Ausgleichs bezeichnet und als der Versuch charakterisiert wird, einen »grandiosen Plan« zu verwirklichen. Am besten, schreibt Schmidt, sich ein Zitat leihend, lasse sich Heß' Ziel mit den Worten beschreiben, er habe einen »versöhnlichen Frieden zwischen ehrenhaften Leuten« aushandeln wollen. Nur einmal scheinen Begriffe auf, die stutzig machen: Die Rede ist vom »Ausgleich mit England zu den deutschen Bedingungen« und dann gar vom »Friedensdiktat«. Das geht nicht gut zusammen.

Spätestens hier kommt der Wunsch auf, einen Blick in die Gutachten des Schmidtschen Habilitationsverfahrens zu werfen, um zu sehen, wie dieser Wertungssalat darin weggekommen ist. Es könnte sich da der Einwand finden, daß dieser »Friedensbote«, wie im Anfangskapitel zu lesen, doch ehrenhaften Leuten nicht gut zuzurechnen ist. Ebenda ließe sich womöglich die Frage antreffen, ob der Begriff »Friede« überhaupt für das gedachte imperialistische Komplott die angemessene Kennzeichnung sei. Schmidt sieht allerdings die Heß-Offerte auch nicht unkritisch. Er nennt sie »unattraktiv«, »nicht verlockend«, ja, nicht einmal »substantiell«. Und so fühlt er sich aufgefordert, sie gedanklich

anzureichern, denn Heß sei nicht gerade ein strategischer Denker gewesen. Zumindest hätte er doch die Karte »Irland« spielen und mit der Drohung argumentieren können, daß die Kriegsteilnahme der USA sie des Angriffs von Japan aussetzen, Großbritannien also nicht helfen werde. Wohin die Phantasie spazieren gehen kann, wenn jemand Entwürfe zur Aufteilung der Welt erst einmal »groß« und »grandios« findet.

Der Handel, den Heß seinem britischen Gegenüber vorschlug, lautete: Wir kriegen Europa und »unsere Kolonien«, ihr behaltet, was ihr noch habt. So dächte auch der »Führer«. Das Bild, das Schmidt von ihm zeichnet, besitzt in Preisschriften dieser Art gegenwärtig noch Seltenheitswert. Hitler sei - 1941 - im Blick auf Großbritannien ein Mann der »Ausgleichsideen« gewesen, was die Briten nur nicht begreifen wollten und ihnen der verzweifelte Heß auch durch einen Selbstmordversuch nicht klarzumachen vermochte. Selbst der habe sie kalt gelassen. Der Autor aber vermag seit dem Frühjahr 1940 »eine ganze Kette Hitlerscher Verständigungsbemühungen« zu entdecken. Bereits nach dem Sieg in Polen hätte der Führer »den Westmächten sein erstes Friedensangebot« unterbreitet, dem am 19. Juli 1940 ein erneuter »Friedensappell« gefolgt sei, den Schmidt merkwürdigerweise in Anführungszeichen setzt, aber, wie aus dem Kontext hervorgeht, nicht in pejorative.

Apropos Gutachten: Wurde dem Kandidaten nachgesehen, daß er nicht vollkommen begriffs- und bildfest ist? Er nennt die Transporte, die den leichtverletzten Heß auf direkten Wegen von Glasgow nach London und von da an den walisischen Ort seiner Gefangenschaft brachten, eine »Odyssee« durch halb Britannien. Das weist ihn nicht gerade als Spezialisten der griechischen Sage aus. Er kann über einen verheerenden Luftangriff schreiben, die deutschen Bomber hätten »gründliche Arbeit geleistet«. Dies läßt erkennen, daß ihm der Stil der PK-Berichterstatter von Jodl und Goebbels geläufig und nicht zuwider ist. Vielleicht aber sollte auch einfach eine Karriere nicht verbaut werden, die manches verspricht. Denn: Die Vereinbarung im Wald von Compiegne, mit der das Töten auf den Schlachtfeldern Frankreichs und Belgiens beendet wurde, wird als »demütigender Waffenstillstand« bezeichnet. Die Münchner Räterepublik, heißt es, wurde von einer »Gruppe jüdischer Intellektueller und Kommunisten« installiert. Und vom Feldzug, der am 22. Juni 1941 begann, wird mitgeteilt, daß er »in Schlamm und Schnee versank«. Es werden womöglich doch ostdeutsche Katheder wieder frei werden.

Warum kommen auf diesen Seiten, auf denen wieder und wieder vom Heß-Hitler-Frieden gehandelt wird, eigentlich die Betroffenen nicht vor? Nicht der Anflug eines Gedankens, was dessen Verwirklichung für Polen und Franzosen, Norweger und Griechen bedeutet haben würde: das Leben in Europa unter dem Kreuz mit dem Haken. Und die Inder? Und die Juden? Damit beschäftigen sich Habilitationsschriften anderer Fakultäten? Na dann: Vorwärts unter dem Banner des Pluralismus!

Rainer E Schmidt: *Rudolf Heß - Botengang eines Toren? Der Flug nach Großbritannien vom 10. Mai 1941.* Econ Verlag, Düsseldorf 1997, 384 Seiten, 44 Mark

Konkret 10/97, S. 63

Klaus Smit

Melodie & Rhythmus

Afro Cuban All Stars: A Tode Cuba Le Gusta; World Circuit/TIS

Buena Vista Social Club: Buena Vista Social Club; World Circuit/TIS

Der Son ist ein kubanischer Folksong, der angeblich bereits 1604 entstanden ist und in dem seit Beginn dieses Jahrhunderts zumeist die Trompete als Soloinstrument fungiert. Das Wort Son bedeutet lediglich Klang, aber für Kuba ist es zu einer wichtigen und originären Musikrichtung geworden. Hervorgegangen aus spanischen, afrikanischen und kreolischen Strömungen, hat er viele andere Stile entscheidend beeinflußt, so auch den Cha Cha Cha, Bolero, Canción, Danzón. All diese Stile, und etliche andere, finden sich auf drei Veröffentlichungen, die das britische Label World Circuit jetzt herausgegeben hat. Dessen Leiter Nick Gold verbrachte mit Ry Cooder Anfang 1996 drei Wochen auf Kuba, eigentlich um mit afrikanischen und kubanischen Musikern zusammen zu spielen. Doch die Afrikaner erschienen nicht was die übrigen Musiker keineswegs davon abhielt, ihre Instrumente auszupacken. Die CD-Trilogie, die dabei entstanden ist, belegt Kubas musikalischen Reichtum, der hier aus den Händen und Kehlen alter Männer (lediglich eine Frau findet sich auf einer der Platten: Die Sängerin Omara Portuondo, bekennende Kommunistin und dem Vernehmen nach die Edith Piaf Cubas, singt den Bolero »Veinte Anos«) kommt, aufs allerschönste, ohne auch nur einen Hauch von Nostalgie oder Traditionalismus zu beschwören.

Immer wieder wird in den Liedern die Schönheit der Menschen und verschiedener Orte beschrieben. Allgegenwärtiges Thema ist allerdings die Verehrung der Liebe und Liebsten: Männer verbrennen aufgrund ihrer Leidenschaften und reißen ganze Städte mit sich. Dies wird immer wieder mit den wesentlichen Dingen des Lebens in Verbindung gebracht: »Yo trabajo sin reposo / Para poderme casar / Y si lo Ilego a lograr / Seré un guajiro dichoso« (»Ich arbeite ohne Pause / damit ich heiraten kann / und wenn ich das erreiche / bin ich ein glücklicher Mann«). Man kommt nicht umhin, zu konstatieren, daß die hier beschriebene Welt eine machistische ist: Frauen sind entweder pralle Früchte oder heilige Mütter. Ohnehin wird ständig auf Mama verwiesen, welche die einzige sei, auf die Verlaß ist: »Recuerden lo que les digo / que en la prisiön y en la cama / só1o nuestra madre nos ama, earamba« (»Denk daran: / ob du im Gefängnis oder im Bett bist nur deine Mutter liebt dich, oh ja«).

Herausragendes Merkmal der Musik sind die akzentuierten,

dynamischen Bläsersätze und

selbstverständlich die unermüdliche und fortwährend klappernde Perkussionarbeit an Congas, Timbales, Bongos, Maracacas und Güiros. Aber auch alle anderen Instrumente haben große Momente, z.B. das Piano Rubén Gonzàlez' oder das fantastische Flötenspiel Richard Egües'. Und jederzeit präsent sind die Aufforderungen, die

in unzähligen Liedern auf verschiedene Weise formuliert werden: »Guajira, el son te llama, a bailar, a gozar« (»Guajira, der Son ruft dich, damit du tanzt und dich vergnügst«).

Rubén González: Introducing ... World Circuit/TIS

Die Geschichte, die sich um die Entstehung der Ruben González-Platte rankt, ist in diesem Kontext eine besondere. Die Aufnahmen zu »Introducing ... « waren die letzten während des Aufenthalts auf Kuba. An jedem Tag, an dem die Sessions der Afro Cuban All Stars und des Buena Vista Social Clubs eingespielt wurden, war der inzwischen 78jährige González der erste, der vor dem Studio wartete. Und er war es auch, der es immer besonders eilig hatte, sich hinter sein Instrument zu setzen. Selbst als die Aufnahmen bereits abgeschlossen waren, konnte Rubén Gonzàlez nicht von den Tasten lassen, denn zuhause besitzt der Pianist kein Instrument mehr, seit das eigene an Holzwürmern und Überalterung zugrunde gegangen ist. Schließlich fielen die anderen Session-Musiker in das Spiel des Mannes, der sein Piano überlebt hat, erneut ein. Das Ergebnis ist das in zwei Tagen entstandene und ohne Overdubs - also ohne wiederholte und überspielte Passagen - eingespielte Album »Introducing ... «: Eine hochdynamische Platte, auf der das zwischen Aufregung und Ruhe pendelnde, allzeit exakte Pianospiel González durch Baß, Trompete, Timbalas, Bongos, Congas, Güiros und etliche andere Instrumente wundervoll in Szene gesetzt wird.

iCubanismo! starring Jesús Alemany: Malembe

Hannibal Rec./Rykodisc/RTD

Um einiges voluminöser geht es auf der zweiten Veröffentlichung der iCubanismo!-Gruppe zu, die rund um den Trompeter Jesús Alemany eingespielt wurde. Während Ry Cooder auf den Platten des World Circuit Labels in erster Linie Musiker älteren Jahrgangs, die besonders in den 40ern und 50ern einen hohen Bekanntheistsgrad besaßen, versammelt hat, scharen sich um Alemany die Größen der heutigen kubanischen Szene, u. a. der Bassist Carlos del Puerto, Jr., der Pianist Alfredo Rodriguez und der Sänger Jorge Luis Rojas »Rojitas«. In Sachen Dynamik orientieren sich die »Malembe«-Aufhahmen stark am Bigband-Jazz, der auch in Kuba eine hohe Popularität genoß. In den fünfziger Jahren zählte der Kubaner Chico O'Farrill zu den besten Musikern dieser Richtung, bei ihm orderte unter anderem Benny Goodman Stücke und in seinem Ensemble spielte zeitweilig auch Charlie Parker. In einigen Passagen mag sich iCubanismo! eng an O'Farrills Bläsersätzen orientiert haben, über die es damals in einem Hinweis auf ein Konzert seines Orchesters im Birdland hieß: »Be sure your eardrums are in good conditon, or stand back!« Ähnlich farbenfroh und umwerfend geht es auch auf »Malembe« zu: die in Havanna entstandenen lebhaften Aufnahmen wirken eher wie Club- als wie Studio-Sessions.

Der in London lebende Jesús Alemany bezeichnet den Son als Wurzel der kubanischen Musik, und auch wenn er sich immer wieder auf dessen Tradition beruft, bindet er ihn doch in ein anderes Setting, der sogenannten Descarga, einer Jam-Session. Dieses freie Zusammenspiel wirkt allerdings nur selten wie improvisiert, sondern sehr strukturiert. Jedes Instrument der insgesamt 14 Musiker hat seinen eigenen Auftritt, wobei aber, abgesehen von den Trompeten, keines wirklich heraussticht. Wenn dennoch ein Instrument eine bemerkenswerte Rolle spielt, so ist es das streng durchspielende Klavier Alfredo Rodriguez', das allein von den Bläsern übertönt wird.

Allen vier Veröffentlichungen eigen sind die ausführlichen Booklets, die viel über die verwendeten Stile und die einzelnen Musiker erklären (auf »iCubanismo! « aus der Feder des in Los Angeles lebenden Luis Tamaro, der als »exilierter Anarchist mit bohemischen Tendenzen« bezeichnet wird). Wer sich eingehender für kubanische Musik interessiert, sei abschließend auf das von Helio Orovio verfaßte und meines Wissens nur in spanischer Sprache erhältliche *Wörterbuch der kubanischen Musik (Diccionapio de la Música Cubana,* Havanna 1981) verwiesen.

Konkret 10/97, S. 64

Horst Tomayer

Tomayers ehrliches Tagebuch

Axt anlegen an Bildersucht - jetzt!

Gehetzt von Paparazzi
Starben Dodi und Lady Dei
Doch es waren bei dieser Hetzjagd
Wir alle mit dabei

Wir alle die Blätter kaufen
Mit den intimen snapshots drin
Vom Kaufhausbesitzersbuben
Und der Exschwiegertochter der Queen

Wir haben sie mit auf dem Gewissen
Denn wir haben sie mit gejagt
Durch unser Verhalten blieb Dodis
Und Deis Liebe unbetagt

Dei und Dodi könnten noch leben
Ohne unsre schäbige Gier
Nach Bildern vom fickenden Yeti
Oder vom Papst hackevoll am Klavier

Nach Bildern vom koksenden Kanzler
Oder von der Astronautin wie sie pißt
Oder am besten von unserm Heiland
Wie er einen Jünger untenrum küßt

Wir sind die wahren Paparazzi
We shot Dodi and Lady Dei
Doch gegen uns ermittelt am Tatort
Namens Kiosk keinerlei Polizei

Wir haben ein Liebespaar getötet
Durch unsere Bildersucht
So laßt uns jetzt in uns gehen
Mit herzenserwärmter Wucht

Laßt uns ad hoc beschließen
In feierlichem Akt
Daß uns die Sucht nach Bildern

Ab dato nicht mehr packt

Hinein mit unserm Gebrechen
Ins Purgatorium
Und sich darin geläutert
Vom Paparazzibildkonsum

Laßt uns durch gründliche Einsicht
Und den Mut zur Disziplin
Das Bildrauschgift entziehen
Bis hin zum reinen Clean

Wir brauchen doch keine Bilder
Vom offnen Prinzessinmund
Und wie der Kaufhausbesitzersbube
Royal slips geht auf den Grund

Wir brauchen doch keile Bilder
Wie cock Dodi chicken Dei
At morning after first penetration
Puts a diamond breakfast Ei

Auch wir kämpfen Lady Dei like
Gegen Landminen und gegen Aids
Wenn auch nicht bei Störei und Schampus
Und zu den Klängen des Bolschoiballetts

Wir phögeln selber aufs feinste *
Und verschenken wie irre Schmuck**
Und sind auch sonst in manchem***
Frau und manns genug ****

Ja wir sind unsre eigenen Bilder
Schön wie des HErrn erster Tag
Und wir brauchen keine Gemütsvorlagen
Aus dem kalten Bauer Verlag

* isn't it!!
** Goldkettchen »Semiramis« (Tchibo Versand DM 39,95)
*** DomRep, zehn Tage, Hotel Condor (*** HP), ab HH DM 1199.
**** Festzinssparen SpardaBank München, 15 Monate, 4,25 %

Mit diesem als Vorwort instrumentalisierten Appell werbe ich für die vorzügliche, im Verlag KVV konkret dieser Tage unterm Titel *Derrick und die Dorfmusikanten. Miniaturen zur deutschen Unterhaltungskultur* erscheinende Medienleichenöffnung seitens Georg »Skalpell« Seeßlens.

Ernst Kohl, mit dem ich, bevor er den Preis seiner Künste höher hängte, so manches Mal in unsrer »Sen&Sibel-Performance« das »35-Stunden-sind-genug-Lied-der-westdeutschen-Rüstungsarbeiter« vorgetragen (er an der Guitarre, stets die geliebte Cecil-Zigarette zwischen den Lippen, an denen die Mädels klettengleich hingen; ich mit unausgebildeter Stimme), Örny hat in Kassel die documenta X mit einem Denkmal bereichert, das »Die Braut des Maurers« (Manson's bride) heißt und aus 238 männlichen und einem weiblichen Ziegel besteht. Ein Denkmal, dem das Reichsbauherrnbismarckische bissi abgeht, das aber rein vom Rein/Raus gesehen, diesen nicht nur den Handwerker, sondern uns alle ja so bitterlich traktierenden süßen Schrott, genauso anrührt, ja tief in den Strudel des Begrübelns unsrer. widerspruchsüberfüllten Existenz reißt, wie sein letzter documenta-Beitrag, wo er Gummibäumchen für unsre (des Menschen!) Sünden am Regenwald büßen ließ, durch Wasserfasten. Nun droht der Maurerbraut vorm Hauptbahnhof (nicht Wilhelmshöhe!) mit dem Ende der diesjährigen documenta die Demontage, wenn nicht --- eine starke Kunstbürgerinitiative gegen den Abriß aufsteht. Wer Ernst und sein Denkmal liebhat, faxt sein Veto gegen den Kahlschlag dem Kasseler Kulturdezernenten Volker Schäfer (0561-787 40 40).

Konkret 10/97, S. 65

Dietrich Kuhlbrodt

Film & Theater

Im Körper des Feindes

Regie: John Woo. Mit John Travolta, Nicolas Cage. USA /997; 143 Minuten; seit 25. 9. im Kino

Nein! Was waren wir doch alle vor sieben Jahren besorgt, wer die Serienkillertechnik von Hannibal Lecter nachahmen würde. Und wer ist heute der beste Häuter im Land? Das FBI ist es, im fernen Washington. Zwecks Vervollkommnung der Observierungstechniken wird dem guten Kriminalbeamten (John Travolta) staatlicherseits die Gesichtshaut runtergezogen (Großaufnahme) und durch die Epidermis des Bösen (John Cage) ersetzt. Wir müssen jetzt für die restlichen zwei Stunden nur eins im Sinn haben, nämlich: Travolta ist gar nicht Travolta, und weil das so schwer ist, hilft uns der Film mit Sachen, die gar nicht sein dürfen, wie daß der Travolta raucht und Ecstasy schluckt, was wiederum zur Nachahmung verleiten könnte, weswegen der mahnende Dialogsatz ans Publikum gerichtet wird: »Wie schlimm Drogen sind, sieht man an ihm.« Das gibt immerhin einen der raren Lacher in diesem Werk.

Ober die Nebenwirkungen von Gewalt werden wir dagegen nicht aufgeklärt, wiewohl einiges Blutiges geboten wird. Aber genau das muß sein. Wehe, die Polizistentocher geht ohne ihr Schmetterlingsmesser aus dem Haus, und auch das nutzt nichts, wenn es nicht im Fleisch rumgedreht wird (Großaufnahme), weil, sonst gibt's keine irreversiblen Veretzungen. Zwischen den beiden Großaufnahmen gibt es eine Menge straighten Gesülzes, gregorianisehe Gesänge und in einem der Kirchenschiffe den erbaulichen Flug einer reinweißen Taube von rechts nach links. Bei so viel Kaholizismus und frömmelndem Gehäute möchte man die nicht näher definierten Bösen im Bereich der Mafia suchen, im besonderen, weil der rauchende Boß sich so leidenschaftlich um seinen kleinen Bruder kümmert. Wir warten und warten, aber das Wort fällt nicht. Das Wort Mafiosi wird mehrfach und umständlich durch »für Geld arbeitende Terroristen« ersetzt. Warum? Mit wessen Geld arbeitet dieser Film?

One Night Stand

Regie: Mike Figgis. Mit Wesley Snipes, Nastassia Kinski, Kyle MacLachlan. USA 1997; 104 Minuten; seit 25.9. im Kino

Ja! Die Kinski ist endlich einmal richtig besetzt. Denn nur, weil sie keine Amerikanerin ist, kann sie sich unbekümmert und ungesühnt gegen den American Way of Life versündigen. Und mit ihr der ganze Film. Und das geht so: Sie raucht. Kette. Und bringt die enthaltsamen Vorsätze des Nacht-Lovers Wesley Snipe ins Wanken. Sie schwärmt fürs Juitlard String Quartet und verführt Mike Figgis (Regie, Buch, Musik) dazu, dem Beethoven-Scherzo Op. 131 eine eigens komponierte Vokal-Coda anzuhängen, und siehe da, es schmeckt. Gut auch, daß sie ihren kleinen attraktiven Akzent hat (den wir in der Synchronfassung vermissen): Das legitimiert sie, Dissenting opinions zu Protokoll zu geben. Es stimmt auch optisch, den schwarzen Mann auf ihren weißen Laken sich entspannen zu sehen.

Gegenbeispiel: Snipes' schwarz-schwarze Sex-Anstrengung im eigenen Ehebett. Das war die falsche Action, ohne daß dazu noch ein Dialogsatz nötig wäre. Wenn die Kinski lächelt, weiß man, daß sie gleich wieder ihre depressiv großen Augen macht. Dann ist es für Snipes Zeit, sich mit allem anzulegen, was der Nation heilig ist: mit den abgefuckten, gestörten Talkmeistern, mit dem TV überhaupt (»Gehirnamputation<o, mit den Schwulenfeinden (»Fuck you«) und Small-Talk-Plapperern (»alles oberflächlich«). Dann lieber ein gutes Dope und in New York (»Es ist überall besser als in LA«) nach dem alten schwulen Freund (Robert Downey Jr.) geguckt. Die alte Liebe siecht leider im Aidshospiz dahin, doch noch ist eine Kommunikation über die große Zehe möglich. Wobei an dieser Stelle zu sagen ist, daß der ganze Film voll unergründlicher und immer überraschender Komik ist. Und der besondere Scherz ist, daß einem dies nicht gesagt wird, sondern daß man das selbst herauskriegt aus den Bildern, die stimmen. Und wieder nicht. Und aus der Musik, die paßt und wieder grade nicht. Sehr schön schräg und aufrichtig und schlaksig Julian Sands (»Naked Lunch«) als Krankenpfleger. Haarscharf daneben und damit genau getroffen Kyle MacLachlan (»Blue Velvet«) als achso verständnisvoller Bruder. Einsame Spitze der Ambivalenzen: die große Party im Aidszimmer. Der schwule Sterbende kriegt noch schnell eine Narrenkappe aufgesetzt. Lärmende Gäste und ein bitterböser, schreiend komischer Abschied, den Mike Figgis (»Leaving Las Vegas«) von den USA nimmt.

Die Apothekerin

Regie: Rainer Kaufmann. Mit Katja Riemann, Jürgen Vogel, Richy Müller. BRD 1997; 108 Minuten; ab 2. 10. im Kino

Nein! Die Riemann ist eine glatte Fehlbesetzung in diesem Film. Während alle anderen sich um Leichtigkeit, gar ein bisserl Frivolität, meinetwegen auch um gutes altes Ohnsorg-Theater bemühen, schreitet die Bundesfilmpreisträgerin sehr erhaben

als Schicksalstragödin durch die Kulissen, als ob sie der leibhaftige Emil Jannings wäre (»Der letzte Mann«). Selbst wenn sie von den Komikern dieses Films heftig und, wie ich meine, völlig zu Recht gewürgt wird, wahrt sie die Contenance, und ich wette, sie war es, die dafür gesorgt hat, daß selbst in den irrwitzigen Splatter- und Kotzszenen das Licht elegant gesetzt ist und wieder und wieder das Deutsche Filmorchester Babelsberg tutti bläst. Apothekerin Riemann also geht Beziehungen zu drei Männern ein und freut sich ernsthaft und ganz doll (jetzt mehr Söderbaum als Jannings), daß sie endlich schwanger wird (Filmförderung: Bayern). Genaueres enthält die Romanvorlage. Wer gleichwohl den Film sehen will, bringe Interesse und Geduld für die ausführliche Vorführung detaillierter pyrotechnischer Künste (Nefzer) mit. In den Flammen verbrennen auf Riemanns Betreiben die Männer, soweit sie eheuntauglich sind (bekifft, betrunken). In den anderen Fällen kokettiert der Film buchgemäß damit, daß der Mord der Apothekerin Werk ist oder doch nur ihr Gedankenspiel. Wenn es komisch sein sollte, all diese Randfiguren auszumerzen, den haltlosen Kriminellen, den starrsinnigen Alten, die kindliche Nymphomanin, die psychisch Kranke - dann bitte nicht im Namen der Nation, nämlich von der Staatsschauspielerin Riemann.

Winterblume

Regie: Kadir Sözen. Mit Menderes Samancilar. BRD 1996; 107 Minuten; seit dem 25.9. im Kino

Ja! Emigranten auf dem Weg in die BRD. Im Schlepper-Auto. »Deutschland, wir kommen!« jubeln sie, wenn wieder eine Grenze passiert ist (die Österreicher hatten den Schlagbaum hoch- und selbst Feierabend gemacht). Ein Roadmovie. Mit lässiger, bisweilen illustrativer Musik dazu (Orhan Temur). Keiner dieser Betroffenheitsfilme, in denen wir uns im Namen anderer entrüsten. In »Winterblume« sprechen Türken für sich. Und das geht ohne Pathos, bloße Behauptungen und anklagende Gebärde ab. Statt dessen ist der Film zum Bersten gefüllt mit Realismen, die wir so noch nie gesehen hatten. Regisseur Kadir Sözen hat in seinem Debütfilm genau hingesehen. Auf die Misere im winterlich kalten Istanbul. Auf die bürokratische Kälte und die unmenschliche Ausländerbehörde in Köln. Hier warten Frau und Kind auf den Familienvater Menderes Samancilar). Er wird niemals ankommen.

In Köln hat die Ausländerbehörde Menschen auf dem Gewissen. Dieselbe Stadt (Filmförderung, WDR) hat diesen Film jetzt finanziert. Die öffentlichen Hände sind unkoordiniert. Wenigstens das. Denn zu sehen ist ein großer, lakonisch erzählter, Menschen nahebringender Film. Es bleibt Platz für die eigenen Emotionen. Hier wußte einer in Bildern zu erzählen. Und die bleiben haften. In Istanbul wurde der Film mit Preisen überschüttet. Er bekam auch den Spezialpreis der internationalen Filmkritik (Fipresci). Ja! Völlig zu Recht. »Winterblume« muß man im Kino sehen. Bloß nicht auf den WDR warten.

Konkret 10/97, S. 66

Hermann L. Gremliza

Gremlizas express

Erinnern Sie sich an Frau Stiglmayer? Alexandra Stiglmayer? Nein? Erinnern Sie sich an die systematische Massenvergewaltigung von 60.000 muslimischen Frauen in serbischen Konzentrationslagern? Das war Frau Stiglmayer. »Weltwoche«, »Stern«, »Zeit«, »Süddeutsche« und »Tageszeitung« beriefen sich auf ihr Zeugnis, als sie die übers Dreivierteljahr bevorstehende Massengeburt serbischer Tschetnikbabys ankündigten. Warum die ausblieb, wurde nie geklärt, bis die Frauenzeitschrift »Brigitte« (»Machen Sie das Beste aus ihrem Typ(o in diesem Sommer erste Indizien nannte:

Alexandra Stiglmayer (32) arbeitete von 1992 bis 1996 als Kriegsreporterin in Bosnien. Gleich zu Beginn ihres Einsatzes...

... mußte sie miterleben, wie 60.000 bosnische Frauen in serbischen Konzentrationslagern systematisch vergewaltigt wurden? So ähnlich:

Gleich zu Beginn ihres Einsatzes lernte sie den neuseeländischen Fotografen Wade kennen. Vier Jahre lang waren sie ein Liebespaar im Krieg.

»Brigitte« will wissen:

Sie fanden die Liebe im Bunker. Sucht man da nicht eher Schutz?

Alexandra antwortet:

Ganz so war es ja auch nicht. Ich kam gleich zu Beginn des Krieges in das von Serben belagerte Mostar Außer mir waren zu der Zeit nur fünf andere Reporter in der Stadt. Wir alte wurden von den Verteidigern in ein verlassenes Hotel einquartiert, trugen unsere Matratzen aber lieber in die sichere Kellerbar Einer der Kollegen war ein Fotograf aus Neuseeland - Wade.

»Brigitte« will alles wissen:

Aber wie verliebt man sich unter permanenter Gefahr von außen?

Und Alexandra erzählt alles:

Das ging sehr leicht. Tagsüber waren wir unterwegs und recherchierten. Abends saßen wir zusammen im Keller plünderten die Vorräte der Bar und erzählten, was wir gesehen hatten. Es war als hätten wir eine gemeinsame Mission. Wir beide wollten mit unserer Arbeit dazu beitragen, daß der Westen eingreift Und außerdem teilten wir sehr intenstve Erlebnisse miteinander.. Da kommt man sich dann schon aus der Gefühlsaufwallung heraus schnell nahe.

Und was wallte die Gefühle stärker auf als 60.000 in serbischen Konzentrationslagern systematisch vergewaltigte Musliminnen? »Brigitte« will das alles genau wissen:

Richtig nahe?

Und Alexandra erzählt das alles genau:

Gefunkt hat es zwischen uns erst, als wir wieder aus Mostar heraus waren. Ich mußte weg, weil die Telefone plötzlich tot waren und ich meine Berichte nicht mehr absetzen konnte. Ich fuhr in meine Wohnung nach Zagreb. Wade kam mit. Er hatte keine Bleibe, ich bot ihm an, bei mir zu übernachten. Nach zwei Tagen wachten wir zusammen auf

»Brigitte« will das alles noch genauer wissen:

Der Kopf war erst frei für Gefühle, als die Gefahr vorbei war?

Und Alexandra erzählt das alles noch genauer:

Wir waren schon im Keller aneinander interessiert, aber da lagen wir ja nicht alleine. Außerdem kann ich wirklich keine Leidenschaft entwickeln, wenn ich ständig mit einem Ohr lauschen muß, an welcher Ecke vom Haus es jetzt gerade wieder kracht. Aber ich weiß, daß andere Paare genau durch so ein Risiko einen Extrakick bekamen... Es gab viele Paare unter den Kriegsreportern. Das lag einmal an unserer gemeinsamen »Mission«... Im Krieg sind einfach alle Regeln aufgehoben, die im Frieden gelten. Da sagte sich mancher: Was ich hier tue, hat mit meinem normalen Leben nichts zu tun.

Als aber der Krieg und Alexandras Mission, mittels 60.000 in serbischen Konzentrationslagern systematisch vergewaltigter Musliminnen den Westen zum Eingreifen zu bewegen, vorbei war, war es auch - wie mit dein Extrakick der andern - mit den eigenen Wallungen betr. die strammen Waden von Wade vorbei:

Da stellten wir dann leider fest, daß der Krieg *nicht nur unser alles beherrschendes Thema war sondern unser einziges. Wir waren tatsächlich so verschieden, daß es im Frieden höchstens zu einer A*ffäre *gelangt hätte. Da war es besser. sich zu trennen.*

Alexandra Stiglmayer hat das Beste aus ihrem Typ gemacht: Alice Schalek die Zweite.

(Eine Leserin des Manuskripts beschwört mich, ein beliebtes Mißverständnis auszuschließen. Ich erkläre also, daß im Krieg auf dem Balkan ungezählte muslimische Bosnierinnen von Serben vergewaltigt worden sind, und ungezählte Serbinnen von bosnischen Kroaten sowie ungezählte Kroatinnen von bosnischen Muslimen, wie überall und besonders im Krieg ungezählte Frauen von ungezählten Männern in Zivil und Uniform. Und daß Frau Stiglmayer gelogen hat.)

Der »Spiegel« zitiert den Kunsthändler Dieter Brusberg mit dein Satz:

Die DDR hatte die besseren Bilder

Aber weil, wie der »Spiegel« hinzufügt,

die Herren im Ruf standen, willfährige Staatskünstler gewesen zu sein,

nützen die besseren Bilder gar nichts, weil sie einfach von den schlechteren Malern gemalt sind.

Wenn das Feuilleton anfängt, sich selber zu schreiben:

In den letzten dreißig Jahren konnten Schauspieler wie Laurence Olivier den edlen schwarzen General in Othello herauskitzeln, wie Ulrich Wildgruber den wüsten Klischee-Nigger Bäche von schuhwichsedurchtränkten Schweißes vergießen lassen, wie Ben Kingsley den fremden Araberscheich entdecken, wie Norbert Kappen das kranke Hirn oder wie Peter Roggisch den weichen Schwächling kultivieren. Und der große Gerd Voss, abgründigster, verrücktester und unvergeßlichster aller Othellos...

braucht es keinen Feuilletonisten mehr, und die »Frankfurter Allgemeine« kann das Talent ihres Gerhard Stadelmaier, sogar Schwarze auseinanderzuhalten, in der Pförtnerloge nutzen.

»Die großartigste Journalistin unserer Zeit« nennt die Deutsche Verlagsanstalt die Marion Gräfin Dönhoff anläßlich ihres jüngsten Buchs, das den Titel trägt:

Zivilisiert den Kapitalismus!

und die Frage stellt bzw. beantwortet:

Kommt bei uns erst das Geld und dann die Moral?

Eine der großartigsten Fragen unserer Zeit, die dringend einmal gestellt bzw beantwortet werden mußte. Und schon in ihrem nächsten Buch wird das große alte hohle Huhn des liberalen Leitartikels die Frage stellen bzw beantworten, ob bei uns der Ehrliche der Dumme ist resp. eine Schwalbe einen Sommer zum Herausgeber macht. Arbeitstitel: Schwerkraft leicht gemacht.

Der großartigste Bundespräsident unserer Zeit, Richard von Weizsäcker, erinnert sich, wie sein Bruder Heinrich dem Nationalsozialismus widerstanden hat:

Im Herbst 1938 war ich Rekrut in einer Maschinengewehrkompanie des Potsdamer Infanterieregiments 9 geworden. Mein Bruder Heinrich war dort schon zwei Jahre zuvor als Fahnenjunker eingetreten und mittlerweile Leutnant geworden. Seine Liebe und Berufsabsicht hatten zwar dem Mittelalter gegolten, vor allem der Zeit des Stauferkaisers Friedrich II. Doch wollte er sich der politischen Indoktrination durch die zunehmende braune Ideologie im Geschichtsstudium nicht aussetzen. Deshalb entschied er sich für die Offizierslaufbahn.

In der Wehrmacht, deren Liebe und Berufsabsicht bekanntlich der Wiederherstellung des Mittelalters zwischen Oder und Wolga durch Maschinengewehre und Infanterieregimenter galt, zu der er zusammen mit seinem Bruder Richard schon bald über die polnische Grenze sollte einreiten dürfen.